

Aspekte der Armut- und Reichtumsberichterstattung: Reichtum und Eliten - Haushaltsproduktion und Armutsprävention

Konferenzband / conference proceedings

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

ISG - Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH. (2004). *Aspekte der Armut- und Reichtumsberichterstattung: Reichtum und Eliten - Haushaltsproduktion und Armutsprävention*. Köln. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-328861>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Dokumentation

**Aspekte der Armut- und
Reichtumsberichterstattung:**

**Reichtum und Eliten – Haushaltsproduktion
und Armutsprävention**

2. Wissenschaftliches Kolloquium am 8. und 9. Oktober 2003
in Rüdesheim am Rhein

Veranstaltung des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

Durchführung und Dokumentation:

Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG)

Redaktionelle Bearbeitung:

Dr. Dietrich Engels und Katrin Ridder

Köln, den 4. März 2004

Inhalt

Vorwort	1
1. Begrüßung und Einführung	3
<i>Rainer Irlenkaeuser</i> , Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung	3
<i>Dr. Dietrich Engels</i> , Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik	7
2. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Reichtumsberichterstattung: Konzepte, Methoden und Daten	10
Moderation: <i>Dr. Irene Becker</i> , Universität Frankfurt	
Impulsreferat 1.....	12
<i>Prof. Dr. Jürgen Volkert</i> , FH Pforzheim	
Impulsreferat 2.....	33
<i>Markus Grabka</i> , DIW Berlin	
Impulsreferat 3.....	44
<i>Markus Zwick</i> , Statistisches Bundesamt	
Diskussion der Impulsreferate	52
3. Nicht-monetäre Dimensionen und intergenerationale Prozesse	80
Moderation: <i>Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster</i> , Evang. Fachhochschule Westfalen-Lippe	
Impulsreferat 1.....	81
<i>Dr. Eva Schulze</i> , BIS Berlin	
Impulsreferat 2.....	89
<i>Dr. Harald Künemund</i> , FU Berlin	
Diskussion der Impulsreferate	100
4. Private Haushaltsproduktion, Haushaltsführungskompetenzen und Armutsprävention	119
Moderation: <i>Prof. Dr. Joachim Merz</i> , Universität Lüneburg	
Impulsreferat 1.....	120
<i>Prof. Dr. Michael-Burkhard Piorkowsky</i> , Universität Bonn	
Impulsreferat 2.....	130
<i>Prof. Dr. Irmhild Kettschau</i> , Fachhochschule Münster	
Diskussion der Impulsreferate	143
5. Abschließende Diskussion	174
Moderation: <i>Dr. Dietrich Engels</i> , Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik	
Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	193
<i>Dr. Dietrich Engels</i> , Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik	
Anhang	A 1
A.1 Programm des Kolloquiums.....	A 3
A.2 Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung in der Reihe „Lebenslagen in Deutschland“.....	A 9
A.3 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kolloquiums.....	A 13
A.4 Handouts der Referentinnen und Referenten	A 21

Vorwort

Der Deutsche Bundestag hat am 27. Januar 2000 die Bundesregierung mit einer regelmäßigen Armuts- und Reichtumsberichterstattung beauftragt. Am 25. April 2001 hat die Bundesregierung den ersten Armuts- und Reichtumsbericht unter dem Titel „Lebenslagen in Deutschland“ vorgelegt. Der Bericht und die zeitgleiche Vorlage des Nationalen Aktionsplanes zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung markieren den Beginn einer kontinuierlichen Berichterstattung über Fragen des sozialen Ausschlusses und der Wohlstandsverteilung in Deutschland. Am 19. Oktober 2001 hat der Deutsche Bundestag die Verstetigung der Armuts- und Reichtumsberichterstattung beschlossen und die Bundesregierung beauftragt, jeweils zur Mitte einer Wahlperiode einen entsprechenden Bericht vorzulegen. In der Koalitionsvereinbarung vom Oktober 2002 hat die Bundesregierung den Stellenwert der Armuts- und Reichtumsberichterstattung als Grundlage einer Politik zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ausdrücklich festgeschrieben.

Dieser Berichtsprozess wird im Sinne einer kontinuierlichen Beobachtung und Analyse fortgeführt und weiter entwickelt. Unterstützt wird die Bundesregierung dabei von einem Kreis von Fachwissenschaftlern, der von Beginn an in den Berichtsprozess eingebunden wurde, um zur Klärung grundlegender Fragen der Konzeption, Methode und Datenbasis beizutragen. Neben der regelmäßigen Beratung im wissenschaftlichen Gutachtergremium, das – wie auch der Beraterkreis gesellschaftlicher Gruppen – ein- bis zweimal jährlich zusammenkommt, wird die methodische und inhaltliche Diskussion im Rahmen spezifisch ausgerichteter Veranstaltungen vertieft:

- Zu Beginn des Berichtsprozesses wurden im Rahmen des Forums „Armut und Reichtum in Deutschland“ am 7. Oktober 1999 die methodischen Grundlagen der Berichterstattung erläutert und der erste Armuts- und Reichtumsbericht vorbereitet.
- Das Symposium „Perspektiven der Armuts- und Reichtumsberichterstattung in Deutschland“ am 13. Dezember 2001 bilanzierte die Erfahrungen mit dem ersten Armuts- und Reichtumsbericht und thematisierte u. a. Grundsatzfragen des Lebenslagenansatzes und methodische Fragen seiner Operationalisierung.
- In einem 1. Wissenschaftlichen Kolloquium am 30./31. Oktober 2002 wurden drei Themenblöcke erörtert: Unter der Fragestellung eines geeigneten Konzeptrahmens wurde dem Lebenslagenansatz alternativ der Lebensstandardansatz gegenüber gestellt, um Vor- und Nachteile beider Herangehensweisen zu erörtern. Die Operationalisierung der Berichterstattung anhand einheitlicher Indikatoren wurde unter Einbeziehung der Diskussion um die „Nationalen Aktionspläne“ diskutiert. Und schließlich wurden Methoden der Evaluation und Wirkungsforschung erörtert, um den Berichtsprozess im Verlauf beobachten und seine Auswirkungen auswerten zu können.

Dieser Konsultationsprozess wurde mit dem 2. Wissenschaftlichen Kolloquium am 8. und 9. Oktober 2003 in Rüdesheim am Rhein mit einer vertieften Diskussion ausgewählter Schwerpunktthemen zur Vorbereitung des zweiten Armuts- und Reichtumsberichtes fortgeführt. Bisher noch ungeklärte Aspekte der Reichtumsforschung sowie der Verortung von Produktionskompetenzen als Bindeglied zwischen Ressourcen und Lebensstandard wurden systematisch aufgearbeitet. Nachfolgend werden die Beiträge des 2. Wissenschaftlichen Kolloquiums dokumentiert.

Rainer J. Irlenkaeuser

Leiter der Unterabteilung Sozialhilfe
im Bundesministerium für Gesundheit
und Soziale Sicherung

1. Begrüßung und Einführung

Begrüßung

Rainer Irlenkaeuser, Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich sehr Sie im Namen des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung zu unserem zweiten wissenschaftlichen Kolloquium zur Armut- und Reichtumsberichterstattung begrüßen zu dürfen.

Ich denke, wir haben diesen Ort weit oberhalb des Rheingebietes auf lichten Höhen gut gewählt, um auch auf den Höhen der Wissenschaft uns den Problemen, die uns aktuell beschäftigen, zuwenden zu können.

Ich sage das auch vor dem Hintergrund, dass wir – die Kollegen, die mit mir aus Bonn gekommen sind – die letzten beiden Tage in Brüssel verbracht haben, um uns dort dem Thema Ausgrenzung zu widmen, und zwar bei der Vorstellung unseres Nationalen Aktionsplans in Brüssel. Der Vergleich mit dem, was die anderen Länder dazu dargestellt haben, war interessant. Wir können sicherlich am Rande der Tagung in bilateralen Gesprächen dem einen oder anderen Informationen geben. Wir werden in Deutschland deutlich erkennen müssen, dass die Bedeutung der Armut- und Ausgrenzungsbekämpfung auf europäischer Ebene wesentlich zunimmt. Da haben wir noch einen erheblichen Nachholprozess gegenüber anderen Ländern, insbesondere gegenüber den nordischen Staaten, zu leisten. Auf der anderen Seite muss man sich natürlich davor hüten, alle Regierungsaktivitäten nur unter dem Aspekt der Ausgrenzung zu sehen. Das war bei einzelnen Ländern in der einen oder anderen Weise erkennbar. Interessant war die Verfahrensweise insofern, als jedes Land seinen Bericht vorgestellt hatte und Fragen und Kritik jeweils von einem anderen Mitgliedstaat kamen, der sich intensiver mit dem Bericht beschäftigt hatte. An die Vorgabe von etwa 40 Seiten für den Bericht haben sich alle mehr oder weniger gehalten. Man hat sich aber zum Teil in die Annexe geflüchtet und manche haben das bis zur Perfektion entwickelt.

Ich komme zurück auf die Diskussion, die wir im vergangenen Jahr in Bonn hatten. Daran wollen wir auch anknüpfen: Wir wollen Themen behandeln, die damals nicht vertieft werden konnten.

Zum einen geht es um konzeptionelle, methodische und empirische Gesichtspunkte der Reichtumsberichterstattung, und wir wollen uns zum anderen auch mit den Zusammenhängen zwischen privater Haushaltsproduktion und den Kompetenzen und Defiziten, die sich dabei ergeben können, beschäftigen.

Das Programm, das zusammengestellt wurde – Herr Engels hat das mit den Kollegen hier sehr intensiv betrieben –, ist recht heterogen, aber es führt wichtige Themenkomplexe zusammen. Ich denke, dass wir die Erkenntnisse und die Diskussionen für unseren zweiten Armuts- und Reichtumsbericht sehr gut verwenden können.

Die heiße Phase dieser Berichterstattung wird die zweite Hälfte 2004 sein. Aber wir müssen natürlich schon jetzt die entsprechenden Weichenstellungen für die personellen, haushaltsmäßigen und wissenschaftlichen Voraussetzungen schaffen.

Der erste Themenblock am heutigen Nachmittag soll sich der Bestandsaufnahme und den Perspektiven der Reichtumsberichterstattung widmen. Dabei wollen wir die Aufmerksamkeit zunächst auf die grundsätzlichen konzeptionellen und methodischen Probleme und die Datenlage lenken.

Weitgehend unstrittig scheint mir zu sein, dass die Reichtumsberichterstattung und -forschung bislang deutlich im Schatten der Armutsberichterstattung und -forschung stand. Von einer annähernden Äquivalenz zwischen beiden Polen dieser Berichterstattung ist bei weitem noch nicht zu reden, und es ist aus sozialpolitischer Sicht auch nicht verwunderlich, dass man sich primär des Themas Armut angenommen hat.

In unserer Einladung für das Kolloquium sind einige grundlegende Fragen aufgeworfen, die ich hier noch einmal ansprechen möchte.

- Ist unter „Reichtum“ eher der gesamtgesellschaftliche Wohlstand – also auch der relative Wohlstand unterer Einkommensschichten – oder vielmehr der Wohlstand der einkommens- oder vermögensreichen Bevölkerungsschichten zu verstehen?
- Welche Kriterien können für die Definition von Reichtum geeignet sein, mit welchen Methoden kann er gemessen werden?
- Und schließlich: Welche Daten stehen hierfür aktuell und perspektivisch zur Verfügung?

Diese Aspekte sollen so etwas wie der „rote Faden“ für die nachfolgenden Impulsreferate und die Diskussion sein.

Beginnen wollen wir mit dem Vortrag von **Herrn Professor Volkert**, der sich, ausgehend von einem Verständnis von Reichtum als einem hohen Maß an Verwirklichungschancen, mit Aspekten der Reichtungsmessung beschäftigen wird.

Danach wird **Herr Grabka** vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin einige Ergebnisse der so genannten „High-Income Stichprobe“ des Sozio-oekonomischen Panels vorstellen. Ich will diesen Ausführungen nicht vorgreifen. Aber ich denke, die Feststellung ist nicht ganz unberechtigt, dass diese Erhebung einen Beitrag zur schrittweisen Verbesserung der Datenlage leistet.

Auch **Herr Zwick** vom Statistischen Bundesamt wird zum Schluss die Empirie in das Zentrum seiner Ausführungen stellen: Er gibt einen Überblick über die Möglichkeiten der Messung hoher Einkommen auf Basis der Einkommensteuerstatistik und über den Zugang zu Mikrodaten der amtlichen Statistik.

Ich freue mich sehr, dass Sie, **Frau Dr. Becker**, die Moderation hier übernehmen werden.

Unser zweiter Blick richtet sich am späteren Nachmittag stärker auf nicht-monetäre Dimensionen von Reichtum und die Bedeutung des Generationenaspekts im Sinne von Reichtum als „vererbter Lebenslage“, wie ich es nennen möchte.

Damit verbunden ist die grundsätzliche Frage, wie im Sinne des mehrdimensionalen Lebenslagenkonzeptes nicht-monetäre Reichtumsaspekte konzeptionell im Rahmen der Armut- und Reichtumsberichterstattung einzubeziehen und umzusetzen sind. Hierbei ist auch die Frage von Bedeutung, welche wechselseitigen Zusammenhänge zwischen der Vererbung sozialer Chancen und Privilegien und der Übertragung von Vermögenswerten zwischen den Generationen bestehen.

Der inhaltliche Input hierzu kommt von **Frau Dr. Schulze** vom Berliner Institut für Sozialforschung. Frau Dr. Schulze wird Ergebnisse eines Forschungsprojekts zu „privilegierten Lebenslagen“ vorstellen, das im Auftrag unseres Ministeriums durchgeführt wurde. Im Mittelpunkt stehen dabei – sehr verkürzt gesagt – zum einen eher soziologische Aspekte der Theoriebildung, der Begriffsbestimmung und Definition privilegierter Lebenslagen und von „Eliten“, zum anderen die Reflexion gemeinwohlorientierten Engagements im Bereich von Stiftungen anhand konkreter Beispiele aus der Praxis.

Den zweiten Impuls für die Diskussion erwarten wir uns von **Herrn Dr. Künemund**, der in Vertretung von Herrn Professor Kohli etwas zu Zielsetzung und Inhalt eines Forschungsprojekts vortragen wird, das sich den Zusammenhängen und wechselseitigen Bedingungsfaktoren zwischen Erbschaften und Vermögensverteilung widmet.

Das Projekt wurde erst vor kurzem von unserer Seite in Auftrag gegeben und wir erhoffen uns hiervon insbesondere für die Reichtumsberichterstattung neue Erkenntnisse.

Die Moderation dieses Themenblocks übernimmt dankenswerterweise **Herr Professor Huster**, einer der „Väter“, wenn nicht sogar *der* Vater der Reichtumsforschung in unserem Lande.

Am morgigen Tag schließlich wollen wir uns einem gänzlich anders gelagerten Thema zuwenden. Es geht um die Bedeutung privater Haushaltsproduktion und von Haushaltsführungskompetenzen für den Lebensstandard von Haushalten, insbesondere von

solchen Haushalten, die nur über knappe Ressourcen verfügen oder von Armut betroffen bzw. bedroht sind.

Herr Professor Piorkowsky wird zunächst den Ansatz der Haushaltsproduktion vorstellen und uns seine Relevanz für die Armutsforschung und -berichterstattung näher bringen.

Als zweite Impulsgeberin steht **Frau Professor Kettschau** zur Verfügung, die die Kompetenzen zur Haushaltsführung als eine Voraussetzung und Grundlage für Maßnahmen der Armutsprävention in den Mittelpunkt ihres Vortrags stellt. Die Stärkung von Haushaltsführungskompetenzen ist aus dieser Perspektive für eine armutsvermeidende oder armutsbewältigende Lebensgestaltung von gefährdeten Personen und Haushalten von wesentlicher Bedeutung.

Herr Professor Merz hat sich freundlicherweise bereit erklärt, uns den Einstieg und Durchblick in diese nicht ganz einfache und bisher auch ein wenig im Dunkeln gelassene Materie zu erleuchten und zu erläutern.

Ich möchte schon vorab allen Referent/-innen und Moderator/-innen an dieser Stelle für ihre Mitwirkung danken. Ich hoffe auf sehr lebhaftes, ergebnisreiche Diskussionen, die auch uns – und das ist unser Eigeninteresse – bei dem zweiten Bericht der Armuts- und Reichtumsberichterstattung weiterhelfen werden.

Nochmals herzlichen Dank also dafür, dass Sie sich trotz des gestrigen schlechten Wetters auf die Höhen des Rheingaus gewagt haben. Ich möchte mich auch ganz herzlich bei **Herrn Dr. Engels** und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute Organisation bedanken und darf ihm auch gleich das Wort erteilen.

Einführung

Dr. Dietrich Engels, Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG), Köln

Sehr geehrte Damen und Herren, auch ich möchte Sie im Namen des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik ganz herzlich begrüßen.

Eine Verbindung der Armutsberichterstattung mit einer Reichtumsberichterstattung hat sich nicht zwingend aus der wissenschaftlichen Armutsforschung ergeben, dort spielte sie – bis auf wenige Ausnahmen wie z. B. die Arbeiten von Herrn Huster¹ – keine große Rolle, sondern diese Verbindung wurde zum einen seitens der Kirchen in ihrer gesellschaftspolitischen Stellungnahme „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ (Frühjahr 1997) hergestellt: „Nicht nur Armut, auch Reichtum muss ein Thema der politischen Debatte sein. Umverteilung ist heute häufig Umverteilung des Mangels, weil der Überfluss auf der anderen Seite geschont wird.“² Zum andern wurde von der Arbeitsgruppe „Armut“ der SPD-Bundestagsfraktion diese Verknüpfung im Rahmen einer Konzeption aus dem Frühjahr 1998 in die politische Diskussion eingebracht.³

Im Diskurs der wissenschaftlichen Experten, der sich begleitend zur Berichterstattung etabliert hat, wurde Reichtum immer wieder thematisiert, aber in ambivalenter Wertung: einerseits wurde die Thematik ernst genommen und in Form gezielter Forschungsaufträge bearbeitet, andererseits gab es auch distanzierte Bemerkungen wie: „Was ich von einer Reichtumsberichterstattung halte, sage ich Ihnen lieber gleich in der Kaffeepause“.

Im Rahmen des 2. Wissenschaftlichen Kolloquiums soll diese Thematik nun systematisch erörtert werden. Wie stellen sich die diesbezüglichen Fragen aus heutiger Sicht dar, die wir in der „Konzept- und Umsetzungsstudie“ zu Beginn des Prozesses der Armuts- und Reichtumsberichterstattung formuliert haben, nämlich insbesondere: Was soll als „Reichtum“ gelten, wie soll er empirisch untersucht werden, und welche politischen Schlussfolgerungen sind aus einer Reichtumsanalyse zu ziehen? Dazu einige Anmerkungen:

¹ Ernst-Ulrich Huster (Hg.): Reichtum in Deutschland. Die Gewinner in der sozialen Polarisierung, Frankfurt 1997

² Evangelische Kirche in Deutschland/Deutsche Bischofskonferenz: Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, München 1997; hier: These 22

³ SPD-Bundestagsfraktion (Hg.): „Armut in Deutschland: Ausmaß – Auswirkungen – Auswege“, Bonn 1998

- Was soll als Reichtum gelten? Im so genannten „Reichtumsbericht Deutschland“ des Instituts der Deutschen Wirtschaft⁴ wird das Wohlstandsniveau in Deutschland insgesamt als „Reichtum“ bezeichnet; demnach geht es allen gut, angesichts „gigantischer“ Sozialleistungen eigentlich sogar „zu gut“. Demgegenüber versteht der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung dezidiert die besonders hohen Einkommens- und Vermögenslagen als materiellen Reichtum sowie privilegierte Lebenslagen als immateriellen Reichtum.
- Wie lässt sich Reichtum empirisch untersuchen? Im Hinblick auf immaterielle Reichtumsaspekte ist etwa von Interesse, welche Daten über das Entstehen gesellschaftlicher Eliten und ihre Verfestigung über mehrere Generationen hinweg vorliegen. In materieller Hinsicht sind methodische Fragen zu klären wie z. B. die unscharfe Einkommensabgrenzung im oberen Bereich bei den gängigen Haushaltserhebungen, schwierig aufzulösende Verflechtungen von privatem und betrieblichem Vermögen und Probleme bei der Bewertung von Vermögenswerten. Hinsichtlich der Schwierigkeiten, „Reichtum“ empirisch zu fassen, gilt nach wie vor Husters Bonmot vom „scheuen Wild“, wenn auch die Datenlage etwa durch Aufstockung des SOEP oder durch Kombination von Mikrozensus, EVS und Einkommensteuerstatistik verbessert werden konnte.
- Vor allem aber ist die Frage noch zu klären, welche Schlussfolgerungen aus einer Reichtumsanalyse zu ziehen sind. Immer wieder wurde betont, man wolle „keine Neiddiskussion“, auch hier tritt eine gewisse Scheu im Umgang mit dem Thema Reichtum zu Tage. Ist Reichtum der Antrieb, der Eliten dazu motiviert, die gesellschaftliche Entwicklung im Ganzen voran zu treiben? Oder eröffnet Reichtum Spielräume für eine „Umverteilung“? Wie wird Reichtum faktisch verwendet, und inwieweit geht dies die Gesellschaft etwas an? In der politischen Diskussion der letzten Jahre wurden beispielsweise Vorschläge zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer und Erhöhung der Erbschaftssteuer unterbreitet. Die Diskussion darüber hat aber ein detailliertes wissenschaftliches Fundament vermissen lassen. Hätten verlässliche und empirisch abgesicherte Erkenntnisse vorgelegen etwa über den Umfang von Erbschaften, über Methoden und Grad der Besteuerung, über Erträge und Belastungseffekte, die Soziodemographie betroffener Gruppen etc., wäre die Diskussion womöglich anders verlaufen.

Während diese Thematik den Schwerpunkt des ersten Tages bildet, steht am zweiten Tag des Kolloquiums eine andere offene Frage auf der Tagesordnung: Welchen Stellenwert haben Kompetenzen der „privaten Haushaltsproduktion“, also des operativen Prozesses, in dem Ressourcen in Lebensqualität transformiert werden? Im

⁴ Busch, B. u. a.: Verdienst, Vermögen und Verteilung. Reichtumsbericht Deutschland, Köln 1998

bisherigen Diskurs wurde diese Frage wiederholt angesprochen, aber ihre Einordnung war schwierig: Unbestritten ist die praktische Funktion dieser Kompetenzen im Zusammenhang mit einer Überwindung von Armutslagen, dass nämlich nicht nur materielle Mittel zur Verfügung gestellt werden dürften, sondern auch die Kompetenzen auszubilden sind, um mit diesen Mitteln auf möglichst effektive Weise seinen Lebensstandard zu erhöhen. Fraglich ist aber noch der Stellenwert der Haushaltsproduktion im Kontext der Analyse: Sind diese Kompetenzen, wie generell das „Humankapital“, als ein Indiz für „Reichtum“ zu werten, bzw. fehlende Kompetenzen als Armutsmerkmal? Oder sind sie, angesichts der einseitigen Belastung von Frauen, eher als Indiz sozialer Ungleichheit zu werten – vor allem, wenn man nicht nur materielle Produktion im Blick hat, sondern auch die immateriellen Leistungen von Erziehung, Familienarbeit und Pflege? Oder sind sie beides: Ein Privileg vieler Haushalte, das sich der unbezahlten Arbeit einiger Haushaltsmitglieder verdankt?

Zu beiden thematischen Schwerpunkten wünsche ich uns allen eine interessante und weiterführende Diskussion.

2. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Reichtumsberichterstattung: Konzepte, Methoden und Daten

Moderation: **Dr. Irene Becker**, Universität Frankfurt

Dr. Irene Becker, Universität Frankfurt

Auch ich möchte Sie ganz herzlich zum zweiten wissenschaftlichen Kolloquium und insbesondere jetzt zum Themenschwerpunkt „Reichtum“ begrüßen.

Herr Engels hat schon einiges über die Forschungslandschaft oder über die nicht vorhandenen Forschungen zum Thema Reichtum skizziert. Es hatte sich bereits in der Diskussionsphase bei der Konzeption des ersten Armuts- und Reichtumsberichts gezeigt, dass man zum Thema Reichtum nicht in analoger Weise wie zum Thema Armut an eine etablierte Forschungsrichtung, an konzeptionelle Vorarbeiten und empirische Arbeiten anknüpfen kann, so dass man sich auf diesem Gebiet eher auf Neuland bewegt. Sowohl die definitorische Abgrenzung als auch die empirische Ermittlung von Reichtum, aber auch von Wohlhabenheit bzw. die Abgrenzung zwischen Reichtum und wohlhabenden und mittleren Schichten sind mit ganz besonderen Schwierigkeiten verbunden. Es handelt sich insgesamt um ein sehr sensibles Thema sowohl was die empirische Ermittlung als auch die Definition betrifft, so dass bisher trotz der mittlerweile in Gang gesetzten Diskussion noch keine Klarheit darüber besteht, was das Phänomen Reichtum ist, und vor allen Dingen auch keine Klarheit über die Ziele eines darauf gerichteten Berichtsystems besteht. Herr Engels hatte dies bereits angesprochen.

Während sich bei einem gegebenen Ziel der Armutsvermeidung aus Berichten über Armut in der Gesellschaft unmittelbar Handlungsbedarf ableiten lässt, sind die Schlussfolgerungen, die aus einem Reichtumsbericht zu ziehen sind, viel weniger eindeutig. Es gibt kein analoges Ziel der Reichtumsvermeidung, vielmehr erfüllt Reichtum in bestimmten Grenzen zum einen individuelle Vorsorgefunktionen, die durchaus zu begrüßen sind, aber auch wichtige ökonomische, soziale und kulturelle Funktionen in der Gesellschaft insgesamt; privater Reichtum, sofern er nicht ausufert, kann also sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene positive Effekte haben.

Wo liegen aber die Grenzen, innerhalb derer Reichtum positiv zu bewerten ist? Die Konsequenzen eines deskriptiven Reichtumsberichts hängen von der normativen Entscheidung darüber ab, welche Spannweite zwischen den Rändern der Verteilung als produktiv und noch sozial verträglich bzw. gegebenenfalls welche Polarisierung der Verteilung als schädlich und nicht akzeptabel angesehen wird.

Darüber hinaus kann materieller Reichtum auch unter dem Aspekt der Gesamtverteilung und unter dem Gesichtspunkt einer gerechten Lastenverteilung diskutiert werden. Auch darauf hat Herr Engels schon hingewiesen. Von daher müsste eine

Reichtumsberichterstattung möglicherweise nicht nur den Reichtum, sondern auch die Verteilung der Lasten zur Finanzierung des Gemeinwesens in Augenschein nehmen.

Im Vorfeld des ersten Armuts- und Reichtumsberichts wurden mit der Vergabe entsprechender Forschungsaufträge wichtige Arbeiten zur Erforschung von Reichtum in unserer Gesellschaft immerhin schon angestoßen, die in der knappen Zeit allerdings nur Teilaspekte behandeln konnten. So wurden in einer Studie von Herrn Huster und Herrn Eißel ökonomische, soziologische und ethische Kriterien für die Beurteilung von Reichtum erörtert⁵, und in ersten empirischen Analysen einerseits von Herrn Hauser⁶, andererseits von Herrn Merz⁷ wurde Einkommens- und Vermögensreichtum unter Verwendung alternativer Indikatoren ansatzweise beschrieben. Die Auswahl der Reichtumsgrenzen erfolgte dabei aber eher intuitiv, da es an einer fundierten Abgrenzung eines derartigen Schwellenwertes bisher fehlt und auch aussagefähige Reichtumsmaße bzw. -maßzahlen bisher wenig diskutiert sind. Zudem beschränken sich die vorliegenden Arbeiten auf materiellen Reichtum bzw. die monetäre Dimension und klammern nicht-monetäre Aspekte von Reichtum bisher völlig aus, z. B. die Möglichkeiten zur Durchsetzung eigener Interessen oder die Chancen, bestimmte gesellschaftliche Positionen zu erreichen usw.

Last not least sind natürlich die vorliegenden Studien immer wieder an die Grenzen des verfügbaren Datenmaterials gestoßen, so dass auch hier noch viel zu tun bleibt (und dies mittlerweile auch schon in Angriff genommen worden ist).

Mit den von Herrn Engels und mir noch einmal kurz angerissenen ungelösten Problemen der Reichtumsforschung bzw. der vorgesehenen Reichtumsberichterstattung wollen wir uns in den nächsten beiden Stunden befassen. Herr Professor Volkert wird zunächst konzeptionelle und methodische Überlegungen vorstellen, und daran anknüpfend werden wir in den beiden darauf folgenden Referaten an die empirischen Probleme herangehen und uns darüber informieren, was mittlerweile in Gang gesetzt wurde, um die empirische Basis für einen Reichtumsbericht zu verbessern.

⁵ Vgl. Ernst-Ulrich Huster, Dieter Eißel: Reichtumsgrenzen für empirische Analysen der Vermögensverteilung, Instrumente für den staatlichen Umgang mit großen Vermögen, ökonomische, soziologische und ethische Beurteilung großer Vermögen, Reihe „Lebenslagen in Deutschland“ des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, Bonn 2001

⁶ Vgl. Richard Hauser, Irene Becker: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 – 1998, Reihe „Lebenslagen in Deutschland“ des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, Bonn 2001

⁷ Vgl. Joachim Merz: Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung. Mikroanalysen auf der Basis der Einkommensteuerstatistik, Reihe „Lebenslagen in Deutschland“ des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, Bonn 2001

Impulsreferat 1

Prof. Dr. Jürgen Volkert, FH Pforzheim/IAW Tübingen

Reichtumsberichterstattung – konzeptionelle und methodische Überlegungen aus der Perspektive von Amartya Sens Konzept der Verwirklichungschancen („Capabilities“)

1. Reichtum als hohes Maß an Verwirklichungschancen

Meine Damen und Herren, ich möchte mein Referat mit einer sehr grundsätzlichen Frage beginnen: Was ist Reichtum? Die Erörterung dieser Frage war Teil unserer Studie über die „Operationalisierung der Armut- und Reichtungsmessung“ im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung.⁸

Wie lassen sich in Zeiten der Wertevielfalt und der Diversifizierung von Lebenszielen und Lebensformen überhaupt schlüssige Antworten auf diese Frage finden? Schließlich bedeuten Wertevielfalt sowie die höchst unterschiedlichen individuellen Zielsetzungen, dass sich Reichtum nicht (mehr) an einem allgemein gültigen Lebensstil oder an bestimmten Lebensformen, Besitztümern oder Ähnlichem festmachen lässt. Wie aber kann ein umfassendes Konzept erarbeitet werden, wenn individuelle Zielsetzungen und damit auch die Vorstellungen und Kriterien für eine Bestimmung von Armut und Reichtum weit auseinandergehen? Es ist daher kaum möglich, einen Konsens über allgemein verbindliche Zielsetzungen zu erreichen; stattdessen ist es in einer solchen Situation viel versprechender, die Verwirklichungschancen ins Blickfeld zu rücken, gleich ob und wie diese im Einzelfall jeweils genutzt werden. Reichtum bedeutet dementsprechend ein hohes Maß an Verwirklichungschancen, d. h. überdurchschnittliche umfassende Chancen, verschiedenste (auch aufwändige) Lebensformen zu realisieren. Während sich Reichtum also als hohes Maß an Verwirklichungschancen interpretieren lässt, bedeutet Armut demgegenüber einen Mangel an Verwirklichungschancen, mit dem sich Amartya Sen ausführlich auseinandergesetzt hat.⁹

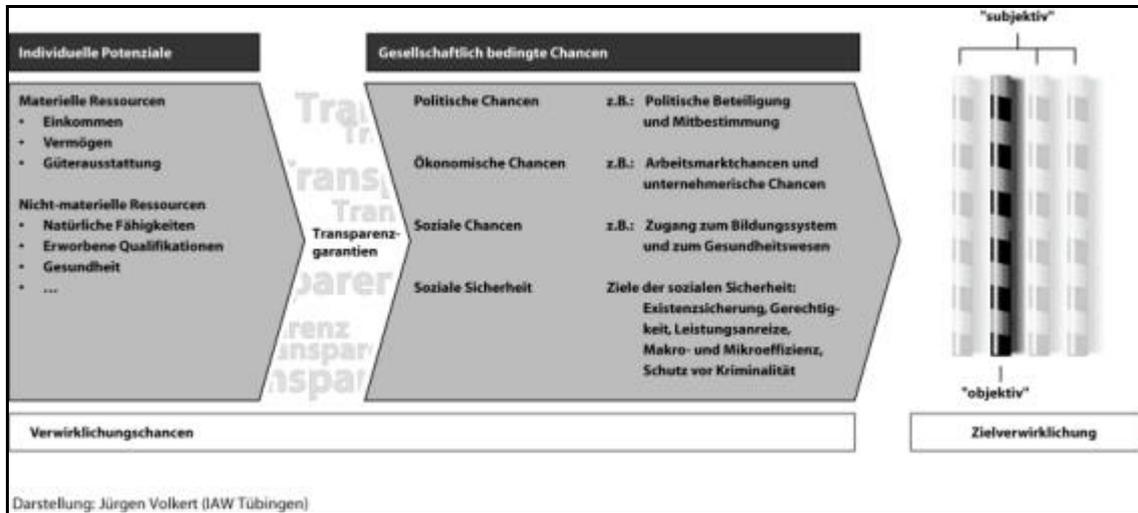
Die verschiedenen Dimensionen, die die Verwirklichungschancen prägen, veranschaulicht Abbildung 1.¹⁰

⁸ Siehe hierzu Volkert et al. (2004) sowie den einführenden Überblick in Kleimann/Volkert (2003)

⁹ Siehe beispielsweise Sen (2002/1999a, 1999b, 1992, 1985)

¹⁰ Dieses Schema wurde bereits einmal – mit einer stärkeren Fokussierung auf die Armutaspekte – im Rahmen des Symposiums „Perspektiven der Armut- und Reichtumsberichterstattung“ am 13. Dezember 2001 in Berlin vorgestellt. Siehe hierzu Volkert (2001)

Abbildung 1: Individuelle Potenziale, gesellschaftlich bedingte Chancen und die Verwirklichung von Lebenszielen



Grundsätzlich lassen sich die Bestimmungsgründe der Verwirklichungschancen in zwei Bereiche gliedern. Die „*individuellen Potenziale*“ prägen den privaten Reichtum. Privater Reichtum wird oft mit hohem Einkommen oder Vermögen gleichgesetzt. Jedoch sind auch die „*gesellschaftlich bedingten Chancen*“ wesentlich für den Gesamtumfang an verfügbaren Verwirklichungschancen.¹¹

Die gesellschaftlich bedingten Chancen sind in der Mitte des Schaubilds dargestellt. Ihr Umfang entscheidet darüber, ob neben privatem Reichtum öffentliche Armut existiert; oder ob privater Reichtum durch weiter gehende gesellschaftlich bedingte Chancen ergänzt wird. Konkret zeigt die Betrachtung der gesellschaftlich bedingten Chancen, inwieweit eine Gesellschaft politische, ökonomische und soziale Chancen sowie soziale Sicherheit bietet. Allerdings hängt der tatsächliche Wert dieser gesellschaftlich bedingten Chancen davon ab, dass die Gesellschaft diese nicht nur formal gewährleistet, sondern ihre faktische Inanspruchnahme durch Transparenzgarantien und damit auch freien Zugang fördert. Transparenzgarantien sind insofern wichtig, um die übrigen formal zugesicherten gesellschaftlich bedingten Chancen tatsächlich wahrnehmen zu können.

¹¹ Sen (2002, S. 52 ff.) bezeichnet diese „gesellschaftlich bedingten Chancen“ als „instrumentelle Freiheiten“. Der von Sen gewählte Begriff der instrumentellen Freiheiten ist aus philosophischer Sicht gut geeignet. Zur konzeptionellen Fundierung der Reichtumsberichterstattung erscheint uns dagegen der synonym verwendete Begriff der „gesellschaftlich bedingten Chancen“ anschaulicher.

Was bedeutet dies im konkreten Kontext der Reichtumsberichterstattung? Es muss wohl nicht näher begründet werden, dass Einkommen und Vermögen wesentliche Bestandteile der individuellen Potenziale, speziell der monetären bzw. materiellen Ressourcen, darstellen. Stattdessen möchte ich zunächst die Problematik der bisher eingesetzten Maße des Einkommens- und Vermögensreichtums erörtern und auf denkbare Alternativen eingehen.

Im darauf folgenden Teil beschäftigen wir uns dann mit den gesellschaftlich bedingten Chancen. Ich werde auf die Frage eingehen, warum für die Reichtumsberichterstattung ein weiter Reichtumsbegriff erforderlich ist, der auch nicht-monetären Reichtum umfasst. Außerdem möchte ich exemplarisch zeigen, wie man die Kernaussagen eines weiten Ansatzes darstellen und einer breiten Öffentlichkeit vermitteln kann. Mit einem kurzen Fazit werde ich mein Referat beenden.

2. Funktionen und Problematik gängiger Reichtumsindikatoren

Zunächst zu den gängigen Maßen des Einkommens- und Vermögensreichtums: oftmals kommen Maße zum Einsatz, die Einkommensreichtum als ein Vielfaches – z. B. 200 Prozent – eines mittleren Äquivalenzeinkommens beschreiben. Inhaltlich soll etwa das 200 %-Maß gehobenen Konsum und finanzielle Unabhängigkeit identifizieren.¹² Andere Maße bestimmen den Anteil der Vermögens- und der Einkommensmillionäre in der Bevölkerung.¹³

Dies sind zwar nicht die einzigen, wohl aber die gängigsten Maße in der bisherigen Reichtumsberichterstattung. Sie weisen allerdings eine ganze Reihe schwerwiegender konzeptioneller und methodischer Unzulänglichkeiten auf.

So ergibt sich die Grenze bei 200 Prozent eines mittleren Einkommens zunächst lediglich rechnerisch als Kehrwert der 50 %-Armutsgrenze. Dies ist zwar arithmetisch elegant, jedoch zugleich sehr willkürlich, zumal der Ausgangswert selbst, die 50 %-Armutsgrenze, konzeptionell und methodisch nicht fundiert ist.¹⁴

Darüber hinaus besteht kein unmittelbarer Bezug zwischen der Berechnungsmethode der 200 %-Grenze und der inhaltlichen Interpretation, dass ab dieser Grenze gehobener Konsum und finanzielle Freiräume entstünden. Die vergleichsweise willkürliche Bildung des Kehrwertes eines konzeptionell kaum fundierten Armutsmaßes vernachlässigt die Frage, was im Einzelnen als gehobener Konsum angesehen wird.

¹² Vgl. Huster (2001), S. 14 f. sowie Huster (1997), S. 51 ff.

¹³ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (2001), S. 44 ff.

¹⁴ Siehe hierzu Volkert et al. (2004), Kap. 4 sowie Kleimann/Volkert (2003), S. 39 und S. 42 ff.

Eine solch inhaltlich klare Präzisierung, was unter gehobenem Konsum verstanden wird, ist jedoch unerlässlich, um fundierte, aussagefähige Ergebnisse zu erhalten.

Zu klären ist dabei, ob sich zur Konkretisierung dessen, was als gehobener Konsum zu verstehen ist, subjektive oder „objektive“ Maße und Indikatoren eignen. „Objektive“ Maße – wie zum Beispiel das 200 %-Maß – werden letztlich auf der Grundlage von Werturteilen eines kleinen, nicht repräsentativen Expertenkreises ermittelt.¹⁵ Jede Antwort hierauf ist weitgehend durch subjektive Einschätzungen geprägt. Solche Sachverhalte, deren Klärung stark von unterschiedlichen Werturteilen abhängt, lassen sich jedoch mit objektiven Maßen, etwa einem 200 %-Maß, nicht adäquat ermitteln. Hierzu bedarf es stattdessen subjektiver Methoden, die entsprechende Indikatoren und Schwellenwerte durch repräsentative Befragungen ermitteln. Sie können der Vielfalt bedeutsamer Werturteile besser Rechnung tragen. Wollten wir also tatsächlich gehobenen Konsum oder überdurchschnittliche finanzielle Freiräume messen, so müssten wir zunächst einmal mit subjektiven Methoden feststellen, was unter gehobenem Konsum zu verstehen ist. Erst auf dieser Grundlage lassen sich Einkommensschwennenwerte bilden, die als finanzielle Grundlage für einen solchen konkreten „gehobenen Konsum“ erforderlich sind.

Weitere, sehr verbreitete Reichtumsmaße sind die Anteile der Personen oder Haushalte in der Bevölkerung, die über mehr als 1 Million DM Einkommen oder Vermögen verfügen. Bei diesen Maßen ist es bereits schwierig, überhaupt inhaltlich konkrete Funktionen zu erkennen, die sie innerhalb der Reichtumsberichterstattung erfüllen sollen. In der Literatur werden sie mit einer „beachtlichen Faszination“ begründet, die diese Millionärskategorien aufwies.¹⁶ Die Frage sollte erlaubt sein, ob wir es als Aufgabe eines Reichtumsberichtes ansehen, Schwellenwerte für faszinierende Vermögenswerte festzustellen, oder ob inhaltlich konkreter begründbare Maße, Indikatoren und Schwellenwerte vorzuziehen sind.

Selbst wenn wir auch weiterhin die Schwelle bestimmen wollten, ab der Einkommen oder Vermögen eine „beachtliche Faszination“ ausstrahlen, sind die bislang verwendeten „objektiven“ Grenzen von 1 Million DM Einkommen oder Vermögen ebenfalls methodisch ungeeignet. Schließlich hängt auch die Entscheidung, ab wann

¹⁵ Die Verwendung objektiver Maße ist sinnvoll zur Klärung von Fragen zu normativ unumstrittenen Sachverhalten, deren Beantwortung wenig werturteilsbehaftet ist und die in erster Linie eine Vielzahl hoch spezialisierter wissenschaftlicher Informationen verlangt. Ein Beispiel hierfür ist die Klärung des überlebensnotwendigen Vitaminbedarfs durch Experten für die normativ weitgehend unumstrittene Gewährleistung eines physischen Existenzminimums. Siehe hierzu Volkert et al. (2004), Kapitel 4

¹⁶ Siehe zur Darstellung und Relativierung der Aussagefähigkeit dieses Indikators Huster (1997), S. 12 f.

Einkommen oder Vermögen eine Faszination ausüben, in hohem Maße von subjektiven Werturteilen ab. Entsprechend müssten auch Schwellenwerte für die „Faszination des Reichtums“, so man sie tatsächlich ermitteln möchte, subjektiv bestimmt werden.

Schließlich deutet zumindest eine Umfrage in der Schweiz an, dass für die Faszination des Reichtums oft mehr als eine Million vorhanden sein muss. Ein nennenswerter Teil der Schweizer findet es zwar faszinierend reich zu sein, gibt aber an, dass, eine Million Schweizer Franken zu haben, noch keinen Vermögensreichtum bedeute. Nötig seien schon 1,5 oder 3 Millionen Schweizer Franken.¹⁷ Die Faszination des Reichtums tritt insofern möglicherweise nicht ab einem Vermögen von 1 Million DM auf.¹⁸

Ein weiteres Problem wird gerade im nächsten Armuts- und Reichtumsbericht sehr offensichtlich werden: Diese Millionengrenze – eine Million DM oder Euro – ist als nominales Maß höchst problematisch, weil sich dahinter jeweils sehr unterschiedliche Verwirklichungschancen verbergen. Mit einer Million DM verbinden sich ganz andere Möglichkeiten als mit einer Million Euro. Würde man nun künftig auf eine Million Euro umstellen, wären völlig andere Situationen als Reichtum erfasst als bisher. Oder belassen wir es beim Alten, weil uns die eine Million DM wichtig ist? Aber warum sollten wir das, wenn doch die Funktionen dieser Indikatoren fraglich sind und mit dem bislang verwendeten Ansatz grundsätzlich nicht adäquat erfüllt werden können.

Insgesamt sind die bisher verwendeten monetären Reichtumsmaße also konzeptionell, methodisch und empirisch fragwürdig. Wer bisherige Maße kritisiert, sollte zugleich Alternativen aufzeigen können; dies möchte ich im Folgenden versuchen.

3. Alternative Maße zur Bestimmung von Einkommens- und Vermögensreichtum

Um zu einer stimmigen Konzeption für die Messung von Einkommens- und Vermögensreichtum zu gelangen, sollten zunächst jene Reichtumsfunktionen bestimmt werden, die für das Erreichen der Ziele der Reichtumsberichterstattung als besonders relevant angesehen werden. Hierauf aufbauend sind Indikatoren zu bestimmen, mit denen die Erfüllung der als relevant angesehenen Reichtumsfunktionen bestmöglich ermittelt werden kann. Am Beispiel der in der wissenschaftlichen Literatur diskutierten

¹⁷ Vgl. Leuenberger (2001), S. 12 sowie vertiefend zur Situation in der Schweiz Mäder/Streuli (2002), S. 15

¹⁸ Aus den Ergebnissen für die Schweiz kann nicht geschlossen werden, dass dieselben Grenzen auch von der deutschen Bevölkerung genauso angegeben würden. Sie verdeutlichen aber die Notwendigkeit, durch repräsentative Befragungen zu klären, wo die „Faszination des Reichtums“ zumindest für größere Teile der Bevölkerung beginnt.

Reichtumsmaße soll dies verdeutlicht werden. Als Funktionen des Einkommens- und Vermögensreichtums gelten beispielsweise:¹⁹

- Private Sicherungsfunktionen (Unabhängigkeit von der sozialen Sicherung)
- Einkommensreproduktion
- Vermögensübertragung durch Erbschaften und Schenkungen
- Gehobener Konsum und finanzielle Spielräume
- Konservierung von Ultra-Reichtum.

Eine erste, sehr wesentliche Komponente der Analyse und Messung von Einkommens- und Vermögensreichtum ist – auch mit Blick auf die Ziele der Reichtumsberichterstattung – die „zeitliche Reichweite der privaten Vorsorge“. Entsprechende Maße haben bereits Hauser/Wagner (1992) verwendet und hieraus weiter gehende Schlussfolgerungen gezogen. Mit Maßen zur „zeitlichen Reichweite privater Vorsorge“ lassen sich Fragen beantworten wie z. B.:

- Wie lange kann das private Vermögen eines Haushalts diesen in unverhofften Notlagen oder im Alter absichern?
- Über welchen Zeitraum hinweg (z. B. ein halbes Jahr, ein, fünf, zehn oder 20 Jahre) reicht das private Nettovermögen, um beispielsweise ein mittleres Einkommen zu reproduzieren?

Solche Fragen sind angesichts der zunehmenden Notwendigkeit einer privaten Absicherung und Vorsorge für das Alter von besonderer Bedeutung. Im Zeitverlauf ließe sich dann zeigen, inwieweit und für welche Personenkreise das Alterssicherungssystem schrittweise auf die private Vorsorge umgestellt werden kann; aber auch bei welchen Gruppen Defizite der privaten Absicherung deutlich werden. Es muss nicht betont werden, dass solche Informationen unmittelbare Bedeutung für die Weiterentwicklung des Systems der sozialen Sicherung besitzen. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf Haushalte von Erwerbstätigen und Rentnern gelegt werden.

Einen Grenzwert oder auch „qualitativen Sprung“ erreichen Maße zur Bestimmung der zeitlichen Reichweite des privaten Vermögens dann, wenn das Vermögen ausreicht, um ein mittleres Einkommen beliebig oft zu reproduzieren. Gelingt diese dauerhafte Reproduktion eines mittleren Einkommens durch privates Vermögen, so entsteht zum einen eine enorm große Unabhängigkeit vom Arbeitsmarkt und vom System der sozialen Sicherung. Zum anderen können hierdurch entstehende zeitliche Spielräume

¹⁹ Vgl. Faik (2001), S. 68, Huster (2001), S. 21 ff. sowie Espenhorst (1997)

für die Mitwirkung und Einflussnahme in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Kultur und wohltätigen Organisationen genutzt werden.²⁰ Die Betroffenen besitzen somit zugleich sehr große Einflussmöglichkeiten und umfangreiche Verwirklichungschancen in den zentralen Bereichen der gesellschaftlich bedingten Chancen, da sie aufgrund ihrer Unabhängigkeit zu weniger Kompromissen gezwungen sind. Von Interesse für wesentliche Ziele der Reichtumsberichterstattung,²¹ insbesondere für die „Analyse zur Stärkung (...) der Chancengleichheit“ und für die „Auseinandersetzung mit Privilegierungen“ ist insbesondere die Frage, inwieweit es sich hierbei um eine relativ geschlossene Gruppe handelt, oder ob soziale Mobilität den Zugang auch zu solch herausragenden Verwirklichungschancen erlaubt.

Verwirklichungschancen werden darüber hinaus maßgeblich durch Erbschaften und Schenkungen beeinflusst. Indikatoren zu dieser Reichtumsfunktion sollten ausweisen, in welchem Maße einzelne Bevölkerungsgruppen von einer solchen Verbesserung der eigenen Verwirklichungschancen profitieren oder ausgeschlossen bleiben.²² Hierauf möchte ich nicht im Detail eingehen, da wir zu diesem Thema später noch einen speziellen Beitrag hören werden.

Würden die „zeitliche Reichweite privater Vorsorge“, „Einkommensreproduktions-schwellen“ sowie Umfang und Verteilung (erwarteter) Erbschaften ermittelt, könnte die Aussagefähigkeit und wirtschafts- sowie sozialpolitische Relevanz der Berichterstattung zum Einkommens- und Vermögensreichtum bereits deutlich erhöht werden.

Die Ermittlung eines gehobenen Konsums gehört zumindest derzeit nicht zu den offiziellen Zielen der Reichtumsberichterstattung. Entscheidet man sich dafür, zusätzlich Einkommensschwellen zu ermitteln, ab denen ein gehobener Konsum möglich ist, so verlangt dies – wie gezeigt wurde – repräsentative Befragungen, d. h. die Anwendung subjektiver statt objektiver Methoden.²³ Allerdings stellen sich auch dann, wenn man gehobenen Konsum mit subjektiven Methoden ermittelt, eine Reihe

²⁰ Vgl. Wotschack (2001), S. 250

²¹ Siehe zu den Zielen der Armuts- und Reichtumsberichterstattung Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (2001), S. 25 f.

²² Ferner ließen sich unter Hinzuziehung von Indikatoren zur Reichweite des privaten Vermögens Rückschlüsse auf die Bedeutung von Erbschaften und Schenkungen für die individuelle Fähigkeit zur privaten Vorsorge ziehen. Es ist sinnvoll, hierbei nicht nur empfangene, sondern auch künftig erwartete Erbschaften zu erheben.

²³ Schließlich stellt die Unterversorgung im Armutsbereich eine Art Pendant zum gehobenen Konsum dar. Während Unterversorgung beinhaltet, dass bestimmte Haushalte weniger als eine sozio-kulturelle Mindestausstattung verfügen, geht gehobener Konsum über einen als normal empfundenen Konsum hinaus. Da die relevanten Schwellenwerte in beiden Fällen von individuellen Werturteilen abhängen, sollte gehobener Konsum ebenso wie Deprivation mit subjektiven Methoden bestimmt werden.

offener Fragen. Insbesondere muss geklärt werden, ob das, was unter gehobenem Konsum verstanden wird, gruppenspezifisch derart große Unterschiede aufweist, dass allgemein gültige Einkommensgrenzen nicht ermittelt werden können.

Konzeptionell reizvoll, aber empirisch extrem schwer zu fassen, ist der so genannte Ultra-Reichtum. Hierunter wird ein Umfang des Vermögensreichtums verstanden, der so groß ist, dass die materiellen Mittel über die mit solchen materiellen Mitteln erreichbaren Ziele hinausgehen. Zielprobleme treten dann an die Stelle von Mittelproblemen. Es entsteht mitunter eine Unsicherheit darüber, was man eigentlich will. Aus Angst vor Verlusten kann es dann zu ausgeprägtem Besitzstandsdenken kommen.²⁴ Angesichts der gegenwärtigen Datenlage ist es allerdings fraglich, ob ein solcher Ultra-Reichtum in näherer Zukunft seriös ermittelt werden kann.

Insgesamt sollte sich die Berichterstattung zum Einkommens- und Vermögensreichtum künftig stärker an den Berichterstattungszielen und an den hieraus ableitbaren relevanten Reichtumsfunktionen orientieren.

Darüber hinaus bietet es sich an, die Reichtums- und Armutsberichterstattung konzeptionell und inhaltlich stärker miteinander zu verzahnen. Ein Beispiel hierzu zeigt Abbildung 2.

Im oberen Teil der Abbildung sind beispielhafte Reichtumsmaße und im unteren Teil entsprechend entgegengesetzte Armutsmaße abgetragen. Eine Verzahnung von Armuts- und Reichtumsanalyse bietet sich insbesondere zwischen dem Reichtumsmaß der zeitlichen Reichweite privater Vorsorge und der Vermögenslosigkeit und Überschuldung im Armutsbereich an.

Ganz oben befindet sich der Grenzwert dieser zeitlichen Reichweite, die Einkommensreproduktion. Darunter kann man Abstufungen einbauen: Wie viele und welche Haushalte gibt es, die ein mittleres Einkommen 20, 10, 5 oder ein Jahr aus ihrem privaten Nettovermögen finanzieren können? Demgegenüber bedeutet Vermögenslosigkeit im Armutsbereich, dass selbst für kürzeste Zeiträume keinerlei Vermögen zur Absicherung vorhanden ist. Selbst bei Vermögenslosigkeit bleibt die Frage, ob ein bestimmter Betrag, etwa ein mittleres monatliches Äquivalenzeinkommen, zumindest kurzfristig beschaffbar wäre, oder ob im Extremfall bereits Zahlungsverzug und Überschuldung eingetreten sind.

²⁴ Vgl. Schulze (1997), S. 278 ff.

Abbildung 2: Symmetrie monetärer Reichtums- und Armutsmaße

Symmetrie monetärer Reichtums- und Armutsmaße	
Reichtum	Zeitliche Reichweite privater Vorsorge
	<ul style="list-style-type: none"> • Einkommensreproduktion • Vermögen reicht zur Finanzierung eines Jahresdurchschnittseinkommens über <ul style="list-style-type: none"> 20 Jahre 10 Jahre 5 Jahre 1 Jahr
Armut	Vermögenslosigkeit / Überschuldung
	<ul style="list-style-type: none"> • Vermögenslosigkeit • Kurzfristige Beschaffbarkeit eines durchschnittlichen Monatsgehaltes • Zahlungsverzug • Überschuldung

Darstellung: Jürgen Volkert / IAW Tübingen

Im Zeitverlauf kann eine solche gemeinsame Betrachtung von Indikatoren der zeitlichen Reichweite privater Vorsorge sowie zu überschuldeten oder finanziell stark belasteten Haushalten Rückschlüsse auf die Mobilität sowie auf die Fähigkeiten zur notwendigen Selbstvorsorge (ehemals) überschuldeter Haushalte ermöglichen. Dies ist zugleich ein Beispiel für die Vorteilhaftigkeit einer gemeinsamen konzeptionellen Basis für die Armuts- und Reichtumsanalyse.

4. Die Ermittlung gesellschaftlich bedingter Chancen: Voraussetzung für die Identifikation von Privilegierungen und für die Stärkung von Chancengleichheit

Ich möchte nun von den monetären zu den nicht-monetären Reichtumsmaßen übergehen und zunächst darlegen, warum wir mehr messen sollten als nur Einkommens- und Vermögensreichtum. Hierfür sprechen zum einen konzeptionelle Gründe und zum anderen konkrete inhaltliche Anforderungen, die sich aus den Zielen der Reichtumsberichterstattung ergeben.

Konzeptionell lässt sich ein Reichtum an Verwirklichungschancen nach dem Senseschen Ansatz mit dem Einkommen und Vermögen allein nicht präzisieren. Wenn wir lediglich die Einkommens- und Vermögensbestände erfassen, beschränken wir uns auf den privaten Reichtum. Privater Reichtum entscheidet aber nicht isoliert über den Umfang der verfügbaren Verwirklichungschancen. So ist beispielsweise ein funktionierendes Rechtssystem, als Teil der sozialen Chancen, unverzichtbare Voraussetzung für ein

hohes Maß an Verwirklichungschancen. Ohne ein verlässliches Rechtssystem sind die Verwirklichungschancen auch und gerade von Eignern großer Vermögensbestände sehr viel begrenzter und gefährdeter als in einem allgemein respektierten Rechtsstaat. Gleiches gilt für einen mangelhaften Schutz vor Kriminalität, der bei vergleichbaren Einkommen und Vermögen mit deutlich geringeren Verwirklichungschancen einhergeht, als wenn ein umfassender staatlicher Schutz vor kriminellen Übergriffen gewährleistet ist.

Darüber hinaus verhindert ein Mangel an Transparenz, etwa durch Korruption, die ökonomischen Chancen. Schließlich ist es nicht unerheblich, ob von einem bestimmten Gewinn ein nennenswerter Teil für die Bestechung von Auftraggebern, Konkurrenten und/oder Zulieferern abgezweigt werden muss. Bereits hier zeigt sich, weshalb Transparenzgarantien beachtet werden müssen, wenn man sich ein zutreffendes Bild des Reichtums an Verwirklichungschancen machen möchte.

Über diese, beispielhaft veranschaulichten, grundlegenden konzeptionellen Argumente hinaus verlangen allein schon die Ziele der deutschen Reichtumsberichterstattung²⁵ nach einem solch umfassenden Reichtumsbegriff. Zu diesen Zielen gehört es, Privilegierungen zu erkennen sowie soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu stärken. Privilegierungen beinhalten eine gesellschaftlich bedingte Chancenungleichheit. Wenn wir Privilegierungen erkennen wollen, müssen wir uns folglich intensiv mit den (Ungleichheiten der) gesellschaftlich bedingten Chancen beschäftigen. Es ist somit unverzichtbar, politische, ökonomische, soziale Chancen, soziale Sicherheit und Transparenzgarantien genauer zu analysieren. Auf diese Weise wird beispielsweise deutlich, ob alle Bürgerinnen und Bürger über einen faktisch freien Zugang zu politischen, ökonomischen und sozialen Chancen verfügen, oder ob dieser durch Privilegierungen beschränkt wird.

Ebenso verlangt die Berücksichtigung von Gender Mainstreaming-Aspekten als weitere Zielsetzung der Reichtumsberichterstattung nach einem weiten Reichtumsbegriff. Schließlich geht es hierbei regelmäßig auch um Unabhängigkeit und Selbstverwirklichung, d. h. nicht zuletzt um gesellschaftliche Chancen und Partizipation. Aussagen hierzu lassen sich erst formulieren, wenn der zugrunde gelegte Reichtumsbegriff über das Einkommen und Vermögen hinausgeht und gesellschaftlich bedingte Chancen umfassend mit einbezieht.

Eine konzeptionell fundierte, zielführende Reichtumsberichterstattung muss daher adäquate Maße und Indikatoren zur Erfassung der gesellschaftlich bedingten Chancen erarbeiten. Schließlich kann Reichtum als hohes Maß an Verwirklichungschancen

²⁵ Zu diesen Zielen siehe Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (2001), S. 25 ff.

genau wie das Sensesche Pendant, nämlich Armut als Mangel an Verwirklichungschancen, nicht ausschließlich mit monetären Indikatoren gemessen werden.

Wie lässt sich aber ein solch weiter Reichtumsansatz in einer Weise präsentieren, dass er sich als sachliche Grundlage für eine breite, öffentliche Diskussion eignet? Hierzu gilt es einerseits, eine einseitige Fokussierung auf nur einen oder sehr wenige Indikatoren zu vermeiden, da dies angesichts der vielfältigen Dimensionen der Verwirklichungschancen nicht sachgerecht wäre. Andererseits würde eine unüberschaubare Vielzahl hochdifferenzierter Reichtumsindikatoren in der Bevölkerung kaum mehr wahrgenommen, so dass sich das Ziel, eine sachliche Grundlage für öffentliche Diskussionen zu schaffen, nicht erreichen ließe.²⁶

Diesen Herausforderungen lässt sich durch ein Präsentationskonzept Rechnung tragen, wie es bereits auf EU-Ebene in den nationalen Aktionsplänen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung Anwendung findet.²⁷ Nach diesem Mehrebenenkonzept lassen sich verschiedene Indikatorebenen unterscheiden. Zunächst gilt es, einen breiten Konsens über die „Primärindikatoren“ der Reichtumsberichterstattung herzustellen. Sie sollen die wesentlichen Dimensionen der Verwirklichungschancen – d. h. sowohl den privaten Reichtum als auch die gesellschaftlich bedingten Chancen – angemessen berücksichtigen. So genannte „Sekundärindikatoren“ haben die Aufgabe, die Primärindikatoren zu unterstützen und näher zu erläutern. Die Zahl der Primär- und Sekundärindikatoren sollte eng begrenzt bleiben, damit sie als „Leitindikatoren“ in der Öffentlichkeit gut wahrnehmbar bleiben und sich als Grundlage einer breiten öffentlichen Diskussion eignen. Im ausführlicheren Armuts- und Reichtumsbericht sollte eine weitere Gruppe von Indikatoren die Aussagen der Leitindikatoren ergänzen und vertiefen.

Ich möchte mit Nachdruck betonen, dass die Auswahl und Festlegung von relevanten Maßen und Indikatoren nur in einem breiten Konsens aller Beteiligten erfolgen kann und nicht durch einzelne Wissenschaftler oder Wissenschaftlergruppen. Die Indikatoren in den Abbildungen 3 und 4 am Ende dieses Beitrags dienen daher lediglich der beispielhaften Veranschaulichung eines solchen Mehrebenen-Präsentationskonzepts mit Hilfe denkbarer, jedoch vorläufig sehr subjektiver Indikatorenvorschläge.

²⁶ Das Spannungsfeld zwischen unzulässig verkürzender Einfachheit und unüberschaubarer Ausdifferenzierung zielführend aufzulösen, ist eine Aufgabe, die sich jeder Konzeption stellt, deren Reichtumsbegriff weit genug ist, um den Zielsetzungen und Anforderungen der deutschen Reichtumsberichterstattung zu entsprechen.

²⁷ Das Konzept wurde von Atkinson et. al. (2002) entwickelt und in Kurzform nochmals in Atkinson (2003) skizziert. Ein Beispiel für dessen Anwendung im Armutskontext findet sich im Nationalen Aktionsplan für Deutschland zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2003-2005; siehe hierzu: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (2003)

Konkret finden Sie im oberen Teil der Abbildung 4 denkbare Leitindikatoren für ein hohes Maß an gesellschaftlich bedingten Chancen, d. h. Indikatoren nicht-monetären Reichtums. Die Ziffern (1) stehen hier für Primärindikatoren, (2) für Sekundärindikatoren. Diese wären durch Tertiärindikatoren zu ergänzen, d. h. durch weitere vertiefende Indikatoren im Armuts- und Reichtumsbericht selbst.

Ein hohes Maß an politischer Beteiligung und *politischen Chancen*, das eine Beeinflussung der gesellschaftlich bedingten Chancen ermöglicht, ließe sich z. B. durch Indikatoren zur Mitgliedschaft oder Mitarbeit in politischen oder gesellschaftlichen Institutionen operationalisieren. Denkbar sind ferner Indikatoren, die den Zugang und die Zugehörigkeit zu politischen Spitzenpositionen ausweisen.

Bei den *ökonomischen Chancen* erscheint es mir wesentlich, den – (nicht nur) geschlechtstypisch – unterschiedlichen Zugang zu wirtschaftlichen Führungspositionen herauszuarbeiten.²⁸ Weiter gehende Erkenntnisse lassen sich gewinnen, wenn man ergänzend die sozialen Chancen untersucht. Unterschiedliche *soziale Chancen* drücken sich zum Beispiel im privilegierten Zugang zum Bildungssystem aus. Die Ermittlung des Hochschulzugangs allein ist für die Identifikation von Privilegierungen im Bildungsbereich jedoch möglicherweise nicht (mehr) ausreichend. Will man Bildungschancen im Zusammenspiel mit dem Zugang zu wirtschaftlichen Führungspositionen analysieren, so reicht der Hochschulabschluss an sich immer seltener aus. Als neue Selektionskriterien treten Promotionen und Abschlüsse an Elitehochschulen immer mehr in den Vordergrund.²⁹ Sie sollten daher in einem aktuellen Indikatoren-Set zu den Bildungschancen als Teil der sozialen Chancen nicht vernachlässigt werden.

Die gemeinsame Betrachtung von Bildungschancen und ökonomischen Chancen des Aufstiegs in wirtschaftliche Führungspositionen ermöglicht es jedoch nicht nur, Privilegierungen und Erschwernisse für einzelne Gruppen erkennen. Vielmehr zeigt sich z. B. auch, wann das Phänomen der so genannten „Konvertierungsblockade“³⁰ auftritt: nämlich immer dann, wenn Frauen zwar ein relativ hohes Bildungsniveau erreichen, ohne dass ihnen dies einen besseren Zugang zu wirtschaftlichen Führungspositionen eröffnet. Bereits diese Beispiele sollen verdeutlichen, dass eine gemeinsame Interpretation von Indikatoren aus unterschiedlichen Dimensionen der gesellschaftlich bedingten Chancen weiter gehende Erkenntnisse über bestehende Privilegierungen und Diskriminierungen erlaubt.

²⁸ Siehe Hartmann/Kopp (2001), Hartmann (1997) sowie zu den geschlechtstypischen Unterschieden Frerichs/Himmelreiter (2001), S. 192 ff.

²⁹ Vgl. Gellert (2001), S. 180 sowie Hartmann/Kopp (2001), S. 438 f.

³⁰ Siehe hierzu Frerichs/Himmelreicher (2001), S. 192 ff.

Darüber hinaus ist im Kontext der sozialen Chancen insbesondere in Zeiten grundlegender Reformen des Gesundheitssystems zu klären, inwieweit Reichtum mit besseren Gesundheitsleistungen einhergeht. Hierauf aufbauend sind gegebenenfalls Konsequenzen für die Lebenserwartung zu analysieren.

Ferner lässt sich der vereinzelt diskutierte Wohnungsreichtum ebenfalls als Teil der sozialen Chancen begreifen. Aus ökonomischer Sicht ist allerdings grundsätzlich zu fragen, inwieweit eine solch spezielle, präferenzabhängige Art der Einkommens- und Vermögensverwendung, nämlich die Bevorzugung eines besonders geräumigen oder gut ausgestatteten Domizils, als besonders hervorhebenswert angesehen werden sollte. Schließlich wäre zu begründen, weshalb Wohnungsreichtum als relevant angesehen würde, während alternative Einkommens- und Vermögensverwendungsformen (z. B. der Erwerb von Yachten, zahlreiche teure Reisen, Schmuck- oder Gemäldesammlungen), als irrelevant für die Erfassung von Reichtum gelten. Es dürfte nahezu unmöglich sein, allen denkbaren Einkommensverwendungen von Beziehern hoher Einkommen Rechnung zu tragen. Letztlich ist dies auch nicht notwendig, da es – sofern ein hinreichend hohes Einkommen oder Vermögen erworben wurde – zweitrangig ist, wofür die Betroffenen diese Mittel verwenden wollen. Es erscheint daher sinnvoll, künftig auf solche Indikatoren der präferenzabhängigen Einkommensverwendung in der Reichtumsberichterstattung zu verzichten und entsprechend auch keinen spezifischen Wohnraumreichtum auszuweisen.

Ist man anderer Ansicht und sieht in der Verfügbarkeit von besonders großem oder luxuriösem Wohnraum trotz allem einen besonderen Reichtumsaspekt, so sollten zumindest die bislang eingesetzten Indikatoren (z. B. die Verfügbarkeit von mindestens 200 Prozent oder 150 Prozent der mittleren Pro-Kopf-Wohnfläche³¹) noch einmal kritisch überdacht und durch aussagefähigere ersetzt werden. Bei den bisher verwendeten Indikatoren bleibt offen, welche – im Rahmen der Reichtumsberichterstattung interessierende – Konsequenzen hiermit abgebildet werden sollen. Begründet werden diese Indikatoren unter anderem mit der in ihnen zum Ausdruck kommenden Möglichkeit zur Individualisierung und Singularisierung. Letztlich hängen diese Möglichkeiten jedoch nicht vom faktisch verfügbaren (unter Umständen nur gemieteten) Wohnraum ab, sondern von Einkommen und Vermögen, die ohnehin in den Reichtumsberichten erfasst werden. Auch wer sich, obwohl er über ein vergleichbares Einkommen und Vermögen verfügt, nur weniger Wohnraum leisten will als er könnte, hat diese Möglichkeiten zur Individualisierung und Singularisierung – nur werden diese aufgrund eigener Präferenzen nicht in dieser speziellen Form genutzt. Das heißt: Wer über deutlich mehr Einkommen und Vermögen verfügt, aber dennoch

³¹ Siehe beispielsweise Erbslöh/Krummacher (2001), S. 225

nur eine kleine Wohnung hat und die Mittel anderweitig verausgabt, hat prinzipiell immer noch weit mehr Möglichkeiten zur Individualisierung und Singularisierung, auch wenn dies in den gängigen Wohnreichtumsindikatoren nicht zum Ausdruck kommt. Für die Identifikation von Möglichkeiten zur Individualisierung und Singularisierung sind die bisher verwendeten Wohnraumreichtumsmaße also weder notwendig noch zielführend.

Darüber hinaus soll Wohnreichtum ausgewiesen werden, um die „Blockierung“ von Wohnraum durch hohen Wohnkonsum zu erkennen. In diesem Fall müsste aber deutlich zwischen Regionen mit Wohnraumnachfrage- und -angebotsüberschüssen unterschieden werden. Nicht zuletzt erhofft man sich eine Beschreibung der sozial-räumlichen Segregationen in den Kernstädten durch das Entstehen von „Reiche-Leute-Vierteln“. Da hierdurch in der Tat die sozialen Chancen beeinflusst werden können, sollte geprüft werden, inwieweit diese Aspekte von Interesse für die Reichtumsberichterstattung sind. Allerdings lassen sich diese Segregationen nicht durch grobe Indikatoren zum Wohnflächenverbrauch, sondern nur mit quartiersbezogenen Maßen erfassen.

Soziale Sicherheit ist eine elementare Dimension der gesellschaftlich bedingten Chancen. Für die Reichtumsberichterstattung ist dabei zum einen der grundsätzliche Beitrag bedeutsam, den (die Aussicht auf) Reichtum als marktwirtschaftlicher Anreiz für das Entstehen und den Ausbau des materiellen Fundaments der sozialen Sicherung leistet. So war die Einsicht, dass nur verteilt werden kann, was zuvor produziert wurde, nach dem Zweiten Weltkrieg konstitutiv für die Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland.³² Zum anderen gilt es hieran anknüpfend zu dokumentieren, inwieweit einkommens- und vermögensreiche Bürgerinnen und Bürger nicht nur die Voraussetzungen für die soziale Sicherung schaffen, sondern diese tatsächlich durch angemessene Beiträge unterstützen. Erste Antworten hierauf geben so genannte Transfersalden, die in der aktuellen Reichtumsdiskussion bereits eine Rolle spielen. Sie verdeutlichen zum Teil auch, inwieweit wesentliche Prinzipien der sozialen Sicherung durch einen Rückzug einzelner reicher Gruppen aus der Finanzierungsverantwortung verletzt werden.³³

Ein Rückzug aus der Finanzierungsverantwortung gegenüber der sozialen Sicherung – etwa durch Steuerprivilegien – gelingt auf Dauer nur, wenn es an politischer Transparenz fehlt. *Transparenzgarantien* sind jedoch nicht nur für die politischen, sondern auch für die ökonomischen Chancen wesentlich. So sollte erfasst werden, inwieweit

³² Vgl. Eucken (1975) sowie den Überblick über die ordoliberalen Argumentationslinien in Volkert (1991)

³³ Siehe zu den Transfersalden Volkert (1999, 1998), Volkert/Waskow (2000), S. 27 und S. 41 f. sowie die regelmäßigen Beiträge von Schäfer zu diesem Thema, z. B. Schäfer (2001, 1992)

Transparenzgarantien im ökonomischen Bereich durch Steuerhinterziehung oder Schwarzarbeit beeinträchtigt werden.

In den Abbildungen 3 und 4 am Ende dieses Beitrags erkennen Sie zudem, dass es nicht nur für die individuellen Potenziale (insbesondere für den Übergang von Überschuldung und Vermögenslosigkeit zur zeitlichen Reichweite privater Vermögen), sondern auch für die Untersuchung der gesellschaftlich bedingten Chancen aufschlussreich ist, Reichtums- und Armutserscheinungen konzeptionell miteinander zu verknüpfen. So lässt sich auf diese Weise für die ökonomischen Chancen klären, ob und inwieweit auf längere Sicht eine Karriere „von ganz unten nach ganz oben“ möglich ist. Im Bereich der sozialen Chancen kann die Durchlässigkeit des Bildungssystems insgesamt dokumentiert werden. So ließe sich untersuchen, inwieweit herausragende Bildungsabschlüsse, ausgehend von einem geringen Bildungsniveau, durch Weiterbildung nachgeholt werden können. Und schließlich würde es möglich, zu zeigen, inwieweit eine politische Aktivierung gelingt: das heißt, ob sich anfangs politisch passive Bürgerinnen und Bürger für eine engagierte Mitwirkung an politischen Entscheidungen gewinnen lassen; aber natürlich umgekehrt auch, ob und bei welchen Gruppen im Zeitverlauf ein Rückzug aus der politischen Mitwirkung und politisches Desinteresse zu verzeichnen sind. Solche Betrachtungen verlangen jedoch nach einem Konzept, das, wie der Capability-Ansatz von Amartya Sen, als gemeinsame Grundlage für die Armuts- wie auch die Reichtumsberichterstattung geeignet ist.

Aus Zeitgründen möchte ich abschließend nur noch ein kurzes Fazit ziehen.

5. Fazit

Ich halte es für notwendig, die Methoden und Indikatoren der Reichtumsberichterstattung weitaus stärker als bislang an klar formulierten Zielen der Reichtumsberichterstattung und an entsprechend interessierenden Reichtumsfunktionen zu orientieren. Bereits diese Anforderungen sprechen dafür, erst einmal zu klären, welche Reichtumsfunktionen prinzipiell für die Ziele der Reichtumsberichterstattung von Interesse sind. Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass die bislang besonders populären Reichtumsmaße methodisch höchst fragwürdig sind.

Um präzise Aussagen zur Aufgabe einzelner Maße und Indikatoren treffen zu können, bedarf es einer schlüssigen Grundkonzeption für die gesamte Reichtumsberichterstattung. Amartya Sens Konzept der Verwirklichungschancen („Capabilities“) erscheint als konzeptionelle Grundlage besonders gut geeignet. Schließlich trägt das Capability-Konzept, mit dem Reichtum als ein sehr hohes Maß an Verwirklichungschancen interpretiert werden kann, den Anforderungen der Berichtszielsetzungen in sehr stimmiger Weise Rechnung. Diese verlangen eine Erweiterung des Reichtumsbegriffs über den monetären Reichtum hinaus auf gesellschaftlich bedingte Chancen.

Darüber hinaus lässt sich mit Hilfe von Sens Ansatz der Verwirklichungschancen eine konzeptionelle Brücke zwischen Reichtum als sehr hohem Maß an Verwirklichungschancen einerseits und Armut als Mangel an Verwirklichungschancen andererseits herstellen. Eine solch konzeptionell integrierte Analyse von Reichtum und Armut ermöglicht Mobilitätsuntersuchungen im gesamten Spektrum zwischen Armut und Reichtum für die monetären ebenso wie für die nicht-monetären Dimensionen der Verwirklichungschancen. Speziell bei der Analyse von Chancengleichheit, Diskriminierungen und Privilegierungen erlaubt dies tiefere Einsichten, wenngleich Reichtum zweifellos nicht nur und nicht immer das „Gegenteil“ von Armut darstellt.

So viel in aller Kürze. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**Abbildung 3: Leitindikatoren zur Armuts- und Reichtumsmessung:
Individuelle Potenziale**

Leitindikatoren zur Armuts- und Reichtumsmessung (Individuelle Potenziale)				
Reichtum	Gehobener Konsum	Statistische Verteilung des Vermögens (1)		
	Schwellenwert ermittelt durch subjektive Standardbewertung (2)	Struktur des Vermögens (2)		
		Einkommensreproduktion durch Vermögen (1)		
	Einkommen	Vermögen	Gesundheit	Bildung
	Materielle Indikatoren		Nicht-materielle Indikatoren	
Individuelle Potenziale				
Armut	Materielle Indikatoren		Nicht-materielle Indikatoren	
	Einkommen	Vermögen	Gesundheit	Bildung
	1. Armutsquote (head-count-ratio) für:	Anteil der Personen in überschuldeten Haushalten (1)	Lebenserwartung (1)	Absolute Kompetenzarmut („funktionaler Analphabetismus“) (1)
	a) Physische Komponente (1)		Chronische Krankheiten, Behinderungen (2)	Bildungsarmut
	b) Physische + sozio-kulturelle Komponente (1)			Fehlender Hauptschulabschluss/ nur Hauptschulabschluss (2)
c) Nettohaushaltseinkommen < 50 % bzw. Median des durchschnittlichen äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommens (2)				
2. Quoten persistenter Armut für 1a) und 1b) (2)				
3. Einkommenslücke für 1b) (2)				

Darstellung: Jürgen Volkert (IAW Tübingen)

**Abbildung 4: Leitindikatoren zur Armuts- und Reichtumsmessung:
Gesellschaftlich bedingte Chancen („Instrumentelle Freiheiten“)**

Leitindikatoren zur Armuts- und Reichtumsmessung Gesellschaftlich bedingte Chancen („Instrumentelle Freiheiten“)					
Reichtum	Mitgliedschaft/ Mitarbeit in poli- tischen/gesell- schaftlichen Institutionen (1)	Zugang zu wirtschaft- lichen Führungs- positionen (2)	Privilegierter Zugang zum Bildungs- system (2)	Transfer- salden (2)	Indikatoren zur Steuerhinter- ziehung (2)
	Zugang zu poli- tischen und gesellschaft- lichen Spitzen- positionen (2)		Privilegierter Zugang zum Gesundheits- system (3)		
	Politische Chancen	Ökonomische Chancen	Soziale Chancen	Soziale Sicherheit	Gesellschaft- liche Transparenz
Gesellschaftlich bedingte Chancen („Instrumentelle Freiheiten“)					
	Politische Chancen	Ökonomische Chancen	Soziale Chancen	Soziale Sicherheit	Gesellschaft- liche Transparenz
Armut	Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestags- wahl (1)	(Langzeit-)Ar- beitslosen- quote (1) “Working Poor“ (1) Niedriglohn- bezieher (2)	Anteil der Ob- dachlosen (1) Relativer Anteil der Personen ohne Haupt- schulabschluss an allen Erwerbs- fähigen bzw. jungen Erwerbs- fähigen (2)	Vertikale Ge- rechtigkeit: Umverteilungs- effekte der so- zialen Siche- rungssysteme (1) Ausrichtung der Transfers auf besonders be- dürftige Haus- halte (1) Zahl der Sozial- hilfeempfänger und deren Quote (2)	Nichtinanspruch- nahme von existenzsichern- den Sozialleis- tungen (2) Missbrauchs- quoten von existenzsichern- den Sozial- leistungen (2)

Darstellung: Jürgen Volkert (IAW Tübingen)

Literatur

- Atkinson, Anthony B. (2003): Developing Comparable Indicators for Monitoring Social Inclusion in the European Union, in: Richard Hauser und Irene Becker (Hrsg.) (2003): Reporting on Income Distribution and Poverty. Perspectives from a German and a European Point of View, Berlin u.a.: Springer Verlag, S. 175-191.
- Atkinson, Tony; Cantillon, Bea; Marlier, Eric; Nolan, Brian (2002): Social Indicators. The EU and Social Inclusion, Oxford: Oxford University Press.
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.)(2001): Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin.
- Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (2003): Strategien zur Stärkung der sozialen Integration. Nationaler Aktionsplan für Deutschland zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2003-2005, Bonn.
- Erbslöh, Barbara; Krummacher, Michael (2001): Wohnungsreichtum – Wohnen im Überfluss, in: Jörg Stadlinger (Hrsg.) (2001): Reichtum heute. Diskussion eines kontroversen Sachverhalts, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 220-237.
- Espenhorst, Jürgen (1997): Reichtum als gesellschaftliches Leitbild, in: Ernst-Ulrich Huster (Hrsg.) (1997a): Reichtum in Deutschland. Die Gewinner in der Sozialen Polarisierung, 2. aktualisierte Auflage, Frankfurt am Main, New York: Campus, S. 161-188.
- Eucken, Walter (1975): Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 5. Aufl., Tübingen: Mohr & Siebeck.
- Faik, Jürgen (2001): Empirische Befunde zur Entwicklung der Vermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland, in: Jörg Stadlinger (Hrsg.) (2001): Reichtum heute. Diskussion eines kontroversen Sachverhalts, Münster, S. 68-80.
- Frerichs, Petra und Ralf K. Himmelreicher (2001): Sozialer Raum und Geschlechterverhältnis, in: Jörg Stadlinger (Hrsg.) (2001): Reichtum heute. Diskussion eines kontroversen Sachverhalts, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 184-201.
- Gellert, Claudius (2001): Realität und gesellschaftliche Bedeutung sozialer Ungleichheit. Überlegungen zur „Upperclass“, Elitenreproduktion und Individualisierung, in: Jörg Stadlinger (Hrsg.) (2001): Reichtum heute. Diskussion eines kontroversen Sachverhalts, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 171-183.
- Hartmann, Michael (1997): Soziale Öffnung oder soziale Schließung. Die deutsche und die französische Wirtschaftselite zwischen 1970 und 1995, Zeitschrift für Soziologie, 26. Jg., Heft 4, August 1997, S. 296-311.

- Hartmann, Michael; Kopp, Johannes (2001): Elitenselektion durch Bildung oder durch Herkunft? Promotion, soziale Herkunft und der Zugang zu Führungspositionen in der deutschen Wirtschaft, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 35. Jg., Heft 3, S. 436-466.
- Hauser, Richard; Wagner, Gert (1992): Altern und soziale Sicherung, in: Baltes/Mittelstraß (1992) (Hrsg.): *Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung*, Berlin, New York: de Gruyter.
- Huster, Ernst-Ullrich (2001): Reichtum in Deutschland. Die Gewinner in der sozialen Polarisierung, in: Jörg Stadlinger (Hrsg.) (2001): *Reichtum heute. Diskussion eines kontroversen Sachverhalts*, Münster 2001, S. 9-27.
- Huster, Ernst-Ulrich (1997): Einkommensverteilung und hohe Einkommen in Deutschland, in: Ernst-Ulrich Huster (Hrsg.) (1997): *Reichtum in Deutschland. Die Gewinner in der Sozialen Polarisierung*, 2. aktualisierte Auflage, Frankfurt am Main, New York: Campus, S. 35-64.
- Huster, Ernst-Ulrich (1997): Enttabuisierung der sozialen Distanz: Reichtum in Deutschland, in: Ernst-Ulrich Huster (Hrsg.) (1997): *Reichtum in Deutschland. Die Gewinner in der Sozialen Polarisierung*, 2. aktualisierte Auflage, Frankfurt am Main, New York: Campus, S. 7-31.
- Kleimann, Rolf; Volkert, Jürgen (2003): Operationalisierung der Armut- und Reichtumsmessung, IAW-Report, Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen, 31. Jg., Heft 2, S. 37-58.
- Schäfer, Claus (1992): Das Teilen will nicht gelingen, *WSI Mitteilungen*, 45. Jahrgang, Heft 10, Oktober, S. 629-651.
- Schäfer, Claus (2001): Von massiven Verteilungsproblemen heute zu echten Standortproblemen morgen. Ein Beitrag zur Entmythologisierung der „Standortdebatte“, in: Jörg Stadlinger (Hrsg.) (2001): *Reichtum heute. Diskussion eines kontroversen Sachverhalts*, Münster, S. 81-106.
- Schulze, Gerhard (1997): Soziologie des Wohlstands, in: Huster (Hrsg.) (1997), *Reichtum in Deutschland. Die Gewinner in der Sozialen Polarisierung*, 2. aktualisierte Auflage, Frankfurt am Main, New York: Campus, S. 261 – 285.
- Sen, Amartya (1985): Well-Being, Agency and Freedom. The Dewey Lectures 1984, in: *The Journal of Philosophy*, Vol. LXXXII, No. 4, April 1985, S. 169-224.
- Sen, Amartya (1999a): *Development as Freedom*, Oxford: Oxford University Press, deutsche Übersetzung: Sen (2002).
- Sen, Amartya (1999b): *Commodities and Capabilities*, second impression (first published in India 1987), Oxford: Oxford University Press.
- Sen, Amartya (2002): *Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

- Volkert, Jürgen (1991): Sozialpolitik und Wettbewerbsordnung. Die Bedeutung der wirtschafts- und sozialpolitischen Konzeption Walter Euckens für ein geordnetes sozialpolitisches System der Gegenwart, in: ORDO, Band 42, S. 91-115.
- Volkert, Jürgen (1998): Existenzsicherung in der marktwirtschaftlichen Demokratie. Normativer Anspruch, ökonomische Rationalität und sozialpolitische Realität, Heidelberg: Physica.
- Volkert, Jürgen (1999): Soziale Dienste und Umverteilung in Deutschland, Berlin: Duncker & Humblot.
- Volkert, Jürgen (2002): Überlegungen zur Systematisierung der Armuts- und Reichtumsberichterstattung in Deutschland, in: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) (2002): Perspektiven der Armuts- und Reichtumsberichterstattung in Deutschland. Symposium am 13. Dezember 2001 in Berlin, Köln, S. 16-31.
- Volkert, Jürgen; Klee, Günther; Kleimann, Rolf; Scheurle, Ulrich; Schneider, Friedrich (2004): Operationalisierung der Armuts- und Reichtumsmessung, IAW-Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung/ Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, erscheint in der Reihe „Lebenslagen in Deutschland“, Berlin/Bonn (2004).
- Volkert, Jürgen; Waskow, Stefan (2000): Umverteilung in Deutschland, IAW-Mitteilungen, 28. Jg, Heft 2, S. 23-42.
- Wotschack, Philip (2001): Zeitreichtum und Zeitarmut. Aspekte sozialer Ungleichheit in der modernen Gesellschaft, in: Jörg Stadlinger (Hrsg.) (2001): Reichtum heute. Diskussion eines kontroversen Sachverhalts, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 238-257.

Dr. Irene Becker

Vielen Dank, Herr Volkert, für Ihre Ausführungen. Meines Erachtens waren das schon recht konkrete Überlegungen über die künftig mögliche Gestaltung einer Reichtumsberichterstattung mit spezifischen Vorschlägen für Indikatoren. Wir werden dann jetzt gleich übergehen zu den empirischen Grundlagen, die wir in Zukunft ausschöpfen können für eine Reichtumsberichterstattung, wobei es wohl eher jetzt um den monetären oder materiellen Reichtum gehen wird und weniger um die nicht-monetären Aspekte von Reichtum, aber auf die werden wir vielleicht in der Diskussion noch eingehen können.

Herr Grabka wird uns jetzt über die Hocheinkommensstichprobe, die Ergänzungsstichprobe zum Sozio-oekonomischen Panel, berichten, über Konzeption, Schwierigkeiten und vielleicht erste Ergebnisse.

Impulsreferat 2

Markus Grabka, DIW Berlin

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zunächst einmal herzlichen Dank für die Einladung und vor allen Dingen auch für die Gelegenheit, unsere neuesten Analyse-möglichkeiten des SOEP im Bereich der Hocheinkommensbezieher vorzustellen.

Im Folgenden möchte ich auf die Konzeption und auch auf die Durchführung unserer neuen Hocheinkommensstichprobe im SOEP eingehen und einige ausgewählte erste Ergebnisse zur Lebenslage der Hocheinkommensbezieher nennen.

Ich möchte zunächst auf unsere Motivation zu sprechen kommen. In der Ausschreibung des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung vom 29. April 2003 heißt es, „dass das Bild der Einkommensverteilung in Deutschland zu vervollständigen ist und insbesondere detailliertere Angaben auch über den oberen Rand der Einkommensverteilung notwendig sind. Vor allem zum **Einkommensreichtum** in Deutschland sind ausreichend verlässliche Daten bisher kaum verfügbar.“ Das heißt also, dass das Ziel des kommenden zweiten Armuts- und Reichtumsberichts sein sollte, diese Wissenslücke zu schließen. Bekannt ist aber, dass in repräsentativen Bevölkerungsbefragungen die Ränder der Gesellschaft tendenziell untererfasst sind und dass dementsprechend statistische Informationen insbesondere im Hocheinkommensbereich unzureichend sind und verbessert werden müssen.

Das SOEP hat sich dieser Problematik gestellt: Im Rahmen einer vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanzierten Innovationsstichprobe wurden diverse Tests zur Verbesserung der Stichprobenbasis im Bereich der Hocheinkommen geprüft. Dabei bot sich unter anderem die Gelegenheit und auch die Chance, im Kontext des im SOEP für das Jahr 2002 geplanten Erhebungsschwerpunktes „Soziale Sicherung“ und „Vermögen“ eine spezielle Zusatzstichprobe im Bereich der Hocheinkommen zu starten.

Befasst man sich mit dem Thema Reichtum, Vermögen oder auch Hocheinkommen, so möchte ich zunächst eine kleine begriffliche Auseinandersetzung darstellen. Exemplarisch möchte ich hier ein Interview des Tagesspiegels mit Franz Beckenbauer nennen,³⁴ der, angesprochen auf das Volumen seiner derzeitigen Werbetätigkeit von 8 bis 10 Millionen DM, Folgendes antwortete:

³⁴ „Ist eigentlich Franz Beckenbauer reich?“ Der Tagesspiegel (TS); Helmut Schühmann im Interview mit Franz Beckenbauer (FB) am 4.11.2001

- TS: *Die Werbung hat Sie reich gemacht. Volumen ihrer derzeitigen Werbetätigkeit: zwischen 8 und 10 Mill. DM. Lassen Sie uns über Geld reden.*
- FB: Reich? Naa, ich bin nicht reich. Was ist überhaupt reich? Konfuzius hat gesagt: „Reich ist, wer keine Schulden hat.“ Gut, dann bin ich reich, aber das ist wohl nicht gemeint. Reich, das sind andere, das ist eine ganz andere Dimension.
- TS: *Wir dürfen Sie als finanziell unabhängig bezeichnen?*
- FB: Kein Mensch ist finanziell unabhängig.
- TS: *Herr Beckenbauer!*
- FB: Was ist, wenn eine Wirtschaftskrise kommt, ein Krieg, dann ist sie dahin, die Unabhängigkeit.
- TS: *Und das letzte Hemd hat keine Taschen, nicht wahr.*

Es zeigt sich an diesem Beispiel ganz plakativ, dass über das Thema Reichtum ausgesprochen unterschiedliche Sichtweisen vorliegen. Auf diese möchte ich im theoretischen Rahmen nicht weiter eingehen, sondern mehr unsere spezifische Tätigkeit hier hervorheben.

Da im ersten Armuts- und Reichtumsbericht die Schließung der Datenlücke zum Thema Reichtum angemahnt wurde, startete das SOEP im Jahr 2000 eine erste Feasibility-Studie. Die Idee war hierbei, aus einem Pool – nämlich dem Access-Panel von Infratest Sozialforschung – vermeintlich Reiche mittels einer Ansprache als VIP-Panel zu rekrutieren. Hierbei war es von Vorteil, dass über das Access-Panel bereits Vorabinformationen zum Haushaltsnettoeinkommen, zu Arten der Geldanlage und auch des Immobilienbesitzes vorlagen. Zusätzlich sollte eine Spezialfrage gestellt werden nach der Höhe des Vermögens, getrennt nach Kapitalvermögen oder auch nach Immobilienvermögen geschichtet. Das Ergebnis dieser ersten Feasibility-Studie war ausgesprochen ernüchternd. Wir sind schließlich gescheitert. Die Antwortbereitschaft lag bei nur ungefähr 15 Prozent, was im Bereich der Access-Panels ausgesprochen ungewöhnlich ist, da hier normalerweise Antwortbereitschaften von bis zu 90 Prozent erreicht werden.

Ein anderes Ergebnis war, dass im Grunde genommen kaum valide Aussagen über das Gesamtvermögen getroffen werden konnten. Ein zweites Fazit war für uns, dass der Begriff „Reichtum“ ausgesprochen schwer operationalisierbar ist und als Zielkriterium nicht direkt abfragbar ist.

Das Ergebnis der SOEP-Feasibility-Studie (2000)

Feasibility I – Rekrutierungsversuch über Access-Panel

- Basis: Infratest/TPI-Access-Panel
- Vorabinformationen: Haushaltseinkommen, Arten der Geldanlage und des Immobilienbesitzes
- Aus diesem Pool – Ansprache als VIP-Panel
- Spezial-Frage nach Höhe des Vermögens (getrennt nach Kapitalvermögen und Immobilien) – geschichtet
- Fazit 1: Versuch Ende 2000/01 ist gescheitert !!!
 - Antwortbereitschaft „nur“ 15 % (normal: 70 – 90 %)
 - kaum valide Aussagen über Gesamtvermögen
- Fazit 2: „Reichtum“ schwer operationalisierbar

Da aber Reichtum eng mit hohem Einkommen korreliert, wurde eine zweite Feasibility-Studie im Jahr 2001 gestartet. Das Ziel war hierbei die Identifizierung einkommensstarker Haushalte. Die Problematik, die sich hierbei aber stellt, ist: was ist der passende Einkommensbegriff? Das Problem ist u. a., dass das verfügbare monatliche Nettoeinkommen diverse Mängel aufweist – Schätzfehler und andere Probleme, wir uns aber letztendlich auf diesen Einkommensbegriff konzentriert haben, da dieser die am häufigsten verfügbare statistische Einkommensgröße ist und vor allen Dingen ein anderer Vorteil darin besteht, dass eine Vergleichbarkeit mit dem Mikrozensus vorliegt.

Die Methode, die wir gewählt haben, um Hocheinkommensbezieher zu rekrutieren, war die, dass ein Telefonsurvey der Gesamtbevölkerung durchgeführt wurde, und zwar eine Testerhebung im Sommer 2001 mit rund 157 Haushalten. Eine methodische Besonderheit dabei ist, dass wir das identische Frageprogramm wie alle übrigen SOEP-Stichproben verwendet haben.

Das Fazit waren ausgesprochen hohe Rücklaufquoten. Und dementsprechend konnte unser Ziel, die Rekrutierung einkommensstarker Haushalte, erreicht werden.

Feasibility II (2001)

- Ziel: Identifizierung „Einkommensstarker Haushalte“ oberste 1,5 % der Einkommensverteilung
- welcher Einkommensbegriff?
 - monatlich verfügbares Haushaltsnettoeinkommen
 - am häufigsten verfügbare statistische Einkommensgröße
 - Vergleichbarkeit mit Mikrozensus (MZ)
- Abgrenzung: HH > 12.000 DM HH-Nettoeinkommen
- Methode: Telefonsurvey der Gesamtbevölkerung
- Testerhebung im Sommer 2001 bei 157 Haushalten
- Fragenprogramm wie übrige SOEP-Stichproben
- Fazit: hohe Rücklaufquoten, Ziel erreicht

Ermuntert von diesen positiven Erfahrungen der zweiten Feasibility-Studie wurde im Jahre 2002 eine ordentliche Haupterhebung durchgeführt.

Haupterhebung (2002)

- vergleichbare Konzeption wie Feasibility II
- Stichprobenkriterium:
HH-Nettoeinkommen > 7.500 DM in 2001
(~ 7,3 aller Privathaushalte)
- disproportional höherer Auswahlsatz für HH > 10.000 DM
(~ 2,7 aller Privathaushalte)
- Ziel rund 1000 Haushalte (netto)
- Implementierung als neues SOEP-Sample G

Die Konzeption dieser Haupterhebung entspricht in etwa der Feasibility-Studie II, wobei aber das Stichprobenkriterium hier etwas weiter gezogen wurde. Hier wurde festgelegt, dass Hocheinkommensbezug bereits ab einem monatlich verfügbaren Haushaltsnettoeinkommen oberhalb von 7 500 DM im Jahre 2001 vorliegt. Dies entspricht in etwa 7,3 Prozent aller Privathaushalte in Deutschland. Zusätzlich wurde die Annahme getroffen,

dass ein disproportional höherer Auswahlatz für die oberen Hocheinkommensbezieher gezogen werden sollte, um hier adäquatere Analysemöglichkeiten zu geben. Hohe oder obere Hocheinkommensbezieher definierten wir an dieser Stelle mit einem verfügbaren Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 10 000 DM pro Monat, was wiederum etwa 2,7 Prozent aller Privathaushalte entspricht. Das Ziel war letztendlich die Implementierung dieser Zusatzstichprobe als normales ordentliches Sample im SOEP.

Kommen wir zur Realisierung dieser Hocheinkommensstichprobe. Da es kein Verzeichnis der Haushalte im oberen Einkommensbereich gibt, muss man einen besonderen Weg der Ansprache finden. Diesen haben wir in einer Größenordnung von knapp 100 000 privaten Haushalten über ein Random-Telefon-Sample der gesamten Wohnbevölkerung vorgenommen. Nach der Selektion nach den Stichprobenkriterien – nämlich einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 7 500 DM – verblieben davon etwa 6 300 Haushalte. Die Zustimmung zu einer weiteren Befragung gaben immerhin noch etwa 5 600 Haushalte. Da das Telefon-Sample gleichmäßig über die gesamte Bundesrepublik verteilt war, aber der Interviewereinsatz optimiert werden musste, da schließlich nicht in jedem beliebigen kleineren Dorf ein Interviewer verfügbar ist, wurde, um die Durchführung der Erhebung zu vereinfachen, ein regionales Clustering vorgenommen.

In einem fünften Schritt wurde ein telefonisches Kurzinterview durchgeführt, um die generelle Kooperation zu prüfen und vor allem die Namen und Adressen zu ermitteln. An dieser Stelle kam der wesentliche methodische Knick in der Erhebung: dass bis zu diesem Zeitpunkt nur per Telefon erfragt wurde und nun ein Wechsel des Interviewmodus vorgenommen werden musste, nämlich direkt zu Face-to-Face-Interviews.

Das heißt, eine erfolgreiche SOEP-Befragung im siebten Schritt konnte in 1 631 Haushalten realisiert werden. Da aber seit dem ersten Screening – dem Punkt 1 – bereits mehrere Monate vergangen waren, musste noch einmal in einem letzten Schritt das Stichprobenkriterium geprüft werden, da es nämlich u. a. zu Veränderungen der Haushaltskomposition kam, eine Veränderung der Erwerbsbeteiligung vorliegen konnte oder auch, dass die Auskunftsperson wechselte und dementsprechend nicht mehr in jedem Falle das Stichprobenkriterium erfüllt wurde.

Letztendlich verblieben als Hocheinkommensbezieher 1 224 Haushalte, womit unser gesetztes Ziel von rund 1 000 Haushalten deutlich übertroffen wurde – was insgesamt als relativ positives Ergebnis zu werten ist.

<i>Zur Realisierung der Hocheinkommensbezieherstichprobe</i>		
1.	Random Telefon Sample der Wohnbevölkerung (kein Verzeichnis aller HH im oberen Einkommensbereich)	n = 99.175
2.	Davon: mit monatlichem Haushaltsnettoeinkommen > 7.500 DM	n = 6.330 (Brutto1)
3.	Davon: Zustimmung zu weiteren Befragung	n = 5.663 (89 %)
4.	Davon: lebt in Region mit SOEP-Interviewer = regionales clustering mit Auswahlpriorität für Haushalte mit Haushaltsnettoeinkommen > 10.000 DM	n = 3.670 (Brutto 2)
5.	Telefonisches Kurzinterview um generelle Kooperation zu prüfen sowie Namens- und Adressermittlung (positiv)	n = 2.490 (68 %)
6.	Zusendung von Informationen zum SOEP sowie Broschüre „Leben in Deutschland“	
7.	Interviewereinsatz sowie erfolgreiche SOEP-Befragung (Ausschöpfung)	n = 1.631 (44 %) Ziel = 1.300
8.	Prüfung des Stichprobenkriteriums mit der Schwelle > 7.500 DM (Bereinigtes Netto)	n = 1.224 (33 %) Ziel = 1.000

Kommen wir zur Hochrechnung und auch zur Gewichtung. Alle Ergebnisse, die bisher im Rahmen der Hocheinkommensstichprobe präsentiert oder auch veröffentlicht wurden, sind vorläufig, und auch die Ergebnisse, die ich im Folgenden noch präsentieren werde, sind vorläufig. Die Art und Weise, wie wir bisher hochrechnen, ist so, dass die Basis eine Mikrozensus-Sonderauswertung des Jahres 2001 ist, wobei wir lediglich nach zwei Stichprobenkriterien unterscheiden können: zum einen nach der Region, nämlich ob die entsprechenden Haushalte in Ost- oder Westdeutschland leben, und zum anderen, dass wir nur nach sieben differenzierten Einkommensklassen oberhalb von 7500 DM verfügbares monatliches Haushaltsnettoeinkommen differenzieren können. Das Problem, das sich uns bei der Hochrechnung und Gewichtung stellt, ist, dass 4,6 Prozent der Haushalte im Mikrozensus eine fehlende Einkommensangabe haben und dementsprechend eine direkte Übertragung des Bevölkerungsanteils auf unsere Hocheinkommensstichprobe zu einer Fehlspezifikation führen würde.

Einkommensschichtung im oberen Einkommensbereich (Privathaushalte)			
Einkommensklassen	Sample G 2002		Mikrozensus 2000
	absolut	in %	in %
7.500 bis unter 10.000 DM	412	34	63
10.000 bis unter 12.000 DM	321	26	17
12.000 DM und mehr	491	40	20
Summe	1 224	100	100

Ich habe gestern noch mit meinem Kollegen Joachim Frick einige Tests zu dieser Thematik durchgeführt. Dort zeigte sich, dass – gemessen an unserem Income Screener im SOEP, falls dieser identisch oder vergleichbar und anwendbar ist auf den Einkommensbegriff des Mikrozensus –, Personen, die eine fehlende Einkommensangabe im Income Screener haben, über überproportional höhere Einkommen verfügen. Dementsprechend müssen wir uns hier noch etwas vermehrt Gedanken machen, wie wir diese Problematik berücksichtigen können.

Eine weitere Problematik ergibt sich daraus, dass wir eine Überlappung haben mit unseren alten Samples A bis F, da hier u. a. einige Haushalte bereits verfügbar sind, die dem Stichprobenkriterium bereits entsprechen. Das heißt, ein gemeinsamer Hochrechnungsfaktor, um das gesamte SOEP zu analysieren, ist noch zu entwickeln.

Ich möchte nun zu einigen ausgewählten Ergebnissen zur Lebenslage der Hocheinkommensbezieher kommen. Es sei noch einmal gesagt, dass der realisierte Stichprobenumfang des so genannten Sample G, wie wir es nennen, 1 224 Privathaushalte umfasst, wobei wir Informationen von 2 671 erwachsenen Befragungspersonen haben und darüber hinaus noch einmal Informationen für 693 Kinder aus dem Sample der Hocheinkommensbezieher.

Versucht man nun, die Hocheinkommensbezieher etwas näher zu beschreiben, so möchte ich das salopp so formulieren: Sie sind typischerweise verheiratet in Paarhaushalten lebend, deutscher Nationalität, in Westdeutschland lebend und der Altersgruppe 46 bis 59 Jahre angehörend.

Tabelle 1: Sozio-demographische Indikatoren von 17jährigen und Älteren nach Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens³⁵

	Haushaltsnettoeinkommen			
	unter 3 835 €	3 835 € bis 5 113 €	5 113 € und mehr	Gesamt
Fallzahl	17 657	1 541	1 130	20 328
Hochgerechnet (in 1 000)	58 460	3 735	2 248	64 443
<i>Geschlecht</i>				
männlich	47	53	51	47
<i>Familienstand</i>				
verheiratet	53	74	77	55
ledig	26	19	19	25
sonstiger	21	7	4	20
<i>Staatsangehörigkeit</i>				
deutsch	92	97	98	93
<i>Region</i>				
Westdeutschland	80	90	94	81
<i>Alter</i>				
bis 29 Jahre	16	14	16	16
30-45	30	28	24	29
46-59	21	38	44	23
60 und mehr	34	20	16	32
<i>nachrichtlich: Kinder¹⁾ im Haushalt</i>				
Anteil in %	34	41	48	35

¹⁾ Kinder bis einschließlich 15 Jahre, Haushaltsvorstand unter 60 Jahre

Ein weiteres interessantes Ergebnis ist, dass der Anteil der Kinder in Haushalten im oberen Einkommensbereich überproportional hoch ist. Allerdings zeigen erste multivariate Analysen, dass Familien mit mehreren Kindern überproportional sowohl im oberen als auch im unteren Einkommensbereich anzutreffen sind und dementsprechend die bereits im ersten Armuts- und Reichtumsbericht geäußerte Vermutung eines höheren Armutsrisikos von Haushalten mit Kindern noch einmal untermauert werden kann.

³⁵ Quelle: SOEP 2002, vorläufige Gewichtung; Berechnungen des DIW Berlin

Tabelle 2: Erwerbstätigkeit und Stellung im Beruf von 17jährigen und Älteren nach Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens³⁶

	Haushaltsnettoeinkommen			
	unter 3 835 €	3 835 € bis 5 113 €	5 113 € und mehr	Gesamt
Fallzahl	17 657	1 541	1 130	20 328
Hochgerechnet (in 1 000)	58 460	3 735	2 248	64 443
<i>Erwerbsstatus</i>				
Vollzeit	69	75	70	70
<i>Berufliche Stellung¹⁾</i>				
Selbstständige ²⁾	8	15	23	9
Höhere Beamte ²⁾	1	11	12	2
Höhere Angestellte ²⁾	12	31	31	14
<i>Ausbildung</i>				
abgeschlossenes Studium	16	52	59	21
<i>Überstunden²⁾</i>				
Überstunden geleistet ³⁾	65	74	72	66
- nicht abgegolten	15	39	54	19
<i>Arbeitsstunden¹⁾</i>				
ØStd. pro Woche	37,5	41,2	41,3	38,0
Zufriedenheit mit der Freizeit				
Durchschnitt ⁴⁾	7,1	7,2	7,1	7,1

¹⁾ aller Erwerbstätigen

²⁾ höhere Angestellte: mit hochqualifizierter Tätigkeit oder Leitungsfunktion; umfassende Führungsaufgaben; Selbstständige: freie Berufe, selbstst. Akademiker, sonst. Selbstständige, ohne Landwirte und mithelfende Familienangehörige; höhere Beamte: Beamte

³⁾ ohne Selbstständige

⁴⁾ Durchschnittswert auf der Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (hochzufrieden)

Betrachtet man die Aspekte der Erwerbstätigkeit oder Stellung im Beruf für die Hoch-einkommensbezieher, so zeigt sich, dass diese überwiegend Vollzeit erwerbstätig sind, eine überdurchschnittlich hohe berufliche Stellung aufweisen bzw. überdurchschnittlich häufig Selbstständige sind, eine überproportional gute berufliche Ausbildung im Sinne

³⁶ Quelle: SOEP 2002, vorläufige Gewichtung; Berechnungen des DIW Berlin

eines abgeschlossenen Studiums aufweisen und auch überdurchschnittlich viele Überstunden leisten, die nicht abgegolten werden. Dieser überdurchschnittliche berufliche Einsatz hat u. a. zufolge, dass die Zufriedenheit mit der Gesundheit vergleichsweise relativ gering ist und nur im Durchschnitt der gesamten Bevölkerung liegt.

Ein Fazit, das man an dieser Stelle ziehen kann, ist, dass Einkommensreichtum mit hoher beruflicher Qualifikation, aber auch mit hohem beruflichen Engagement verbunden ist.

In einer dritten Tabelle möchte ich die Aspekte Sparen und Vermögen privater Haushalte noch einmal nennen, und zwar hier u. a. den Aspekt: Wie groß ist der Anteil der Sparerhaushalte in den einzelnen Einkommensklassen? Hier zeigt sich das erwartete Bild, dass natürlich mit Zunahme des Haushaltsnettoeinkommens auch der Anteil der Sparerhaushalte zunimmt, aber auch die Sparquote nimmt deutlich mit der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens zu. So weisen z. B. die oberen Hocheinkommensbezieher eine Sparquote von annähernd 20 Prozent aus, was bedeutet, dass sie regelmäßig im Monat mehr als 2 200 Euro auf die „hohe Kante“ legen können, was dementsprechend bedeutet, dass das etwa mehr als neunmal so viel ist wie in der Einkommensgruppe bis unter 3 800 Euro.

Tabelle 3: Sparen und Vermögen privater Haushalte nach Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens³⁷

	Haushaltsnettoeinkommen			
	unter 3 835 €	3 835 € bis 5 113 €	5 113 € und mehr	Gesamt
Fallzahl	9 838	699	505	11 062
Insgesamt (in 1 000)	34 928	1 747	1 010	37 685
Sparerhaushalte in % ¹⁾	59	80	84	61
Sparquote in % (Be- trag in Euro/Monat) ²⁾	14 (290)	17 (777)	20 (2 234)	14 (373)
durchschnittlicher Erb- schaftsbetrag in Euro	46 000	130 000	180 000	65 000

³⁷ Quelle: SOEP 2002, vorläufige Gewichtung; Berechnungen des DIW Berlin

(Fortsetzung der Tabelle 3)

	Haushaltsnettoeinkommen			
	unter 3 835 €	3 835 € bis 5 113 €	5 113 € und mehr	Gesamt
Nettovermögen ¹⁾ Mittelwert in Euro	81 000	393 000	964 000	119 000
Nettovermögen in Mrd. Euro	3 390	824	1 203	5 418
Anteil am erfassten Vermögen in %	63	15	22	100
nachrichtlich: Bevölke- rungsanteil in %	92,7	4,6	2,7	100

- 1) Haushalte, die regelmäßig einen Betrag zum Sparen bzw. zur Vermögensbildung zurücklegen können
- 2) in % des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens
- 3) Bruttovermögen nach Abzug der Schulden aus Konsumentenkrediten und der Restschulden aus Immobilienkäufen

Vielleicht noch ein letzter Aspekt, und zwar die Bedeutung des Nettovermögens, da wir im Jahr 2002 auch einen Erhebungsschwerpunkt zu den Vermögen hatten. Hier zeigt sich, dass der Bevölkerungsanteil der oberen Hocheinkommensbezieher nur 2,7 Prozent ausmacht, aber deren Anteil am erfassten Nettovermögen sogar bei 22 Prozent liegt und dementsprechend das bekannte Bild der stark ungleichen Vermögensverteilung noch einmal untermauert werden kann.

Ich komme zu meinem Fazit. Das neue Sample G im SOEP ist eine weltweit einzigartige Erhebung einkommensstarker Haushalte. Es bietet eine ausreichende Fallzahl für tiefer gegliederte Analysen der Lebenslage von Personen in einkommensstarken Haushalten, und zudem sind eigenständige Strukturanalysen zum Vermögen möglich.

Um die Analysepotenziale aufzuzeigen, kann ich auf zwei Veröffentlichungen hinweisen, zum einen auf das Gutachten des DIW vom Juni 2003 über die repräsentative Analyse der Lebenslage einkommensstarker Haushalte³⁸ und zum anderen auf unseren aktuellen DIW Wochenbericht zur Lebenslage der Hocheinkommensbezieher³⁹, der gerade in dieser Woche erschienen ist.

³⁸ Repräsentative Analyse der Lebenslagen einkommensstarker Haushalte. Gutachten des DIW Berlin für das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS), Juni 2003

³⁹ Berufliche Qualifikation und lange Arbeitszeiten ausschlaggebend für hohe Einkommen, DIW Wochenbericht Nr. 40/2003, S. 597-601

Als Aussicht kann genannt werden, dass ein integrierter Hochrechnungsfaktor für alle Samples A bis G noch aussteht. Wir hoffen, dass wir bis Ende des Jahres diesen noch zur Verfügung stellen können, damit das gesamte Potenzial des SOEP für den kommenden Armuts- und Reichtumsbericht genutzt werden kann.

Darüber hinaus können Biographieinformationen im Rahmen der zweiten Welle des Sample G analysiert werden, da diese bereits erhoben sind und spätestens im kommenden Jahr zur Verfügung stehen werden.

Die generierten Jahreseinkommen stehen für das Sample G noch aus, aber auch diese hoffen wir im nächsten Jahr relativ frühzeitig realisieren zu können.

Dr. Irene Becker

Vielen Dank, Herr Grabka. Das war, glaube ich, sehr informativ für viele von uns. Es werden große Hoffnungen in die Hocheinkommensstichprobe gesetzt. Die ersten Ergebnisse waren sehr interessant.

Jetzt gehen wir über zu einer weiteren empirischen Quelle, die als Mikrodatenbasis ausgewertet werden kann. Herr Zwick wird uns die Einkommensteuerstichprobe präsentieren und die Möglichkeiten, die damit für Reichtumsanalysen bestehen, erörtern. Es wird hier nur um Einkommensreichtum gehen, Vermögensreichtum wird mit der Einkommensteuerstichprobe nicht zu erfassen sein, es sei denn, man geht an bestimmte Einkunftsarten und schließt dann auf die entsprechenden Vermögen.

Impulsreferat 3

Markus Zwick, Statistisches Bundesamt

Das Impulsreferat zum Thema „Bestandsaufnahme und Perspektiven der Reichtumsberichterstattung: Konzepte, Methoden und Daten“ untergliedert sich in drei Teilbereiche: Im ersten Teil werden die Daten vorgestellt, die zur Zeit als Mikrodaten zur Verfügung stehen bzw. im Jahr 2004 sukzessive der wissenschaftlichen Forschung und auch für den Armuts- und Reichtumsbericht zugänglich sind. Der zweite Teil umfasst die Nutzung von Einzeldaten insbesondere durch die Einrichtung der Forschungsdatenzentren des Bundes und der Länder sowie die dadurch entstandenen neuen Zugangsmöglichkeiten. Abschließend wird das Gutachten „Struktur und Verteilung hoher Einkommen“, welches an Herrn Prof. Joachim Merz, Herrn Dierk Hirschel und Herrn Markus Zwick vergeben worden ist, behandelt.

1. Daten der amtlichen Statistik zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

In diesem ersten Teil werden die verfügbaren Daten zum Einkommen aus der amtlichen Statistik vorgestellt. Der Mikrozensus für das Jahr 2000 steht seit September 2003 als Scientific Use File der Wissenschaft zur Verfügung. Die faktisch anonymisierten Mikrozensus für die Jahre 1999 und 2001 werden innerhalb des ersten Quartals 2004 als Scientific Use File angeboten. Der Mikrozensus 2000 wurde vor dem 1999er Scientific Use File produziert, da hier aufgrund des Zusatzfragenkatalogs eine höhere Nachfrage zu verzeichnen war. Daher ist der Mikrozensus 1999 noch nicht erhältlich, er wird aber noch in 2004 als faktisch anonymisiertes Datenmaterial zur Verfügung stehen. Der faktisch anonymisierte Mikrozensus 2002 soll im zweiten Quartal 2004 angeboten werden und dürfte damit auch rechtzeitig im Rahmen des zweiten Armuts- und Reichtumsberichts zur Verfügung stehen. Der Mikrozensus 2003 wird ab der Jahresmitte 2004 über die Forschungsdatenzentren On-Site nutzbar sein.

Statistisches Bundesamt	 wissen. nutzen.
<h3>I. Daten der amtlichen Statistik</h3> <h4>Der Mikrozensus</h4>	
<ul style="list-style-type: none"> - Faktisch anonymisierter MZ 2000 wird seit September ausgeliefert - Faktisch anonymisierter MZ 1999 und 2001 innerhalb der nächsten drei Monate - Faktisch anonymisierter MZ 2002 zum II. Quartal 2004 - Faktisch anonymisierter MZ 2003 zur On-Site Nutzung zur Jahresmitte 2004 	
<small>© Statistisches Bundesamt, Markus Zwick</small>	<small>www.forschungsdatenzentren.de</small>

Die ersten Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 liegen vor und wurden gerade in Berlin in einem Presseinterview vorgestellt. Das Einführungsinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 steht ab Ende 2003 als faktisch anonymisiertes Mikrodatenfile zur Verfügung. Ebenfalls sollen zu diesem

Termin die Angaben von Geld- und Sachvermögen als faktisch anonymisiertes Datenfile angeboten werden. Für das detaillierte Haushaltsbuch ist als Veröffentlichungstermin des anonymisierten Datenfiles der August 2004 vorgesehen. Diese Daten enthalten die Angaben des ersten Halbjahres, also die ersten beiden Vierteljahresanschriften.

Die Daten der Sozialhilfestatistik liegen seit einigen Jahren immer sehr zeitnah sowohl als Scientific Use File sowie auch als Public Use File vor. Das heißt, sie stehen nicht nur dem eingeschränkten Nutzerkreis Wissenschaft zur Verfügung, sondern darüber hinaus als Public Use File allen Nutzern. Hier liegen mittlerweile die Jahrgänge 1997, 1998, 1999 und 2000 vor. Die 25 %-Stichprobe des Jahres 2001 soll bis Ende des Jahres 2003 als Public Use File zur Verfügung stehen. Die Sozialhilfestatistik für das Jahr 2002 ist zum Beginn des Jahres 2004 zur On-Site-Nutzung in den Forschungsdatenzentren vorgesehen.

Die Einkommensteuerstatistik liegt derzeit in drei Wellen komplett als Einzeldatenmaterial zur On-Site-Nutzung vor. Das sind die Jahre 1992, 1995 und 1998 jeweils als Vollerhebung mit rd. 30 Mio. Datensätzen. Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sind gerade dabei, in enger Kooperation mit der Fachabteilung ein faktisch anonymisiertes Datenmaterial zu produzieren, welches im Frühjahr 2004 der Wissenschaft zur Verfügung gestellt werden soll. Diese 10 %-Stichprobe der Einkommensteuer wird zur Off-Site-Nutzung, das heißt als CD-ROM bzw. aufgrund der Datenfülle als DVD, zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus steht erstmals die Erbschaftsteuerstatistik für externe wissenschaftliche Analysen zur Verfügung. Aus organisatorischen Gründen wurde diese Statistik für das Jahr 1999 nicht vollständig durchgeführt und umfasst somit lediglich 20 000 Fälle. Im ersten Quartal 2004 wird die komplette Erbschaftsteuerstatistik als Einzeldatenmaterial für das Jahr 2002 vorliegen. Das Jahr 2002 heißt hier allerdings Bearbeitungsjahr. Erbschaften können bis zu vier oder fünf Jahre davor erfolgt sein, aber sie wurden in 2002 bearbeitet und somit statistisch erfasst. Diese Statistik wird rund 250 000 Fälle umfassen. Diese Daten enthalten u. a. Angaben zu den Vermögensarten und zu den Verwandtschaftsverhältnissen.

Die Vermögensteuerstatistik 1995 liegt zur Zeit noch nicht zentral vor. Diese Daten müssen erst zusammengeführt werden. Dieser Datenbestand wird aber im Jahr 2004 zur On-Site-Nutzung zur Verfügung stehen.

I. Daten der amtlichen Statistik

Einkommensteuerstatistik

92, 95, 98 als Einzeldatenmaterial zur On-Site Nutzung in den Statistischen Ämtern

faktisch anonymisiertes File für 1998 zur Off-Site Nutzung ab Frühjahr 2004

Erbschaftsteuerstatistik

20.000 Fälle aus 1999

250.000 Fälle aus dem Bearbeitungsjahr 2002 im I. Quartal 2004 zur On-Site Nutzung

2. Nutzung von Einzeldaten über die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Mittlerweile liegen sehr viele Einzeldatenbestände zentral in den Statistischen Ämtern vor. Mit den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, die in den Jahren 2001 und 2002 eingerichtet wurden, versucht die amtliche Statistik diese Datenbestände einer besseren Nutzung zuzuführen. Die Forschungsdatenzentren können durchaus als Schnittstelle zwischen Datenproduzenten auf der einen Seite und empirisch arbeitenden Wissenschaftlern auf der anderen Seite verstanden werden. Das heißt, neben dem Angebot der Daten werden die Nutzer beraten und ein breites Serviceangebot in den Forschungsdatenzentren aufgebaut. Die Forschungsdatenzentren gelten als Ort des geregelten Zugangs zu amtlichen Einzeldaten, es soll unter gleichen Regeln für alle wissenschaftlichen Nutzer ein Zugang zu den Einzeldaten der amtlichen Statistik gewährt werden.

Die Zugangsformen zu den Einzeldaten der amtlichen Statistik sind mittlerweile sehr vielfältig. Allein dadurch, dass die Fragestellung „Zugang zu Einzeldaten“ innerhalb des Forschungsdatenzentrums an einer zentralen Stelle zusammengefasst ist, konnten gezielt einige Fragestellungen angegangen werden. Die klassische Zugangsmöglichkeit, die seit Beginn der 90er Jahre vorliegt, ist das faktisch anonymisierte Datenmaterial zur Off-Site-Nutzung, d. h. Mikrodaten auf CD-ROM, die am eigenen

Arbeitsplatz genutzt werden können. Hierfür sind die Konzepte Anfang der 90er Jahre für die Haushaltsstichproben entwickelt und sowohl beim Mikrozensus als auch bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe langjährig erprobt worden. Diesen Bereich der Scientific Use Files wird die amtliche Statistik sukzessive erweitern. Angefangen mit der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1998, die im ersten Halbjahr 2004 vorliegen wird, sollen insbesondere die stark nachgefragten Statistiken als Scientific Use File zur Off-Site-Nutzung angeboten werden.

Auf der anderen Seite gibt es Datenbestände, die nur hin und wieder nachgefragt werden, eine aufwändige standardisierte Anonymisierung dieser Daten bietet sich daher nicht an. Bei Datenbeständen, die nicht oft nachgefragt werden oder bei denen es sehr schwierig ist, faktisch anonymisierte Datenfiles in der Form zu generieren, dass diese Daten aus dem Haus gegeben werden können, bietet die amtliche Statistik faktisch anonymisierte Mikrodatenfiles zur On-Site-Nutzung an. Diese Vorgehensweise ist sinnvoller, als ein generelles faktisch anonymisiertes Datenmaterial anzubieten wie z. B. beim Mikrozensus. On-Site-Nutzung bedeutet projektbezogen eine gewisse Auswahl von Merkmalen innerhalb der Forschungsdatenzentren als Scientific Use Files an abgeschotteten PCs zu nutzen. Abgeschottet heißt, es ist kein weiterer Datenzugang möglich, der Bildschirm ist die einzige zur Verfügung stehende Schnittstelle. Es gibt kein Laufwerk, man hat also nur die Einzeldaten und sein Instrument (zur Zeit SAS, SPSS oder STATA). Die Syntax des Datenzugriffs wird protokolliert. Somit können auch Daten mit einem höheren Informationsgehalt zur Verfügung gestellt werden, als dies möglich wäre, wenn die Daten auf CD-ROM weitergegeben werden.

Eine weitere Form der Nutzung von Einzeldaten besteht in der kontrollierten Datenfernverarbeitung. Hierbei ist es möglich, das Informationspotenzial von nicht anonymisierten Daten zu nutzen. Diese Kommunikationsform über Programmsyntax ist im Moment mit den Programmen SAS, SPSS und STATA möglich. Zur Umsetzung erhält der Wissenschaftler ein so genanntes Datenstrukturfile, dies entspricht der Struktur der Daten, bietet aber keine inhaltlichen Informationen. Damit kann der Wissenschaftler eine konkrete Fragestellung in einer der vorab genannten Programmsyntaxen testen und diese syntaktisch an dem Datenstrukturfile überprüfen. Diese dann fehlerfreie Programmsyntax wird in einem weiteren Schritt einem Forschungsdatenzentrum per e-Mail zur Verfügung gestellt. An diesem Punkt des Verfahrens sind zur Zeit noch zwei manuelle Eingriffe notwendig: Zum einen muss die Programmsyntax auf Deanonymisierungsstrategien geprüft werden, zum anderen müssen die Ergebnisse auf Geheimhaltungsfälle überprüft werden. Es ist daran gedacht, diese Form der Datenverarbeitung zu einem echten Ferndatenzugriff weiter zu entwickeln. Das heißt, dass man von außen direkt die Daten anstoßen kann. Es wird noch einige Zeit dauern, bis diese Vorgehensweise in greifbare Nähe rückt. Vorab gilt es die Kritiker davon zu überzeugen, dass dieses eine gangbare Möglichkeit ist. Da dieser

Weg schon in anderen Ländern beschrrieben wird, z. B. mit LISSY in Luxemburg, kann dies auch ein Weg für die deutsche Statistik sein.

Der klassische Weg, das Datenpotenzial zu nutzen, ist die Sonderauswertung. So ist es schon immer möglich gewesen, eine konkrete empirische Fragestellung an ein Statistisches Amt heranzutragen. Das Amt erstellt dann hierzu ein Programm, welches auf die Daten angewandt wird. Das Ergebnis wird nach Geheimhaltungsprüfungen dem Konsumenten zur Verfügung gestellt.

3. Struktur und Verteilung hoher Einkommen

Potenziell gibt es in Deutschland im Grunde zwei Gruppen von Datenbeständen, die man heranziehen kann, um Einkommen bzw. hohe Einkommen zu beschreiben. Das sind zum einen die Haushaltsstichproben wie die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), der Mikrozensus (MZ) oder auch das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), und auf der anderen Seite die Lohn- und Einkommensteuerstatistik (LuEst) als sekundärstatistische Vollerhebung. Die jeweiligen Datenbestände weisen ihre spezifischen Vorteile, aber auch spezifische Schwächen auf. So sind in den Haushaltserhebungen die Ränder der Stichproben schlecht abbildbar. Dafür weisen die Haushaltsstichproben eine Vielzahl an sozioökonomischen Merkmalen auf. Auf der anderen Seite gibt es die Lohn- und Einkommensteuerstatistik, die zwar höchste Einkommen nachweist, der Einkommensbegriff aber steuerlich definiert ist und die Statistik insgesamt nur über einen bedingten Bündel an sozioökonomischen Merkmalen verfügt.

Ein Ansatz, hier zu besseren Datenbeständen zu kommen, ist die Integration von Einzeldatenbeständen. Dies wurde auch schon mehrfach vorgestellt und angeregt. Hierzu müsste in die Datenbestände investiert werden, um gegebenenfalls die Erstellung von so genannten integrierten Mikrodatenfiles zu ermöglichen, die dann Haushaltsstichproben und steuerstatistische Angaben verbindet.

Die Lohn- und Einkommensteuerstatistik weist mit ihren rund 800 Merkmalen die steuerliche Einkommensentstehung für rund 40 Millionen Einkommensbezieher als Vollerhebung aus. Zur Zeit ist es noch eine dreijährliche Statistik, das aktuellste Jahr ist 1998. Somit sind wir um eine Welle aktueller als zum ersten Armuts- und Reichtumsbericht. Damals wurde die Lohn- und Einkommensteuerstatistik des Jahres 1995 ausgewertet. Ein Impuls aus dem ersten Armuts- und Reichtumsbericht war es, diese Statistik nicht nur alle drei Jahre, sondern auch jährlich zur Verfügung zu haben. Hier hat sich seit dem ersten Armuts- und Reichtumsbericht wirklich Elementares getan. Durch eine Änderung des Steuerstatistikgesetzes wird es ab dem Jahr 2005 diese Statistik jährlich als Geschäftsstatistik des Finanzministeriums geben. Da die Steuerpflichtigen drei Jahre Zeit haben, ihre Einkommen zu erklären, wird es erst ab dem Jahr 2005 diese jährliche Statistik, dann ab dem Veranlagungsjahr 2001, geben. Dies

ist auch der Grund, warum die Einkommensteuerstatistik erst drei bis vier Jahre nach ihrem Veranlagungsjahr zur Verfügung steht. Bis das Veranlagungsjahr 2001 komplett ist, d. h. alle Steuerpflichtigen ihre Erklärung abgegeben haben, ist es 2005 – da die Steuerpflichtigen ihre Einkommen, die in 2001 entstanden sind, in den Jahren 2002, 2003 und 2004 erklären können.

Dass die Lohn- und Einkommensteuerstatistik wesentliche Erkenntnisse über die hohen Einkommen beitragen kann, zeigen zwei Zahlen, die aus der Statistik 1998 entstanden sind.

Statistisches Bundesamt


III. Struktur und Verteilung hoher Einkommen

Lohn- und Einkommensteuerstatistik

weist mit rund 800 Merkmalen die steuerliche Einkommensentstehung für rund 40 Mio. Einkommensbezieher als Vollerhebung nach

dreijährliche Statistik, aktuellstes Jahr 1998

in 1998 weisen 28.202 Stpfl. einen Gesamtbetrag der Einkünfte von über 1 Mio. DM und 11.037 Stpfl. einen Gesamtbetrag der Einkünfte von über 1 Mio. € auf

© Statistisches Bundesamt, Markus Zwick
www.forschungsdatenzentren.de

In 1998 wiesen knapp 30 000 Steuerpflichtige einen Gesamtbetrag der Einkünfte von über einer Million DM aus. Auch bei der Grenze 1 Million Euro zeigt sich, dass dort immer noch über 11 000 Steuerpflichtige vorhanden sind, die relativ genau in ihrer Einkommensentstehung und auch mit einem gewissen Bündel sozioökonomischer Merkmale beschrieben werden. Natürlich sind es steuerlich definierte Merkmale, aber zum ersten Armuts- und Reichtumsbericht wurden schon Wege aufgezeigt, aus den steuerlich definierten Einkommen ökonomische Einkommen zu generieren. Es gibt das Problem, dass sich Hocheinkommensbezieher zum Teil steuerlich gestaltet „runterrechnen“ können, es bleiben trotzdem noch rund 30 000 Steuerpflichtige im Bereich von über einer Million DM übrig.

Die Konzeption des anstehenden Gutachtens „Struktur und Verteilung hoher Einkommen“ sieht so aus, dass zum einen die Analysen auf der Grundlage der 98er Daten wiederholt werden, die schon zum ersten Bericht mit den 95er Daten betrieben worden sind, um hier Veränderungen aufzuzeigen. Eine wesentliche Erweiterung des jetzigen Gutachtens wird der zeitliche Vergleich sein. Dadurch, dass nun die Daten für 1992, 1995 und 1998 vorliegen, kann erstmals auch der Bereich der hohen Einkommen – was immer das auch ist – in seiner Dynamik über diese Zeiträume betrachtet werden. Diese dynamische Betrachtung weist allerdings einige methodische Probleme auf, da die steuerlich definierten Merkmale über die Zeit nicht in ihrer Definition konstant sind. Die regelmäßigen steuerrechtlichen Änderungen, seien sie durch kleinere Änderungen im Jahressteuergesetz bestimmt oder wie 1996 mit größeren Steuerrechtsanpassungen, führen dazu, dass gleichlautende Merkmale wie z. B. der „Gesamtbetrag der Einkünfte“ oder das „zu versteuernde Einkommen“ in jeder Erhebung anders abgegrenzt sind. Zur vergleichenden Analyse müssen diese unterschiedlichen Berechnungsformen der Merkmale vorab angeglichen werden.

Dies führt zu einem weiteren Aspekt der Untersuchung. Innerhalb des Gutachtens sollen auch die hohen Einkünfte am aktuellen Rand abgebildet werden. Hierzu werden wir die Einkommensteuer 1998 auf das Jahr 2004 fortschreiben. Dies wird in zweifacher Weise geschehen. Zum einem ist es vorgesehen, die Steuerreform 2000 zu ihrem Endzeitpunkt 2004 in ihrer Wirkungsweise auf den Daten des Jahres 1998 abzubilden. Zum anderen werden die Daten demographisch an das Jahr 2004 angepasst. Auch hier wird es abschließend notwendig sein, diese Daten an einen einheitlich definierten Kontext anzupassen, um eine vergleichende Analyse mit den Daten der Jahre 1992, 1995 und 1998 zu ermöglichen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Irene Becker

Vielen Dank, Herr Zwick, für die Informationen über das Angebot der amtlichen Statistik. Das ist ja doch recht reichhaltig, und es war für mich jetzt auch erfreulich zu hören, dass zum Beispiel die Vermögenssteuerstatistik demnächst auf Datenträgern zur Verfügung gestellt wird. Es ist zwar eine alte Datenbasis, aber ich denke, dass sich im Bereich Reichtum nicht allzu viel über die Jahre seit 1995 verändert hat, so dass es vielleicht auch noch interessant sein könnte, diese Daten auszuwerten. Interessant ist auch, dass die Daten der Erbschaftssteuerstatistik demnächst zugänglich sein werden und natürlich, was die Einkommensteuerstatistik an Möglichkeiten bietet.

Wir steigen jetzt in die Diskussion ein. Wir haben noch eine gute Stunde Zeit. Vielleicht sollten wir zunächst einmal mit der Frage nach den Zielen einer Reichtumsberichterstattung und den Schwellenwerten beginnen und uns darüber Gedanken machen auf

der Basis dessen, was wir heute Vormittag gehört haben. Gibt es dazu Wortmeldungen, Anregungen, Kommentare?

Diskussion der Impulsreferate

Prof. Dr. Richard Hauser, Königstein

Die Gesellschaft soll sich nicht völlig disintegrieren. Ich glaube, dies ist ein Prinzip, dem man Folge leisten könnte. Das ist natürlich auch eine Wertentscheidung. Auf der unteren Ebene ist soziale Ausgrenzung das Thema. Es gibt dafür auch die entsprechenden Versuche, diese Grenze irgendwie zu definieren, wobei 50 Prozent des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens keine schlechte Wahl ist – aber darüber wollen wir nicht diskutieren. Es gibt auch ein Ausgrenzungsphänomen am oberen Ende der Einkommensverteilung; darauf hat Atkinson in einem Vortrag kürzlich hingewiesen. Es gibt in Großbritannien inzwischen etwa 1 000 in sich geschlossene *Communities*, in die man sich einkaufen kann. Dann hat man einen Wachdienst, man kommt in dieses Gelände nur hinein, wenn man bestimmte Codeziffern kennt usw. Das ist sozusagen eine selbst verursachte soziale Ausschließung der wirklich sehr Reichen. Geschätzt wird, dass man, wenn man in so einer *Community* leben möchte, ungefähr zehn Personen bezahlen können muss – Wächter, Straßenkehrer usw. Ich habe ausgerechnet, das könnten so ungefähr 480 000 Euro sein, die man dafür ausgeben muss. Wenn man dann die Eine-Million-Euro-Grenze als Reichtumsgrenze annimmt, hat man gerade noch die Hälfte für den eigenen Lebensstandard. Das könnte also eine inhaltliche Begründung für eine derartige Reichtumsgrenze sein, wenn man diese Ausschließung nicht gerne in einer Gesellschaft sehen möchte. In den USA ist dieses Ausgrenzungsphänomen am oberen Ende, soweit ich weiß, noch stärker verbreitet. Die Gefahr, die sich dann abzeichnet, ist, dass die Leute sagen: Wir zahlen ja schon für die ganze Infrastruktur, weshalb sollen wir auch noch Steuern zahlen für die Infrastruktur der anderen, die außerhalb wohnen? Das ist eine Idee, den Ultrareichtum – und darum geht es hier sicherlich – auf eine Weise zu definieren, dass es eine Grenze gibt, von der aus man sich selbst als sehr reiche Person von der Gesellschaft ausschließen kann, weil man gewissermaßen einen eigenen Staat im Staate mit all der nötigen Infrastruktur gründen kann. Dies könnte eine Begründung sein, und ich wollte das einfach wiedergeben, weil Atkinson wirklich manchmal sehr weiterführende Gedanken hat.

Prof. Dr. Johannes Schwarze, Staatsinstitut für Familienforschung

Ich wollte auch dazu Stellung nehmen. Kann ich Reichtum messen und was sind relevante Kriterien? Ob ich nun 200 oder 250 Prozent nehme, ist natürlich die Frage. Wenn ich das unter Wohlfahrtsaspekten sehe – und ich messe ja sowohl mit Armut als auch mit Reichtum so etwas wie individuelle Wohlfahrt und habe das Einkommen mehr

oder weniger nur als Indikator dafür –, dann müsste sich eigentlich anbieten, eher eine geringere als eine hohe Schwelle für Reichtungsmessung zu nehmen, wenn ich davon ausgehe, dass die individuelle Wohlfahrt oder der Grenznutzen, wie die Ökonomen sagen, im oberen Bereich extrem abnehmend ist. Dann spielt es eigentlich keine Rolle mehr, ob ich eine Million DM oder eine Million Euro als Schwelle nehme. Wenn ich das unter Wohlfahrtsaspekten sehe, würde sich wahrscheinlich in diesem Bereich wenig verändern.

Eine zweite Sache ist mir aufgefallen: Sie, Herr Volkert, haben sehr differenziert dargestellt, welche Aspekte man zur Reichtungsmessung hinzuziehen könnte, und Sie sind auch eingegangen auf so etwas wie Risiken – aber Risiken nur in Bezug auf eine mangelnde Rechtsprechung oder einen mangelnden Schutz des Vermögens. Ich würde diesen Risikoaspekt noch wesentlich weiter fassen wollen, denn ich gehe einmal davon aus, dass Arme und Reiche Einkommensrisiken haben oder Einkommensschocks ausgesetzt sind. Die Armen erfahren aber i.d.R. tendenziell eher positive Einkommensschocks, und die Reichen haben ein sehr großes Risiko, auch negative Einkommensschocks, also eine Verschlechterung ihres Einkommens, zu erfahren. Man weiß aus verschiedenen Analysen, dass dieses Einkommensrisiko oder auch das Vermögensrisiko eine ganz große Rolle spielt. Das heißt, wenn ich Armut auf der einen und Reichtum auf der anderen Seite unter Wohlfahrtsgesichtspunkten vergleichen will, muss ich das Einkommens- oder Vermögensrisiko als einen zusätzlichen Indikator mit einbeziehen.

Dr. Irene Becker

Die Gefahr des Einkommensrisikos könnte man durch die Einbeziehung des Vermögens irgendwie vielleicht integrieren, weil das Vermögen negative Einkommensschocks etwas abfedern kann.

Prof. Dr. Jürgen Volkert, Hochschule Pforzheim

Herr Schwarze, ich habe hier nur Vorschläge zu Primär- und Sekundärindikatoren gemacht. Sie haben vollkommen Recht, wir müssen über die von mir bereits genannten Risiken hinaus weitere Risiken berücksichtigen. In unserer Konzeption haben wir dafür meist Tertiärindikatoren vorgesehen, auf die ich hier aus zeitlichen Gründen nicht näher eingehen konnte. Wir sollten dabei zwischen objektiven und subjektiv empfundenen Risiken differenzieren. Beide spielen eine Rolle. Schließlich mindern auch subjektiv fälschlicherweise als hoch empfundene Risiken die Bereitschaft, vorhandene Verwirklichungschancen zu nutzen. Zu solchen Risiken gehört etwa die Furcht vor sozialem Abstieg, vor Einkommens- und Vermögenseinbußen, vor Altersarmut und Kriminalität. Beispielweise sollten wir objektive wie auch subjektiv

empfundene Kriminalitätsrisiken sowohl in die Armuts- als auch in die Reichtumsberichterstattung einbeziehen.

Prof. Dr. Walter Krug, Universität Trier

Ich wollte die drei Referate, die wir zum Auftakt gehört haben, miteinander vergleichen. Sicherlich ist das erste Referat sehr frei in der Wahl der Grenzen und Größen, die es erfassen will, und die anderen Referate sind an verfügbare Daten gebunden. Das ist natürlich im ersten Fall nicht so. Was mich im ersten Referat gereizt hat, ist, dass eine Fragestellung nach Erträgen aufgegriffen worden ist, die erlauben, längerfristig davon zu leben. Das ist eine Konzeption, die auch einer Befragung zugänglich ist, was in den beiden weiteren Referaten nicht der Fall ist. Dagegen ist das, was Herr Volkert zur reinen Erfassung nach Millionären oder nach 200 Prozent des Einkommens gesagt hat, wieder zu einfach und ist verbessert worden in den beiden anderen Referaten. Aber was die beiden anderen Referate, die empirisch arbeiten, wieder unterscheidet, ist, dass die Größe der Schwellenwerte unterschiedlich ist: beim SOEP größer als 10 000 und mehr, und bei der EVS und dem Mikrozensus sind es andere, kleinere Größenklassen. Im höheren Bereich sind viele so genannte „ärmere Reiche“ erfasst und was eine ganz andere Gruppe ergibt, so dass für den Armuts- und Reichtumsbericht die Situation so aussieht, dass Daten unterschiedlicher Art vorliegen und zwar nur Daten zu der quantitativen Erfassung des Reichtums und nicht, was Herr Volkert auch vorgetragen hat, zu den nicht-materiellen, nicht-monetären Größen, die darin gar nicht enthalten sind. Ich wollte nur feststellen, dass es unterschiedliche Möglichkeiten gibt, dazu Stellung zu nehmen, die aber für einen Armuts- und Reichtumsbericht schwierig sein werden zu vergleichen. Es gibt also kein einheitliches Konzept, das zu quantifizieren ist.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Darmstadt

Ich möchte zu Herrn Hauser sagen: Ob man die abgeschlossenen Communities wirklich zur Abgrenzung verwenden kann, weiß ich nicht, denn das Phänomen, das Sie schildern, gibt es in den USA schon seit Jahrzehnten und in allen „Preislagen“ – dort gibt es die so genannten *Tax Islands*, und das kommunale Recht lässt zu, dass man seine Schule und seine Feuerwehr alleine macht, und dann ist die ganze Gegend segregiert – jeweils nach diesen Dingen. Wie gesagt, in allen „Preislagen“: Deswegen ist es als Abgrenzungskriterium vielleicht eher ein Problem. Nun kann man natürlich sagen: Vielleicht kriegen wir ja doch keine amerikanischen Verhältnisse, aber da kann man auch nicht so sicher sein.

Ich wollte zu der Frage „Symmetrie Arm – Reich“ etwas sagen: Ich habe doch die Befürchtung, dass die Tatsache, dass das nun hier miteinander verbunden wird, dazu führt, zu versuchen, mit einem vergleichbaren Satz von Kriterien sowohl Arm wie Reich

zu erfassen. Da würde ich generell fragen: Macht das eigentlich Sinn? Und meine Antwort wäre: Nein! Ich würde eher sagen, jedes Mal, wenn ich so eine Grafik gesehen habe, wo Arm und Reich sozusagen untereinander standen, da muss oben etwas falsch sein. Aber gut, das ist jetzt überspitzt von meiner Seite aus. Ich meine nur, man wird darüber nachdenken müssen, dass die Kriterien im Armutsbereich ganz andere sind als im Reichtumsbereich und dass es deswegen eigentlich keinen Sinn macht, aus dem Zusammenfügen von Arm und Reich einen einheitlichen oder einen vergleichbaren Kriteriensatz abzuleiten. Die Frage ist dann, wie weit im Reichtumsbereich nicht doch auch die Gestaltungsmöglichkeiten eine größere Rolle spielen. Ich finde es dann zu einfach zu sagen, im Armutsbereich gibt es sie nicht und im Reichtumsbereich gibt es sie. Da muss man schon genauer hingucken, welche es gibt und wie es geht.

Die letzte Frage, die meines Erachtens in keinem der Referate wirklich auftauchte – das liegt auch an der Konzeption Arm – Reich: Was passiert eigentlich mit der Mitte? Man kann darüber streiten, ob nicht die Aushöhlung einer Mitte mindestens ebenso problematisch ist wie die Effekte an den Rändern. Und auch da gibt es gesellschaftliche Entwicklungen, die das durchaus zeigen. Von daher würde ich doch noch einmal meine Vorliebe für relative Abgrenzung zum Ausdruck bringen. Ich finde schon, dass ein Prozent der reichsten Haushalte aussagekräftiger ist als etwa eine Grenze doppelter Median oder so etwas.

Prof. Dr. Jürgen Volkert, Hochschule Pforzheim

Herr Krupp, ich stimme mit Ihnen darüber überein, dass wir nicht für jedes Maß und für jeden Indikator im Armutsbereich ein Gegenteil oder eine Entsprechung im Reichtumsbereich suchen sollten. Erbschaften sind ein gutes Beispiel: viel erben können Arme wie Reiche. Man kann hier keinen Gegensatz herstellen. Für den Bereich Wohnen habe ich hier einerseits zu begründen versucht, warum – zumindest die bisherigen – Reichtumsmaße für diese spezielle Form der Einkommensverwendung wenig sinnvoll erscheinen. Andererseits ist es unstrittig, dass ein hinreichend großer und ausgestatteter Wohnraum zum physischen Existenzminimum gehört und daher unverzichtbarer Bestandteil jeder Armutsberichterstattung ist. In unserer Studie „Operationalisierung der Armuts- und Reichtungsmessung“ sind wir hierauf näher eingegangen. So ist es für manche Untersuchungsfelder in der Tat müßig, nach gegensätzlichen oder überhaupt nach irgendwie vergleichbaren Indikatoren zu suchen. Dies ist auch nicht mein Anliegen. Schließlich behauptet das Sensche Konzept keineswegs, es gäbe im Armutsbereich *keine* Verwirklichungschancen; dies ist vielleicht ein Missverständnis. Vielmehr wird Armut als *Mangel* an Verwirklichungschancen interpretiert. Das heißt aber nicht, dass überhaupt keine Verwirklichungschancen vorhanden wären. Entsprechend lässt sich Reichtum als *hohes Maß* an Verwirklichungschancen interpretieren.

Man kann nun einerseits die Meinung vertreten, es interessiere nur, ob Armut als Mangel an Verwirklichungschancen überwunden werde oder nicht. In diesem Fall könnte die Armutsberichterstattung losgelöst von der Reichtumsberichterstattung und mit völlig anderen Kriterien als diese arbeiten.

Man kann sich andererseits aber auch dafür interessieren, ob und wie häufig es vormals armen Haushalten gelingt, nicht nur den Mangel zu überwinden, sondern auch ein überdurchschnittlich hohes Maß an Verwirklichungschancen zu erreichen. Inwiefern es zum Beispiel ehemals überschuldete Haushalte über längere Zeiträume schaffen, sich nicht nur von ihren Schulden zu befreien, sondern darüber hinaus substantielle Rücklagen für Notsituationen und als Altersreserven zu bilden. Oder beispielsweise, ob gering Qualifizierte nicht nur grundlegende Bildungsabschlüsse nachholen können, sondern durch Weiterbildung mitunter auch einen sehr hohen Bildungsstand erreichen können. Interessiert man sich, ausgehend von monetärer und nicht monetärer Armut, auch für solche Mobilitätsprozesse über das gesamte gesellschaftliche Spektrum hinweg, so ist es sehr viel versprechend, Kriterien zu suchen, die eine Brücke zwischen der Armuts- und der Reichtumsanalyse herstellen. Sie ermöglichen es, monetäre und nicht-monetäre Mobilitätsprozesse zu untersuchen. Die hierdurch zu gewinnenden zusätzlichen Informationen rechtfertigen meines Erachtens eine solche Betrachtungsweise.

Es geht mir also nicht um eine generelle, allumfassende Symmetrie von Armut und Reichtum – dies wäre sicher eine Fehleinschätzung –, sondern darum, Indikatoren zu finden, deren Entsprechung im Armuts- wie im Reichtumsbereich Mobilitätsprozesse und –barrieren, Ausgrenzung und Privilegierungen sichtbar macht. Die Möglichkeit auf solche Weise weit reichende Mobilitätsprozesse sichtbar zu machen, ist meines Erachtens eine wesentliche konzeptionelle Begründung für die Zweckmäßigkeit und das zusätzliche Potenzial einer *gemeinsamen* Armuts- und Reichtumsberichterstattung.

Wir haben uns im übrigen bewusst für ein polares Reichtumskonzept entschieden und Reichtum nicht schon dort angesetzt, wo Armut überwunden wird. Dies vor allem, weil Reichtum jenseits der Mitte eigene Funktionen und Probleme aufweist. So halte ich es für sinnvoll, die genannten Mobilitätsprozesse über das gesamte Spektrum bis zu einem sehr hohen Maß an Verwirklichungschancen zu verfolgen. In Zeiten, in denen auch hoch qualifizierte Führungskräfte arbeitslos werden, interessiert es meiner Meinung nach zum Beispiel nicht nur, ob diese überhaupt wieder in das Erwerbsleben integriert werden. Vielmehr fragt sich doch auch, ob und wie häufig es ihnen gelingt, wieder in Führungspositionen zurückzukehren. Das heißt nicht, dass die Mitte uninteressant wäre. Im Gegenteil: ein weiterer Vorzug des Senschen Konzepts besteht darin,

dass hierzu auch ein Lebensstandardansatz für eben diese Mitte entwickelt wurde⁴⁰. Ich halte es für sinnvoll, diesen Lebensstandardansatz für einen „gängigen“ Umfang an Verwirklichungschancen zu verwenden, um die von Ihnen genannten Gefahren einer Aushöhlung der Mitte untersuchen zu können. Allerdings wollte ich nicht auf die Zusatzformationen verzichten, die ein ergänzendes polares Konzept der Armut- und Reichtumsberichterstattung zur Verfügung stellen kann.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Andreß, Universität zu Köln

Ich habe mich auch gefragt, warum wir eigentlich so eine Veranstaltung über Reichtum machen. Deswegen habe ich zum Beispiel auch Schwierigkeiten, den Fragebogen auszufüllen und irgendwelche Zahlen einzusetzen. Ich habe mich gefragt, was ist eigentlich gegen Reichtum einzuwenden? Ich persönlich würde sagen: Erst einmal nichts! Das ist jedenfalls ein Zustand, den viele Personen anstreben – mal mehr, mal weniger. Auch auf der staatlichen Ebene gilt: „Reiche“ Gesellschaften haben mehr Möglichkeiten als „arme“ Gesellschaften. Und so weiter. – Ich denke daher die ganze Zeit darüber nach, was der Zweck einer Reichtumsberichterstattung sein könnte. Da gibt es zwei Richtungen, in die man denken kann. Die eine ist, es geht darum, in der Tat einen umfassenden Sozialbericht zu machen – also nicht nur über die unteren Einkommen, sondern auch über die oberen Einkommen zu sprechen. Nicht nur über die sozialen Lagen in den unteren Einkommensschichten, sondern auch über die sozialen Lagen in den oberen Einkommensschichten Informationen zu haben – dies möglichst umfassend –, dazu gute Datenquellen zu schaffen – dazu hat Herr Zwick etwas gesagt. Alles vollkommen in Ordnung. Über Sozialberichterstattung weiß man, dass man, wenn man versucht, diese vielen Informationen auf einzelne Zahlen zu reduzieren, dabei einerseits Informationsreduktion macht, die positiv ist, man kann die Dinge schnell überblicken, andererseits aber immer auch Informationen unter den Tisch fallen lassen muss – und das ist schlecht, das bedauert man. Man fragt sich also: Warum gerade 50 Prozent des Mittelwerts als Armutsgrenze, oder warum gerade 200 Prozent des Mittelwerts als Reichtumsgrenze? Bei 50 Prozent fällt uns das schon gar nicht mehr auf, weil wir seit Jahren darüber reden, aber bei 200 Prozent fällt uns das jetzt auf, weil wir uns erstmalig sinnigerweise mit solch einer Reichtumsgrenze beschäftigen. Aber, einige haben das auch schon gesagt, 200 Prozent sind eine ähnlich Reduktion wie die 50 Prozent. Meine Antwort darauf wäre: Das ist Aufgabe der Methodenspezialisten, Verfahren zu entwickeln, die einerseits robuste Einzelmaße generieren und die andererseits möglichst viele der Informationen in den Daten wiedergeben. Auf der Reise hierher, die relativ lang war, konnte ich einen schönen Aufsatz

⁴⁰ Sen, Amartya (2000): Der Lebensstandard, Hamburg: Europäische Verlagsanstalt/Rotbuch

von Jenkins und Lambert⁴¹ darüber lesen, wie man gleichzeitig Armutshäufigkeit, die Ungleicherteilung im unteren Einkommensbereich und das Ausmaß der Armutslücke in einer Grafik wiedergeben kann. Um so etwas müsste es eigentlich gehen, nicht nur im unteren, sondern auch im oberen Einkommensbereich, also Methoden zu finden, die uns die Verteilung der Einkommen umfassend darstellen. Das ist der Punkt Sozialberichterstattung. Da geht es auch um verbesserte Methoden.

Aber wir machen doch einen Armuts- und Reichtumsbericht und haben wahrscheinlich mehr im Sinne – jedenfalls die meisten hier im Raum – als Sozialberichterstattung, auch wenn die Bundesregierung das im Wesentlichen einen Bericht über Lebenslagen in Deutschland nennt. Nicht ohne Grund, denn unser Grundgesetz und diverse Gesetze sagen: Jeder Bundesbürger hat das Recht auf einen gewissen Mindestlebensstandard. Es gibt auch diverse Vorschriften in den Sozialgesetzbüchern, die eben sagen, wir sollen abgesichert sein gegen die Lebensrisiken Arbeitslosigkeit, Alter, Gesundheit usw. Und wir fragen uns deshalb: Gibt es relevante Personengruppen, die a) sich so einen Mindeststandard nicht leisten können und b) nicht gegen entsprechende Risiken abgesichert sind, so wie es vorgeschrieben ist? Das ist der Grund für den Armutsteil im Armutsbericht.

So eine ähnliche Antwort müssten wir jetzt für den Reichtumsbericht haben, dann könnten wir auch zu Grenzen kommen. Ich denke jetzt einmal an das Beispiel von Herrn Hauser: Ich habe überhaupt nichts dagegen, dass irgendwelche „Reiche“ sich zurückziehen in irgendwelchen Regionen hier hinten im Taunus. Manchmal möchte man ja mit diesen Personen auch gar nicht so direkt zusammen sein. Ich hätte aber etwas dagegen, wenn sie, wie Herr Hauser gesagt hat, mit dem Argument kommen und sagen, wir bezahlen Polizei, Schule usw. alles selber und deswegen zahlen wir auch keine Steuern mehr. Ich habe deshalb etwas dagegen, weil ich den Anspruch an dieses Gemeinwesen habe, dass es ein Gemeinwesen ist, das wir gemeinsam finanzieren, je nach Leistungsfähigkeit. Die Tatsache, dass sich bestimmte Personen aus dieser Bezahlung ausschließen, ist etwas, was mit diesen politischen Normen nicht übereinstimmt. Daraus könnten dann auch Kriterien generiert werden. Die Beteiligung an der Finanzierung dieses Gemeinwesens ist der eine Punkt.

Zweitens, was auch ärgerlich wäre an diesem regionalen Ausschluss: Wenn das z. B. für Freunde des Weines eine Region hier im Rheingau wäre, dann könnten wir gar nicht mehr hierher kommen, um diese schönen Orte kennen zu lernen, hier nett Wein zu trinken, weil uns eben am Eingang von Rudesheim irgendein Wachdienst davon abhalten würde. Sie kennen das Phänomen aus einigen Mittelmeerländern oder auch

⁴¹ Jenkins, S. P., Lambert, P. J. (1997): "Three 'I's of poverty curves, with an analysis of UK poverty trends", Oxford Economic Papers 49: 317-327

von einigen oberbayerischen Seen, wo man bestimmte Ufer nicht mehr nutzen kann, weil sie privat sind. Und dafür gibt es in bestimmten Regionen – z. B., wenn ich es richtig entsinne, in Portugal – gesetzliche Vorschriften, dass jeder Uferstreifen zugänglich sein muss.

(*Zwischenruf Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster*: „Das steht auch in der Bayerischen Landesverfassung!“)

Sie wissen aber auch, dass bestimmte Teile der oberbayerischen Seen unzugänglich sind, obwohl es anders in der Verfassung steht. Da haben wir also offensichtlich ein gewisses Verfassungsgebot in Bayern, nach meiner Erinnerung auch in Portugal, das es uns erlaubt, an bestimmten Aspekten zu sagen, das ist etwas, was wir nicht haben wollen. Und in dieser Reihenfolge könnte man jetzt weitere Fragen aufwerfen, und das wäre etwas, was man genauer diskutieren müsste.

Prof. Dr. Michael-Burkhard Piorkowsky, Universität Bonn

Ich kann das nur unterstützen und bin froh, dass Herr Andreß dafür plädiert hat, dass wir zunächst über die Ziele einer Reichtumsberichterstattung diskutieren sollten. Ich stimme im Übrigen mit Ihnen, Herr Krupp, überein, dass es fraglich ist, ob Armut und Reichtum gewissermaßen auf einem Kontinuum angesiedelt sind oder ob hier nicht unterschiedliche Denkansätze bemüht werden müssen, um zu klären, was einerseits Armut und andererseits Reichtum bedeutet. Es ist ja so, dass wir im Grunde genommen, wenn wir z. B. an Armut denken, bestimmte Vorstellungen vom Sozialstaat im Kopf haben und wohl berechtigterweise davon ausgehen, dass die Gesellschaft mit zunehmender Armut zerfällt. Deswegen organisieren wir eine Armutsberichterstattung und Maßnahmen der Armutsprävention.

Aber wissen wir genug über Reichtum? Wie wirkt Reichtum? Eine Gesellschaft soll es nicht zulassen, dass sich Gruppen selber ausgrenzen, wie Herr Hauser zu Recht ausgeführt hat. Aber denken Sie an Veblen, nach dessen „Theorie der feinen Leute“ (im Original: „The Theory of the Leisure Class“), reiche Menschen weniger reiche Menschen motivieren, ebenfalls reich werden zu wollen⁴². Das könnte durchaus eine positive soziale Funktion von Reichtum sein. Und freiwillige „Wohlstandsghettos“ haben wir in Europa auch. Ich denke an die Schweiz oder an Monaco, wohin Menschen ziehen, wenn sie vor den deutschen Steuerbehörden flüchten wollen. Das könnte auch ein Kriterium sein, um Reichtum abzugrenzen. Wer zieht z. B. in die

⁴² Veblen, T.: Theorie der feinen Leute. Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen. Aus dem Amerikanischen von Suzanne Heintz und Peter von Haselberg. Frankfurt am Main 1993

Schweiz oder nach Monaco? Aber noch einmal: Wir wissen zu wenig über Reichtum und seine Funktionen, und wir können ihn nicht richtig messen. Die Frage ist: Muss das wirklich in einen (Armut- und Reichtums-)Bericht hinein? Und mit welchen Zielen?

Dr. Irene Becker

Das war eine sehr grundsätzliche Frage.

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster, Evang. Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe

Herr Andreß, entschuldigen Sie meinen Zwischenruf von eben! Der freie Zugang ist in der Bayerischen Landesverfassung enthalten, aber offensichtlich ist Reichtum in der Lage, sich über Verfassungsrecht hinwegzusetzen. Insofern wird es dann zum Politikum und dann sicherlich auch auf die Tagesordnung kommen.

Ich möchte noch einmal an Herrn Hauser anknüpfen: Einer, der sozialistischer Umtriebe unverdächtig ist, Ralf Dahrendorf, hat in den 60er Jahren gesagt: Eine Gesellschaft braucht einen Boden und ein Dach. Er als Liberaler möchte, dass diese Differenz groß ist, aber wie auch immer: Es muss über diese Begrenzung nach unten wie nach oben berichtet werden. Da scheint mir nun das Problem zu sein. Der Begriff Reichtum setzt über seine Quantifizierung Assoziationen frei, die weit über das hinaus gehen, was mit dem Begriff Armut verbunden ist. Auch beim Begriff Armut – ich erinnere an die Armut-Programme – hat man sich lange darüber unterhalten und den Begriff „Armut“ weghaben wollen. Da kam dann der Begriff der sozialen Ausgrenzung auf, und später wurde der wieder für ungeeignet erklärt. Mir war das relativ egal. 1980 hieß es bei Hauser und anderen „Armut und Niedrigeinkommen“, wo sie in Unschuld die Sozialhilfegrenze genommen haben. Dann hieß es eine zeitlang „bekämpfte Armut“, und damals gab es noch nicht den Zentralbefehl im Computer, da musste der ganze Bericht ersetzt werden: Wo Armut war, musste bekämpfte Armut hin, und dann war klar, wenn einer eine Mark weniger hat als der Sozialhilferegelsatz, dann ist er arm. Also ist die Differenz zwischen Armut und Nicht-Armut eine DM, das kann es nicht sein! Von daher finde ich diese Diskussion um die Größenordnung auch in Prozenten nicht unsinnig, wenngleich mir natürlich völlig klar ist, dass man auch fragen kann, wie lange kann jemand tatsächlich leben, wenn man sein Vermögen berücksichtigt. Das ist sicherlich eine relevante Sache, aber das Entscheidende scheint mir doch zu sein, dass man so, wie man im Armutsbereich sinnvollerweise verschiedene Abgrenzungen vornimmt, sie im anderen Bereich auch vornimmt. Das fand ich dann in dieser Studie von Hauser und Becker⁴³, die einen Vermögenswert neben den 200 Prozent

⁴³ Richard Hauser und Irene Becker: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 – 1998, Reihe „Lebenslagen in Deutschland“ des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, Bonn 2001

Einkommenswert setzen, wobei sie dann einfach die Million wieder als Maßstab genommen haben. Es gibt übrigens ein Jahrbuch der Millionäre in Preußen von 1912, und das kommt damals auf rund 10 000 Millionäre, und damals war eine Million noch etwas anderes als heute. Daran sieht man, hier geht es wirklich um ein Faszinosum, ohne im Grunde genommen eine wirkliche Größenordnung zu haben. Wir haben in unserem Forschungsprojekt für den ersten Armuts- und Reichtumsbericht herausgefunden, was man an wirklichem Vermögen braucht, um diese 200 Prozent-Einkommensgrenze realisieren zu können. Und dann kommt man natürlich zu einem Betrag, der über einer Million DM (damals) liegt.⁴⁴ Wofür ich plädieren möchte: Mir geht es um die Mitte, und deswegen ist das für mich in der Tat eine Sozialberichterstattung. Was passiert da in der Mitte? Und die Transfers und die Salden sind für mich von einer hohen Dynamik. Ich plädiere dafür, dass man eine neue Transfer-Enquête-Kommission einsetzt und einmal herausbekommt, wie sich das seit 1980 – der letzten Transfer-Enquête-Kommission – entwickelt hat. Deswegen geht es schon querbeet, ich finde nur, dass man den Begriff Reichtum nicht mit einer Grenze identifizieren kann. Es gibt innerhalb dieser Wohlhabendenpositionen diverse Positionen, und die sind unterschiedlich sicher und unsicher. Krause und Wagner sagen: Die Persistenz in den oberen Einkommensbereichen ist größer als unten. Unten hat man eine sehr viel größere Mobilität. Wenn man oben ist, hat man eine größere Chance, oben zu bleiben – zumindest nach den Daten, die das SOEP vorlegt. Mein Plädoyer ist daher, sich nicht darüber zu echauffieren, ob wir zweifache, dreifache, neunfache oder wie auch immer Millionäre haben, sondern in der Tat, ob Einkommen oder Vermögen und ob brutto oder netto, das Entscheidende ist doch die Dynamik! Wenn man eine Grenze hat, die sich über eine gewisse Zeit aufzeigen lässt, ist da eine Bewegung enthalten.

Und das Zweite, dass man dann mit verschiedenen Grenzen, so wie wir mit den 40 Prozent-, 50 Prozent-, 60 Prozent- oder 75 Prozent-Grenzen unterschiedliche Formen der Unterversorgung oder Niedrigversorgung charakterisieren können, sicherlich auch unterschiedliche Status im oberen Bereich beschreiben kann.

Was ich gut, aber wiederum auch problematisch finde: Wie bringt man das mit der Lebenslage von Eliten in Verbindung, das werden wir gleich diskutieren. Eine Kollegin, eine Soziologin, hat in einem Band einfach geschrieben: Früher war Reichtum ein Kriterium für Zugehörigkeit zur Elite. Dann hat sie den Satz formuliert: Dann gehört bei uns die Mafia zur Elite der Nation, denn das sind die mit Abstand Reichsten. Mit anderen Worten: Man muss aufpassen, man kommt in Grenzbereiche hinein, wo solche Sachen zumindest problematisch werden.

⁴⁴ Ernst-Ulrich Huster und Dieter Eißel: Reichtumsgrenzen für empirische Analysen der Vermögensverteilung, Instrumente für den staatlichen Umgang mit großen Vermögen, ökonomische, soziologische und ethische Beurteilung großer Vermögen, Reihe „Lebenslagen in Deutschland“ des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, Bonn 2001

Ich plädiere also für verschiedene Grenzen, um diese dann auch mit entsprechenden qualitativen Aussagen zu verbinden. Das fand ich gut, dass Sie sagten, da unten, diese 200 Prozent, was sind denn die? Die essen ein paar Hummerschwänze mehr, was ist das schon? Aber wenn ich wirklich in eine sichere Situation kommen will, um eine gewisse Zeit mit meinem Vermögen leben zu können, muss etwas Höheres dazukommen.

Prof. Dr. Joachim Merz, Universität Lüneburg

Das Ganze ist so komplex, dass man gar nicht recht weiß, wo man anfangen soll. Ich möchte zunächst zwei Punkte ansprechen: Die Fundierung der politischen Diskussion ist wichtig, die inhaltliche Diskussion darüber. Und da wünschte ich mir, dass wir ähnlich wie bei den sozialen Indikatoren aus den 70er Jahren etwas hätten, was wir aus allgemein gesellschaftspolitischen Erwägungen zu diesem Bereich ableiten könnten. Aber wenn ich anfangs darüber nachzudenken, woher man das konkret bekommen soll, dann bekomme ich Bauchschmerzen.

Das Zweite ist: Wir sollten zur Transparenz die bestverfügbaren Daten heranziehen, das ist, glaube ich, ganz unstrittig. Dann zeigt sich auch, dass sich die Diskussion überhaupt nicht zuspitzen muss auf 200 Prozent oder die obersten 5 Prozent. Ich möchte Ihnen aus dem letzten Bericht nur einmal zwei Zahlen zu hohen Einkommen nennen: Die 200 Prozent des Mittelwertes lagen netto 1995 bei 85 000 DM Jahreseinkommen. Die obersten 5 Prozent beginnen bei 94 000 DM, die obersten 10 Prozent bei 72 000 DM. Sie liegen also überhaupt nicht großartig weit auseinander. Aber so etwas kann man aufzeigen, dann kann man sagen, gut, damit habe ich ein relatives Maß, damit habe ich ein absolutes Maß. Ich kann auch sagen, das SOEP nimmt 10 000 oder eine Million. Das sollte man zumindest darlegen und zeigen, wie mit solchen Reichtumsaussagen welche Werte verbunden sind. Ich plädiere auch sehr dafür, dass man mit einem solchen Satz von Indikatoren – und wir haben damals im SPES-Projekt und im Sfb 3 immer für die Multidimensionalität geworben – Reichtum mit mehreren Indikatoren einkreist und über die Jahre hinweg mit diesem Konzept dann jeweils versucht, die Dynamik aufzuzeigen. Dann kann man auch zeigen, was sich bewegt. Ich weiß nicht, ob die Persistenz von Reichtum wirklich größer ist als bei Armut, das hängt auch von der Grenze ab. Aber die Dynamik ist ein wichtiger Punkt. Meine zwei Bemerkungen jetzt zielen einfach nur auf die Bedeutung der gesellschaftlichen Diskussion mit dem Wunsch, dass man so ein Set hätte wie die sozialen Indikatoren, um von dem absolut Theoretischen bis zu dem praktisch Machbaren herunterzukommen. Das Zweite ist, dass wir uns gar nicht zerstreiten müssen über die obersten fünf Prozent oder zwanzig Prozent – das gehört zum normalen Satz von Informationen dazu, so gut man sie bekommt.

Dr. Irene Becker

Ich halte es auch gerade bei so normativ besetzten Begriffen wie Reichtum nach wie vor für sehr sinnvoll, mit alternativen Maßzahlen zu arbeiten. Nur eine kurze Anmerkung zur Hocheinkommensstichprobe des SOEP; dass hierbei Haushalte mit einem Nettoeinkommen ab 3 835 Euro bzw. 5 113 Euro pro Monat ausgewählt wurden, heißt nicht, dass damit eine Reichtumsgrenze gesetzt ist. Man kann sich innerhalb der Hocheinkommensstichprobe eine oder alternative Reichtumsgrenzen setzen, die oberhalb des Kriteriums für die Stichprobenabgrenzung liegen.

Detlef Klebula, Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung

Ich kann in weiten Teilen an das anschließen, was Herr Merz gesagt hat. Wenn ich die Diskussion recht verstanden habe, hat sie sich um zwei Fragen gedreht. Zum einen um die Frage, warum Armut und Reichtum in einem Bericht abgebildet werden sollen. Die Frage von Herrn Andreß war, ist Reichtum nicht etwas Schönes und Erstrebenswertes und gehört in einen ganz anderen Zusammenhang? Zum Zweiten kam die Frage auf, wenn denn doch in einem Bericht, gibt es dazu einheitliche Messkonzepte oder welche stehen dafür überhaupt zur Verfügung?

Zu dem ersten Punkt, denke ich, Herr Andreß, sind wir völlig unterschiedlicher Meinung. Es gehört beides in einen Bericht. Jemand hat dieser Tage zum Thema Verteilungsgerechtigkeit gesagt – und unter diesem Blickwinkel sehe ich den Bericht –, die Frage nach Verteilungsgerechtigkeit in dieser Gesellschaft sei allein dadurch nicht erledigt, dass ein früherer Vorstandsvorsitzender in Deutschland von den Zinsen seiner Abfindung sechs Bundeskanzlergehälter auf Dauer zahlen kann. Das zeigt, dass es am ganz extremen Ende bestimmte Lebenssituationen gibt – die Herr Hauser pointiert als „Reichenghettos“ skizziert hat –, aber es geht dann bis zur Verteilungsdiskussion in den Mittelstandsbereich hinein. Denkbar sind unter dem Blickwinkel der Verteilungsgerechtigkeit Fragestellungen, bei denen jeder eine andere Antwort gibt, weil es Werturteile sind, wo aber einfach Informationen und Fakten als Basis für diese politischen Einschätzungen auf den Tisch gehören. Deswegen halte ich es für wichtig – ich verwende noch einmal den Begriff des „Reichenghettos“ –, dass dort von mir aus lauter Einkommensmillionäre leben, aber gleichwohl es auch in diesem Milieu eine Schicht von fünf oder zehn Prozent gibt, die ein größeres Schwimmbad, einen besseren Koch und ein paar noch schönere Autos haben. Die Frage nach Verteilungsgerechtigkeit als politische Frage stellt sich überall – und das soll der Begriff „Armut- und Reichtumsbericht“ verdeutlichen. Aus meiner – allerdings nur persönlichen – Sicht gehört über diese beiden Pole hinaus auch der mittlere Bereich in die Diskussion über Verteilungsgerechtigkeit einbezogen.

Zur Frage nach den Messkonzepten: Ist Armut etwas Kontinuierliches? Wenn sich das dann entwickelt über den Mittelstandsbereich hinaus, dann landen wir irgendwann im

Bereich des Reichtums. Aber ich denke, die zwei sich nur wenig unterscheidenden Zahlen, die Herr Merz genannt hat, nämlich das Abschneidekriterium fünf Prozent des oberen Einkommensbereichs und die absolute Grenze 200 Prozent des Durchschnittseinkommens, zeigen, man kann ganz pragmatisch das eine oder das andere als Deskription von relativem Wohlstand nehmen. Ich denke, eines ist wichtig bei der ganzen Diskussion, weil es ja auch ein politischer Bericht ist: dass hinter dem, was wir analysieren, auch eine Quantität steckt. Es macht wenig Sinn, über die zehn reichsten Leute vielleicht noch unter Neidkomplexen zu diskutieren und zu berichten, wenn das wegen der geringen Bedeutung eigentlich vernünftigen politischen Maßnahmen nicht zugänglich ist. Politische Maßnahmen, unter dem Blickpunkt der Verteilungsgerechtigkeit, haben auch etwas damit zu tun, dass man eine bestimmte Quantität anspricht – an Köpfen, an Situationen in dieser Gesellschaft. Deswegen fasse ich zusammen: Beides gehört in einen Bericht. Ich persönlich neige mehr zu relativen als zu absoluten Größenangaben, aber ich denke, im Ergebnis kommt es darauf an, dass man die Beschreibung von bestimmten quantitativ bedeutsamen Lebenssituationen auch im oberen Rand dieser Gesellschaft operationalisiert vermittelt als Basis für politische Wertentscheidungen und politische Steuerung.

Dr. Peter Krause, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Ich möchte mich ebenfalls für einen Bericht aussprechen, der sowohl Armut als auch Reichtum sowie die mittleren Einkommenslagen umfasst. Da derzeit keine allgemein anerkannte Definition von Reichtum existiert, sollten wir mit einem operativen relativen Maß arbeiten und Schwellenwerte pragmatisch festlegen. Ungeachtet dessen sollen zudem die dahinter liegenden Verteilungen jeweils auch in ihrer Gänze dokumentiert werden.

Zur Findung einer Definition von Reichtum kann folgende Frage als Leitfaden herangezogen werden: Wie viel Kumulation an Ressourcen ist eigentlich notwendig, um welche Ziele zu erreichen? Die Auswahl der Ziele richtet sich nach ihrem Beitrag für das Gemeinwohl.

Ortrud Leßmann, Hamburg

Auch ich kann mich an Herrn Merz anschließen, der so stark die Dynamik in den Vordergrund gestellt hat. Ich denke, interessant ist nicht in erster Linie, Reichtum zu beschreiben, sondern zu analysieren, wie Reichtum zustande kommt und auch die Frage zu stellen, inwieweit Reichtum weitergegeben wird. Für mich hat dies viel zu tun mit einem multidimensionalen Ansatz im engeren Sinne. Ich meine jetzt nicht multidimensional in dem Sinne, dass man mehrere Indikatoren verwendet, sondern dass man nicht nur auf das Einkommen eingeht, denn das ist etwas, was mich immer wieder frappiert: festzustellen, dass Reichtum nur über das Einkommen definiert wird. Wenn man gerade zugehört hat, sind alle Schwellenwerte nur über das Einkommen definiert.

Ich habe auch keine Alternative, die ich jetzt aus dem Hut zaubern könnte, aber ich denke, bei dem, was uns Herr Volkert eben vorgestellt hat, ist eben dies von Interesse: dass er im Prinzip ein Stück weit versucht, wegzugehen von dieser Fixierung auf das Einkommen und auch für andere Dimensionen Schwellenwerte oder erst einmal Indikatoren zu finden. Man müsste sich in einem zweiten Schritt darüber unterhalten, ob Schwellenwerte überhaupt sinnvoll sind für die Definition von Reichtum.

Dr. Eva Schulze, Berliner Institut für Sozialforschung (BIS)

Ich bin der Meinung, dass eine Deskription von privilegierten Lebenslagen oder Lebenslagen im Reichtum unbedingt in einen Bericht gehört, der Lebenslagen in Deutschland beschreibt. Es ist klar, dass es eine politische Brisanz hat, durch Beschreibung und Analyse deutlich zu machen, was Reichtum bedeutet und wie viele Reiche es in der Bundesrepublik gibt. Wir konnten uns bislang nicht verständigen, wo wir die Messlatte für Reichtum ansetzen. Es wird sicherlich zu einer Sensibilisierung der Öffentlichkeit beitragen, wenn diese Schere, die sich zwischen Arm und Reich wohl zeigen wird, so deutlich ist. Aber ich meine trotzdem, dass man privilegierte Lebenslagen darstellen und die Deskription durch Analysen erweitern sollte – also nicht nur zeigen, wie reich Reiche sind, sondern wie ihre Lebenslage sich darstellt, z. B. was sie mit ihrem Reichtum tun. Ich habe eine Untersuchung zu den Stiftern in Deutschland durchgeführt. Das Stiftungswesen macht deutlich, dass es offensichtlich eine Gruppe von Reichen gibt, die eine Verpflichtung des Reichtums sehen, die dem Gemeinwohl zugute kommt. Warum und wie agieren diese Reichen, diese Privilegierten, die es sich leisten können und wollen, einen Teil ihres privaten Vermögens dem Gemeinwohl wieder zugute kommen zu lassen? Es gibt eine Vielzahl von Fragen zum Reichtum und den Reichen, die intensiver beforscht werden sollten als wir das bislang getan haben.

Dr. Irene Becker

Ich finde es sehr wichtig, dass Sie beide unser Thema jetzt noch einmal in Beziehung zum Mehrebenenansatz gebracht haben. Ich denke nur, Reichtum ohne ein gewisses Einkommen und Vermögen ist nicht denkbar. Hohe Einkommen und Vermögen sind sozusagen die Voraussetzung für Reichtum. Und die anderen nicht-monetären Komponenten – im Unterschied zu den nicht-materiellen, denn meist haben nicht-monetäre Aspekte natürlich auch einen materiellen Hintergrund – kommen dazu. Wenn wir aber nach wie vor Probleme haben, die monetären Grenzen festzusetzen, ist es umso schwieriger, in diesem Stadium schon weitere Gesichtspunkte einzubeziehen. Aber wir werden dazu heute Nachmittag sicher noch etwas hören.

Prof. Dr. Richard Hauser, Königstein

Ich möchte eine These formulieren: „Beliebige Ungleichheit ist akzeptabel in einer Gesellschaft, wenn nur keine Armut vorhanden ist“. Das ist ein bestimmtes Werturteil.

Dieses Werturteil entspricht sehr stark der amerikanischen Sicht, wie ich aus Gesprächen mit vielen Kollegen weiß. Daraus wäre die Folgerung zu ziehen: Wir machen nur einen Armutsbericht, das ist das einzig Relevante. Es gibt aber eine lange europäische Tradition der politischen Philosophie, die eigentlich eine Begrenzung nach oben und unten – was Sie, Herr Huster, als Dach und Boden bezeichnet haben – für wichtig hält. Das hängt mit dem ganzen politischen System, der Demokratie und der sozialen Mobilität, zusammen. Reichtum soll keine Stimmen kaufen können, Reichtum sollte die öffentliche Meinung nicht dominieren können, ein Reicher sollte keine besseren oder nur wenig bessere Bildungschancen haben als ein Armer oder jemand aus der Mitte, Gesundheit sollte auch nicht käuflich sein – wie etwa Herztransplantationen nur noch zum Preis von einer Million – und Ähnliches mehr.. Das ist der Grund, weshalb sowohl Armut wie Reichtum und eigentlich die ganze Verteilung in vielen europäischen Ländern ein Studienobjekt sind und auch ein Objekt der verteilungspolitischen Betrachtung. Wenn man dies so sieht, dann würde man sich eigentlich eine Verteilungsanalyse zumindest der monetären Faktoren wünschen, also eine Kreuzklassifikation zwischen Einkommen und Vermögen. Die Korrelationskoeffizienten belaufen sich ja nicht auf hundert Prozent, sondern liegen im Bereich von siebzig Prozent oder noch geringer. Die Klassengrenzen sollten dabei – wie Herr Krupp vorgeschlagen hat – relativ definiert sein. Dies ist viel sinnvoller als die Kreuzklassifikation mit absoluten, in Euro ausgedrückten Grenzen durchzuführen. Die Veränderung im Zeitablauf wäre dann aber nur in aggregierter Form zu beobachten, weil man nur eine beschränkte Zahl von Klassen sinnvollerweise unterscheiden kann. Ein weiterer Punkt betreffe die Auf- und Abstiege, darauf haben Sie hingewiesen, ob die Mitglieder der Gruppe, die sich beispielsweise in den oberen fünf Prozent befindet, immer die gleichen bleiben und ob sie sich sogar vererben, also die Kinder der oberen fünf Prozent wieder zu den oberen fünf Prozent gehören. Das ist dann aber eigentlich eine umfassende Verteilungsanalyse, und Reichtum und Armut sind eben die beiden Ränder. Es lohnt sich dann nicht mehr so sehr, darüber zu streiten, wie man die Ränder abgrenzt. Darüber zu streiten, wo der untere Rand beginnt, lohnt sich vielleicht noch, weil es hier um das Existenzminimum geht, aber wo der obere Rand beginnt, ist eigentlich zweitrangig. Da kann man mehrere Grenzen einführen. In der internationalen Diskussion gibt es die oberen 0,1 Prozent, die oberen ein Prozent, die oberen fünf Prozent – das sind die Zahlen, die genannt werden. Ich persönlich wäre zufrieden, wenn wir das für Deutschland mit einer langen Zeitreihe wüssten und wenn auch all die Politiker dies wüssten, und wie die Personen in diesen Klassen auf- und absteigen.

Dr. Irene Becker

Ich finde den Aspekt der Zeitreihen auch sehr wichtig im Zusammenhang mit der Frage, wozu wir einen Reichtumsbericht brauchen. Es ist von großer gesellschaftspolitischer Relevanz, nicht nur den Status quo zu betrachten, sondern auch die Entwicklung. Wenn Armut zunimmt und auf der anderen Seite möglicherweise auch

Reichtum – egal ab welcher Grenze – zunimmt, dann ist das doch brisant für eine Gesellschaft.

Prof. Dr. Wolfgang Glatzer, Universität Frankfurt

Ich vermisse vor allem, dass man fragt, wie die Bevölkerung Armut und Reichtum wahrnimmt und darauf reagiert. Es ist doch völlig gleichgültig, wie wir Wissenschaftler uns Reichtum und Armut vorstellen, wenn das nicht irgendwo die Bevölkerung teilt. Wir können beliebige Vorstellungen entwickeln – wenn diese nicht auch in der Bevölkerung ähnlich vorhanden sind, ist das ohne Bedeutung. Ich habe mir manchmal vorgestellt, der Gini-Index steigt um zehn Prozent, und keiner merkt es. Es kennen in der Bundesrepublik vielleicht hundert Leute den Gini-Index. Wie vermittelt sich das einer breiten Bevölkerung, wenn die Einkommensungleichheit höher wird? Das wurde bisher wenig analysiert, ich kenne jedenfalls keine guten Untersuchungen dazu. Und ich finde, so etwas sollte in solch einem Bericht vorkommen.

Dr. Irene Becker

Das wäre vielleicht etwas, das auch Sie, Herr Volkert, angeregt hatten: Man erfragt, was gehobener Konsum ist. Vielleicht kommen wir nachher noch einmal kurz darauf zurück.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Darmstadt

Ich glaube, man muss hier unterscheiden zwischen der politischen Diskussion, der wir die ganze Sache verdanken, und der fachlichen Diskussion, in der wir uns hier zur Zeit befinden. Politisch ist es interessant, dass jahrzehntelang gefordert worden ist, wir brauchen Verteilungsstatistik usw., und nichts ist daraus geworden. Dann kamen einige Leute, die sagten, wir brauchen einen Armutsbericht, und das war ja auch wohlbegründet. Dann entstand eine politische Bewegung, die dann auch einen Reichtumsbericht forderte, und dann entstand dieses seltsame Gebilde. Dafür soll man auch nicht undankbar sein, denn wir sind ja immerhin so weit gekommen. Was machen wir nun damit? Das ist doch die Frage, über die wir uns hier unterhalten! Ich sehe das jedenfalls so, dass es nach wie vor gute Gründe für einen Armutsbericht gibt und dass es Sinn macht, eine Armutsbevölkerung abzugrenzen – mit welchen Indikatoren auch immer. Darüber lohnt es sich zu streiten.

Nun ist die zweite Frage: Macht es eigentlich genau denselben Sinn, eine Reichtumsberichterstattung zu etablieren? Dann befinden wir uns politisch in einem schwierigen Fahrwasser. Aber man ist erst recht fachlich in schwierigem Fahrwasser, denn man muss dann eigentlich angeben, was die Eigenschaften dieser Bevölkerung wären und was daran so schlecht wäre. Diese Frage ist jetzt auch schon mehrfach hier aufge-

worfen worden. Dann kann man eigentlich nur mit zusätzlichen Kategorien arbeiten – politische Einflussmöglichkeiten, Dinge auch in den Medien zu gestalten usw.

Wenn wir das wirklich weiter denken, kommen wir zu dem Ergebnis, dass es eben einen Unterschied zwischen dieser segensreichen politischen Diskussion und dem, was wir machen können, gibt. Ich wäre dann bei Herrn Klebula, der so getan hat, als ob ein Reichtumsbericht von vornherein etwas mit der Verteilungsgerechtigkeit zu tun hätte. Ich bin aber der Meinung, das, was dann wirklich Gegenstand dieser Analyse sein kann und auch sein müsste, ist die Frage: Wie ist die Verteilung in der Republik? Und das ist dann nicht eine abgrenzbare Reichtumsbevölkerung, sondern es ist das ganze Spektrum, das interessiert, das ist auch die Mitte, die interessiert. Und was ist eigentlich die Stabilität dieser Entwicklung? Von welchen Faktoren wird die Veränderung der Verteilung getrieben? Frau Becker und Herr Hauser haben zu den Veränderungen in den letzten Jahren einiges an Material vorgelegt. Da sieht man, dass es Bewegungen gegeben hat und da ist die relevante Frage: Worauf sind diese Veränderungen zurückzuführen? Das ist eigentlich das, was in einem solchen an der Verteilungsposition anknüpfenden Armuts- und Reichtumsbericht stehen sollte. Da ist es mir dann egal, ob das Ding weiterhin Armuts- und Reichtumsbericht heißt. Wichtig ist, dass man wirklich den zentralen Gesichtspunkt Verteilungsgerechtigkeit in den Mittelpunkt der Analyse stellt und dass man sich nicht darauf einlässt, in mehr oder weniger günstiger Weise irgendwelche Reichtumsbevölkerungen abzugrenzen, was im Zweifel auch für die politische Diskussion nicht hilfreich ist. Infolgedessen kommt man dann m. E. dahin, dass man sich zwar abgrenzt gegen Leute, die sagen, ja, aber was da am oberen Ende der Verteilung passiert, wollen wir nicht wissen. Wissen wollen wir es schon! Aber wir sollten vorsichtig sein mit der Interpretation dessen, was da oben passiert, und wir sollten insbesondere nicht den Eindruck erwecken, dass wir dabei nur an irgendwelche Emotionen appellieren, die dann politisch auch eher in fragwürdiger Weise interpretiert werden.

Prof. Dr. Wolfgang Glatzer, Universität Frankfurt

Ich möchte noch einen Satz ergänzen. Herr Krupp, Sie selbst haben doch die Umverteilungsvorgänge beim Einkommen sehr intensiv untersucht. Das, finde ich, ist das stärkste Argument: Die Umverteilungsvorgänge von oben nach unten, von rechts nach links kann man nur untersuchen, wenn die Reichen und die Armen, die hohen und die niedrigen Einkommen gleichzeitig im Untersuchungsdesign enthalten sind.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Darmstadt

Ich habe dafür plädiert, dass man das gesamte Verteilungsspektrum sieht, das heißt aber eben gerade nicht, dass man sich auf die Reichen und die Armen beschränken darf, sondern das heißt, dass man das ganze Spektrum untersuchen muss.

Ich habe vorhin gesagt, letztlich sollten wir Armut und Reichtum eher vergessen und stattdessen Ihren Gesichtspunkt, Herr Klebula, die Verteilungsgerechtigkeit, in den Mittelpunkt setzen. Was die Umverteilung anbetrifft, möchte ich als früherer Vorsitzender der Transfer-Enquête-Kommission beklagen, dass es nach 1981 keine neue Transferanalyse gegeben hat und dass wir auch praktisch kaum etwas über Umverteilung wissen. Wenn es möglich wäre, die Armuts- und Reichtumsberichterstattung in dem politischen Fahrwasser, in dem wir uns befinden, wirklich in die Richtung einer Transfer-Enquête weiterzuentwickeln, dann wäre das sehr wichtig. Aber mein Plädoyer geht, wie ich das vorhin schon einmal formuliert habe, eigentlich nicht dahin, dass man die Reichen ausklammern soll, sondern es geht darum, dass man das ganze Verteilungsspektrum einbezieht.

Dr. Irene Becker

Ich habe mich sehr gefreut, dass Sie den Umverteilungsaspekt hereingebracht haben, Herr Krupp. Ich habe bisher auch ein bisschen vermisst, dass z. B. die Einkommensteuerstatistik einmal danach ausgewertet wird, wie sich denn nun faktisch die steuerliche Belastung im oberen Einkommensbereich verhält, wie stark die Progression tatsächlich ist. Aber diese Fragestellung kommt vielleicht in den nächsten Analysen zum Tragen, das wäre sehr interessant.

Prof. Dr. Jürgen Volkert, Hochschule Pforzheim

Ich möchte zunächst auf die grundlegende Frage von Herrn Andreß eingehen, was eigentlich gegen Reichtum einzuwenden sei. Denn im Armutsbereich gehen wir davon aus, dass eindeutig ein *Problem* auftritt, das wir untersuchen sollten. Im Reichtum, da haben Sie vollkommen Recht, ist es anders. Dort sind positive wie negative Reichtumsfunktionen denkbar. Ob diese tatsächlich auftreten oder nicht, das sollten wir untersuchen, so weit es im Rahmen der Armuts- und Reichtumsberichterstattung interessiert.

Ein Beispiel hierzu: Natürlich ist ein hoher Wohlstand in der Regel etwas Schönes (sonst würden wir Armut nicht als Mangel interpretieren). Wenn uns aber nicht nur interessiert, wie viele arm und wie groß die Armutslücken sind, sondern auch wie groß das Umverteilungspotenzial ausfällt und inwieweit reiche Bürger/-innen ihrer Finanzierungsverantwortung gegenüber dem Gemeinwesen nachkommen, dann müssen wir zum Beispiel monetären Reichtum sowie die Transfersalden erfassen. In meinem Referat habe ich daher darauf hingewiesen, dass man sich erst einmal darauf einigen sollte, welche Ziele die Reichtumsberichterstattung verfolgen soll und welche Reichtumsfunktionen aufgrund dessen besonders relevant sind. Erst im Anschluss lassen sich geeignete Reichtumsmaße und Indikatoren bestimmen.

Ich will dies am Thema der Stifter verdeutlichen, zu denen Frau Schulze einiges gesagt hat und noch vortragen wird. Eine Begründung – auf die man sich allerdings erst einigen müsste – ließe sich aus den Zielen der Armut- und Reichtumsberichterstattung ableiten: Diese soll unter anderem auch der Stärkung der Chancengleichheit sowie der Identifikation von Privilegierungen dienen. Stifter können ihre Mittel einerseits zur Stärkung der Chancengleichheit verwenden oder andererseits eine Stiftung nur als Instrument gebrauchen, eigene Privilegien und Vermögensbestände optimal zu konservieren. Soweit dies von Interesse ist, bietet es sich an, das Stiftungswesen auf die Erfüllung der genannten positiven und negativen Reichtumsfunktionen hin zu untersuchen. Von den Berichterstattungszielen und den daraus abgeleiteten Reichtumsfunktionen hängt es dann ab, mit welchen konkreten Maßen und Indikatoren die Analyse erfolgen soll.

Klarheit über die jeweils relevanten Reichtumsfunktionen ist auch erforderlich, um über die Frage von engen oder weiten Einkommens- und Vermögensbegriffen zu entscheiden. Soll die finanzielle Absicherung durch eigenes Vermögen untersucht werden, verlangt dies zum Beispiel nach einem weiten Vermögensbegriff, der – je nach Untersuchungsziel – auch Sozialversicherungsansprüche einschließt. Will man dagegen gehobenen Konsum näher betrachten, so verlangt dies einen engen Einkommensbegriff, z. B. das verfügbare Einkommen, da nur dieses tatsächlich auch für gehobenen Konsum eingesetzt werden kann.

Noch eine Bemerkung zur Frage, die Sie, Herr Glatzer, gestellt haben: Was sagt eigentlich die Bevölkerung? Inwieweit wir hier eigentlich Dinge als reichumsrelevant diskutieren, die zumindest von Teilen der Bevölkerung überhaupt nicht unter der Überschrift „Reichtum“ vermutet werden, hat mich auch immer wieder beschäftigt.

Ich denke, begrifflich ist es für die öffentliche Diskussion sicherlich vorteilhaft, wenn die Sprache des Armut- und Reichtumsberichts soweit wie möglich allgemein verständlich gehalten wird. Für die Präsentation von Leitindikatoren, wie ich sie in meinem Referat vorgeschlagen habe, halte ich dies sogar für unverzichtbar.

Inhaltlich bin ich dagegen der Meinung, dass sich die Bundesregierung durchaus an den beschlossenen Berichterstattungszielen orientieren sollte. Dies kann mitunter auch verlangen, Fragen näher zu analysieren, die in der Bevölkerung nicht auf den ersten Blick mit der Reichtumsthematik in Verbindung gebracht werden. Werden relevante Reichtumsfunktionen allerdings mit wertenden Prädikaten abgegrenzt, so muss eine repräsentative Begriffsklärung erfolgen, die der Unterschiedlichkeit der Werturteile Rechnung trägt. Aus diesem Grund vertrete ich etwa die Ansicht, dass „gehobener“ Konsum nur dann wenigstens einigermaßen seriös ermittelt werden kann, wenn man mit repräsentativen Befragungen, d. h. mittels subjektiver Ansätze klärt, was allgemein darunter verstanden wird.

In der Schweiz hat man übrigens vor kurzem der Bevölkerung auch die grundsätzliche, ebenfalls stark werturteilsbehaftete Frage gestellt, was unter Reichtum zu verstehen sei. Und was steht als Item bei den Schweizern an erster Stelle? Weder das Einkommen noch das Vermögen, auch nicht Millionäre, nein, es ist die Gesundheit, also ein nicht-monetäres Maß. Das Ergebnis lässt sich erklären, wenn man Reichtum konzeptionell als hohes Maß an Verwirklichungschancen abgrenzt. Schließlich beeinträchtigen gravierende Gesundheitsdefizite ganz entscheidend nahezu alle anderen Verwirklichungschancen.

(*Zwischenruf Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp*: „Die Schweizer hatten aber damals keine obligatorische Krankenversicherung, nur eine rein private!“)

Detlef Klebula, Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung

Herr Krupp, ich habe das Stichwort Verteilungsgerechtigkeit nicht von ungefähr angesprochen, aber ich denke, man muss andererseits auch für unsere Situation Verständnis haben. Herr Irlenkaeuser und Herr Semrau tragen auf Arbeitsebene die Verantwortung für diesen Bericht, ich liefere den Einkommens- und Vermögensteil zu. Das Dach dafür ist eine politische Entscheidung des Bundestages, und der hat das bewusst „Armut- und Reichtumsbericht“ genannt. Natürlich hätten wir einen gewissen Spielraum, dies innerhalb dieser Bezeichnung auszufüllen. Der Spielraum ergibt sich zwangsläufig dadurch, dass wir Armut und Reichtum mehr oder weniger breit definieren. Wenn wir sie ganz breit definieren, treffen die beiden Maße sich, überspitzt formuliert, und dann haben wir natürlich auch im Prinzip den mittleren Bereich abgebildet. Es wäre schlecht – ich lehne mich ein bisschen aus dem Fenster und sage da einfach meine ganz persönliche Position –, wenn wir Auf- und Abstiegsprozesse innerhalb des häufig so unscharf bezeichneten Mittelstandsbereiches ausblenden würden. Da gibt es ganz wichtige, essenzielle Prozesse, wo manche sich von knapp über der Armut bis knapp unter die Reichtumsgrenze bewegen. Was nimmt der Staat da für einen Einfluss, wie wirken bestimmte Maßnahmen usw. Das ist ein wichtiger Punkt.

Nur noch einmal, ich bitte um Verständnis dafür, dass wir die Vorgaben akzeptieren müssen. Ein großer Teil von Ihnen verfasst Gutachten für uns. Wenn im Rahmen dieser Gutachten bestimmte Positionen zu dieser Frage artikuliert werden, können wir das schlechterdings nicht ignorieren. Und wenn sich darüber hinaus im Rahmen dieser Gremien, im Rahmen der Wissenschaft ein Konsens herausbildet zu sagen: Liebe Bundesregierung, bitte akzentuiert da diesen Punkt doch auch etwas stärker in Eurem Bericht, dann werden wir das natürlich auch nicht ignorieren können. Aber zunächst haben wir eine bestimmte Vorgabe, die wir mit viel Verständnis für diesen Punkt einlösen müssen.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Darmstadt

Das habe ich aber auch in etwa so gesagt – vielleicht nicht ganz so liebevoll wie Sie.

Prof. Dr. Michael-Burkhard Piorkowsky, Universität Bonn

Ich finde es trotzdem bedenklich, dass wir eine Messgenauigkeit vortäuschen, die wir gar nicht erreichen können. Wenn wir sagen, lasst uns doch mehrere Armuts- oder Reichtumsgrenzen betrachten, dann sagen wir eigentlich, wir wissen nicht genau, wie Armut und Reichtum zu messen sind. Das gilt ebenfalls mit Blick auf die Vielzahl von Indikatoren, die eben nicht voll deckend sind und deren Operationalisierung problematisch ist. Das fängt bereits beim Einkommen an, gilt verschärft für das Vermögen und betrifft weitere, noch viel kompliziertere Indikatoren der Lebenslage. Selbst das so genannte monetäre Vermögen besteht ja nicht nur aus Bargeld, sondern schließt Sichteinlagen auf der Bank und bestimmte Wertpapiere ein. Die Papiere müssen bewertet werden, und da liegen doch die eigentlichen Probleme. Die korrekte Bewertung von Betriebs- und Sachvermögen, z. B. Immobilien, ist noch erheblich schwieriger. Noch eine Bemerkung zu Alternativrechnungen: Ich habe bereits bei der Vorbereitung des ersten Armuts- und Reichtumsberichts kritisiert, dass eine Vielzahl von Armutsmaßen ausgewiesen wird und sich somit jeder und jede eine passende Quote herausuchen kann. Im ersten Armuts- und Reichtumsbericht werden in einer Tabelle (Tabelle I.3) – bezogen auf die 50 %-Schwelle und die 60 %-Schwelle mit unterschiedlichen Äquivalenzskalen und Mittelwerten – 32 gebietsspezifische Armutsquoten für Ost- und Westdeutschland sowie 8 gesamtdeutsche Armutsquoten ausgewiesen. Das halte ich für nicht gut. Wenn wir als Wissenschaftler nicht in der Lage sind, die Grenzen genauer zu bestimmen, dann sollten wir mit der Messung und den Ergebnissen sehr vorsichtig umgehen, aus wissenschaftlicher Sicht, aber auch, weil der die Zahlen enthaltende Bericht mit einer politischen Botschaft verknüpft ist. Schließlich: Vieles von dem, was sich die Befürworter der Reichtumsberichterstattung erhoffen, z. B. Stifter zu identifizieren, kann man mit solchen Maßzahlen auch nicht, dazu sind Adressenverzeichnisse erforderlich.

(*Zwischenruf Dr. Irene Becker*: „Es ist richtig, dass man nicht alles in eine Maßzahl packen kann.“)

Wir begeben uns da in der Tat auf ein sehr kompliziertes Feld und sollten klipp und klar sagen, was wir eigentlich können und was wir nicht können.

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster, Evang. Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe

Das, was Sie sagen, unterschreibe ich, aber das war ja damals der Punkt zu sagen, deswegen kann man nicht so tun als gäbe es da eine Terra incognita, und da gehe ich nicht rein. Also: Es gibt keinen Bereich, wie hier im oberen Einkommens- und

Vermögensbereich, in dem Sie so auf die Mitwirkung einer Gruppe angewiesen sind, die aber nicht mitwirken will. Im unteren Bereich haben Sie teilweise noch Interesse, die wollen ja, dass etwas mit ihnen geschieht. Aber oben, die wollen ja in dem Sinne keine Veränderung, die kriegen Sie nicht mal mit einem Nachtsichtgerät, wenn die über die Wiese gehen. Aber das ist eine ganz andere Sache.

Ich möchte einen anderen Punkt noch einmal aufgreifen. Herr Andreß, Sie haben gefragt, was stört mich am Reichtum? Mich stört da nichts! Ob jemand es selber verbraucht, ob er es thesauriert oder ob er damit Gutes tut oder wie auch immer, das gehört für mich zu den Wertentscheidungen, die in der liberalen Gesellschaft zulässig sind. Nur, wir unterstellen einen Punkt: dass dieser Reichtum legal entstanden ist. Und das ist für mich ein wichtiger Punkt. Im unteren Bereich unterscheidet man von Martin Luther aufwärts zwischen würdigen und unwürdigen Armen. Das reicht bis ins BSHG hinein, wo dann, wenn unwirtschaftliches Verhalten festgestellt wird, um 25 Prozent reduziert werden kann usw. Im oberen Bereich nehmen wir nicht einmal die Dinge zur Kenntnis, die in der Einkommensteuerstatistik stehen, dass nämlich die höheren Millionäreseinkommen mit einem geringeren durchschnittlichen Steuersatz besteuert werden als die armen Millionäre. Das können Sie in jedem Einkommensteuerbericht genau feststellen. Eine, zwei, fünf Millionen, da stehen die immer drin, und ab zehn Millionen sinkt kontinuierlich die durchschnittliche Steuerbelastung. Mir hat bisher niemand eine plausible Erklärung dafür gegeben, warum das so ist. Und das ist eine amtliche, veröffentlichte Statistik!

Zweitens: Es gab einmal eine Untersuchung von einem jungen Mannheimer Kollegen, der überprüft hat, was von der Neukapitalbildung auch in privaten Haushalten schlicht dadurch zustande gekommen ist, dass hier letztlich Geldvermögen durch Zurückhalten von Steuern gebildet wurde. Ich möchte das zumindest einmal hinterfragen, so wie man in der Armut sagt, da sind Leute drin, die sind selbst daran schuld usw., und deswegen bekommen sie Abschlüge. Ich habe vorhin das Stichwort Mafia erwähnt, obwohl ich es gar nicht einmal auf diese Gruppe bringen will, ich will es einmal auf den alltäglichen Umgang mit dem Transfersystem Steuer hin ansprechen und fragen: Wieso wissen wir eigentlich darüber überhaupt nichts? Oder haben wir daran auch gar kein Interesse? Ich habe den Eindruck, dass dadurch ein ganz großes Zusammenspiel von Politik und diesen Personenkreisen stattfindet, aber gleichzeitig die Ideologie herrscht: Reichtum ist das Ergebnis von Leistung. Da muss ich in der Tat sagen, dass ich nicht problematisiere, wenn einer Leistung zeigt, er zu einem entsprechend höheren Einkommen in der hierarchisch strukturierten Gesellschaft kommt, wenn da also zwischen Leistung und Einkommen oder Vermögen irgendwie nachvollziehbare Bezüge bestehen. Aber so zu tun, als wären diese sieben Billionen DM Vermögen schlicht und einfach durch Leistung entstanden und Historisches davon auszublenden? Wo ist im Dritten Reich Juden Vermögen weggenommen worden und hinterher weiter-

entwickelt worden? All solche Sachen könnte man sich auch historisch-genetisch anschauen. Ich will das zumindest einmal andeuten.

Ich komme jetzt auf das Transfersystem Steuern und möchte da eine Untersuchung anregen über den Beitrag des Steuersystems zur Vermögensbildung auf illegale Art und Weise.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Darmstadt

Ja, aber schon der legale Teil ist eigentlich interessant!

Prof. Dr. Johannes Schwarze, Staatsinstitut für Familienforschung

Ich wollte noch etwas zu Herrn Glatzer sagen, inwieweit die Ungleichheit von der Bevölkerung überhaupt antizipiert wird, in welchem Ausmaß das der Fall ist und ob sie auf Veränderungen – ob das jetzt den Gini-Koeffizienten oder etwas anderes betrifft – überhaupt reagiert. Es gibt dazu inzwischen Untersuchungen, auch für Deutschland. Hier zeigt sich, dass die Bevölkerung sensibel auf die Veränderung von Ungleichheit reagiert und dass diese Sensibilität nicht nur im unteren Einkommensbereich stattfindet. Nicht nur die Bezieher geringer Einkommen schauen auf die Ungleichheit, sondern auch die oberen Einkommensschichten. Man kann zeigen, dass alle Einkommensschichten eher negativ von der Ungleichheit beeinflusst werden. Das heißt, das würde also schon nahe legen, dass man – ich würde da auch Herrn Krupp unterstützen – nicht nur oben und unten untersucht, sondern tatsächlich die gesamte Einkommensverteilung möglicherweise mit einem gezielten Blick auf das untere und auf das obere Ende.

Prof. Dr. Wolfgang Glatzer, Universität Frankfurt

An welche Untersuchung denken Sie denn da? Eigentlich fehlt doch die Datenbasis dafür.

Prof. Dr. Johannes Schwarze, Staatsinstitut für Familienforschung

Ich habe diese Untersuchung einmal in Leipzig vorgestellt, und wenn ich mich recht erinnere, waren Sie auch anwesend. Ich denke schon, dass man aus dieser Untersuchung – und die wird nicht nur in Deutschland gemacht, sondern die gibt es inzwischen in den USA, in England, da wird ähnlich vorgegangen – schon gewisse Schlüsse ziehen kann.

Prof. Dr. Wolfgang Glatzer, Universität Frankfurt

Mein Einwand war eher der: Wie nimmt ein durchschnittlicher Bundesbürger die Ungleichheit wahr? Wann definiert er sich selber als arm, wann als reich, wann fühlt er

sich kritisch berührt, dass andere reich oder andere arm sind? Wann reagiert er mit kritischen Einstellungen und Protestverhalten? Diese Art von Fragen kam gar nicht vor bei Ihnen! Das beruhte noch auf vielen Annahmen, was Sie damals ausgeführt haben. Es war sicherlich ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Prof. Dr. Johannes Schwarze, Staatsinstitut für Familienforschung

Das beruht natürlich, wie jede Untersuchung, auf bestimmten Annahmen, richtig.

Dr. Irene Becker

Eine kleine Anmerkung noch, weil hier immer wieder zur Sprache kommt, dass man die Gesamtverteilung im Auge behalten sollte: Dazu will ich sagen, dass ja im ersten Armuts- und Reichtumsbericht auch die gesamte Einkommensverteilung dargestellt wurde. Zwar wurde der Fokus dann auf den unteren und den oberen Bereich gelegt, aber es ist nicht so, dass die Gesamtverteilung ausgeblendet wurde. Sie ist im vorliegenden Bericht drin und ist auch für den nächsten Bericht vorgesehen.

Andreas Puhmann, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik

Ich möchte anmerken, dass man vielleicht unterscheiden muss zwischen Reichtum, der abhängig ist von Armut, und Reichtum, der unabhängig ist von Armut, wie beispielsweise Bildung oder Gesundheit, was im Grunde genommen praktisch jeder vermehren kann, auch nicht auf Kosten irgendwelcher anderer Leute, während es bei anderen Dingen, was Macht oder Geld oder Arbeit betrifft, doch gewisse Zusammenhänge gibt.

Hermann Seewald, Statistisches Bundesamt

Noch ein kleiner Hinweis zu der Frage, ob man eine symmetrische Betrachtungsweise von Armut und Reichtum anstellen sollte? Ich denke, eine Wegweisung hierzu zeigen die Laeken-Indikatoren. Diese achtzehn Indikatoren wurden in Europa ausführlich diskutiert und vom Europäischen Rat verabschiedet. Die Laeken-Indikatoren beschäftigen sich zwar nur mit Armut, aber sie beinhalten auch zwei Indikatoren, die Armut und Reichtum bzw. den unteren und oberen Teil der Einkommensverteilung in Beziehung zueinander setzen. Der erste Indikator ist das so genannte S80/S20-Verhältnis, das die Einkommensanteile der oberen, d. h. der reichsten 20 Prozent zu den 20 Prozent Ärmsten der Bevölkerung ins Verhältnis setzt. Dies ist ein Primärindikator. Ein Sekundärindikator ist der Gini-Koeffizient, der auch hier schon häufiger erwähnt wurde. Die Laeken-Indikatoren beschäftigen sich zwar nur mit Armut, aber sie zeigen schon ein bisschen die Richtung auf, nämlich dass man beide Seiten der Einkommensverteilung ins Visier nehmen sollte.

Prof. Dr. Gerhard Trabert, Armut und Gesundheit in Deutschland e. V.

Für mich ist die Beziehung Reichtum und Armut u. a. deshalb sehr interessant, da Reichtum auch strukturelle Auswirkungen auf die Versorgungssituation von Armen hat. Sie haben vorhin den Aspekt Gesundheit genannt, den ich als sehr wichtig empfinde, da Reichtum unser gesamtes medizinisches Versorgungssystem beeinflusst und verändert, ich denke diesbezüglich zum Beispiel an den so genannten IGeL-Katalog. Wer kann sich diese privat zu zahlenden Gesundheitsleistungen überhaupt noch leisten? Herr Hauser hat das Beispiel Transplantationen genannt. Mir ist in Deutschland nur eine Person bekannt, die zwei Herzen nacheinander transplantiert bekommen hat, dies war Herr von Thurn und Taxis. Hier wird an einem konkreten Beispiel deutlich, dass Reichtum unser Versorgungssystem, speziell die Gesundheit, beeinflussen kann. Diese Form der strukturellen Beeinflussung macht es notwendig, dass man vergleicht und etwaige Beeinflussungskategorien bzw. -kriterien näher untersucht. Gerade Gesundheit ist ein wichtiger Aspekt im Kontext einer Armuts-/Reichtumsdiskussion, der meines Erachtens häufig zu kurz kommt.

Prof. Dr. Joachim Merz, Universität Lüneburg

Nur noch einige kurze Bemerkungen: Ich glaube, die Ehrlichkeit gebietet es zu sagen, wir müssen mehr als einen Indikator zeigen und das offen legen, soweit es geht. Dazu gehört natürlich die gesamte Verteilungsdiskussion, die 90/10-Maße und alles, was die oberen und unteren Einkommen in Beziehung setzt. Gerade weil die Wissenschaft und wir alle unschlüssig sind, was das wahre Konzept ist, muss man so viel Transparenz wie möglich zeigen, auch auf die Gefahr hin, dass sich der eine oder andere etwas herauspickt. Aber dann kann man auch dagegen argumentieren und sagen, wie es sich mit den anderen Aspekten verhält.

Ein anderer Aspekt zum Messen von Armut und Reichtum: Es wird vermehrt auch bei der Armutforschung auf den Konsumbereich eingegangen: Was kann ich mit dem Einkommen, das mir verbleibt, noch machen? Gibt es einen Minimalkonsum, eine Minimalversorgung usw.? Ich möchte dies einmal verknüpfen mit dem Aspekt des gehobenen Konsums: Wenn ich zur Minimalversorgung vielleicht noch Standards festlegen kann über Kilokalorien oder über irgendeine Versorgung, wenn das irgendwie möglich wäre und auch monetär zu bewerten wäre, dann sehe ich doch größere Schwierigkeiten für den gehobenen Konsum: Konsumverzicht ist auch eine Möglichkeit, seinen Lebensstil zu äußern, und ich dabei kann stinkreich sein. Deshalb ist die Normativität gerade bezüglich der Einkommensverwendung doch besonders stark verknüpft und deshalb besonders schwierig zu vertreten. Dem würde ich mehr zustimmen, wenn man das mit dem Armutsbereich verknüpft. Dort gibt es Äquivalenzskalen, die auch das mit verwenden. Aber ich wäre etwas vorsichtiger für den oberen Einkommensbereich.

Prof. Dr. Walter Krug, Universität Trier

Die Diskussion der Zielsetzungen hat mir gezeigt, dass eine Diskrepanz besteht zwischen dem, was quantitativ erfassbar ist und dem, was bei manchen Zielsetzungen gewollt wird. Meines Erachtens ist es natürlich so, dass die Zielsetzung zunächst die Daten bestimmt, die vorhanden sind. Aber in der praktischen Durchführung eines solchen Berichts heißt es doch, ich muss aus Zeitgründen von den Daten ausgehen, die verfügbar sind. Und darüber haben wir in zwei Referaten gehört. Da waren keine enthalten, die nicht-monetär waren, also werden wahrscheinlich die nicht-monetären Faktoren, die genannt worden sind, nur zur Abschwächung oder zur Ergänzung der quantitativen Größen verwendet werden können. Mehr ist nicht drin in der Kürze der Zeit, und ich habe keine Indikatoren gehört, die nicht-monetär sind, die zu messen versucht worden sind. Deswegen meine ich, bei all den Möglichkeiten, die die Zielsetzung haben sollte, ist auch eine Grenze im statistisch Erfassbaren in der begrenzten Zeit zu sehen, und das sind eben diese Größen. Ich weiß nicht, ob man das mit diesen Erhebungen machen kann. Hinzu kommt, dass selbst diese Erhebungen noch nicht auf Vergleichbarkeit hin abgestimmt sind. Sie sind sehr unterschiedlich von der Erfassungsgrenze, von den Befragungseinheiten her. Mein Einwand ist also: Konzepte ja, das wäre alles schön und gut, aber sie werden begrenzt durch die statistische Erfassbarkeit der Größen, die in diesen Konzepten vorkommen. Und ein Armuts- und Reichtumsbericht muss sich an die Grenzen halten, die quantitativ von den Daten her verfügbar sind.

Dr. Irene Becker

Das ist grundsätzlich richtig, aber wir haben auch gesehen, dass seit dem ersten Armuts- und Reichtumsbericht schon einiges angestoßen wurde zur Verbesserung der Datenbasis. Sicher sind die nicht-monetären Reichtumsaspekte im nächsten Armuts- und Reichtumsbericht noch nicht definitiv zu benennen bzw. dazu wird es noch keine Ergebnisse geben, aber vielleicht wird auf der Basis des Gutachtens von Herrn Volkert doch noch eine weitere Befragung durchgeführt. Man weiß es nicht.

Markus Zwick, Statistisches Bundesamt

Ich möchte noch zwei Anmerkungen zu den Steuerzahlungen machen: Bisher haben wir die Steuerstatistik eigentlich eher von der Einkommenseite ausgewertet und uns nicht angesehen, wie denn die Steuern bezahlt werden. Ich kann sagen, dass die zehn Prozent Einkommensreichsten einen Großteil der Steuerlast tragen und zwar über fünfzig Prozent. Es wäre jetzt interessant sich anzusehen, wie sich dies über die Zeit entwickelt hat. Auch Ihre Anregung ist sehr interessant, die Progression zu betrachten. Nur dort, wo es interessant wird, existiert ein linearer Tarif, und da wirkt die Progression eigentlich nur über den konstanten Term der linearen Funktion. Der negative konstante Term betrug 22 842 DM – bei einem Steuersatz von 52 % – in 1995. Dieser

verschwindet beim Durchschnittssteuersatz mit steigendem Einkommen, so dass der Durchschnittssteuersatz an den Grenzsteuersatz strebt.

Zu Ihrem Argument, Herr Huster: Da funktioniert es rein technisch nicht, dass der Durchschnittssteuersatz mit steigendem Einkommen sinkt. Ich weiß, dass das in den Fachserien ausgewiesen wurde, aber es steckt ein statistischer Fehler dahinter, dass sich diese Zahlen so entwickelt haben. Es funktioniert nicht, weil mit steigendem Einkommen der Durchschnittssteuersatz einfach durch die Tarifgestaltung steigt.⁴⁵

(*Zwischenruf Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster: „Lesen wir das einmal gemeinsam!“*)

Bezieher hoher Einkommen haben natürlich auch eher Möglichkeiten, ihr Einkommen zu gestalten, aber dies schon bei der Bemessungsgrundlage „zu versteuerndes Einkommen“. Da gibt es Gestaltungsmöglichkeiten, aber auf diese Bemessungsgrundlage wirkt der Tarif – und der ist linear, und da strebt der Durchschnittssteuersatz mit wachsendem Einkommen dem Grenzsteuersatz zu.

Dr. Peter Westerheide, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)

Ich möchte einen Verdacht äußern: Mein Verdacht ist, und das ist in der Diskussion schon mehrfach angeklungen, dass wir ein Problem mit dem Reichtumsbegriff haben, weil ein adäquates Problem zum Armutsbegriff eigentlich fehlt. Es gibt keine Übererfüllung von Vermögensfunktionen, nicht von individuellen Vermögensfunktionen, keine Übererfüllung der Einkommensfunktion oder der Sicherungsfunktion von Vermögen. Es kann, wenn es nur positive individuelle Grenzerträge von Vermögen oder Einkommen gibt, eine solche Übererfüllung theoretisch und auch praktisch wohl niemals geben. Mein Verdacht ist, und das ist mehrfach auch heute angeklungen, dass das Problem von Reichtum auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene liegt, also auf der Ebene der gesamtgesellschaftlichen Vermögensfunktionen, und dass man dieses Problem deshalb nur schwer in den Griff bekommen kann, weil die Kausalbeziehungen zwischen einer bestimmten Verteilung oder Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen auf der einen Seite und gesamtgesellschaftlicher Destabilisierung – Herr Hauser hat einige Beispiele dafür genannt – nur sehr schwer herzustellen sind. Daher haben wir damit ein strukturelles Problem, den Reichtumsbegriff zu problematisieren oder eine kritische Grenze für Reichtum festzulegen. Ich denke, man kommt aus dieser Problematik so schnell auch nicht heraus. Daher bleibt letztlich nur, was Herr Andreß auch angesprochen hat, die Deskription und die politische Debatte um Verteilungs-

⁴⁵ Mit der Einführung des §32c EStG (Tarifbegrenzung bei gewerblichen Einkünften) sind auch fallende Durchschnittssteuersätze für bestimmte Gruppen von Steuerpflichtigen in Abhängigkeit der Einkünfte aus Gewerbebetrieb möglich. Diese Tarifbegrenzung wurde zum Ausgleich für die Belastung dieser Einkünfte durch die Gewerbesteuer eingeführt.

gerechtigkeit und letztlich das Bemühen, solche Kausalbeziehungen zwischen bestimmten Ungleichverteilungen und bestimmten Destabilisierungstendenzen festzustellen. Aber das ist ein schweres Unterfangen.

Dr. Irene Becker

In der Tat!

Prof. Dr. Richard Hauser, Königstein

Die zunehmende Diskrepanz zwischen dem ökonomisch definierten Einkommen und der steuerlichen Bemessungsgrundlage ist das, was Herr Huster gemeint hat, und nicht Bemessungsgrundlage versus Tarif.

Markus Zwick, Statistisches Bundesamt

Sie haben Recht.

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster, Evang. Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe

Herr Zwick, was Sie sagen, höre ich von jedem Finanzminister. Aber welche Relation hat denn die Einkommensteuer im Verhältnis zu dem Gesamtsteueraufkommen? Wenn Sie sagen, der Sozialhilfeempfänger hat eine hundertprozentige Steuerquote, was die Mehrwertsteuer anbelangt, dann haben Sie im oberen Einkommensbereich sehr viel geringere Belastungen durch Mehrwertsteuer. Das ist doch klar! Für die Sparquote brauchen Sie keine Mehrwertsteuer zu zahlen. Deswegen würde mich interessieren, wie sich der Anteil der oberen zehn Prozent Einkommensteuer Zahlenden am Gesamtsteueraufkommen in der Republik entwickelt hat. Da würde ich Sie bitten, einmal den Kollegen Dieter Eißel von der Universität Gießen zu fragen, der erzählt Ihnen abschließend zu Tränen Treibendes dazu.

Markus Zwick, Statistisches Bundesamt

Ich werde mir das notieren!

Dr. Irene Becker

Ich denke, wir hatten eine sehr kontroverse und interessante Diskussion. Es war nicht zu erwarten, dass wir uns auf eine Reichtumsgrenze, auf ein Reichtumsmaß einigen können, und ich vermute, dass wir weiter mit mehreren Maßen arbeiten werden. Aber ich hoffe doch, dass die Diskussion die Problematik aufgezeigt hat, die die Interpretation dessen dann doch erleichtert und wir – was ja mehrfach angeklungen ist – den Blick auf die Gesamtverteilung behalten und Reichtum und Armut praktisch als die besonders problematischen Aspekte der Gesamtverteilung betrachten.

3. Nicht-monetäre Dimensionen und intergenerationale Prozesse

Moderation: **Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster**, Ev. Fachhochschule Westfalen-Lippe

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Volkert hat heute in dem ersten Vortrag darauf hingewiesen, dass neben dieser monetären Seite offensichtlich auch andere Aspekte eine Rolle spielen, wobei die nicht-monetären Dimensionen darauf hinterfragt werden müssen, wieweit sind die wirklich nur nicht-monetär, wieweit hängen die nicht durchaus auch mit monetären Dingen zusammen? Und das Zweite: Sind die wirklich eins zu eins übertragbar? Es gibt sicherlich ein Zuwenig an Bildung, gibt es ein Zuviel an Bildung? Das ist so eine Frage. Es gibt zu wenig gesundheitliche Vorsorge, aber gibt es zuviel gesundheitliche Vorsorge? Das sind einige Fragen, die man diskutieren muss. Oder man wird die Frage stellen müssen, was ist eine angemessene oder sinnvolle oder durchschnittliche Grenze? Daran müsste man dann auch wiederum versuchen, Lebenslagen zu definieren. Als wir vor Jahr und Tag über solche Fragen diskutierten, sagte Gerd Wagner, eine Untersuchung der nicht-monetären Dimensionen wird zu dem Ergebnis kommen, lieber reich und gesund als arm und krank. Das heißt also, dass natürlich hier die Wertentscheidungen sehr wichtig sind.

Aber auf der anderen Seite haben wir gesehen, dass diese Frage der nicht-monetären Dimensionen etwas mit dem gehobenen Konsum zu tun hat, mit den Gestaltungsmöglichkeiten, die der Einzelne oder auch eine soziale Gruppe hat, aber die andere Frage war auch: Findet so etwas wie eine Verdrängung statt? Das heißt, wie ist es eigentlich, wenn eine bestimmte soziale Gruppe sich etwas leisten kann, was bleibt dann für andere in diesem Bereich übrig? Um es einmal etwas flapsig zu sagen: Einen Landesvater kann sich ein Land leisten, der darf sich durchaus sein Neuschwanstein oben auf den Berg stellen, wenn aber Reichtum zum Massenphänomen wird und sich dieses Massenphänomen versucht in bestimmten Behausungen niederzuschlagen, dann könnte es in der Tat zum Problem werden. Das war das, was wir vorhin gesehen haben etwa mit den bayerischen Seen und der gleichen Dinge mehr.

Ich denke mir, es gibt unterschiedliche Dimensionen zu beachten, und darüber werden wir jetzt mit Frau Schulze zunächst diskutieren bzw. sie wird uns etwas dazu berichten. Sie wird uns auch darüber berichten, ob und inwieweit man eigenen Wohlstand in geeigneter Weise weitergeben kann. Wie weit kann man außer Konsum und gehobenem Konsum und gehobenstem Konsum auch andere Sachen damit anstellen? Und die zweite Frage wird dann sein: Erbschaften. Also wie weit wird über Erbschaften Vermögen verteilt, umverteilt, kumuliert, was geschieht auf diese Art und Weise und auf diesem Wege? Die Sache mit der Erbschaftswelle greife ich immer so gerne auf. Bei der vorhandenen Vermögenskonzentration die oberen zehn Prozent, so zwischen vierzig und fünfzig Prozent der Vermögenswerte, soweit sie überhaupt ausgewiesen sind in der EVS, da muss man natürlich sozial an einer Stelle stehen, dass einen die

Vermögenswelle auch erwischt. Das heißt also, wenn man zu den anderen neunzig Prozent gehört, dann schwappt sie nicht so kräftig über. Außerdem ist die Frage, auf wie viele Personen sich entsprechende Vermögenswerte dann intergenerativ weiter verteilen.

Das werden die beiden Bereiche sein, mit denen wir uns jetzt beschäftigen werden. Zunächst hat Frau Schulze das Wort, und ich schlage vor, dass wir ähnlich verfahren wie eben, die beiden Referate hintereinander hören und dann in die Diskussion eintreten.

Impulsreferat 1

Dr. Eva Schulze, BIS Berlin

Privilegierte Lebenslagen und ihr Gemeinwohlangagement

Der Vortrag fasst Ergebnisse zusammen, die aus dem Projekt „Privilegierte Lebenslagen als Grundlage sozialer Hierarchie“⁴⁶ entstanden sind. Im ersten Teil des Projekts haben wir uns der Frage gestellt, was unter einer Definition von privilegierten Lebenslagen zu verstehen ist, ob und wie privilegierte Lebenslagen sozial vererbt werden, also Positionen im sozial-strukturellen Gefüge von einer Generation zur anderen übertragen werden.

Der zweite Teil dieses Projektes widmet sich der Analyse des Stiftertums, d. h. der Frage, warum Personen aus privilegierten Lebenslagen Teile ihres privaten Vermögens stiften und für Zwecke des Gemeinwohls zur Verfügung stellen.

1. Zur Reproduktion von Eliten in Deutschland

Zum ersten Teil: Für die Definition privilegierter Lebenslagen gibt es verschiedene theoretische Ansätze, die ich hier aus Zeitgründen nicht erörtern will. Auch die daraus resultierenden unterschiedlichen Definitionen will ich hier nicht ausführen. Nur so viel: einen Konsens über eine eindeutige, konkrete begriffliche Bestimmung privilegierter Lebenslagen gibt es nicht.

⁴⁶ Schulze, E.; Steffens, T.: Privilegierte Lebenslagen als Grundlage sozialer Hierarchie, AZ VI B 41720/92, Projekt im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Sozialordnung, erscheint im Rahmen der Armut- und Reichtumsberichterstattung in 2004



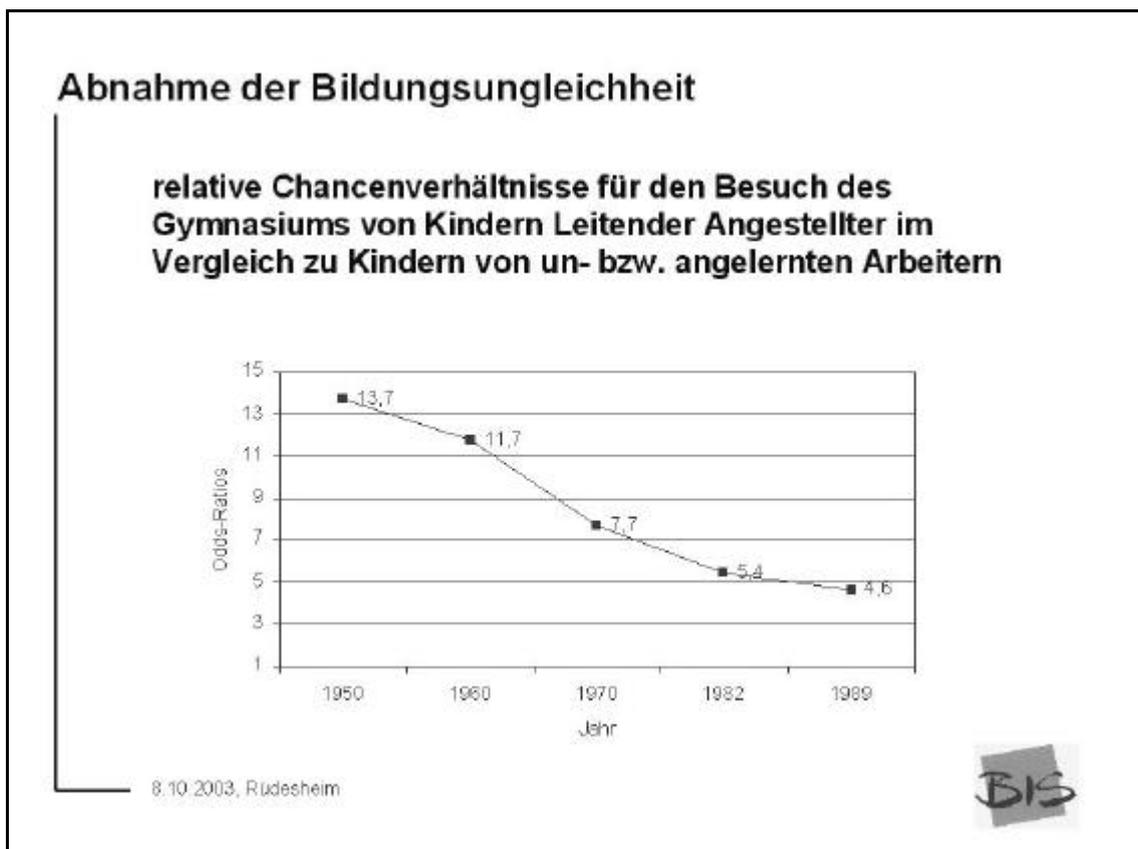
Ich will hier kurz die Ergebnisse zur Reproduktion sozialer Ungleichheit streifen.



Kern dieses Modells ist der strukturierte Möglichkeitsraum sozialen Handelns, der durch Ressourcen und Regeln gegliedert ist. Soziale Ungleichheit wird demnach nicht primär durch äußerlichen Zwang reproduziert, sondern durch die stumme Macht des Möglichen. Je geringer die Ressourcen, desto geringer der Handlungsspielraum für die Erreichung legitimer Ziele.

Neben der direkten Vererbung sozialer Lagen durch Erbschaften ist die berufliche Positionierung – die Erwerbschancen – wesentlich abhängig von Ausbildung und Bildung, die sich in Abschlüssen und Titeln objektivieren. Die Sichtung der empirischen Bildungsforschung ergab, dass einerseits die Bildungsbeteiligung deutlich einem schichtspezifischen Muster folgt, das sich seiner Struktur nach nicht verändert hat. Insbesondere die Chancen der Arbeiterkinder, das Gymnasium und die Hochschule zu besuchen, sind nach wie vor geringer als die eines Kindes aus der oberen Dienstklasse.

Die folgende Grafik zeigt, dass es von 1950 bis 1989 einen sehr hohen Zugang von Arbeiterkindern ins Gymnasium gegeben hat. Dennoch ist der Abstand vorhanden.



Aufgrund des in Deutschland sehr engen Zusammenhangs zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem schlägt die soziale Herkunft stark über Bildung auf die beruf-

liche Platzierung durch. Die deutsche Gesellschaft ist im Vergleich zu anderen europäischen Ländern durch ein hohes Maß an intergenerationeller Immobilität gekennzeichnet.

In den 70er Jahren ist eine intergenerationelle Öffnung der altbundesrepublikanischen Sozialstruktur zu beobachten. Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und sozialer Platzierung nimmt deutlich ab. Im Gefolge der Bildungsexpansion wurde die Bildungsungleichheit reduziert. Trotz einer Öffnung des sozialen Raumes, d. h. höherer sozialer Mobilität, hat die Bildungsexpansion den Zugang zu den Elitepositionen in der Wirtschaft aber nicht geöffnet. Vielmehr ist eine Tendenz zur sozialen Schließung erkennbar. Wir haben uns also in unseren Analysen primär auf die Wirtschaftselite konzentriert, und dies möchte ich nun weiter ausführen.

Intergenerationelle Immobilität

- **Hohe Maß an Immobilität der deutschen Sozialstruktur im europäischen Vergleich (,Kragenlinie', Bildungsungleichheit, enge Koppelung von Bildung und Beschäftigung)**
- **Öffnung des sozialen Raumes durch Abbau von Bildungsungleichheit (70er Jahre)**
- **Jüngere Kohorten: Trend zur abnehmenden Mobilität**

8.10.2003, Rudesheim



Die Wirtschaftselite hat ihren Rekrutierungsschwerpunkt fest in der obersten Dienstklasse bzw. dem gehobenen Bürgertum.

Schichtenspezifische Rekrutierung der *Wirtschaftselite*

- **Extrem dünne Rekrutierungsschicht der Elitepositionen**
- **Fachliche Leistung notwendig, aber nicht hinreichend**
- **Rekrutierung anhand persönlichkeitsbezogener Merkmale des familial erworbenen Habitus**
- **Kaum Rekrutierung durch Eliteschulen bzw. Elitehochschulen**

8.10.2003, Rudesheim



Zur Erklärung weist die Forschungsliteratur relativ einheitlich auf die Vererbung von Ressourcen – speziell Vermögen – hin, aber auch auf die unterschiedliche Ausstattung der sozialen Schichten mit sozialem oder kulturellem Kapital. Die Ausstattung mit sozialem Kapital, d. h. das Vorhandensein persönlicher Netzwerke und der Zugang zu karriererelevanten Informationen, führt zu einem Informationsvorsprung von Kindern aus den oberen sozialen Schichten, zu einem schnelleren Durchlaufen von Karrierestufen und im Endeffekt zu einer höheren Platzierung in der Elite.

Das Vorhandensein von mehr sozialem Kapital durch das Vorhandensein eines größeren kulturellen Kapitals wird von Hartmann⁴⁷ konstatiert. Danach sind es unmittelbar an der Person festzumachende Aspekte des Habitus, an denen sich die Auswahl des Personals für Spitzenpositionen in der Wirtschaft orientiert. Zu nennen sind hier vor allem großbürgerliche Umgangsformen, Souveränität des Auftretens, eine hohe Allgemeinbildung und eine optimistische unternehmerische Lebenseinstellung. Wir haben zu diesen Sachverhalten auch zehn Personalmanager von großen Firmen befragt und haben diese Ergebnisse vollkommen bestätigt bekommen. Natürlich immer unter anderen Aspekten, dass die Leistung das Wichtigste ist, aber bei

⁴⁷ Hartmann, M. (1996): Topmanager – Die Rekrutierung einer Elite, Frankfurt/Main, New York

entsprechendem Nachbohren wurde doch immer deutlich, dass es diese habituellen Aspekte sind, die für eine Einstellung relevant sind.

2. Motivstrukturen des Stiftertums in Deutschland

Der zweite Teil des Forschungsprojekts widmete sich der Analyse des deutschen Stiftungswesens. Die inhaltliche Verbindung der beiden Projektteile wird durch die Frage hergestellt, ob und wie Personen aus privilegierten Soziallagen einen Teil ihres privaten Vermögens in Form stifterischen Handelns für Zwecke des Gemeinwohls zur Verfügung stellen.

Neben Analysen vorhandener quantitativer Datenbestände des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen und des Maecenata-Instituts haben wir für diese Studie 15 qualitative Interviews mit Stiftern durchgeführt. Die Stifter kamen aus der Wirtschaft⁴⁸.

Die Ausgangslage für das Gemeinwohlangagement von Stiftern ist Vermögen, ein gewisser Wertebezug, d. h. man will etwas zurückgeben, dann natürlich eine Problem- bzw. Krisenwahrnehmung, dass man etwas tun muss, dass man individuell irgendetwas anpacken muss, dann entweder kompensatorische – der Staat schafft etwas nicht, deswegen muss ich eingreifen – oder ganz innovative Orientierung – ich möchte etwas erreichen, ich möchte etwas anschieben, was es noch nicht gibt – und ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein.

Wenn man sich die Hauptmerkmale von Stiftern anschaut, einen „Stifertypus“ generiert, dann sind dies:

- Unternehmertum
- ausgeprägter Individualismus
- Sendungsbewusstsein
- altruistischer Anspruch versus materielle/ideelle Interessen

Zwei Drittel der Stiftungen werden von natürlichen Personen geführt, zwei Drittel sind fördernd aktiv, und überwiegend handelt es sich um rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts.

Ich möchte an dieser Stelle sagen, dass wir über die Grundgesamtheit der Stiftungen nichts wissen. Meine Daten, meine Kenntnisse beziehen sich auf Datensätze des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen und des Maecenata-Instituts. Hier bestehen

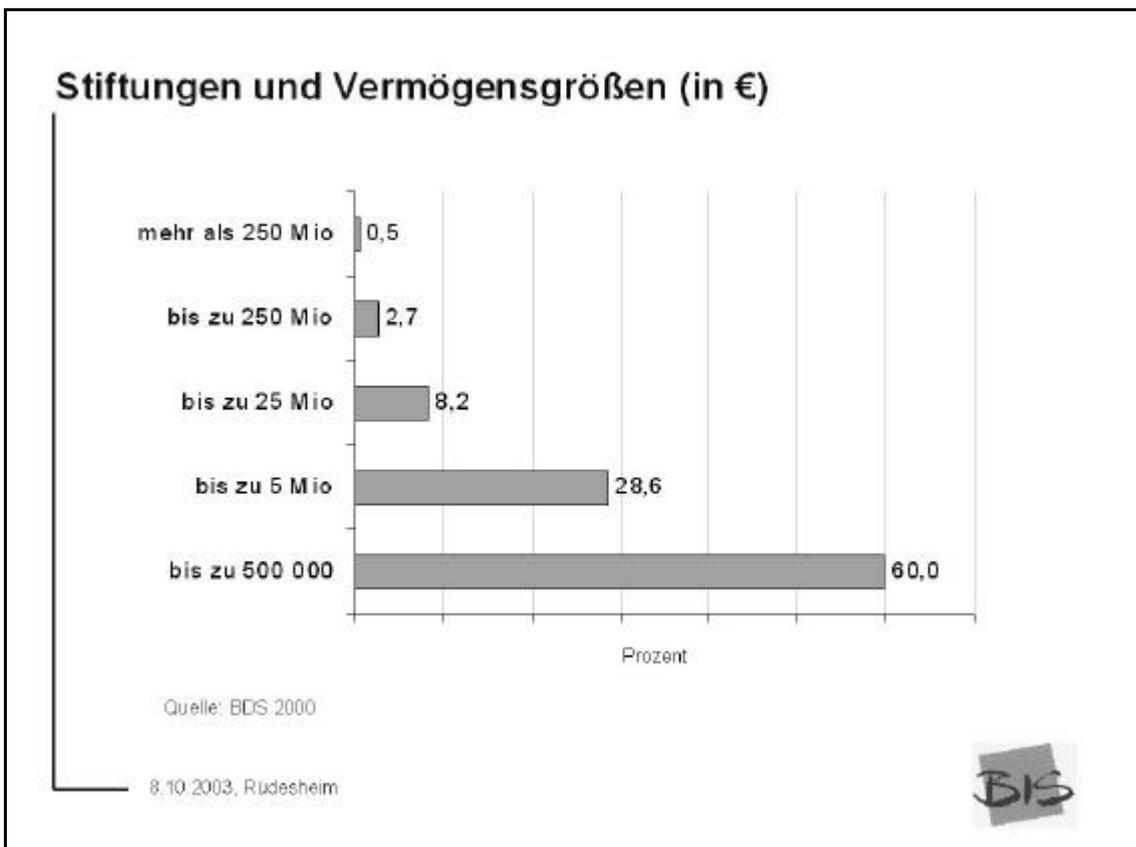
⁴⁸ was unsererseits nicht intendiert war, da wir eine Zufallsauswahl getroffen hatten, aber alle 15 Interviewten waren Unternehmer.

einige Ungleichheiten, aber nichtsdestotrotz: Dies sind die Daten, die vorhanden sind, die man benutzen kann. Wir wissen kaum etwas über kirchliche Stiftungen, da sie im Bundesverband nicht aufgeführt sind.

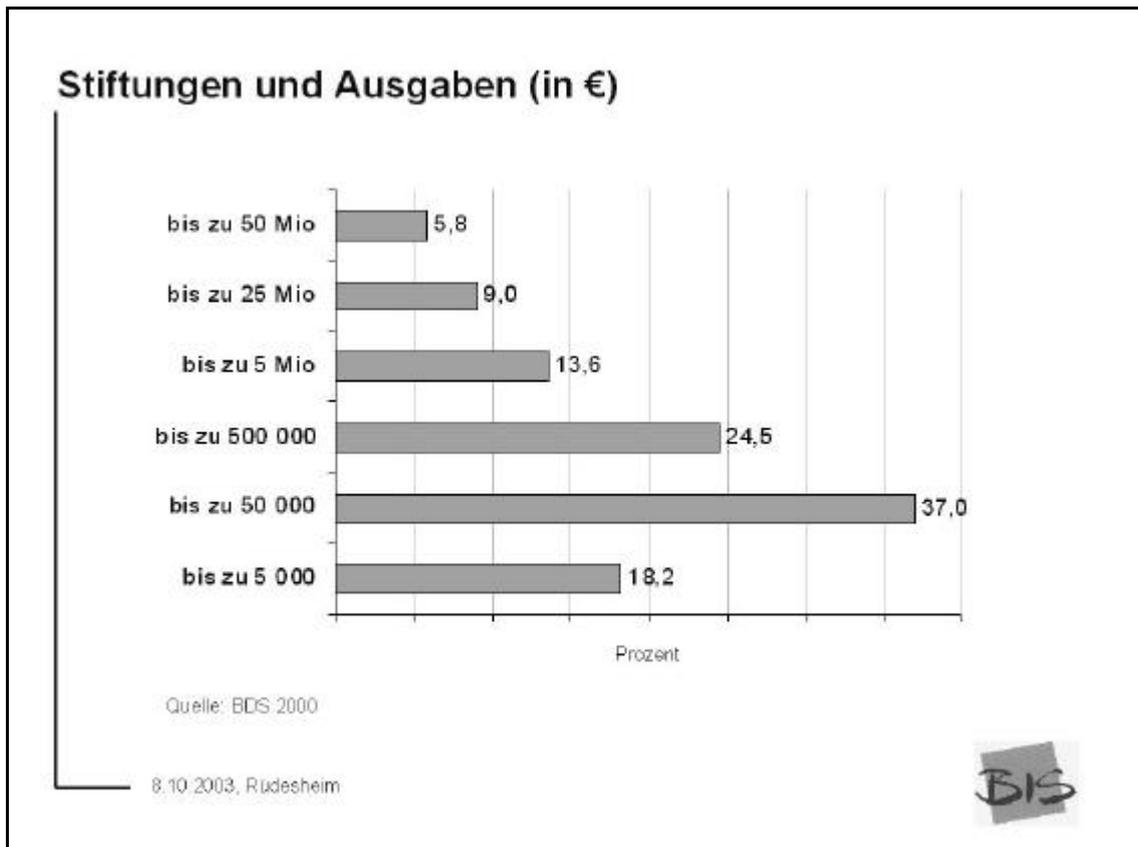
Neben der quantitativen Entwicklung des Stiftungswesens, den Stiftungsformen, den Stiftungszwecken und -tätigkeiten, der Organisationsstruktur, den wirtschaftlichen Verhältnissen und der regionalen Verteilung des Stiftungswesens, ist vor allem interessant, wie hoch das Stiftungsvermögen ist. Diese Bewertung ist äußerst schwierig, und beruht im Folgenden auf den Selbstauskünften der Stiftungen.

Die Prozentuierungen im Schaubild beziehen sich auf 9663 Stiftungen. Von dieser Anzahl der Stiftungen haben 47 Prozent Selbstauskünfte über ihr Vermögen gegeben. Davon haben 60 Prozent unter 500 000 Euro Stiftungsvermögen angegeben, jedoch auch einige wenige mehr als 250 Millionen Euro.

Die Größenordnung des Stiftungswesen zeigt, dass Stiftungen in Deutschland aus quantitativer Sicht nur in sehr geringem Umfang Aufgaben im Gemeinwohlbereich übernehmen können.



Interessant ist natürlich nicht nur, über wie viel Vermögen die Stiftungen verfügen, sondern wie viel sie davon ausgeben. Die Zahlen beziehen sich auf 3 937 Stiftungen. Die Anzahl der Stiftungen, die hierzu befragt wurde, war 9 663; auch hier haben also knapp 40 Prozent geantwortet. In diesen Ausgaben enthalten sind auch Öffentlichkeitsarbeit oder organisatorische Arbeit der Stiftungen usw. Das Geld fließt also nicht vollständig an die Destinäre.



Die qualitativen Fallstudien haben den Typus des Stifters als Mittler, der bürgerliches Unternehmertum, Individualismus und Sendungsbewusstsein vor dem Hintergrund einer ausgeprägten Orientierung an der Leitidee des Gemeinwohls verbindet, bestätigt; aufgrund der geringen Anzahl der Fälle kann jedoch das typologische Feld damit nicht umfassend dargestellt werden. Ein Hinweis darauf sind die Phänomene des gleichsam „verberuflichten“ Stifters oder des Stifters, der nicht unternehmerische Erfahrungen, sondern politische Kompetenzen und Leidenschaften in sein stifterisches Handeln trägt. Schließlich soll betont werden, dass Aussagen zur Sozialtypik des Stifters von Fragen nach den konkreten Ereigniskonstellationen, in die die Errichtung der Stiftung eingebettet war, strikt zu unterscheiden sind.

Als Kern stifterischen Handelns wurde die Struktur der Reziprozität rekonstruiert: Die Stifter wollen der Gemeinschaft etwas wiedergeben und damit einer sozialen Verant-

wortung gerecht werden. Der „Gewinn“ stifterischen Handelns besteht in einer der Sache verpflichteten Selbstverwirklichung, der erfahrenen sozialen Anerkennung und sozialen Teilhabe und schließlich in dem „Gewinn“ von „Lebenssinn“ angesichts der Endlichkeit des Lebens.

Zum Schluss möchte ich Ihnen zwei Zitate aus den Interviews mit den Stiftern vorstellen, die einige Aspekte der Motive für stifterisches Handeln beleuchten:

- (1) *„Es ist keine Sünde reich zu werden, es ist aber eine Sünde reich zu sterben. Ich versuche, dass diese Sünde klein bleibt.“*
- (2) *„Ich stehe auf dem Standpunkt: Ich kann nur ein Schnitzel am Tag essen. Ich habe ein Haus, eine gute, liebe Frau, ich habe Kinder, sechs Enkel, ich habe alles, was man sich nur wünschen und vorstellen kann.“ Von dem, was übrig ist, könne er sich „nichts Vernünftigeres vorstellen, als es gemeinnützigem Zweck zuzuführen“.*

Die Ergebnisse sowohl der Analyse der statistischen Daten wie auch die qualitative Studie haben sicher deutlich gemacht, dass weitere Forschung sowohl zu privilegierten Lebenslagen als auch dem Stiftungswesen notwendig sein werden und es fruchtbar sein wird, statistische Analysen und qualitative Fallanalysen eng zu verzahnen.

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster

Recht herzlichen Dank. Reiche in Deutschland – intergenerativ, Herr Künemund, bitte.

Impulsreferat 2

Dr. Harald Künemund, FU Berlin

Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Erbschaften und Vermögensverteilung

Anders als die bisherigen Beiträge werde ich keine Ergebnisse vorstellen, sondern im Gegenteil, ich kann nur über ein geplantes bzw. gerade angelaufenes Forschungsprojekt berichten, über eines über Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Erbschaften und Vermögensverteilung. Das Projekt läuft seit dem 1. Oktober 2003, es wird durchgeführt am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin bei Martin Kohli, zusammen mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), dort hauptsächlich bei Jürgen Schupp. Es handelt sich um eine Ausschreibung des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung.

Die Ausschreibung nennt insbesondere drei Ziele:

- eine Bestandsaufnahme des Forschungsstandes vorzunehmen und die verfügbaren Datenquellen zu sichten und zu bewerten,

- durch Auswertung der relevanten Datenquellen Zusammenhänge zwischen Erbschaften auf der einen Seite sowie der Einkommens- und vor allem der Vermögensverteilung auf der anderen Seite herauszuarbeiten,
- Wege und Perspektiven zu diskutieren, auf welcher Datenbasis zukünftig verlässliche Aussagen zu den Wechselwirkungen zwischen Erbschaften und Vermögensverteilung möglich sind.

Ich werde mich im Folgenden auf den zweiten Punkt konzentrieren und einen kleinen Ausblick geben und an einem Beispiel verdeutlichen, wie das gehen kann.

Als Datengrundlage für die empirische Analyse werden herangezogen

- das Sozio-oekonomische Panel (SOEP)
- der Alters-Survey (AS)
- die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) und
- die Erbschafts- und Schenkungssteuerstatistik und wahrscheinlich, sofern das möglich ist, noch ergänzend
- die Geldvermögensrechnung der Deutschen Bundesbank und, sofern die Daten schon bereit stehen,
- Daten des Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE).

Zum Sozio-oekonomischen Panel muss ich nicht viel sagen, auch die Stichprobe G wurde heute schon vorgestellt, den meisten von Ihnen dürfte diese Studie ohnehin bekannt sein. Mit diesen Daten können und wollen wir sozio-ökonomische Merkmale der Erbenden herausarbeiten, also gewissermaßen die Sozialstruktur der Erbenden sowie die Struktur der Erbschaften in Querschnittsperspektive. Das geht zu den Zeitpunkten 2001 und 2003. Ferner können wir mit dem Sozio-oekonomischen Panel zu diesen Zeitpunkten Haushalts- und Personenebene unterscheiden, was mit der Befragungswelle 1988 nicht ging, und wir können die Kumulation von Erbschaften untersuchen. Ich will dies kurz erläutern.

Im Sozio-oekonomischen Panel wurde 1988 auf Haushaltsebene gefragt, ob dem Haushalt Erbschaften zugeflossen seien, und es wurde noch differenziert nach der Art der Erbschaften und nach dem Zeitpunkt. Das ist relativ wenig, die meisten Analysen, die bislang vorliegen, basieren allerdings auf diesen Daten.

Im Jahr 2001 für die Stichproben A bis F, aber für die Hocheinkommensstichprobe, die vorhin vorgestellt wurde, Stichprobe G, erst im Jahr 2003, wurde dann eine Frage nach den Erbschaften, die tatsächlich Personen zufließen, gestellt, so dass auch Gender-Komponenten hier erst analysierbar werden, und es wurde wesentlich ausführlicher differenziert: Waren es Erbschaften, Schenkungen, Art der Erbschaft, wem kam diese Erbschaft zu, und auch die Erbschaftserwartung wurde noch erhoben. Auch das ist

dann im Querschnitt analysierbar und, wie gesagt, die Konsequenzen der 1988 dem Haushalt zugeflossenen Erbschaften lassen sich natürlich bis heute nachvollziehen.

Übersicht 1: Fragen zu Erbschaften im SOEP

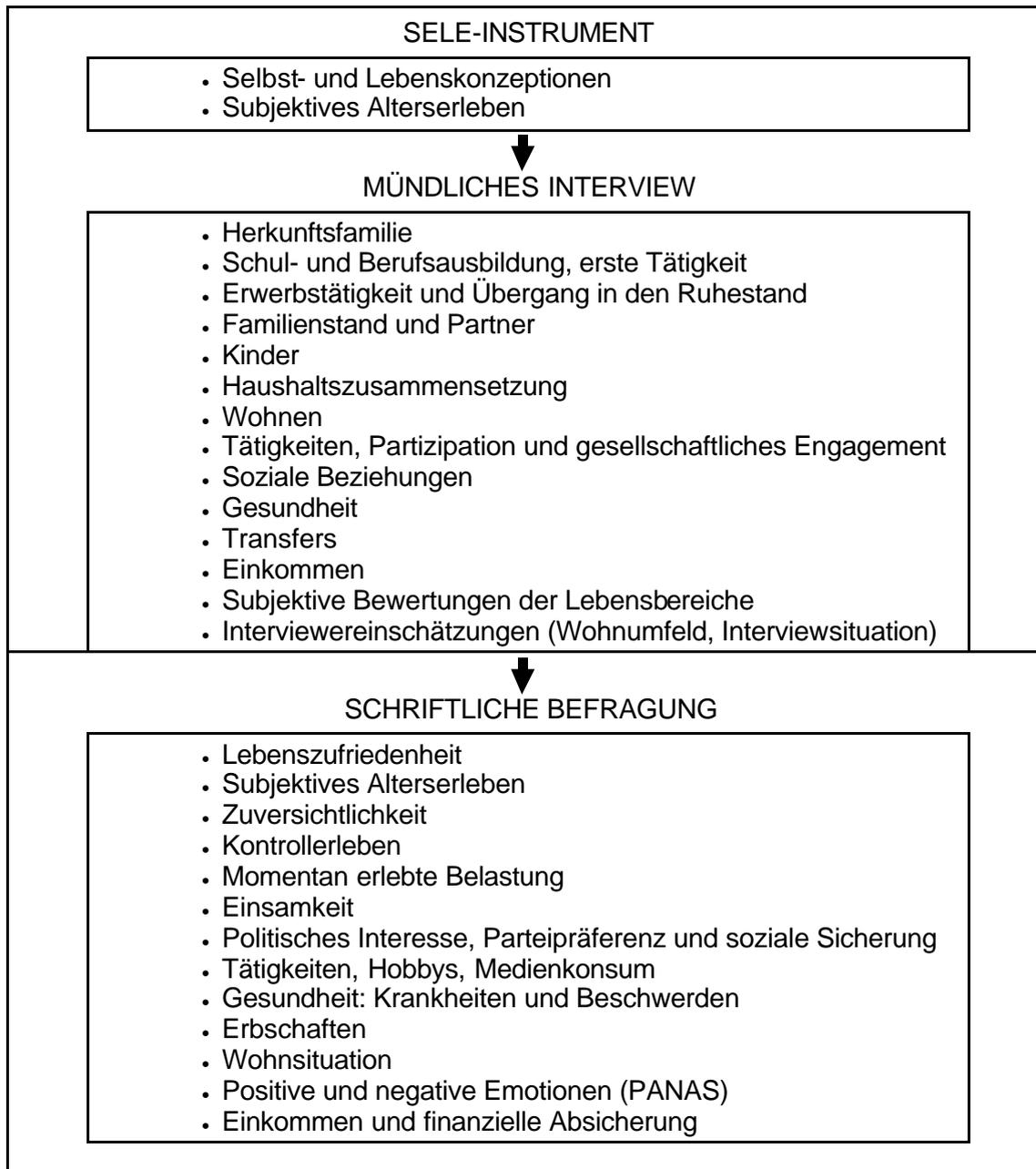
	SOEP 1988	SOEP 2001(A-F) bzw. 2003 (G)	SOEP seit 2000 jährlich
Instrument	Haushaltsfragebogen	Personenfragebogen	Haushaltsfragebogen
Frageformulierung	„Haben Sie (oder ein anderes Haushaltsmitglied) nach 1960 einmal eine Erbschaft gemacht, bei der Ihnen Haus- und Grundbesitz, Wertpapiere, Beteiligungen oder sonstiges Vermögen zugeflossen ist?“	„Haben Sie <u>persönlich</u> schon einmal eine Erbschaft gemacht oder eine größere Schenkung erhalten? Wir meinen dabei Übertragungen von Haus- und Grundbesitz, von Wertpapieren, Beteiligungen, sonstigem Vermögen oder größeren Geldbeträgen“	„Haben Sie oder ein anderes Haushaltsmitglied im letzten Jahr einen größeren Geldbetrag oder entsprechende Vermögenswerte (z. B. Immobilien, Auto) durch <u>Erbschaft</u> , als <u>Geschenk</u> oder als <u>Lotteriegewinn</u> erhalten? Wir meinen nur Geldbeträge oder Sachwerte ab 5.000 DM“ (seit 2002: ab 2.500 €)
Differenzierung Erbschaft/Schenkungen	Nicht erhoben	Ja	Ja
Erbhöhe beim Erbfall	Ja	Ja	Ja
Erbschaftszeitpunkt	Jahresangabe	Jahresangabe	Jahresangabe
Art der Erbschaft	<ul style="list-style-type: none"> - Haus- und Grundbesitz - Wertpapiere oder Beteiligungen - Bargeld, Bankguthaben usw. 	<ul style="list-style-type: none"> - Haus- und Grundbesitz, Eigentumswg. - Wertpapiere (Schatzbriefe, Aktien, Fonds usw.) - Bargeld, Bankguthaben - Unternehmensbesitz oder -beteiligung - Sonstige Vermögenswerte/Sachgeschenke 	Keine Differenzierung
Zahl der Erbschaften	Max. 3 Erbschaften	Max. 3 Erbschaften	Nicht erhoben
Erblasser	Nicht erhoben	<ul style="list-style-type: none"> - Eltern, Elternteil - Schwiegereltern - Großeltern - Ehepartner/ -partnerin - Sonstige Person 	Nicht erhoben
Erwartung zukünftiger Erbschaften	Nicht erhoben	„Was meinen Sie, werden Sie in der Zukunft (noch einmal) eine Erbschaft machen oder eine größere Schenkung erhalten?“	Nicht erhoben

Daneben gibt es im Panel noch eine Frage, die sich auf größere Geldbeträge bezieht, die dem Haushalt zugingen. Auch da könnte man im Prinzip in längerer Perspektive Veränderungen in der Struktur der Erbschaften nachzeichnen. Allerdings muss man da wahrscheinlich noch ein bisschen zuarbeiten, denn darin sind auch Lotteriegewinne enthalten, und um das jetzt auf die Einkommensverteilungsverteilung oder Vermögensverteilung beziehen zu können, müsste man zunächst einmal wissen, ob die Reichen häufiger Lotto spielen und von daher häufiger gewinnen, sonst wird das schwierig.

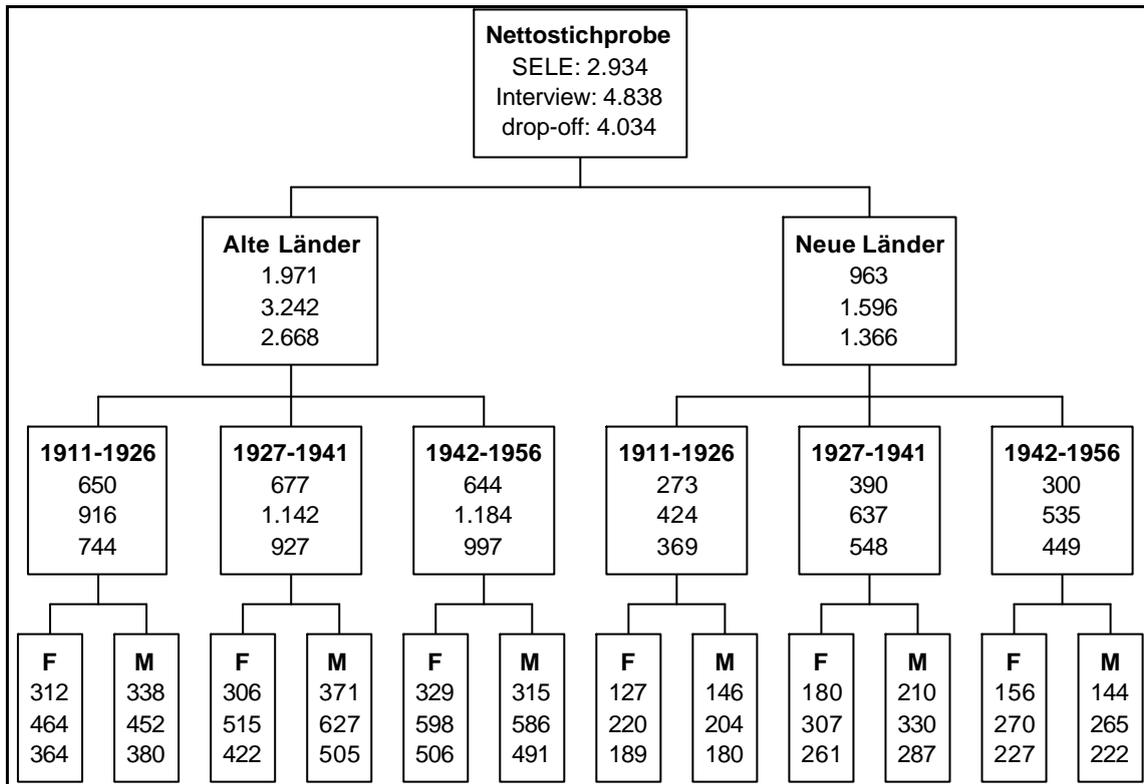
Beim Alters-Survey sind die Analyse-Perspektiven etwas anders gelagert. Hier geht es darum, aus den Jahren 1996 und nach Möglichkeit 2002 die Struktur der Erbschaften in Querschnittsperspektive zu untersuchen, wobei im Alters-Survey auch kleinere Erbschaften einbezogen sind. Es können Wechselwirkungen und Zusammenhänge untersucht werden mit Transfers zu Lebzeiten, mit Pflegeleistungen, mit instrumentellen Unterstützungsleistungen, die vorher oder nachher fließen, sowie Konsequenzen erhaltener Erbschaften über den Sechsjahreszeitraum – beim Alters-Survey gibt es erst zwei Wellen – untersucht werden, und man kann, anders als mit dem Panel, auch die Erben zur Analyseebene machen, weil detailliertere Informationen über die Erblasser vorliegen – man weiß etwas über deren sozio-ökonomischen Status, wie Beruf usw. Ferner lassen sich Motive analysieren.

Da der Alters-Survey, so meine Vermutung, weitestgehend nicht oder nur wenig bekannt ist, will ich ihn ganz kurz vorstellen. Der Alters-Survey bestand im Großen und Ganzen aus drei Erhebungsteilen, einem psychologischen Satzergänzungsverfahren von 30 bis 45 Minuten Dauer zu Beginn, dann einem gut einstündigen persönlichen Face-to-Face-Interview – *paper and pencil* –, in dem verschiedenste persönliche Bereiche wie Herkunftsfamilie, Schule, Berufsausbildung usw. abgefragt wurden. Den Befragten wurde dann noch ein schriftlicher Fragebogen zum Selbstauffüllen hinterlassen, den der Interviewer dann später abgeholt hat. Insgesamt hatten wir 770 Variablen im mündlichen Interview und rund 440 Variablen im Drop-off. Das Erhebungsprogramm ist damit deutlich größer als das beispielsweise der Wohlfahrts-surveys oder der Familiensurveys. Die Rücklaufquote beim Drop-off lag bei 83 Prozent, die Fallzahlen waren knapp 5000 Fälle, die Stichprobe wurde geschichtet nach alten und neuen Ländern, nach drei Altersgruppen – den zukünftigen Alten, denjenigen, die sich 1996 im Übergang befanden, und den damals schon im Ruhestand Befindlichen (der Geburtsjahrgänge 1911 bis 1956) – und nach Männern und Frauen, so dass auch die älteren Männer in den neuen Bundesländern noch mit hinreichenden Fallzahlen vorhanden sind. Dies wird beim Alters-Survey in der Gewichtung kontrolliert.

Übersicht 2: Erhebungsbereiche im Alters-Survey 1996



Übersicht 3: Stichprobendesign und Fallzahlen des Alters-Survey 1996



An einigen Beispielen möchte ich Ihnen verdeutlichen, was gefragt wurde, und damit vielleicht auch werben für den Datensatz, der beim Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung zur Verfügung steht (zumindest die erste Welle 1996). Als Beispiel eine Matrix der Fragen zu den intergenerationellen oder generell zu den Transfers an Personen außerhalb des Haushalts: Geld- und Sachgeschenke oder finanzielle Unterstützung wurden unterschieden, die Personen wurden erfasst, denen das zugeht – zu den meisten dieser Personen sind Detailinformationen vorhanden – der Umfang dieser Transfers in den letzten zwölf Monaten, ob das regelmäßig so ist und im Jahr zuvor auch so war oder nicht.

Genau das Gleiche gibt es auch für die empfangenen privaten Transfers, es lässt sich also auch Reziprozität analysieren, und wir haben zumindest für 1996 – im Jahre 2002 wurde das dann leider nicht mehr gefragt – auch die größeren Transfers, die jemals zuvor geflossen sind, erfragt – auch länger währende Unterstützung während der Ausbildungszeit, hier allerdings nur die Personen, weil der Wert für die Befragten dann, wenn das länger zurückliegt, nicht mehr vernünftig einschätzbar ist. Nichtsdestotrotz kann man damit einiges machen.

Übersicht 4: Fragen zu privaten Transferleistungen in den letzten 12 Monaten

Nr.					Weiter mit
800.	Viele Menschen machen anderen Geld- oder Sachgeschenke oder unterstützen diese finanziell. Dabei kann es sich z.B. um Eltern, Kinder, Enkel oder andere Verwandte, aber auch um Freunde oder Bekannte handeln. Wie ist das bei Ihnen? Haben Sie in den vergangenen 12 Monaten jemandem Geld geschenkt, größere Sachgeschenke gemacht oder jemanden regelmäßig finanziell unterstützt? <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; display: inline-block;"> Bitte für alle genannten Personen Frage A bis E nacheinander abfragen! </div>				K. 40 Ja <input type="checkbox"/> 1 58 ----- Nein <input type="checkbox"/> 2 Weiß nicht <input type="checkbox"/> 3 K. 41 K. 42 K. 43 K. 44
					800A
					801
A	Welche Person war das? <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; display: inline-block;"> Code in Kopfzeile eintragen! </div>	1. Person Code lt. Personenkarte 11-13 <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	2. Person Code lt. Personenkarte 11-13 <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	3. Person Code lt. Personenkarte 11-13 <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	4. Person Code lt. Personenkarte 11-13 <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>
B	Waren dies ... Geldgeschenke größere Sachgeschenke regelmäßige finanzielle Unterstützung? Anderes (bitte notieren)	Mehrfachnennungen möglich! <input type="checkbox"/> 1 14 <input type="checkbox"/> 1 15 <input type="checkbox"/> 1 16 17	Mehrfachnennungen möglich! <input type="checkbox"/> 1 14 <input type="checkbox"/> 1 15 <input type="checkbox"/> 1 16 17	Mehrfachnennungen möglich! <input type="checkbox"/> 1 14 <input type="checkbox"/> 1 15 <input type="checkbox"/> 1 16 17	Mehrfachnennungen möglich! <input type="checkbox"/> 1 14 <input type="checkbox"/> 1 15 <input type="checkbox"/> 1 16 17
C	Wenn Sie einmal alles zusammenzählen, wieviel war das etwa in den letzten 12 Monaten? <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; display: inline-block;"> Liste 800 vorlegen und Kennbuchstaben nennen lassen! </div> Verweigert Weiß nicht	Kennbuchstabe notieren <input type="text"/> 18/19 <input type="checkbox"/> 97 <input type="checkbox"/> 98			
D	War diese Zuwendung mehr als im Jahr davor oder war es weniger, oder war es etwa genauso viel wie im Jahr davor? Mehr als im Jahr davor Weniger als im Jahr davor Etwa genauso viel Weiß nicht	<input type="checkbox"/> 1 20 <input type="checkbox"/> 2 <input type="checkbox"/> 3 <input type="checkbox"/> 8	<input type="checkbox"/> 1 20 <input type="checkbox"/> 2 <input type="checkbox"/> 3 <input type="checkbox"/> 8	<input type="checkbox"/> 1 20 <input type="checkbox"/> 2 <input type="checkbox"/> 3 <input type="checkbox"/> 8	<input type="checkbox"/> 1 20 <input type="checkbox"/> 2 <input type="checkbox"/> 3 <input type="checkbox"/> 8
E	Gibt es noch eine weitere Person, der Sie in den letzten 12 Monaten Geld gegeben oder größere Sachgeschenke gemacht haben? Ja Nein	1 21 <input type="checkbox"/> → 2. Person <input type="checkbox"/> → Fr. 801 2	1 21 <input type="checkbox"/> → 3. Person <input type="checkbox"/> → Fr. 801 2	1 21 <input type="checkbox"/> → 4. Person <input type="checkbox"/> → Fr. 801 2	1 21 <input type="checkbox"/> → Fr. 800F <input type="checkbox"/> → Fr. 801 2
F	<div style="border: 1px solid black; padding: 2px; display: inline-block;"> Mehr als 4 Personen genannt: → </div> Welche Personen waren das?				K. 44 22-24 25-27 28-30 <input type="text"/> <input type="text"/>

Dann ganz kurz noch zu den Erbschaften. Hier haben wir im Gegensatz zum Panel auch explizit um die Angaben von kleineren Erbschaften gebeten, weshalb wir auch höhere Erbschaftsquoten nachweisen können, und entsprechend lassen sich auch hier einige Auswertungen zur Struktur der Erbenden machen sowie zu denjenigen, die noch Erbschaften erwarten. Diese Frage wird dann auch noch 2002 enthalten sein.

Ich könnte Ihnen jetzt noch die Einkommensfragen und dergleichen dokumentieren, ich erspare mir das einmal. Es gibt Fragen zum Sparen, zum Entsparen, zum Vermögen, alles nur grobe Indikatoren, nicht so ausführlich wie beispielsweise im Sozio-oekonomischen Panel, aber ausführlich genug, um damit bestimmte Aspekte des Einkommens und des Reichtums kontrollieren zu können, nicht, um damit Hochrechnungen anzustellen, das war nicht unbedingt die Zielsetzung.

Um zu verdeutlichen, was mit solchen Daten möglich ist, will ich ein paar Auswertungen präsentieren, die ich zusammen mit Andreas Motel-Klingebiel vor längerer Zeit begonnen habe, und Herr Andreß kennt die auch schon, aber die anderen wahrscheinlich nicht. Wir haben das kürzlich zusammengefasst in einem Arbeitspapier gemeinsam mit Martin Kohli, allerdings in Englisch, so dass die nächsten Folien in Englisch verfasst sind. Die erste Tabelle zeigt, welche Personen in den letzten zwölf Monaten vor dem Zeitpunkt der Befragung solche kleineren Transfers erhalten haben und wo sie sich in den Quintilen des Äquivalenzeinkommens wiederfinden. Man kann sehen, dass es eigentlich keinen Zusammenhang gibt zwischen der so definierten Einkommensposition der Befragten und der Wahrscheinlichkeit des Erhalts von finanziellen Transfers von den Eltern. Hier sind nur Befragte im Alter von 40 bis 54 Jahren berücksichtigt.

Empirische Befunde

(Analysen der ersten Welle des Alters-Survey 1996, Künemund et al. 2003)

Receivers of transfers within the last twelve months by equivalence income

	From parents (-in-law)	Mean amount	Relation to HH-income
1st (lowest) quintile	8.3 %		
2nd quintile	11.7 %	5783 DM	1.8x
3rd quintile	12.4 %	6436 DM	1.5x
4th quintile	10.3 %		
5th (highest) quintile	9.7 %	9824 DM	1.5x
All respondents	10.5 %	7036 DM	1.6x

Source: German Aging Survey 1996, n=1507.

Was ansteigt, ist der Betrag, der diesen Personen zufließt, aber gemessen an ihrem eigenen Einkommen sinkt der Wert dieses Betrags. Man kann daraus schließen, dass diese so gemessenen finanziellen Transfers, die den Kindern der mittleren Generation zufließen, die sozialen Ungleichheiten in dieser Kindergeneration nicht verschärfen, sondern, sofern hier entsprechende Notlagen – beispielsweise Trennung, Scheidung, Arbeitslosigkeit usw. – vorliegen, diese abgefedert bzw. verringert werden.

Ganz anders sieht das aus, wenn wir uns die großen Transfers anschauen, die jemals zuvor geflossen sind.

Hier sieht man klar, dass Personen in den höheren Einkommenspositionen eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, solche großen Transfers zu bekommen. Entsprechend ist auch anzunehmen, dass die sozialen Ungleichheiten in dieser mittleren Generation dadurch verschärft werden.

Empirische Befunde

Receivers of larger material transfers before 1995 (percentages)

	Receivers	
	from all sources	from parents (-in-law)
1st (lowest) quintile	10.2	8.8
2nd quintile	13.7	12.1
3rd quintile	17.6	16.8
4th quintile	21.4	19.2
5th (highest) quintile	22.2	20.5
All respondents	17.0	15.5

Source: German Aging Survey 1996, n=1476.

Ganz ähnlich stellt sich das bei den Erbschaften dar: Je höher die Einkommensposition, desto höher die Wahrscheinlichkeit, schon einmal etwas geerbt zu haben. Und auch der durchschnittlich geerbte Betrag ist in den höheren Einkommensschichten deutlich höher, d. h. wir müssten hier eine Verstärkung der sozialen Ungleichheiten erwarten. Wenn man das jetzt einmal vergleicht und dabei kontrolliert für ein paar Variablen, u. a. die Schichtungsvariablen der Stichprobe, die man kontrollieren muss in

solchen Fällen, dann kann man an dem folgenden Modell I der Transfers sehen, dass in den letzten zwölf Monaten tatsächlich Geschiedene oder getrennt lebende Personen häufiger unterstützt werden – Koeffizienten > 1 indizieren eine höhere Wahrscheinlichkeit, < 1 eine geringere –, man kann aber auch sehen, dass es keinen signifikanten Zusammenhang gibt, weder mit Einkommen noch mit Vermögen $> 5\,000$ DM, mit dem Eigentum von Häusern oder Eigentumswohnungen oder mit Schulden. Das heißt, solche Unterstützungen gehen offensichtlich eher an Personen in bestimmten Notlagen.

Receiving transfers and bequests – logistic regressions (exp(B) except for constant)

	Model I:		Model II:		Model III:	
	Transfers last 12 months		Large transfers before		Bequests	
	Bivariate	Multivariate	Bivariate	Multivariate	Bivariate	Multivariate
Sex: Female	1.33	1.30	1.05	1.01	1.09	1.10
Region: East Germany	0.76	0.74	0.64**	0.80	0.76**	1.03
Material status (ref.: married, living with spouse):						
Separated or divorced	1.83**	2.02***	1.38	1.80**	0.53***	0.73
Never married or widowed	1.06	1.60	0.89	1.08	0.94	1.26
Siblings: Yes	0.86	0.81	1.26	1.25	0.78*	0.78
Children: Yes	1.55	1.85	1.14	1.33	1.27	1.49*
Respondent or partner unemployed: Yes	0.68	0.77	0.69	1.25	0.56***	0.87
Equivalence income (ref.: lowest quintile):						
2 nd quintile	1.38	1.35	1.67	1.62	1.18	1.01
3 rd quintile	1.34	1.29	2.42***	2.35***	1.15	0.95
4 th quintile	1.27	1.17	2.60***	2.40***	1.96***	1.54**
5 th (highest) quintile	1.42	1.36	3.01***	2.74***	1.92***	1.53**
Wealth $> 5\,000$ DM	1.10	1.15	1.64**	1.39	2.85***	2.38***
House ownership: Yes	1.10	1.02	1.94***	1.92***	2.41***	2.17***
Debts $> 5\,000$ DM	1.35	1.41	0.99	0.98	0.92	0.87
Constant (B)	-	-2.96***	-	-3.52***	-	-1.66
Pseudo-R ² (Nagelkerke)	-	0.03	-	0.06	-	0.12
N	1 153		1 135		1 152	

Source: German Aging Survey 1996 (*: $p < .1$; **: $p < .05$; ***: $p < .01$)

Die Arbeitslosigkeit schlägt hier nicht durch, das liegt aber daran, dass die Personen über 40 Jahre alt sind und insofern auch i.d.R. einen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben. Wenn wir die 40jährigen, was wir an anderer Stelle getan haben, als Geber untersuchen und deren Kinder betrachten, dann finden wir einen solchen Effekt, dass arbeitslose Kinder signifikant häufiger unterstützt werden. Das heißt, am Beginn der Erwerbskarriere usw. springt die Familie ein, dort wo sie es aber nicht muss, tut sie es offensichtlich nicht.

Im Modell II ist dies etwas ambivalent. Wir haben bei den großen Transfers immer noch einen gewissen Effekt derart, dass Personen, die geschieden oder getrennt lebend sind, häufiger auch solche großen Transfers bekommen haben. Insbesondere aber sieht man einen sehr deutlichen Effekt bei der Einkommensposition und bei den Vermögen. Bei den Erbschaften ist dies dann nur noch dieser Effekt: Je mehr man hat, desto mehr bekommt man.

Man kann daraus jetzt unterschiedliche Schlussfolgerungen ziehen. Ich möchte nur eine erwähnen, weil uns diese aus der Perspektive der Alterssoziologie nahe liegt: Lineare Rentenkürzungen, wie sie momentan zur Debatte stehen, würden in den unteren Einkommensschichten natürlich speziell die im Modell I abgebildeten kleineren Transfers gefährden und damit diese unteren Einkommensschichten tendenziell der Möglichkeit berauben oder sie reduzieren, ihre Nachkommen in solchen Notlagen zu unterstützen. Hingegen werden die oberen Einkommensschichten davon im Prinzip nicht betroffen. Insofern sind auch lineare Rentenkürzungen ungleichheitsverstärkend für die Generation der Kinder dieser Rentner.

Abschließend noch ganz kurz zu den anderen Datensätzen. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe hat keine Erbschaften erhoben, insofern kann man diese Daten hier nicht benutzen. Aber zusammen mit der Stichprobe G des Panels kann man zumindest etwas über das zukünftige Erbschaftsvolumen erfahren, das zur Vererbung ansteht. Das lässt sich abschätzen und damit indirekt vielleicht auch das künftige Erbschaftssteueraufkommen, und wir können an der Stelle natürlich dann auch die Erbschaften mit berücksichtigen, die nicht direkt Personen zufließen, weil sie beispielsweise an Stiftungen gehen. Das ist weder im Panel noch im Alters-Survey irgendwie abbildbar. Und wir können entsprechend diese Befunde vergleichend diskutieren, um zu sehen, wie man bessere Indikatoren oder Messungen für die zukünftige Forschung zu den Wechselwirkungen von Vermögen, Erbschaften und sozialer Ungleichheit hinbekommt.

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster

Herr Künemund, recht herzlichen Dank für diesen Überblick über die Zugangsmöglichkeiten, um zu Aussagen zu kommen über die Entwicklung in einem intergenerativen Sektor und auch über die empirischen Daten. Damit ist die Diskussion über beide Referate eröffnet.

Diskussion der Impulsreferate

Dr. Michael Stegmann, Verband Deutscher Rentenversicherungsträger

Ich habe eine Frage und eine Feststellung zum Referat von Frau Schulze, und zwar hinsichtlich der Muster, die Sie herausgefunden haben.

Sie haben so ein bisschen diese Bourdieusche Begrifflichkeit des kulturellen Kapitals aufgegriffen und sind aber dann sehr stark nur auf formale Bildungsabschlüsse eingegangen. Da würde mich interessieren, was nicht so herausgekommen ist, welche Vererbungstypen Sie denn intergenerational festgestellt haben, wenn offensichtlich, so wie Sie es vorgetragen haben, die Reproduktion der formalen Bildung zwar immer noch vorhanden ist, aber doch deutlich abgenommen hat. Um in der Bourdieuschen Begrifflichkeit zu bleiben: soziales Kapital, formales Kapital oder kulturelles Kapital, was darunter zu verstehen ist, was offensichtlich diese formalen Bildungsabschlüsse, wenn es zu einer Elitenbildung aus der Elite kommt, ersetzt hat. Da muss es doch irgendwelche Ersetzungsmechanismen gegeben haben.

Zur Bildungsentwicklung will ich nur drei Feststellungen anmerken: Es ist eine wichtige Entwicklung, dass man keine geschlechterbezogenen Bildungsdiskriminierungen mehr feststellen kann, wenn man sich an den formalen Bildungsabschlüssen orientiert. Es gibt sehr wohl, wie Sie gesagt haben, noch einen Schichtbezug zwischen z. B. Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenkindern, der aber deutlich abgenommen hat, wobei man doch erwähnen muss, dass diese formale Bildungshöhergruppierung erkaufte wurde, und zwar durch die Unterschichtung vor allem von Aussiedlern bzw. Ausländern und doch eigentlich hier auch ein Problemfokus darauf gerichtet werden muss. Denn wenn man sich z. B. Aussiedler anschaut, weiß ich aus einer eigenen Studie, dass es da zu Großteilen sogar in die andere Richtung geht, d. h. die Reproduktion findet nicht mehr in dem Sinne statt, dass wie bei Deutschen häufig der formale Bildungsabschluss der Eltern übertroffen wird, sondern im Gegenteil sogar untertroffen wird, dass also hier ein ganz wesentlicher Problempunkt besteht, wenn man von der humanen Bildung ausgeht, und sich ja hier auch die Frage der Integration stellt, die dann davon wieder abstrahiert werden muss. Was ist denn jetzt für intergenerationale Vererbung wirklich ausschlaggebend, wenn das formale Bildungskapital offensichtlich eine gewisse Angleichung – zumindest der deutschen Bevölkerung – erkennen lässt?

Dr. Eva Schulze, Berliner Institut für Sozialforschung (BIS)

Ich möchte bei Bourdieu bleiben, der darauf verweist, wie ausschlaggebend der Habitus ist, und wir haben dies ja am Beispiel der Rekrutierungsmechanismen der Wirtschaftselite gesehen. In anderen Eliten sieht es etwas anders aus. Da ist die Durchlässigkeit geringfügig höher. Insbesondere, wenn man sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede anschaut, sind die Möglichkeiten für Frauen, in Führungs-

positionen zu kommen, dort noch eher gegeben als in der Wirtschaftselite. Dort sind die Ausschlussmechanismen ganz gravierend. Da findet man kaum Frauen, während es in den anderen Eliten, wie z. B. in der Wissenschaft, mittlerweile einige wenige C4-Professorinnen gibt. Acht Prozent⁴⁹ sind natürlich immer noch viel zu wenige.

Bourdieu definiert unter „Habitus“ noch verschiedene andere Skills, wie z. B. das weltmännische Auftreten im Sinne von Viel-in-der-Welt-herumgekommen-Sein, Mehrere-Sprachen-Sprechen usw. Diesen Habitus kann man sich natürlich aus anderen Schichten kommend auch aneignen, aber es ist sicherlich einfacher, wenn man das von klein auf mitbekommt und bestimmte Verhaltensweisen, die ebenfalls zum Führungsstil dazugehören, von zuhause schon erlernt werden. Z. B. wie man mit Gästen umgeht, wie man sich bei einem Essen mit wichtigen Geschäftspartnern verhält usw. Wenn man solche Situationen schon von klein auf mitbekommen hat, dann hat man sicherlich einen ganz anderen „Habitus“, um es so zu nennen, als Leute, die aus anderen Schichten kommen.

Dr. Dietrich Engels, Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG)

Ich habe noch eine Frage bezogen auf die Soziodemographie der Stifterpersonen. Wir hatten ja im ersten Referat von Herrn Volkert diese verschiedenen Funktionen gesehen, wie man Reichtum oder Einkommen verwenden kann, dass das eine interessante Fragestellung ist. Sie haben jetzt untersucht, welche Personen Stiftungen durchführen. Haben Sie auch untersucht, welche anderen Einkommensanteile sie auf andere Weise verwandt haben bzw. welcher Anteil jeweils für Stiftungen ausgegeben wird? Wie stellt sich das in Relation zum gesamten personalen oder Haushaltseinkommen dar?

Dr. Eva Schulze, Berliner Institut für Sozialforschung (BIS)

Die Ergebnisse, die ich berichtet habe, sind von einer Vorstudie, der demnächst eine Repräsentativerhebung folgen wird, die ich in Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung durchführen werde. In dieser Studie werden alle Stifter, die dem Bundesverband bekannt sind, deren Adressen vorliegen, und die seit 1981 eine Stiftung gegründet haben, nach ihren Motiven befragt. Sie werden auch befragt, ob sie sich noch anders gemeinwohlorientiert engagieren, ob sie sich vor der Stiftungsgründung schon gemeinwohlorientiert verhalten haben, ob sie gespendet haben usw. Auch das Sozialprofil der Stifter ist bislang kaum bekannt, das werden wir in dieser Studie nun systematisch erheben. In der Vorstudie kamen die befragten Stifter, trotz Zufallsauswahl, alle aus dem Unternehmertum.

⁴⁹ Statistisches Bundesamt, Hochschulpersonal 2002, Fachserie11, R 4.4.2002

Dr. Peter Krause, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Gibt es Hinweise oder Untersuchungen, die die Effizienz von Leistungen, die durch bzw. in Stiftungen erbracht werden, vergleichen mit dem, was in herkömmlichen Instituten, die öffentlich finanziert sind, geleistet wird?

Dr. Eva Schulze, Berliner Institut für Sozialforschung (BIS)

Nein, das gibt es nicht. Das wäre sehr spannend, weil allein der Einblick in diese 15 Stiftungen, den ich gewinnen konnte, eine ziemliche Bandbreite zeigte von dem Unternehmer, der sein Geschäft weiterführt in seiner Stiftung und sein Know-how dort auch einbringt, zu anderen, die, meiner Meinung nach, ihre Stiftungszwecke und -ziele nicht besonders stringent verfolgen und das Kapital nicht effizient einsetzen. Eine Stifterin hat erzählt, dass sie sich selber umentschieden habe, das Geld nicht mehr in die Krebs-Forschung zu stecken, weil sie von Forschung zu wenig verstehe. Sie habe sich entschieden, ihr Handwerkszeug, nämlich Öffentlichkeitsarbeit, einzusetzen und in Kampagnen auf das Problem dieser Art von Krebs hinzuweisen.

Über Effizienz von Stiftungen weiß man wirklich sehr wenig, wie Stiftungen agieren, warum sie so agieren wie sie agieren, wie die Gremien zusammengesetzt sind, wer da was zu sagen hat, das weiß man nur von den großen Stiftungen, von den 15 wirklich großen Stiftungen, und von diesen vielen, vielen anderen Stiftungen weiß man das nicht. Da ist ein leeres Feld auf der Landkarte der Stiftungen.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Andreß, Universität zu Köln

Ich habe zwei Fragen an Frau Schulze bzw. an Herrn Künemund. Sie thematisieren ja etwas, was man sich gerne häufiger wünschen würde: freiwilliges Engagement für gemeinnützige Zwecke. Sie machen daher eine ganz wichtige Untersuchung. Ich habe bloß gewisse Zweifel, ob Sie die simple Frage, die man sich dazu stellt, mit der Art und Weise Ihres Vorgehens beantworten können. Die einfachste Frage, die man sich stellen würde, ist doch: Gibt es eigentlich viele oder wenige Stifter? Und wenn ich das richtig verstanden habe, haben Sie selbst darauf keine Antwort.

Dr. Eva Schulze, Berliner Institut für Sozialforschung (BIS)

Da ich nicht weiß, wie viele Reiche es gibt. Die Grundgesamtheit ist nicht bekannt.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Andreß, Universität zu Köln

Sie können ihre Zahlen doch zumindest ins Verhältnis setzen zu der Anzahl der Reichen, wie unzureichend auch immer sie bisher geschätzt wurden. Das Zweite ist: Man wüsste ja auch gerne, wie sich diese Stifter unterscheiden von denjenigen, die nicht stiften. Dadurch, dass Sie sich offensichtlich in 15 Interviews nur mit Stiftern

beschäftigt haben, kann ich mir schlecht vorstellen, dass Sie jetzt Schlussfolgerungen über die Unterschiede der soziodemografischen Strukturen zwischen beiden Gruppen herausbekommen. Sie sagen z. B., Stifter sind altruistisch. Sind sie wirklich altruistischer als die anderen? Das kann man doch eigentlich nur dann beantworten, wenn man auch etwas über die anderen weiß.

Zu Herrn Künemund: Das ist ja ein auffälliger Befund, den haben wir auch schon einmal in Rostock diskutiert, dass sozusagen die großen Geschenke dort stattfinden, wo die materielle Position der Schenkenden und der Erblasser relevant ist. Die kleineren Geldtransfers sind welche, die wahrscheinlich auf soziale Notlagen abzielen. Das ist aber eine Vermutung. Ich möchte jetzt noch einmal genau wissen, wie die monetäre Abgrenzung zwischen beiden gewesen ist. Was heißt „kleinere“ und was heißt „größere“? Das halte ich deshalb für relevant, weil beides möglicherweise zu zwei verschiedenen Themenkomplexen gehört. Während größere Geldgeschenke und Erbschaften zu diesem Themenkomplex gehören, den wir vorher diskutiert haben – Vermögen und Erbschaften –, würde ich das andere, die kleineren Geschenke, zu den unterstützenden Funktionen sozialer, insbesondere familiärer Netzwerke zählen. Das ist sicherlich auch ein ganz wichtiger Themenkomplex bei der Frage von Armut, ich würde ihn aber begrifflich trennen wollen von dem anderen Bereich. Daher noch einmal die konkrete Frage: Was heißt „klein“ und was heißt „groß“?

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster

Zunächst Frau Schulze bitte zu der Frage, wo bleibt die reiche Kontrollgruppe?

Dr. Eva Schulze, Berliner Institut für Sozialforschung (BIS)

Das wäre sicherlich eine sehr spannende Untersuchung, Leute, die vom Finanziellen her betrachtet stiften könnten, zu befragen, warum sie nicht stiften. Wir haben in dieser nun anlaufenden Repräsentativerhebung einen Fragenkomplex integriert, der fragt, warum die Stifter meinen, dass andere nicht stiften. Es wäre wirklich eine spannende Untersuchung, Leute, die wohlhabend sind, zu fragen, warum sie eigentlich nicht stiften.

Herr Andreß, Sie haben natürlich Recht, eine Typologie aus 15 Fällen abzuleiten, wäre etwas verwegen. Aber ich habe versucht, typische Merkmale, die wirklich durchgängig auffallend waren, darzustellen. Die Typologie kann man sicher erst dann bilden, wenn wir diese 1 200 bis 1 500 Stifter untersucht und analysiert haben.

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster

Herr Künemund, wo liegt die Grenze?

Dr. Harald Künemund, Freie Universität Berlin

Noch ganz kurz zur ersten Frage: Langfristig kann man das wahrscheinlich mit dem Sozio-oekonomischen Panel analysieren. Wenn Sie nämlich verfolgen, welche Personen mit hohem Einkommen in der Stichprobe G irgendwann versterben und deren Kinder, die ja auch mitbefragt werden, sofern sie einmal im Haushalt gelebt haben, die werden ja weiterverfolgt, dann haben Sie zwei Gruppen von Kindern: die einen, die erben, und die anderen erben nicht. Aber das ist vielleicht noch sehr langfristig gedacht. Kurzfristig ist das jetzt wahrscheinlich schwer realisierbar.

Ansonsten ist es so, wie Sie vermuten, es sind in der Tat zwei völlig verschiedene Dinge. Das sind Unterstützungen kleinerer Art in besonderen Notlagen – keine Geburtstagsgeschenke, die waren ausgeschlossen – und natürlich die größeren Transfers vorher, das kann ein Auto zum Abitur sein, das können aber auch vorgezogene Erbschaften sein, also wirklich Dinge, die dann näher an dem liegen, was wir mit den Erbschaften messen, das ist völlig klar, das ist richtig so und auch beabsichtigt.

Prof. Dr. Irmhild Kettschau, Fachhochschule Münster

Mein Beitrag bezieht sich auf das Referat von Frau Schulze, worin sie einen Stifter mit der Aussage zitiert: „Man kann nur ein Schnitzel am Tag essen.“ Diesen Satz kann man sicher mit guten Gründen anzweifeln. Man kann ja auf sehr unterschiedlichem Niveau konsumieren, und kann am Tag zum Beispiel für Essen und Trinken Beträge ausgeben, die sich um ein Zehn- oder Mehrfaches voneinander unterscheiden.

Auch eine andere Aussage regt zum Nachdenken an: „Es ist eine Sünde, reich zu sterben.“ Darin sehe ich einen Widerspruch zu Befunden, die Sie vorher vorgestellt haben, nach denen die Vererbung von finanziellem Kapital die Kinder wesentlich (in finanzieller, sozialer und kultureller Hinsicht) positioniert für die Zukunft. Dieser Mensch, der jetzt nicht reich sterben wollte, hatte ja sechs Enkelkinder. Das heißt, er könnte auch statt in eine Stiftung sehr gut in die sechs Enkelkinder investieren, könnte ihnen Auslandsaufenthalte und vieles mehr ermöglichen, um sie bestmöglich zu positionieren.

Eine Auflösung dieses Widerspruchs ergibt sich, wenn man davon ausgeht, dass menschliches Handeln auch immer mit dem Ego zu tun hat, also selbst die edelste Tat letzten Endes von einem auf die eigene Person bezogenen Motiv gelenkt wird. Und so könnte ich mir vielleicht vorstellen, dass gerade die Stifter durch ihre Stiftung in einem weiteren Sinn reich werden wollen, nämlich an sozialem und kulturellem Kapital für sich und ihre Nachkommen. Somit könnten sich Investitionen in Stiftungen letzten Endes besser rechnen, als wenn Geldsummen direkt den Kindern und Enkelkindern zufließen. In diesem Sinn wäre das Gründen von Stiftungen eine besonders gute Methode, um Netzwerke zu knüpfen, soziale Beziehungen zu fördern, um in

bestimmter Weise gesellschaftliche Anerkennung zu erlangen usw., die zur eigenen Position und zur Position der Familie und der Erben beiträgt.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Andreß, Universität zu Köln

Bei dem Beitrag fällt mir nur auf, dass der Fokus auf Stiftungen eigentlich eine Reduzierung ist. Wenn Sie einmal an bekannte Sportler denken oder an Showstars, die machen immer irgendetwas „Soziales“, wie sie es nennen. Das gehört funktional da mit hinein.

Dr. Eva Schulze, Berliner Institut für Sozialforschung (BIS)

Diese These hat absolut Charme und lässt sich mit einem größeren Sample sicherlich auch für bestimmte Stiftertypen belegen. Was wir bislang herausgefunden haben, ist, dass es sehr verschiedene Gründe gibt, eine Stiftung zu gründen. Die beiden Zitate, die ich Ihnen vorgetragen habe, stammen von sehr pietistisch-religiös geprägten Stiftern. Diese Motive muss man den Stiftern so abnehmen, ich bin mir wegen des Wahrheitsgehalts auch sicher, da ich als biografische Interviewerin genug Erfahrung gesammelt habe. Es gibt sehr wohl Stifter, die altruistische Motive vorschoben, sich aber mit der Stiftung in eine gesellschaftliche Schicht einkaufen wollen, zu der sie sonst keinen Zugang hätten. Diese Stifter fördern dann eher Kunst und Kultur. Es sind Unternehmer, die viel Geld gemacht haben, aber über ihre Bildungsabschlüsse nicht in die Gesellschaft des Bildungsbürgertums hineinkämen, und über die Stiftung gelingt das. Dann gibt es natürlich Stifter, die mit Sport reich geworden sind. Insbesondere im Showgeschäft schwappt es jetzt so langsam aus den USA herüber, denn dort ist man niemand, wenn man keine Stiftung, wenn man keine *Foundation* hat. Wenn man Reichtum akkumuliert hat, muss man eine *Foundation* haben. Im Talk ist es das erste, was gefragt wird. Das heißt, bekannte Sportler und Leute, die in der Medienöffentlichkeit etwas darstellen, müssen eine Stiftung haben, um „gesellschaftsfähig“ zu sein, um dazuzugehören.

Prof. Dr. Richard Hauser, Königstein

Stiftungen werden ja aus Vermögen und nicht aus Einkommen getätigt, jedenfalls in aller Regel. Die Vermögensverteilung ist im Großen und Ganzen bekannt aus der EVS und anderen Datenquellen. Nicht ganz genau, aber sicherlich so genau, wie wir das hier bräuchten. Es könnte also interessant sein, wenn Sie die Stifter fragen: Wie hoch war das Vermögen vor Stiftung und wie hoch war das Vermögen nach Stiftung? Dann könnten Sie die Stifter ungefähr einreihen in die Vermögensverteilung, und dann müssten Sie auch noch trennen zwischen Familienstiftungen, die nur gegründet werden, damit der Vermögenskomplex und die Familienunternehmung beisammen bleiben, und gemeinnützigen Stiftungen, die wirklich dann – Sie haben ja einige

genannt – eben für die anderen gegründet werden und wo das Eigeninteresse an der Stiftung – auch steuerlicher Art – geringer ist als bei dem erstgenannten Typ. Das sind einfach nur Anregungen. Wenn Sie das noch einbauen könnten, würde eine Untersuchung sicherlich noch ergiebiger sein.

Dr. Eva Schulze, Berliner Institut für Sozialforschung (BIS)

Ihre erste Anregung haben wir schon in dem Fragebogen drin, der Pre-Test läuft gerade und wir werden sehen, ob es geht. Es ist eine heikle Frage und wir müssen schauen, ob sie beantwortet wird.

Prof. Dr. Richard Hauser, Königstein

Es geht ja nur um Vermögensklassen!

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Darmstadt

Ich möchte daran anschließen. Mich würde ja schon interessieren, ob man nicht doch mehr über die steuerlichen Gründe erfahren kann. Viele Stiftungen werden wirklich aus steuerlichen Gründen gemacht. Die von Ihnen eben genannten Familienstiftungen werden einerseits gegründet, um das Betriebsvermögen beisammen zu halten, aber andererseits natürlich auch, weil damit erhebliche steuerliche Vorteile vorhanden sind. Ich halte es für schwierig, über dieses Thema zu reden, wenn wir nicht auch danach fragen, was sind die vorgeschobenen Gründe, was sind die vielleicht auch selbst geglaubten Gründe und was sind die tatsächlichen Gründe. Es gibt eine ganze Profession von Stiftungsberatung, die im Wesentlichen unter steuerlichen Gesichtspunkten arbeitet, und ich glaube schon, dass man das irgendwie hineinnehmen müsste.

Zu Herrn Künemund würde ich sagen: Richtig spannend würde natürlich Ihre Sache auch dann, wenn ich die Erbschaftssteuer mit hineinnehme und untersuche, wie die Erbschaftssteuer diesen Transfer verändert oder nicht verändert. Wenn man die Fortschreibung der Vermögensverteilung durch Vererbung erforschen will, muss man eigentlich den Effekt der Erbschaftssteuer mit hineinnehmen. Dann wäre auch interessant, unterschiedliche Erbschaftssteuern zu untersuchen. Es gibt ganz unterschiedliche Ansätze im internationalen Vergleich.

Dr. Peter Westerheide, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)

Ich möchte hier anknüpfen und auf einen benachbarten Punkt aufmerksam machen. Ich meine, im Zusammenhang zwischen Erbschaft und Vermögensverteilung ist es auch wichtig zu analysieren, wie sich die Vermögensstruktur ändert, Erblasser und Erben haben möglicherweise andere Präferenzen der Vermögensstrukturierung. Möglicherweise werden Transfers bei den Erbschaften sogar konsumiert, was wichtig

wäre für die Persistenz oder die Änderung der Vermögensverteilung. Möglicherweise werden Unternehmen liquidiert, möglicherweise werden konservative Anlageformen wie Sparguthaben oder Ähnliches in Aktien transferiert usw., werden Immobilien in Geldvermögen umgewandelt und Ähnliches. All das wäre sehr wichtig zu erfahren. Ich weiß, dass es auf der Basis der verfügbaren Daten extrem schwierig ist, der Sache Herr zu werden, aber das wäre ein sehr wichtiger Punkt.

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster

Ich möchte dazu auch eine Frage stellen. Beim Hinweis, die Wirtschaftseliten würden sich aus bestimmten bürgerlichen Kreisen rekrutieren, fehlt mir, ehrlich gesagt, der Hintergrund, den würde ich gerne noch einmal erläutert bekommen. Die großen Traditionen von Familien sind in Deutschland durch Kaiserreich, Weimarer Republik, Faschismus und danach durcheinander gewirbelt worden. Ich frage ganz naiv nach, denn wesentliche Namen sind verschwunden, die früher Rang und Namen hatten, und nach 1945 sind ganz neue Familien an deren Stellen getreten. Für die Politik kann es objektiv nicht stimmen, denn die rekrutiert sich wirklich aus sehr unterschiedlichen Elementen.

Das Zweite wäre noch einmal die Erbschaft: Da muss doch schon eine Konzentration des Vermögens über Erbschaft stattgefunden haben. Haben Sie dazu Zahlen?

Dr. Harald Künemund, Freie Universität Berlin

Nein, bislang nicht.

Dr. Eva Schulze, Berliner Institut für Sozialforschung (BIS)

Zur Rekrutierung in den Wirtschaftseliten: Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass es nach dem Krieg in der Aufbauzeit betriebsinterne Karrieren gab, dass man von der Werkbank zum Manager hochsteigen konnte. Das ist seit den 80er Jahren nicht mehr üblich. Die Ärmel hochgekrempelt und nach oben gestiegen, dieses Muster gibt es nicht mehr. Ich habe diese Karrieremuster nicht selber untersucht, sondern berufe mich auf Studien von Hartmann und Kopp⁵⁰, Auch die Potsdamer Elitestudie oder die Mannheimer Studie zeigen diese Tendenzen auf. Dieses „Aus-dem-Betrieb-heraus-Karriere-nach-oben-Machen“, das gibt es heute in der Form nicht mehr. In der Wirtschaftselite wird offensichtlich so rekrutiert, dass man sich die Leute nach Herkunft

⁵⁰ Hartmann, M./Kopp, J. (2001): Elitenselektion durch Bildung oder durch Herkunft? Promotion, soziale Herkunft und der Zugang zu den Führungspositionen in der deutschen Wirtschaft. In: KZfSS. J. 53, H. 3, S. 436-466

auswählt, dass nicht die Abiturnote ausschlaggebend ist und wo sie überall studiert haben, sondern die Herkunft die entscheidende Rolle spielt.

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster

Aber wir haben doch nicht wie in Frankreich die Eliteschulen oder in England, wo die Eliten aus Cambridge und Oxford kommen. John Major war, glaube ich, der erste Premierminister, der nicht aus so einer Eliteuniversität kam.

Ortrud Leßmann, Hamburg

Ich habe ein paar Fragen. Zuerst möchte ich wissen, was unter „Wirtschaftselite“ zu verstehen ist, auch wenn der Begriff sich erst einmal so selbsterklärend anhört. Und ich möchte auch wissen, warum wir Stifter untersuchen. Dass Stiften irgendwie etwas mit Reichtum zu tun hat, ist einsichtig. Und trotzdem möchte ich ein bisschen mehr wissen. Warum gehört eine Untersuchung über Stifter in eine Armuts- und Reichtumsbericht-erstattung hinein? Eine kleine Anmerkung noch: Sie haben geschrieben „Besuch des Gymnasiums“. Dazu möchte ich sagen, dass ich selbst einmal auf eine Gesamtschule gegangen bin. Das ist ein Weg, der gedacht war, um Arbeiterkindern das Abitur zu ermöglichen. Insofern finde ich die interessantere Größe, wie viele eigentlich das Abitur gemacht haben. Das scheint aber nicht die Frage gewesen zu sein, sondern der Besuch des Gymnasiums. Den kann man auch nach der zehnten Klasse abbrechen.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Andreß, Universität zu Köln

Nur zur Aufklärung. Wenn ich eine Stiftung gegründet habe, habe ich viel mehr und ich habe etwas Gutes getan. – Wie Sie alle wissen, wird am Ende zumindest in den traditionellen Promotionen immer so ein kurzer Lebenslauf des Promovenden wiedergegeben. Diese Daten hat Prof. Hartmann (Universität Darmstadt) nach Fächern und verschiedenen Jahrgängen ausgewertet. In diesen Daten steht dann u. a. die soziale Herkunft mit dabei – natürlich in sehr groben Kategorisierungen – und er hat dann diese Informationen mit einer zweiten Datenquelle (einem Kompendium der wichtigsten Personen in der Bundesrepublik) verknüpft. Auf diese Art und Weise lässt sich nun verfolgen, wie Promovenden unterschiedlicher Disziplinen in unterschiedlichen relevant erachteten Positionen unterkommen oder nicht. Auf diesen Daten basieren im Grunde genommen die Schlussfolgerungen von Hartmann, und wenn ich Sie richtig verstanden habe, Frau Schulze, haben Sie sich ja im Wesentlichen darauf bezogen.

Was die Frage nach dem Bildungsabschluss anbetrifft, ist das, glaube ich, eine Fehlinformation gewesen. Das sind die Forschungen, die beispielsweise Walter Müller gemacht hat, der damit einen Abschluss auf der Ebene des Gymnasiums meint. Man sollte vielleicht besser von einem Abiturabschluss sprechen.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Darmstadt

Ich glaube, das mit der Wirtschaftselite sollte man nicht für abwegig halten. Meinem Erfahrungshorizont, der da nicht ganz klein ist, entspricht das durchaus. Ich könnte nicht akzeptieren, wenn jemand sagt, das gehöre in diesen Bericht nicht hinein. Ich würde eher umgekehrt sagen: Vieles von dem, was wir über Reichtum heute und in der letzten Sitzung besprochen haben, gehört nicht mit derselben Sicherheit dazu. Aber die Tatsache, dass wir Eliten haben, die sich auf diese Art und Weise fortpflanzen und die Machtpositionen in der Gesellschaft verteilen, das sind eigentlich die Dimensionen, die in so einen Bericht hinein gehören und weswegen es auch legitimierbar ist, von einem Armuts- und Reichtumsbericht zu sprechen. Wahrscheinlich sind das sehr viel wichtigere Fakten als die Frage, wie die monetären Größen tatsächlich bestimmt werden.

Noch eine Bemerkung zu der Frage der Vermögensverteilung. Ich glaube, Herr Huster, Sie haben eben mehr oder weniger unterstellt, dass es eigentlich klar wäre, dass aus der Vererbung sozusagen eine weitere Konzentration folgen müsse. Das ist nicht so klar, sondern das hängt von sehr vielen Faktoren ab, Herr Künemund hat da auch einige genannt. Ich habe mich in meiner frühen Jugend mit solchen Modellen beschäftigt, und da können Sie eben sehr gut zeigen, dass es zum Beispiel davon abhängt, wie die Transfermatrizen aussehen, also die Matrizen von den Vererbenden zu den Erbenden. Darüber wissen wir eigentlich relativ wenig. Ich habe damals einfach mit unterschiedlichen Annahmen über die Transfermatrizen gearbeitet. Dann kommt man zu dem Ergebnis, dass es nicht von vornherein klar ist, wie sich die Vermögensverteilung entwickelt. Allerdings kommt man auch zu dem Ergebnis, dass die Erbschaftsbesteuerung dabei eine große Rolle spielt. Die aber wiederum ist auch, wenn man unser Steuerrecht nimmt, sehr stark an diese Transfermatrizen gekoppelt. Insofern sollte man nicht mit irgendwelchen Vermutungen, wie das Ganze ausgehen muss, in die Sache hineingehen, sondern man sollte sich die Faktoren – und Herr Künemund hat die meisten genannt – wirklich genau ansehen. Das Ganze nachher zusammenzufügen, um den Saldo zu ziehen, das wird sicher eine relativ schwierige Sache werden.

Prof. Dr. Wolfgang Glatzer, Universität Frankfurt

Wenn bisher angesprochen wurde, woher Reichtum kommt, dann wurde vor allem immer auf Erbschaften verwiesen, gar nicht so sehr auf Leistung. Mir fällt ein ganz wichtiger anderer Faktor ein, der hier nicht genannt worden ist: das ist Heirat. Nicht nur wird der eine Ehepartner reich, wenn jemand eine/n Reiche/n heiratet, sondern die Reichen heiraten oft unter sich, soweit ich weiß. Diesen Punkt muss man in solch einer Studie beim Thema, woher Reichtum kommt, zumindest ansprechen, auch wenn man nicht allzu viel darüber weiß.

Prof. Dr. Richard Hauser, Königstein

Herr Krupp hat betont, dass es wichtig wäre, die Herkunft von einflussreichen Wirtschaftsführern oder der gesamten Wirtschaftselite herauszufinden. Das wäre im Prinzip möglich. Es gibt eine Liste aller Vorstandsmitglieder von Aktiengesellschaften. Man könnte eine Stichprobe ziehen, sie zunächst einmal mit dem "Who is Who?" vergleichen, da findet man wahrscheinlich schon drei Viertel, und dann versuchen, den Rest durch Befragung herauszufinden. Wenn man sich also die Behandlung der sozialen Mobilität als einen Bestandteil eines Armuts- und Reichtumsberichts vornimmt, dann könnte man auf diese Weise ein ganzes Stück vorankommen.

Prof. Dr. Wolfgang Glatzer, Universität Frankfurt

Ich bringe das einfach noch einmal grob auf einen Punkt: Wenn das so ist, dass Reichtum zu einem großen Teil auf Erbschaften und auf Heirat beruht, dann ist die ganze politische Brisanz aus diesem Thema herausgenommen, weil wir alle Erbschaften nicht abschaffen wollen, wenn wir ehrlich sind. Wir wollen vielleicht ein bisschen mit der Erbschaftssteuer rauf oder runter gehen, aber unseren Kindern das Erbe nehmen wollen wir nicht. Und Heiratsentscheidungen vermögenspolitischpolitisch beeinflussen will ebenfalls niemand, das wird in unserer Gesellschaft auf jeden Fall als private Entscheidung betrachtet. Wenn zwei solche Hauptfaktoren so wenig gesellschaftspolitisch beeinflussbar sind, dann wird die Politik an der Ungleichheit der Vermögensverteilung nur marginal etwas ändern können.

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster

Aber Herr Glatzer, jetzt muss ich doch ein bisschen zurückgehen. Dass Heirat eine Sache ist, ist klar, und dass Erbschaft eine Sache ist, auch, aber wenn ich mir die deutsche Entwicklung über eine gewisse Zeit betrachte, dann sind es doch selbstverständlich immer wieder auch leistungsorientierte und leistungshonorierte Einkommen, hohe Einkommen, die ihrerseits wieder mit Vermögensaufbau – ob in der ersten Generation, spätestens in der zweiten Generation – zu tun haben, aber ich meine, man kann ja nicht so tun, als würde nicht bei uns hohes Einkommen erzielt auch von Leuten, die zunächst einmal mit wenig Vermögen angefangen haben. Ich will damit nur sagen, Sie haben Recht, dass durch Heirat und durch Erbe eine ganze Menge weitertransportiert wird, aber dadurch entsteht doch neuer Reichtum.

Prof. Dr. Wolfgang Glatzer, Universität Frankfurt

Die große politische Brisanz ist aus dem Thema heraus, wenn man davon ausgehen muss, dass Erbschaften und Heiratsverhalten sich dem gesellschaftspolitischen Zugriff weitgehend entziehen.

Dr. Dietrich Engels, Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG)

Das bezweifle ich. Die Brisanz ist doch bei Erbschaften viel höher als bei leistungsbezogenem Vermögensaufbau. Das wird doch viel eher akzeptiert, während Erbschaft, gerade weil sie nicht durch eigene Leistung hervorgebracht ist, sehr viel eher dazu animiert, hier von höheren Erbschaftssteuersätzen zu reden.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Darmstadt

Herr Westerheide hat vorhin schon ein wichtiges Argument gebracht: Im Vererbungsprozess wird oft Vermögen umstrukturiert, und man darf nicht übersehen: das ist keine Einbahnstraße, in diesem Prozess geht ja auch Vermögen verloren. Insofern gibt es hier einen Korrekturfaktor. Darüber hinaus muss man sehen, dass die Frage, was für eine Art von Erbschaftssteuer man haben will, jeweils von politischen Zeitströmungen abhängt. Ich bin noch in der Zeit aufgewachsen, wo es eigentlich selbstverständlich war, dass zur Chancengleichheit in der Gesellschaft eine kräftige Erbschaftssteuer gehörte, übrigens gerade in den angelsächsischen Ländern. Und für die damalige Generation von Wissenschaftlern war es selbstverständlich, dass die Korrektur über die Erbschaftssteuer erfolgt und möglich ist. In Amerika hat dann der Stiftungsweg auch eine große Rolle gespielt. Zur Zeit haben wir einen ganz anderen Zeittrend – auch international. In Amerika gibt es jetzt auch eine Diskussion, die sich gegen die Erbschaftssteuer wendet. So ist heute der Zeittrend. Das heißt aber nicht, dass er selbstverständlich und auf Dauer unveränderlich ist.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Andreß, Universität zu Köln

Ich wollte nur erwähnen, dass Erbschaften auch im Zusammenhang von Alterssicherung und Pflegeversicherung eine Rolle spielen. Es galt ja die Rede, dass die Einführung der Pflegeversicherung eigentlich eine Versicherung für die Erben ist, die eben der älteren Generation die Möglichkeit gegeben hat, das Geld nicht in ihre eigene Pflege und Alterssicherung zu investieren, sondern an ihre Kinder weiterzugeben.

(Zwischenruf Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp: „Das ist aber eine andere Einkommenschicht, über die wir jetzt reden!“)

Erbschaftssteuer ist ein Punkt, den man diskutieren soll, aber eben einer unter mehreren, wenn man an das Problem politisch herangehen will.

Dr. Harald Künemund, Freie Universität Berlin

Der Großteil des Erbschaftsgeschehens geht an der Erbschaftssteuer vorbei, weil es die Freibeträge nicht überschreitet.

Prof. Dr. Wolfgang Glatzer, Universität Frankfurt

Mir ist noch nie jemand begegnet, der sein Vermögen nicht seinen Kindern vererben wollte. Es ist ein tiefsitzender Wunsch, den eigenen Kindern etwas zu vererben, und es würde überall Widerstand der Individuen mobilisiert, wenn das Vererben behindert oder Erbschaftssteuern zu hoch würden. Sicherlich muss man über eine angemessene Erbschaftsteuer reden, aber man muss auch Umgehungsvorgänge, Vermeidungsstrategien und politischen Widerstand in Betracht ziehen.

Detlef Klebula, Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung

Ich persönlich habe aus dieser speziellen Diskussion eine ganze Menge gelernt. Ich halte es für äußerst spannend, dass man in diesem Bereich tatsächlich, eventuell auch unter Zuhilfenahme weiterer Forschungsnotwendigkeiten, bestimmte Erkenntnisse erlangen kann. Ich denke, man sollte es nicht auf die Erbschaftsteuer verkürzen, aber wer sich in Erinnerung ruft, dass vor drei Wochen zumindest öffentlich die vorsichtige Ankündigung, eventuell auf dem bevorstehenden SPD-Parteitag über Erbschaftsteuern zu diskutieren, verquickt wurde mit dem Umzug von Müller-Milch in die Schweiz – im übrigen: Müller ist sicherlich auch jemand, der sein Imperium nicht geerbt hat, sondern es sich aufgebaut hat –, dann zeigt dies, dass man vielleicht mit zusätzlichen Fakten doch zu einer rationaleren Diskussion in diesem Bereich beitragen kann.

Ich möchte, weil das vorhin auf zwei Punkte verkürzt worden ist, einen dritten Punkt, der für mich ganz wichtig ist, noch einmal in Erinnerung rufen. Sehr flapsig formuliert: Reichtum kann vererbt werden, Reichtum kann erheiratet werden, aber der dritte Punkt war für mich in dieser Zuspitzung neu: Man stellt sich auch gegenseitig untereinander in Führungsfunktionen ein. Reichtum kann also auch, wenn man so will, im Beruf weitergegeben werden innerhalb bestimmter Beziehungen und Bekanntschaften untereinander. Das ist für mich noch viel gravierender von den gesellschaftlichen Auswirkungen her als die Weitergabe einer Erbschaft im vermögensmäßigen Sinne. Eine Lebenschance in dieser Form untereinander weiterzugeben, ist auch ein Stück Ghettoisierung in diesem Bereich. Wenn man dazu eine Datenlage bekäme, wäre das eine spannende Erkenntnis.

Prof. Dr. Irmhild Kettschau, Fachhochschule Münster

Wir kennen das Problem bereits aus der Diskussion über die Chancengleichheit von Frauen, gerade auch in Bezug auf die Zugangsmöglichkeiten zu Elitepositionen. Aufgrund von Merkmalen, die nicht direkt und ausschließlich leistungsbezogen sind, wird der Zugang zu Führungspositionen eröffnet, Männern eher als Frauen und Angehörigen der Führungselite eher als allen anderen. Die politische Schlussfolgerung ist aus meiner Sicht, dafür zu werben, dass Leistung als Auswahlkriterium für jedwede

Position in der Gesellschaft nach vorne gestellt wird und leistungsfremde Kriterien weniger berücksichtigt werden. Fertige Konzepte hierfür sind nicht vorhanden, aber es bemüht sich ja beispielsweise die Frauenforschung seit Jahren und Jahrzehnten, wirksame Konzepte zu entwickeln, weil es einfach als nicht hinnehmbar gilt, dass die Geschlechtszugehörigkeit sich bezüglich beruflicher Positionen so stark diskriminierend auswirkt. Das ist eine Diskussion, die man meiner Meinung nach durchaus weiter führen und übertragen kann. Durch vergleichende Studien des Zugangs zu unterschiedlichen Eliten – also politischen, wissenschaftlichen, sportlichen und anderen Eliten – könnte man öffentliches Problembewusstsein schaffen und vielleicht auch eine Veränderungsbereitschaft.

Prof. Dr. Joachim Merz, Universität Lüneburg

Ich möchte einen Punkt unterstreichen, nämlich, dass die Untersuchung von Erben und Erbschaften auch für weitere Erklärungsmuster wichtig ist. Mein Mitarbeiter Dierk Hirschel hat mit dem Sozio-oekonomischen Panel Erklärungsfaktoren für hohe Einkommen untersucht. Da hat es sich gezeigt, dass eben nicht die eigenleistungsbestimmenden, meritokratischen Faktoren nur ausschlaggebend sind für eine hohe Humankapitalausstattung usw., sondern dass diese nicht-meritokratischen Faktoren – z. B. das Elternhaus mit der sozialen Stellung des Vaters und der Mutter – eine bedeutende Rolle spielen. Das als Erklärungshintergrund aus panelökonometrischen Analysen mit den Informationen, die eben das Panel liefert. Das bedeutet, und damit möchte ich auch die Bedeutung von dem Thema unterstreichen, Erben und Verteilung des Vermögens auch der nächsten Generation sind ein Erklärungsmuster für die jetzigen, laufenden Einkommensprozesse, die Arbeitseinkommen, auch und gerade in Bezug auf hohe Einkommen.

Prof. Dr. Richard Hauser, Königstein

Ich habe eine Frage an Herrn Künemund: Sie haben uns die vier Datenquellen vorgestellt, aber in dem Vortrag von Herrn Zwick kam zum ersten Mal heraus, dass jetzt auch die Einzeldaten der Erbschaftssteuer verfügbar werden könnten. Dann kann man im Prinzip die Daten in Richtung auf Marktpreise korrigieren – durch die Höherbewertung der Grundstücke mit Hilfe eines Marktpreisindex usw. –, so dass dies vielleicht eine zusätzliche Informationsquelle sein könnte? Ich wollte nur anregen, ob das noch bei Ihnen eingebaut werden kann.

Dr. Harald Künemund, Freie Universität Berlin

Das ist schon eingebaut worden – sofern wir die Daten rechtzeitig bekommen, werden wir das einbeziehen.

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster

Ich möchte gerne noch einen Punkt ansprechen. Ich habe manchmal Gelegenheit, in öffentlichen Auftritten mit irgendwelchen Reichen oder reichen Stiftern zu reden, die bringen dann meistens – nicht bei offenem Mikrofon, sondern davor oder danach – zum Ausdruck, sie würden ja eigentlich sehr viel mehr tun, wenn denn nicht die Steuer wäre. Es wird auf die USA hingewiesen, da sei ja die Steuer entsprechend niedrig und von daher würde dort auch entsprechend mehr gestiftet. Für den Hochschulbereich, da kann ich das relativ gut überschauen, bedeutet das in den USA, dass man bei den Top Ten eine ganz phänomenal tolle Ausstattung im Hochschulbereich hat, während die normale Provinzuniversität, überspitzt gesagt, nicht einmal das Geld für die Kreide hat. Es gibt eine ungeheuerlich starke soziale Segmentierung zwischen den einzelnen Bildungseinrichtungen. Das Gleiche gilt für Schulen.

Da stellt sich für mich die Frage, wie geht man mit diesem Argument um? Es ist offensichtlich so, dass bei uns in der Tat relativ wenig gemessen an anderen Ländern, z. B. USA, in diesem Bereich passiert, aber: ist das schlecht? Wenn ich die Konsequenzen für unseren Bereich Hochschule sehe, bin ich der Ansicht, dass wir so schlecht gar nicht dastehen in der Ausstattung und auch in der Breite des Angebots von hochqualifizierten Abschlüssen. So schlecht kann unser Hochschulsystem nicht sein, wenn ich sehe, in welchem hohem Maße auf Absolventinnen und Absolventen unserer Hochschulen durch die USA zurückgegriffen wird. Ich wollte dieses Argument anführen, damit man vielleicht auch einmal diese Dimension sieht. Was heißt das, wenn wir bei uns etwa das Hochschulsystem betrachten – es gibt Stiftungen, Volkswagenstiftung, Siemensstiftung usw., ohne die können wir gar nicht arbeiten, können wir gar nicht leben. Die Volkswagenstiftung hat übrigens einen eigenständigen Kapitalstock, der ist nicht abhängig vom Volkswagenwerk und dessen Erlösen. Man muss die Konsequenzen mit bedenken, weil das Argument der Reichen, der möglichen Stifter, lautet, wir würden mehr stiften, wenn wir weniger Steuern zahlen müssten – sprich auf Hochdeutsch: wenn wir dem Staat weniger direkt zuführen –, wir würden das gerne freiwillig entscheiden wollen.

Detlef Klebula, Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung

Wo ist denn da eigentlich der Unterschied?

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster

Der Unterschied ist die Kumulation. Das heißt, in Amerika geht das intergenerativ, dort, wo der Großvater und der Vater gestiftet haben, wird weiter reingebuttert in diese Universitäten, mit der Konsequenz, dass es dann einen amerikanischen Präsidenten gibt, der deswegen ein Diplom hat, weil sein Vater schon auf dieser Universität war und er dort entsprechende Stiftungsgelder aus seiner Petrochemie reingeschoben hat. So kommt man dann zu einem akademischen Präsidenten Bush.

Markus M. Grabka, DIW Berlin

Mir fällt nun das Gegenargument ein: Je höher die Steuerbelastung ist, desto eher lohnt es sich doch zu stiften, desto weniger verliere ich. So herum funktioniert der Effekt vielleicht auch.

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Universität Frankfurt/Main

Die Frage, die auch Herr Krause schon angesprochen hat, ist auch: Was ist effizienter oder besser für die Gesellschaft? Wenn es über Stiftungen finanziert wird oder über Steuern? Nimmt man die Steuern ein und verwendet sie dann öffentlich oder erlässt man den Reichen die Steuern und lässt sie stiften? Das ist eine offene Frage, was von beiden günstiger ist.

Prof. Dr. Joachim Merz, Universität Lüneburg

Berücksichtigen Sie auch öffentliche Stiftungen! Ich sage das deshalb, weil meine Universität Lüneburg jetzt eine Stiftungsuniversität geworden ist, ohne dass sie allerdings jetzt dadurch unmittelbar reich geworden wäre.

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster

Hat die Universität Lüneburg einen geschlossenen Kapitalstock, den sie verzinst, oder ist das eine Zustiftung? Eine Mark Grundkapital, und der Rest sind Zustiftungen des Landes?

Prof. Dr. Joachim Merz, Universität Lüneburg

Es sind Bürgschaften der öffentlichen Hand, wodurch der wesentliche Teil des Kapitals eingebracht wird mit der weiteren Hoffnung, der Himmel möge segnen. Ich wollte nur diesen neuen Komplex, an dem auch die öffentliche Hand beteiligt ist, erwähnen.

Dr. Eva Schulze, Berliner Institut für Sozialforschung (BIS)

Das Stiftungswesen ist sehr komplex, es existiert in verschiedensten Formen als Stiftungen des Bürgerlichen Rechts, als Unternehmen mit ihren Stiftungen oder Stiftungen des Öffentlichen Rechts oder Anstaltsträgerstiftungen und zahlreichen Zustiftungen sowie Bürgerstiftungen.

Prof. Dr. Wolfgang Glatzer, Universität Frankfurt

Die Frankfurter Universität war die einzige Stiftungsuniversität in Deutschland.

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster

Ich kenne aus dem konfessionellen Bereich Hochschulen, die nennen sich Stiftungsfachhochschule oder Stiftungshochschule, und da ist eben nichts gestiftet, sondern da wird schlicht und einfach das vorhandene Vermögen der Kirchen – ohne dass das jetzt der Hochschule gehört – als Sicherung dafür genommen, dass man da etwas hat, und ansonsten refinanzieren die sich schlicht und einfach durch öffentliche Subsidien.

Ortrud Leßmann, Hamburg

Gerade deshalb möchte ich noch einmal meine Frage von vorhin stellen. Sie bezog sich auf die Stifter und nicht auf die Wirtschaftselite. Kann man sagen, dass ein Stifter immer reich ist? Ist das die Begründung dafür, dass gerade Stifter dringend in der Armuts- und Reichtumsberichterstattung betrachtet werden müssen? Oder kann man das nicht sagen?

Dr. Eva Schulze, Berliner Institut für Sozialforschung (BIS)

Die Person, die stiftet, muss auf jeden Fall so viel haben, dass sie etwas weggeben kann.

Ortrud Leßmann, Hamburg

Ich spende auch!

Dr. Eva Schulze, Berliner Institut für Sozialforschung (BIS)

Das ist eine Spende!

Ortrud Leßmann, Hamburg

Aber ab wann ist es denn dann eine Stiftung? Es könnte ja auch sein, dass sich eine Gruppe zusammenfügt und dann auch eine Stiftung gründet, wo jeder nur in Höhe von einer Spende etwas dazugibt.

Dr. Eva Schulze, Berliner Institut für Sozialforschung (BIS)

Das sind so genannte Bürgerstiftungen, die mittlerweile vermehrt entstehen. Hier schließen sich Bürger zusammen und legen für einen bestimmten Zweck Geld zusammen.

Prof. Dr. Jürgen Volkert, Hochschule Pforzheim

Eine der positiven Reichtumsfunktionen kann darin bestehen, dass die Chancengleichheit unterstützt wird. Hierzu eignet sich nicht nur der Staat, sondern zum Beispiel

auch gemeinnützige Stiftungen. Dies führt zur Anschlussfrage: Was ist unter welchen Voraussetzungen effizienter? Eine staatliche oder – über Stiftungen – eine gemeinnützige Erfüllung dieser wesentlichen Funktionen. Dies zu untersuchen, könnte dann eine Aufgabe der Reichtumsberichterstattung sein.

Dr. Peter Krause, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Stiftungen bieten die Möglichkeit, positive Funktionen von Reichtum zu messen: Wie viel an Kapitalvolumen ist denn eigentlich sinnvoll, damit Stiftungen zielgerichtet wirken? Und wo ist es besser zu kappen und Kapital auf andere Stellen gezielt zu verteilen?

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Universität Frankfurt/Main

Wäre es dann nicht sinnvoll, einmal genauer zu gucken, was die Stiftungen machen? Und ist das, was sonst öffentlich nicht gemacht werden würde, besser oder schlechter, um herauszufiltern, inwiefern diese Stiftungen einen Sinn haben? Man müsste da wirklich einmal bei dem Zweck genauer hinschauen.

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster

Es gibt also zwei Argumente, warum sich solch ein Armuts- und Reichtumsbericht oder ein Sozialbericht damit beschäftigen soll: Das eine ist der dezente Hinweis, man kann mit Vermögen etwas machen, das nicht unmittelbar mit der eigenen Familie in einem festen Kontext steht, sondern man kann in andere soziale Bereiche hineingehen. Ob man da staatliche Aufgaben ersetzt oder ob man die nur ergänzt oder ob man sich dort zivilgesellschaftlich stärker engagiert, wäre der eine Punkt. Die andere Sache ist, ob und inwieweit letztendlich hier so etwas wie ein „Intrareichen-Netzwerk“ aufgebaut wird, das dann möglicherweise nicht nur zu dem *Village*, in das man sich einkauft, führt, sondern dass man sich auch schlicht und einfach in einem sozialen Bereich bewegt, der aus sich selber heraus dann auch gegenseitig weiter fördert und entsprechende soziale Positionen besetzt. Wenn ich das richtig gesehen habe, waren das zwei Elemente.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Darmstadt

Ich meine, wenn man jetzt davon ausgeht, dass die Tatsache von Stiftungen zur Legitimation von Reichtum beiträgt, dann müsste man eigentlich irgendeine quantitative Vorstellung darüber haben, welche Rolle das spielt. Man müsste dann auch Stiftungen aus steuerlichen Motiven ausklammern. Ich meine, eine Stiftung, die aus rein steuerlichen Motiven gemacht wird, ist nicht das Musterbeispiel dafür, Reichtum zu legitimieren. Vor dem Hintergrund muss man mit dem Thema ganz vorsichtig umgehen, und man muss mehr wissen als wir heute auf der Grundlage dieser

Diskussion wissen. Insbesondere gehört eben zu der Detailstudie dieser 15 Stiftungen auch eine irgendwie geartete globale Analyse, die – vereinfacht gesprochen – sagt: Von dem Reichtum, den wir in Höhe von x Billionen haben, gehen y Prozent in Stiftungen. Dann kommt man wahrscheinlich zu einer Relativierung dieses Themas. Aber das ist nicht das einzige Thema des Zeitgeistes, all diese Überlegungen zu Bürgergesellschaft u. Ä. gehören eigentlich in diese Kategorie mit hinein. Deshalb ist es an sich vernünftig, so etwas in einem solchen Bericht mit zu bringen, aber es ist vielleicht nicht vernünftig, es in einer ungeschützten Form zu bringen, sondern man müsste dann wirklich etwas über die quantitative Bedeutung haben; auch wenn die quantitative Bedeutung nicht das einzige Kriterium sein kann, aber sie gehört dazu.

Dr. Stefan Weick, Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA)

Ich hätte doch gerne noch eine Einschränkung gemacht. Und zwar wird häufig angeführt, dass sich die Eliten und Wirtschaftseliten selbst rekrutieren. Das bezieht sich vor allem auf Ergebnisse der Studie von Hartmann und Kopp, und ich denke, man sollte nicht überstrapazieren, was man dort gefunden hat. Es geht darum, dass bei Promovenden eine großbürgerliche Herkunft, so nennen das die Autoren, einen Einfluss auf die Elitenrekrutierung hat. Das heißt, ein Familienhintergrund, der durchaus durch einen Studienrat als Vater o. Ä. gegeben sein könnte. Daher würde ich nicht von Selbstrekrutierung sprechen, das sollte man beim gegenwärtigen Kenntnisstand etwas vorsichtiger ausdrücken. Man müsste dieses Phänomen noch näher untersuchen, um genauere Aussagen machen zu können.

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster

Das ist mir so nicht klar gewesen, aber ich lasse mich gerne belehren. Ich frage mich, warum schicken wir diese Studierenden auf die Akademie und lassen sie Betriebswirtschaft studieren. Die bleiben doch dann überwiegend im Vorfeld der wichtigen Entscheidungsebenen sitzen. Aber wir werden das weiter verfolgen.

Es gibt jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Ich bedanke mich bei der Referentin und dem Referenten, ich bedanke mich bei den Diskussionsteilnehmern und wünsche uns jetzt einen guten Nachmittag.

4. Private Haushaltsproduktion, Haushaltsführungs-kompetenzen und Armutsprävention

Moderation: **Prof. Dr. Joachim Merz**, Universität Lüneburg

Dr. Dietrich Engels, Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG)

Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir fangen jetzt mit dem dritten Themenblock an. Wir zeichnen das gesamte Kolloquium auf und wollen auch diese Veranstaltung wieder dokumentieren, wie die letzten Veranstaltungen auch. Alles, was Sie sagen, wird Ihnen dann noch einmal zur Autorisierung zugeschickt werden, so dass nichts veröffentlicht wird, was Sie so nicht gesagt haben wollen.

Prof. Dr. Joachim Merz

Unser Thema heute früh ist die Haushaltsproduktion im Rahmen der Armuts- und Reichtumsberichterstattung, und wir werden sicher diskutieren, inwieweit sie eine Berechtigung hat, dort ein Baustein, ein wesentlicher Baustein vielleicht, zu sein. Lassen Sie mich mit ein paar Stichworten zu diesem Thema beginnen.

Die besondere Bedeutung der Haushaltsproduktion liegt in vielen Bereichen. Einmal ist es der besondere Beitrag von Frauen zur wirtschaftlichen Leistung eines Landes – Sie kennen noch die Studie von Hilzenbecher⁵¹ mit 40 bis 60 Prozent des Bruttosozialprodukts als Leistung in der Haushaltsproduktion. Es ist die bezahlte und unbezahlte Arbeit, die das Arbeitsspektrum insgesamt ausmacht, es ist das Thema formelle und informelle Ökonomie mit dem legalen Bereich der Schattenwirtschaft, es ist das Thema der Produktion des Marktes für die Haushaltsproduktion, nämlich als eines der Inputs, die Güter und die eigene Zeit zur Produktion der letztlich im Haushalt verwendeten Produkte. Ganze Wirtschaftszweige könnten nicht existieren, wenn nicht im Haushalt produziert würde. Ich denke da z. B. auch an den Do-it-yourself Bereich: ein OBI, ein Toom-Baumarkt könnte gar nicht existieren, wenn nicht im Haushalt so vieles produziert würde.

Nicht umsonst ist deshalb auch der Nobelpreis seinerzeit an Gary Becker gegangen, der in den 60er Jahren mit Gronau und anderen die Haushaltsproduktion thematisiert hat, indem nämlich in dem Nutzen-Modell der Mikroökonomie nicht die Gütermengen selbst das Objekt der Begierde und der Befriedigung sind, sondern die mit den Gütern produzierten ZGüter, also das, was man damit machen kann. Der schön renovierte Raum, das ist die Fläche, es ist die Kindererziehung im weitesten Sinne, die Produktion und die Güter, die dort produziert werden, sind eigentlich die Dinge, die uns

⁵¹ Hilzenbecher, M. (1986), Die (schattenwirtschaftliche) Wertschöpfung der Hausarbeit, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 201/2, 107-30

letztendlich wichtig erscheinen, die wir dann auch mit Nutzen bewerten – so die Erweiterung in der Mikroökonomie.

Dieses Thema ist eng verknüpft nicht nur mit den Gütern, sondern mit dem Zeitaspekt, um etwas zu produzieren, und da erlauben Sie mir schon jetzt zwei kurze Hinweise auf die Bedeutung auch von Zeit in Bezug auf die Verteilung von Reichtum, Armut, von Einkommen – “extended income“, erweitertes Einkommen, das, was im Haushalt produziert wird an ökonomischen Gütern, die vielleicht im Sinne von Hawrylyshyn mit dem Drittpersonenkriterium auch von anderen produziert werden könnten. Es ist der Aspekt der Zeit. Die International Association for Research in Income and Wealth, also die, die sich mit der Einkommens- und Vermögensverteilung besonders befassen, wird im nächsten Jahr eine Session über “Time Use and Inequality“ in Cork durchführen. Sie sehen also, dass dort auch dieses Thema direkt mit der Verteilung von Ressourcen verbunden ist. Damit wird es auch neue Möglichkeiten oder Wege geben, neue Datenquellen für Wohlfahrtsanalysen anzupapfen und sie zu verwenden, wie z. B. die neue Zeitbudgetumfrage des Statistischen Bundesamtes.

Sie sehen, ein weites Spektrum, das mit der Haushaltsproduktion verbunden ist, die in weit mehr Richtungen geht als ich hier nur skizzieren konnte, so dass es mir leicht fällt, von der Bedeutung der Haushaltsproduktion zu sprechen. Aber die besonderen Themen heute werden Herr Piorkowsky aus der Universität Bonn und Frau Ketschau aus der Fachhochschule Münster uns näher bringen, und ich denke auch, dass wir es wie gestern machen: beide hintereinander, jeweils zwanzig Minuten, und dann können wir das ganze Spektrum diskussionsmäßig aufarbeiten.

Impulsreferat 1

Prof. Dr. Michael-Burkhard Piorkowsky, Universität Bonn

Herzlichen Dank Herr Merz, für die einleitenden Worte. Lassen Sie mich zunächst kurz an das anschließen, was Sie einleitend gesagt haben: Ich würde noch weiter gehen und nicht nur sagen, einzelne Wirtschaftszweige könnten nicht existieren ohne Haushaltsproduktion, sondern die ganze Wirtschaft, die ganze Gesellschaft könnte nicht existieren ohne Haushaltsproduktion. Darin liegt sicherlich auch die tiefere Bedeutung dieses Themas.

Ich habe meinen Vortrag in zwei Punkte gegliedert: Ich will Ihnen zunächst einige theoretische Grundlagen zur Haushaltsproduktion vermitteln und dann auf Implikationen für die Armutsprävention und -intervention eingehen.

Private Haushaltsproduktion, Haushaltsführungskompetenzen und Armutsprävention

Einführung

Obwohl die Tatsache der Haushaltsproduktion als „operatives Element zwischen Ressourcen und Lebensstandard“ – wie es in der Ankündigung zu diesem 2. Wissenschaftlichen Kolloquium zur Weiterentwicklung der Armuts- und Reichtumsberichterstattung heißt – evident ist, hat der Haushaltsproduktionsansatz in der Armutsforschung und Armutsprävention bisher ein Schattendasein geführt. Dass es sich bei diesem operativen Element und einer darauf Bezug nehmenden Erklärung und Intervention im Zusammenhang mit Armut nicht um eine Trivialität handelt, kann mit dem Hinweis auf Arbeiten der beiden Ökonomie-Nobelpreisträger Gary S. Becker und Amartya K. Sen klargestellt werden.

Tatsächlich kann der Haushaltsproduktionsansatz zum einen als theoretisches Bindeglied zwischen dem Ressourcenansatz einerseits und dem Lebenslagen- bzw. Lebensstandardansatz andererseits zur Aufhellung von Verarmungsprozessen sowie Armutsverläufen und deren Überwindung herangezogen werden; zum anderen bietet er ein praktikables Konzept der sozioökonomischen Prävention. In dem Impulsreferat werden einige theoretische Grundlagen dargestellt und ein Überblick über Maßnahmen im Rahmen des Armutspräventionsprogramms der Bundesregierung gegeben. Einige dieser Maßnahmen können als Praxistest der theoretischen Implikationen des Haushaltsproduktionsansatzes gewertet werden.

1. Theoretische Grundlagen des Haushaltsproduktionsansatzes

Der Haushaltsproduktionsansatz versteht Privathaushalte als basale Organisationseinheiten von Individuen und Primärgruppen und betrachtet sie als *Akteure*. Für die Gestaltung ihrer Lebensbedingungen streben die Haushalte, d. h. die Haushaltsmitglieder, einen Lebensstandard an und setzen Ressourcen ein. Dieser Prozess wird als Haushaltsproduktion bezeichnet.

Diese Sichtweise erscheint mir als so selbstverständlich, dass zunächst nicht das Konzept der Haushaltsproduktion, sondern die unzureichende Berücksichtigung in der Armutsforschung erklärungsbedürftig ist. Für die *ökonomisch fundierte Armutsforschung* lassen sich zwei Hauptgründe anführen: zum einen die reduzierte Modellierung des Haushalts in der mikroökonomischen Theorie und zum anderen die Probleme der Messung nicht monetärer Größen.

(1) Zur Theorie: In der traditionellen mikroökonomischen Theorie wird modellgemäß unterstellt, dass die Nutzenstiftung der Konsumenten bereits mit der Marktentnahme der Konsumgüter eintritt. Vor- und nachbereitende Haushaltsprozesse werden nicht

betrachtet, weil die Mikroökonomik im Grunde Marktökonomik ist, d. h. die Funktion von Märkten erklären will. Hinsichtlich der Kaufentscheidung und Güterverwendung der Haushalte wird Markttransparenz, Sachkompetenz und Rationalverhalten unterstellt⁵². Diese Annahmen sind bei der Festlegung von Regelsätzen in der Sozialhilfe übernommen worden⁵³ – vermutlich teils aus Ehrfurcht vor der ökonomischen Theorie, teils aus Überzeugung, dass eine kluge Haushaltsführung durch die Hausfrau eine Selbstverständlichkeit ist.

(2) Zum Messproblem: Ökonomen wie Irving Fisher⁵⁴ und Richard Hauser⁵⁵ haben zwar gesehen – und geschrieben –, dass monetäres Einkommen lediglich eine Vorstufe und nur eines der Mittel für die Generierung des letztendlichen psychischen Einkommens durch Güternutzungen, nämlich Bedürfnisbefriedigung, darstellt. Aber sie verweisen auch auf die Messprobleme, und zwar nicht nur der mentalen Effekte, sondern auch der handfesteren Eigenproduktion, also der selbsterstellten Haushaltsgüter. Die Messung des monetären Einkommens erscheint dagegen vergleichsweise unproblematisch – was tatsächlich nicht zutrifft.

Beide Gründe spielen auch in der *soziologischen Armutsforschung* eine Rolle. Sie werden aber zusätzlich durch eigene Forschungsparadigmen überlagert, wie das im Lebenslagenansatz und im Lebensstandardansatz zum Ausdruck kommt. Insbesondere für die Ableitung sozialer Indikatoren zur Eingrenzung der Armutspopulation scheint sich die Haushaltsproduktion nicht zu eignen. Es finden sich aber auch Aussagen von Lebenslagen- bzw. Lebensstandardforschern, die erkennen lassen, dass sie die Rolle der Haushaltsproduktion als Bindeglied zwischen Ressourcen und Lebenslage bzw. Lebensstandard durchaus sehen oder zumindest erahnen.

Wolfgang Voges hat in seinem Impulsreferat auf dem 1. Wissenschaftlichen Kolloquium zur Weiterentwicklung der Armut- und Reichtumsberichterstattung klargestellt: „Im Mittelpunkt des Lebenslagenkonzepts stehen nicht ausschließlich die verfügbaren Ressourcen, die ein bestimmtes Versorgungsniveau ermöglichen, sondern zugleich der Handlungsspielraum, der sich Personen aufgrund dieser Versorgungslage

⁵² Vgl. z. B. Stobbe, A.: Volkswirtschaftslehre II. Mikroökonomische Theorie. Berlin, Heidelberg 1983, S. 72; dazu Hauser, R.: Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung. In: Statistisches Bundesamt (Hg.): Wohlfahrtsmessung – Aufgabe der Statistik im gesellschaftlichen Wandel. Beiträge zum wissenschaftlichen Kolloquium am 16./17. November 1995 in Wiesbaden. Band 29 der Schriftenreihe Forum Bundesstatistik. Wiesbaden 1996, S. 20

⁵³ Faik, J.: Äquivalenzskalen. Theoretische Erörterung, empirische Ermittlung und verteilungsbezogene Anwendung für die Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1995, S. 52

⁵⁴ Fisher, I.: Income. In: Encyclopaedia of the Social Science. Vol. 7. New York 1932, pp. 622-625

⁵⁵ Hauser, R.: Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung, a.a.O., S. 22-23

eröffnet oder eben verschließt“⁵⁶. Und Hans-Jürgen Andreß hat z. B. in dem Gutachten über *Armut und Lebensstandard* die Frage gestellt: „Was besagt aber beispielsweise die Zustimmung zu der Aussage, man hätte im Durchschnitt jeden Tag eine warme Mahlzeit, über die Qualität dieser Mahlzeit?“⁵⁷.

Betrachten wir also nun die Haushaltsproduktion näher, und zwar nicht lediglich als operatives *Element*, sondern als *System*, das zwischen Ressourcen und Lebenslagen bzw. Lebensstandard vermittelt.

Zunächst sei an ein Konzept angeknüpft, das als *Haushaltsproduktion im engeren Sinn* bezeichnet werden kann und die *täglichen Haushaltsarbeiten* hervorhebt, die hier bei uns außerhalb der Haushaltswissenschaft vor allem von und mit Wolfgang Glatzer soziologisch ausgeleuchtet worden sind⁵⁸. Dazu gehören die Folgenden: Einkaufen, Mahlzeiten zubereiten, Wohnung sauber halten, Fenster putzen, Bettwäsche waschen, Wasserhahn reparieren, PKW-Reparatur, Wohnung tapezieren, Gebrauchsgegenstände herstellen, Hilfsbedürftige betreuen.

Aus der Haushaltswissenschaft ist von Maria Thiele-Wittig unter dem Begriff der *Neuen Hausarbeit*⁵⁹ insbesondere die zunehmende Bedeutung der Informationsverarbeitung in die Diskussion gebracht worden. Neue Hausarbeit ist danach vor allem Informationsbeschaffung und Organisation der vielfältigen Schnittstellen zwischen Haushalt und sozioökonomischer Umwelt, z. B. im Hinblick auf die Gewinnung von Sachkompetenz zur Beurteilung von Produkten, zur Synchronisation von Öffnungs- und Nutzungszeiten externer Angebote und zum Umgang mit Behörden bis hin zur Vorbereitung bzw. Erstellung der Steuererklärung.

⁵⁶ Voges, W.: Lebenslagenkonzept – Lebensstandardansatz: Konkurrierende oder komplementäre Konzepte? Impulsreferat 2. In: Lebenslagen, Indikatoren, Evaluation – Weiterentwicklung der Armuts- und Reichtumsberichterstattung. 1. Wissenschaftliches Kolloquium am 30. und 31. Oktober 2002 im Wissenschaftszentrum Bonn. Veranstaltung des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung. Durchführung und Dokumentation: Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG). Redaktionelle Bearbeitung: Dr. Dietrich Engels, Katrin Ridder. Hg. vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung. Bonn, Juli 2003, S. 21-38, hier S. 22

⁵⁷ Andreß, H.-J.; Lipsmeier, G.: Armut und Lebensstandard. Gutachten im Rahmen der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung. Bielefeld, September 2000. Hg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Bonn, Oktober 2001, S. 19

⁵⁸ Glatzer, W.; Zapf, W. (Hg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Frankfurt/Main 1984; Glatzer, W.; Berger-Schmidt, B. (Hg.): Haushaltsproduktion und Netzwerkhilfe. Die alltäglichen Leistungen der Familien und Haushalte. Frankfurt/Main 1986

⁵⁹ Thiele-Wittig, M.: ... der Haushalt ist fast immer betroffen – „Neue Hausarbeit“ als Folge des Wandels der Lebensbedingungen. In: Hauswirtschaft und Wissenschaft, 35. Jg., 1998, S. 119-127

Haushaltsproduktion kann aber auch in einem *sehr weiten Sinn* verstanden werden. Grundlegend dafür sind die Arbeiten von Gary S. Becker. In *A Treatise on the Family* schreibt er: "I have been assuming that time and goods directly provide utility, yet a more intuitive and useful assumption is that time and goods are inputs into the production of 'commodities', which directly provide utility. These commodities cannot be purchased at the marketplace but are produced as well as consumed by households using market purchases, own time, and various environmental inputs. These commodities include children, prestige, esteem, health, altruism, envy, and pleasure of the senses ..."⁶⁰. Heinz Galler und Notburga Ott haben dieses weite Verständnis der Haushaltsproduktion sehr anschaulich dargestellt (vgl. die Abbildung auf der folgenden Seite)⁶¹.

Haushaltsproduktion in diesem weiten Sinn ist die *Transformation* von humanen, materiellen und sozialen Ressourcen in den *Teilprozessen* (1.) Reallokation von Vermögen, (2.) Einkommensentstehung einschließlich Haushaltsarbeit, also monetäres plus naturales Einkommen, (3.) Einkommensumverteilung innerhalb des Haushalts, (4.) Einkommensverwendung und (5.) Bedürfnisbefriedigung mit dem *Ergebnis* einer Lebenslage und deren Wahrnehmung.

An diesem Verständnis und Modell der Haushaltsproduktion wird in besonders guter Weise klar, was mit dem Anspruch der Bindegliedfunktion zwischen Ressourcen- und Lebenslagen- bzw. Lebensstandardansatz gemeint ist. Zugleich wird deutlich, dass die Unterscheidung zwischen Ressourcen und Verhaltensresultaten nicht immer trennscharf ist, worauf Hans-Jürgen Andreß in dem bereits zitierten Gutachten hingewiesen hat⁶². Auch nach dem Lebenslagenkonzept ist eine Lebenslage – so Wolfgang Voges – „... gleichermaßen die Ursache und Folge der Verfügbarkeit und Nutzung von materiellen und immateriellen Gütern“⁶³. Dies gilt nach verhaltenswissenschaftlichen Erkenntnissen aber ebenfalls für den Lebensstandard: Bedürfnisse, Motive und Einstellungen sind sowohl Ressourcen, d. h. treibende bzw. steuernde Kräfte, als auch (Rückkoppelungs-)Ergebnisse des Verhaltens der Haushaltsmitglieder.

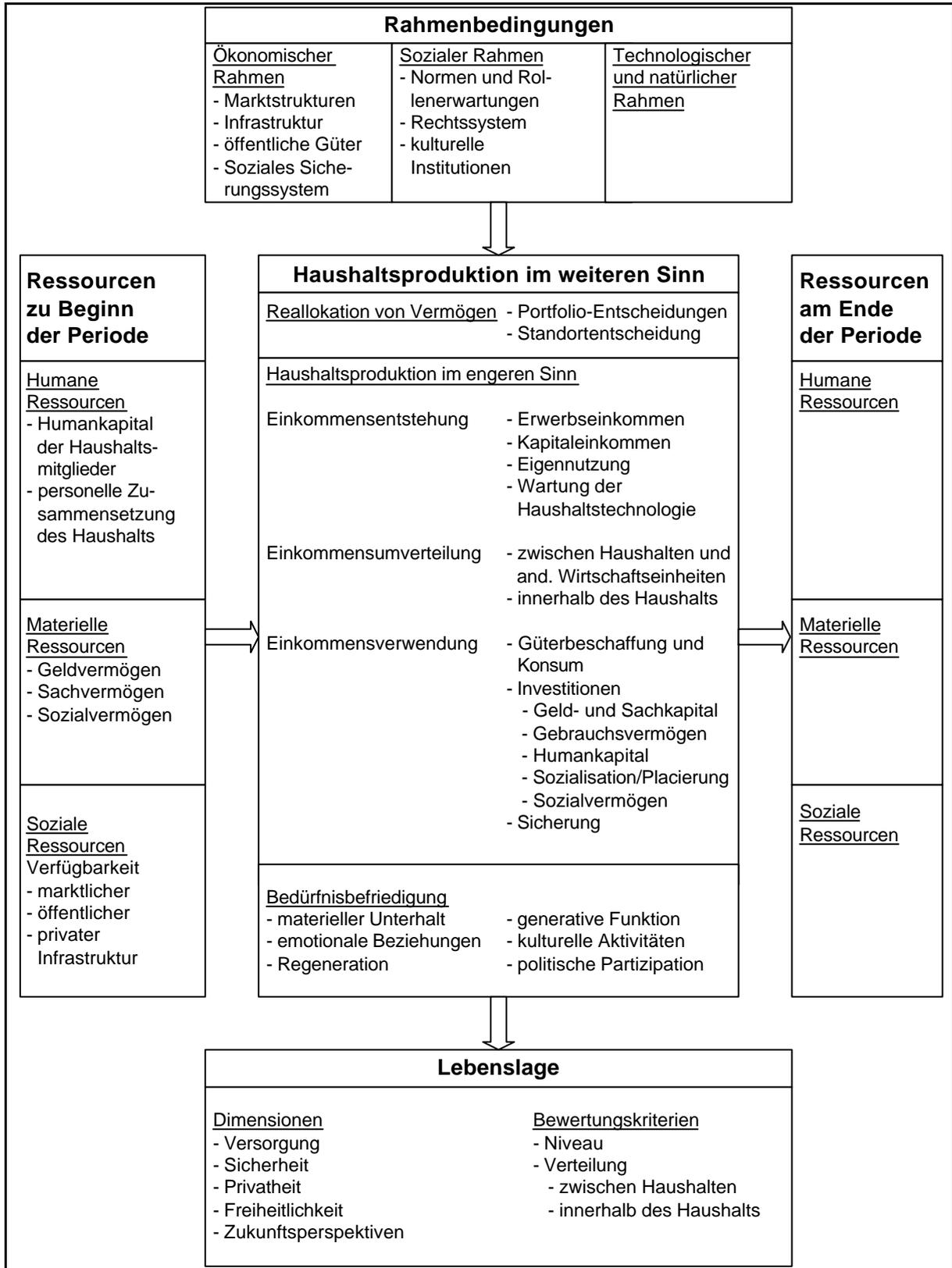
⁶⁰ Becker, G. S.: *A Treatise on the Family*. Cambridge, Mass., London 1981, pp. 7-8

⁶¹ Galler, H. P.; Ott, N.: *Empirische Haushaltsforschung. Erhebungskonzepte und Analyseansätze angesichts neuer Lebensformen*. Reihe Stiftung Der Private Haushalt. Bd. 16. Frankfurt/Main 1993, S. 20

⁶² Vgl. Andreß, H. -J.; Lipsmeier, G.: *Armut und Lebensstandard*, a.a.O., S. 18, Fußnote 3

⁶³ Voges, W.: *Lebenslagenkonzept – Lebensstandardansatz: Konkurrierende oder komplementäre Konzepte?* Impulsreferat 2, a.a.O., S. 24

Abbildung 1: Grundmodell der Haushaltsproduktion von Galler und Ott



Quelle: Galler, H. P.; Ott, N.: Empirische Haushaltsforschung. Frankfurt/Main 1993, S. 20

Der Haushaltsproduktionsprozess muss folglich als ein kontinuierlicher Prozess verstanden werden, in dessen Verlauf sowohl Bedürfnisse in Haushaltsziele („Lebensstandards“) als auch sonstige materielle und immaterielle Inputs in bedürfnisbefriedigende Haushaltsprodukte transformiert werden, die genau genommen lediglich Zwischenprodukte darstellen und als Ressourcen in diesem Spiralprozess fungieren, solange der Haushalt existiert.

Es ist noch zu betonen, dass der Haushaltsproduktionsprozess teils komplementären, teils substitutiven Charakter in Bezug auf die Geldbeschaffung durch Erwerbsarbeit bzw. durch Realisierung von Transferansprüchen hat. Dies gilt für engere und weitere Definitionen von Haushaltsproduktion, insbesondere auch für eine mittlere Variante, die folgende drei Komponenten beinhaltet: (1) Haushaltsmanagement, (2) Beschaffung von Marktgütern und (3) Endkombination einschließlich der Nutzung kollektiver und öffentlicher Güter⁶⁴. Das sei kurz erläutert: Ohne physiologische Grundversorgung sind weder weitergehende Haushaltsaktivitäten noch eine Erwerbsarbeit möglich. Und ohne ein Minimum an Kompetenzen für den Umgang mit Geld und die Beschaffung von Marktgütern ist der Spielraum für die Verwendung des monetären Einkommens zusätzlich eingeschränkt. Bei Niedrigeinkommen ist dies naturgemäß besonders problematisch. Mit wachsenden Erwerbschancen und zunehmendem Erwerbseinkommen öffnet sich ein Substitutionskorridor, für dessen Ausschöpfung weitergehende Kompetenzen hilfreich sind⁶⁵.

2. Implikationen für Intervention und Armutsprävention

Theoretisch ist es also klar und auch alltagspraktisch evident, dass die Bewältigung des oben beschriebenen Transformationsprozesses von Ressourcen in die angestrebte Lebenslage nicht nur monetäre Mittel, sondern auch mentale und manuelle Fähigkeiten erfordert. Was liegt also näher, als solche Kompetenzen zu fördern, insbesondere wenn hier Defizite bestehen. Theoretisch begründet haben

⁶⁴ Vgl. dazu Piorkowsky, M.-B.: Haushaltsproduktion in einzelwirtschaftlicher Sicht. In: Das Wirtschaftsstudium, 14. Jg., 1985, S. 587-593; ders.: Haushaltsproduktion in gesamtwirtschaftlicher Sicht. In: Das Wirtschaftsstudium, 15. Jg., 1986, S. 440-445; Zapf, W.: Welfare production: Public versus private. In: Social Indicators Research, Vol. 14, 1984, pp. 263-274

⁶⁵ Vgl. dazu die Modellrechnung bei Seel, B; Hartmeier, E.: Wohlfahrtsgerechte Einkommen und Minimumstandards – der Beitrag des Standardmodells. In: Hauswirtschaft und Wissenschaft, 27. Jg., 1990, S. 237-247; dazu Klein, T.; Merz, J.; Wolff, K.: Poverty, secondary occupation and household production. Empirical evidence for the Federal Republic of Germany. Working Paper No. 214. Sonderforschungsbereich 3. Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik. J. W. Goethe-Universität Frankfurt und Universität Mannheim. September 1986

solche Maßnahmen vor allem Gary S. Becker⁶⁶ und Amartya K. Sen⁶⁷. In der Sprache der Ökonomie handelt es sich dabei um Investitionen in Humankapital.

Neben der Theorie kann auf historische Vorbilder verwiesen werden, insbesondere auf die hauswirtschaftliche Ausbildung armer Mädchen und Frauen in Schulen und Betrieben am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts⁶⁸. Und wie aktuelle Erhebungen zur finanz- und hauswirtschaftlichen Allgemeinbildung sowie zu Verarmungsursachen belegen, ist die Grundidee der Armutsprävention durch Stärkung von Kompetenzen in der Haushaltsführung keineswegs überholt, denn es mangelt vielfach nicht nur an Geld, sondern auch an eben diesen Kompetenzen⁶⁹. Die Vermittlung von Haushaltsführungskompetenzen bietet sich folglich auch gegenwärtig als ein Mittel der Armutsprävention und Intervention an⁷⁰.

Dieser Ansatz ist im Armutspräventionsprogramm der Bundesregierung aufgegriffen worden. In der 14. Legislaturperiode wurde es – parallel zur Armut- und Reichtumsberichterstattung – beschlossen und in der Ressortzuständigkeit des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in sechs Programmpunkten konkretisiert und umgesetzt.

⁶⁶ Becker, G. S.: Human Capital. A Theoretical and Empirical Analysis, with Special Reference to Education. Third Edition. Chicago, London 1993

⁶⁷ Sen, A. K.: Commodities and Capabilities. Amsterdam, New York, Oxford 1995

⁶⁸ Vgl. dazu Tornieporth, G.: Studien zur Frauenbildung. Ein Beitrag zur historischen Analyse lebensweltorientierter Bildungskonzeptionen. Weinheim, Basel 1979, insbes. S. 87-174

⁶⁹ Vgl. z. B. Korczak, D.; Pfefferkorn, G.: Forschungsvorhaben zur „Überschuldungssituation und Schuldnerberatung in der Bundesrepublik Deutschland“ im Auftrag des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit und des Bundesministeriums der Justiz. Abschlussbericht. München, August 1990; Reifner, U.: Finanzielle Allgemeinbildung. Bildung als Mittel der Armutsprävention in der Kreditgesellschaft. Projektabschlussbericht zur ersten Phase des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützten Projekts. Institut für Finanzdienstleistungen e. V., Hamburg, 22.10.2001; Steinel, M.; Skaletzki, C.: Hauswirtschaftliches Wissen der Bevölkerung im Freistaat Sachsen. In: Hauswirtschaft und Wissenschaft, 49. Jg., 2001, S. 71-76

⁷⁰ Ketschau, I.: Armut in Familien – hauswirtschaftliche und hausaltswissenschaftliche Aspekte; Piorkowsky, M.-B.: Verarmungsgründe und Ansätze der Armutsprävention bei Privathaushalten. In: Lebenslagen von Familien und Kindern. Dokumentation von Expertisen und Berichten, die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen der Erstellung des Ersten Armut- und Reichtumsberichts der Bundesregierung erarbeitet wurden. Hg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Materialien zur Familienpolitik. Nr. 11. Berlin 2001

Das *Armutspräventionsprogramm* umfasst die folgenden Programmteile⁷¹:

- Grundlagenforschung – zu prekären Lebenslagen von Familien und deren Bewältigung;
- Aktionsforschung – zu Versorgungsstrategien von Privathaushalten in prekären Lebenslagen, zu den wirtschaftlichen Folgen von Trennung und Scheidung sowie zur finanziellen Allgemeinbildung der Bevölkerung;
- Konzertierte Aktion der Verbände – durch Angebote der Bildung und Beratung sowie durch zugehende Maßnahmen zur Stärkung der Haushaltsführungs-kompetenzen;
- Impulse der Familienbildung – durch Entwicklung von Materialien und Durchführung von Workshops für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der wirtschaftlichen Bildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene;
- Dialog zwischen den Verbänden der Schuldnerberatung und Wirtschaftsverbänden – insbesondere mit den Verbänden der Kredit- und Versicherungswirtschaft sowie des Versandhandels und der Inkassounternehmen;
- Profile kommunaler Handlungsfelder der Armutsprävention – insbesondere durch Kommunale Runde Tische sowie Kontextmaßnahmen im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“.

Ein Schwerpunkt des Maßnahmenpakets sind *praxisorientierte Bildungsprojekte* zur Armutsprävention. Die in der 14. Legislaturperiode durchgeführten Projekte lassen sich zu drei Hauptgruppen zusammenfassen:

- öffentliche Kursangebote zur Haushaltsführung und zur hauswirtschaftlichen Berufsvorbereitung;
- integrierte Haushaltsführungskurse, die in Maßnahmen der Beschäftigungsförderung und des betreuten Wohnens in Mutter-Kind-Heimen eingebettet waren;
- zugehende Unterstützung in der Haushaltsführung im Rahmen von Familienpflegeeinsätzen.

⁷¹ Vgl. dazu Piorkowsky, M.-B.: Systematische Armutsprävention durch haushalts- und familienbezogene Forschung, Entwicklung, Bildung und Beratung. In: Armutsprävention – Aufgabe und Ergebnis aktivierender Gesellschaftspolitik. Dokumentation der Fachtagung der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft vom 30.09. bis 02.10.2002 in Berlin. Schriftenreihe Konzepte und Modelle zur Armutsprävention – Materialien. Bd. 4. Hg. von der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft. Aachen, Bonn 2003, S. 21-27

Die *Kursangebote* waren an einem Grundprogramm orientiert, das folgende Themen vorsieht⁷²:

- Finanzmanagement und Budgetverwaltung
- Kommunikation und Entscheidungsfindung in der Familie
- Zeitmanagement und Arbeitsorganisation
- Ernährung, Nahrungszubereitung und Gesundheit
- Einkauf und Verbraucherrecht
- Sozialkompetenzen und Umgang mit Behörden
- Hauswirtschaft als Beruf

In den *Kursen* wurde eine gute Mischung von Praxis und systematischer Wissensvermittlung angestrebt. Im Rahmen der *Familienpflegeeinsätze* wurden die Kompetenzen nach dem Prinzip „learning by doing“ vermittelt. Das ist bekanntlich die beste Lernmethode.

Insgesamt konnten im Rahmen des Armutspräventionsprogramms unter den organisatorischen Dächern von 16 Verbänden auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene sowie in Kooperation von Kommunen und Verbänden an mehr als 50 Standorten in fast 100 Kursen, Kursreihen und Einsatzorten der Familienhilfe Personen bzw. Familien gefördert werden⁷³. Einige der Teilnehmenden hatten erstmals seit vielen Jahren wieder einen Lernerfolg. Es zeigte sich vielfach, dass nicht nur die Kompetenzen in der Haushaltsführung, sondern generell die Bildungs-, Sozial- und Erwerbskompetenzen zunahmen. Folglich kann eine „positive Humankapitalspirale“⁷⁴ in Gang gesetzt werden, die den Geförderten insgesamt neue Lebensperspektiven eröffnet.

⁷² Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft (Hg.): Kursbuch zur Armutsprävention und Milderung defizitärer Lebenslagen durch Stärkung von Haushaltsführungskompetenzen. Aachen, Bonn 2002

⁷³ Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft (Hg.): Konzertierte Aktion zur Armutsprävention. Das erste Armutspräventionsprogramm der Bundesregierung. Evaluation von hauswirtschaftlichen Praxis- und Bildungsprojekten. Schriftenreihe Konzepte und Modelle zur Armutsprävention – Materialien. Bd. 5. Aachen, Bonn 2004

⁷⁴ Vgl. dazu Fleischmann, G.: Zur Produktionstheorie des Haushalts: Neuer Handlungsspielraum durch Eigenarbeit. In: Nutzinger, H. G. (Hg.): Konsum und Produktion. Neuere Entwicklungen im Verbraucherverhalten. Heidelberg 1983, S. 85-114

3. Ausblick

Der Haushaltsproduktionsansatz zeigt seine Leistungsfähigkeit gegenwärtig vor allem im Zusammenhang mit der Beschreibung und Erklärung von Armut und Verarmungsverläufen sowie bei der Konzeption von Bildungsmaßnahmen zur Armutsprävention und Intervention. Eine Weiterentwicklung ist vor allem durch Fortschritte in der quantifizierenden Analyse der humanen Ressourcen und der Ergebnisse der Haushaltsproduktionsprozesse zu erhoffen.

Prof. Dr. Joachim Merz

Vielen Dank. Wir haben gleich noch ausreichend Zeit zur Diskussion, so dass Sie das eine oder andere, das aus Zeitgründen nicht zur Sprache gebracht werden konnte, noch einbringen können. Frau Kettschau bitte.

Impulsreferat 2

Prof. Dr. Irmhild Kettschau, Fachhochschule Münster

1. Einleitung

Obwohl Plausibilität und Lebenserfahrung dafür sprechen, dass Haushaltsführungs-kompetenzen eine wesentliche Grundlage und Voraussetzung einer gelingenden Haushaltsproduktion und damit privaten Lebensgestaltung sind, findet dieser Zusammenhang in der armutsbezogenen Forschung und Politik noch (zu) wenig Beachtung.

Stärkere Aufmerksamkeit genießt demgegenüber der Zusammenhang von defizitären allgemeinen und beruflichen Bildungsprozessen und Verarmungsgefahren, etwa durch mangelnde Passung der beruflichen Kompetenzen im engeren und weiteren Sinn mit den Anforderungen des Arbeitsmarktes. Hier finden nach wie vor vielfältige Nachqualifizierungs- und Förderprogramme ihre Ansatzpunkte, so zum Beispiel die Förderung beruflich benachteiligter Jugendlicher. Über 3 Mrd. DM hat beispielsweise die Bundesanstalt für Arbeit im Jahr 2001 für die berufliche Qualifizierung Benachteiligter ausgegeben (BMBF 2002, S.17).

Leider besteht in unserem Bildungssystem bis heute die Situation, dass Haushaltsführungs-kompetenzen kaum ein sporadischer und fast nie ein systematischer Gegenstand von Bildungsprozessen sind. Wirksam ist wohl immer noch die ungeschriebene Hypothese, nach der sich diese Dinge irgendwie von selbst regeln, wohl vor allem im Rückgriff auf das allgemein-sozialisatorisch vermittelte weibliche Arbeitsvermögen. Ganz im Gegenteil kommen Bestrebungen, haushaltsbezogene Bildung in den Pflichtkanon der Schulen zu (re-)integrieren, auch heute noch schnell in den Verdacht, ein rückwärts gerichtetes Frauenbild zu unterstützen.

Hier ist man in mehrfacher Hinsicht auf einem Irrweg:

- Zum einen hat der schnelle Wandel der gesellschaftlicher Verhältnisse und damit der Anforderungen an Qualifikationen und Kompetenzen längst auch die Haushalte ergriffen und eine bloße Weitergabe von Haushaltsführungswissen als Erfahrungswissen von Generation zu Generation ist ebenso obsolet wie es dies beim Kfz-Mechaniker oder bei der Bankkauffrau auch wäre;
- zum anderen hat der traditionelle Geschlechtervertrag, nach dem Frauen für Haushalt und Familie sorgen und Männer im Erwerbsberuf die nötigen Geldmittel heranschaffen, längst ausgedient, wie auf vielfältige Weise deutlich wird. Was junge Frauen vielleicht immer noch eher mitbringen und mobilisieren können, ist ein allgemeines Gefühl der Verantwortung und Zuständigkeit für die Regelung des Privatlebens – auf der Wissens- und Könnensebene aber sind sie (ohne entsprechende systematische Bildungsprozesse) ebenso hilflos wie die jungen Männer auch.

Gehen wir also davon aus, dass der so wichtige private Lebensbereich mit seinen vielfältigen Aufgaben der Primärsozialisation, der Gesunderhaltung, der wirtschaftlichen Lebensführung, seinen bedeutsamen Aufgaben der Integration und des Leistungsaustausches zu umgebenden sozialen Netzen u. v. m. umfangreicher Kompetenzen zur erfolgreichen Bewältigung bedarf. Und dass diese Kompetenzen nicht naturwüchsig erworben, sondern in systematischen Bildungsprozessen vermittelt werden können und müssen.

Die Zielsetzung dieser Bildungsprozesse ist letztlich eine erfolgreiche Haushaltsproduktion, ein Beitrag zur persönlichen und gesellschaftlichen Lebensqualität und schließlich auch zur Armutsprävention.

Aber: was ist eine erfolgreiche Haushaltsproduktion? Was ist der Inhaltskanon der Haushaltsführungskompetenzen? Welche Qualifikationen und Kompetenzen können einen wirksamen Beitrag zur Armutsprävention leisten?

Die bestehenden fachlichen Zielsetzungen zur Bestimmung der Haushaltsführungskompetenzen gehen auf unterschiedliche wissenschaftliche Konzepte zurück. In der Folge werde ich einige Leitideen der Haushaltswissenschaft vorstellen und an ihnen nachprüfen, welche Zielvorstellungen hinsichtlich erforderlicher Haushaltsführungskompetenzen und eines Beitrages zur Armutsprävention sie bieten.

2. Leitbilder einer guten Haushaltsführung und Bezüge zur Armutsprävention

Zielpunkt haushaltswissenschaftlicher Betrachtungen ist die erreichte Lebensqualität, zu der die Nutzung der verfügbaren Ressourcen letztlich führen soll. Hier werden die aktiven Beiträge der Haushaltsangehörigen betont. „Die unterschiedlichen Fähigkeiten

der Individuen, verfügbare Ressourcen in einen entsprechenden Lebensstandard umzusetzen“ (Andreß 1999, S. 78) können auch bei sonst vergleichbaren Rahmenbedingungen zu einer qualitativ sehr unterschiedlichen Bedarfsdeckung führen. So ist die Eigentätigkeit der Haushaltsangehörigen (in kurz-, mittel- und langfristiger Perspektive) ein wichtiges Verbindungsstück zwischen gegebenen Rahmenbedingungen, bestehender persönlicher Lebenslage und resultierender Lebensqualität (Piorkowsky, 2001; Thiele-Wittig, 2003).

Es geht bei der Haushaltsführung, allgemein gesprochen, um die Bedarfsdeckung der Haushaltsangehörigen im persönlichen und gesellschaftlichen Kontext. So stehen Haushalte in einem Wechselverhältnis zur Gesellschaft; sie sind nicht nur Nutzer und Konsumenten, sondern zugleich auch Mitgestalter und Produzenten. Die Bestimmung des Optimalen, also die klare, eindeutige Zieldefinition, ist dabei nicht leicht. Hier fließen zahlreiche Faktoren auf den unterschiedlichsten Ebenen ein, nicht zuletzt auch Erfahrungen und subjektive Wertsetzungen der jeweils in Forschung, Lehre und politischer Umsetzung befassten Personen.

Ich möchte vier Positionen exemplarisch herausstellen:

1. Haushaltsführung mit Hilfe (natur-)wissenschaftlicher Erkenntnisse
2. Haushaltsführung als Nutzenmaximierung
3. Haushaltsführung in komplexen Bezügen und gesellschaftlicher Verantwortung
4. Haushaltsführung in subjektiver Sinnggebung

„Haushaltsführung mit Hilfe (natur-)wissenschaftlicher Erkenntnisse“

Die von einem naturwissenschaftlich-technischen Denken bestimmte Position formuliert Ziele einer optimalen Haushaltsführung unter Anwendung entsprechender fachlicher Erkenntnisse. Beispiele sind die Ernährungserziehung oder die rationelle Arbeitsplanung. Die Haushaltsangehörigen benötigen hierfür Kenntnisse und Fertigkeiten, um Arbeitsverfahren, Produktauswahl und Nahrungszubereitung bestmöglich zu gestalten. Neben dem verfügbaren Einkommen und dem Einsatz von Zeit sind für eine Haushaltsführung in diesem Sinn bestimmte Kompetenzen wichtig – beispielhaft zu nennen sind Warenkunde, Verfahrenstechniken, physiologische, ergonomische und hygienische Kenntnisse. Das Konzept einer (in diesem Sinn) wissenschaftsorientierten Haushaltsführung besitzt Tradition, auch in der Armutsprävention. So wurde z. B. im 18. Jahrhundert mit der so genannten „Rumfordschen Armensuppe“⁷⁵ versucht, ein

⁷⁵ Die „Rumfordsuppe“ wird benannt nach Benjamin Thomson, einem amerikanischen Physiker, der 1791 zum Grafen Rumford geadelt wurde. Die Suppe bestand ursprünglich

Maximum an Nährstoffen mit einem Minimum an Kosten in einer Rezeptur zu verwirklichen. Die zeitgenössischen Haushaltsführungslehren für die arme Bevölkerung gaben konkrete Anleitungen für eine (am damaligen Wissen orientierte) Arbeitsgestaltung und Ernährung unter Bedingungen finanzieller Knappheit. Auch heute gibt es entsprechende Forschungs- und Bildungsansätze; zum Beispiel mit der Fragestellung „gesund ernährt mit einem Einkommen auf Sozialhilfeniveau“.

Haushaltsführung mit Hilfe naturwissenschaftlicher Erkenntnisse

Wissenschaftliches Stichwort	Pädagogisches Stichwort	Verhaltensmaxime / Armutsprävention
Ernährungswissenschaft Arbeitswissenschaft Ursache-Wirkungs- Zusammenhang	Naturwissenschaftlich - technischer Unterricht	Gesund und „richtig“ essen, arbeiten usw.; Gesund ernährt, auch mit weniger Geld!

2. Kolloquium zur Armuts- und Reichtumsforschung
Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherheit
Rüdesheim 9.10.03

Fachhochschule
Münster University of
Applied Sciences



Empirische Untersuchungen bestätigen einen eklatanten Mangel an Haushaltsführungswissen (hier in den zentralen Bereichen Ernährung und wirtschaftliche Haushaltsführung) gerade in den armutsnahen oder von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen, allerdings auch eine Werte- und Verhaltensorientierung, die daran zweifeln lässt, dass eine bloße Wissensvermittlung bereits erfolgreich sein kann (vgl. Lehmkuhler; Leonhäuser 1998; Bödeker 1992).

aus Erbsen, Kartoffeln, Graupen, Weizenbrot und saurem Bier und wurde Insassen eines „Militärischen Arbeitshauses“, festgenommenen Bettlern und Obdachlosen als sättigende und wohlfeile Speise gegeben. Später wurde die Rezeptur noch durch „Gallerte aus Knochen“ ergänzt (vgl. <http://www.food-from-bavaria.de> sowie <http://www.lahrer-hinkender-bote.de>).

„Haushaltsführung als Nutzenmaximierung“

Haushaltsführung wird als Prozess der Bewirtschaftung knapper Mittel verstanden. Als Mittel gelten vor allem Zeit und Geldeinkommen. Grundfrage ist der Nutzen von Entscheidungen auf Haushaltsebene bzw. neuerdings auch für die einzelnen Individuen im Haushalt (Seel 1997). Ziel und Zweck ist letztlich, den Mitteleinsatz bei gleichem Output zu verringern oder mit gleichem Mitteleinsatz mehr Output zu erreichen (Wirtschaftlichkeitsprinzip). Gesellschaftliche Folgewirkungen des häuslichen Handelns stehen hier nicht im Mittelpunkt der Betrachtung. Als didaktisches Stichwort lässt sich dieser Position der rationale Konsument zuordnen, der durch Verbraucherinformationen in seinen Entscheidungen unterstützt wird und gezielt Methoden des Haushaltsmanagements einsetzt, um die Bedarfsdeckung zu optimieren. Politische Forderungen beziehen sich auf die Gestaltung der Marktbeziehungen bzw. die Verbraucherrechte.

Haushaltsführung als Nutzenmaximierung		
Wissenschaftliches Stichwort	Pädagogisches Stichwort	Verhaltensmaxime / Armutsprävention
Ökonomie, Markttransparenz, Konsumenten-souveränität	Verbraucherinformation, -erziehung, Haushaltsrechnungswesen	Der ökonomisch-rationale Verbraucher „Auskommen mit dem Einkommen“

2. Kolloquium zur Armuts- und Reichtumsforschung
Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherheit
Rüschheim 5.10.03

Fachhochschule
Münster University of
Applied Sciences



Für armutspräventive Ansätze werden beispielsweise Methoden des Haushaltsrechnungswesens bereitgestellt („Auskommen mit dem Einkommen!“ vgl. etwa Ax 1983). Im Kontext von Ver- und Überschuldung gehören die Haushaltsrechnungen zu den Methoden der ersten Wahl, um eine Sanierung der Haushaltsfinanzen einzuleiten. Allerdings zeigt sich hier, dass für eine langfristige Stabilisierung der Haushalte ganzheitliche Ansätze hinzukommen müssen (die sich auf so komplexe Fragen beziehen

wie Einstellungen und Wertorientierungen, Lebensziele, Kommunikationsformen, Rollen, work-life-balance).

„Haushaltsführung in komplexen Bezügen und gesellschaftlicher Verantwortung“

Haushaltsführung dient der Lebenserhaltung, Persönlichkeitsentfaltung und Kultur des Zusammenlebens in individueller, haushälterischer und gesellschaftlicher Verantwortung. Sie wird als aktiver Prozess der alltäglichen Lebensgestaltung verstanden.

Haushaltsführung in komplexen Bezügen und gesellschaftlicher Verantwortung		
Wissenschaftliche Stichworte	Pädagogische Stichworte	Verhaltensmaxime / Armutsprävention
Sozioökonomie Anthropologie Ökologie Bedarfsreflexion Gesellschaftlicher Kontext	Daseinskompetenzen Haushaltsführungs- kompetenzen	Lebensqualität und Kultur des Zusammenlebens Haushaltsanalysen, Aufzeigen von Handlungsalternativen

2. Kolloquium zur Armuts- und Reichtumsforschung
 Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherheit
 Rostock am 9.10.03

Fachhochschule
 Münster University of
 Applied Sciences


Als Mittel gelten neben der Zeit und dem Einkommen auch die Kompetenzen der Haushaltsangehörigen. Bedingungen, Folge- und Wechselwirkungen des haushälterischen Handelns zur gesellschaftlicher Ebene werden stark beachtet (beispielhaft formuliert von Thiele-Wittig, 1996) – man setzt sich für eine Gestaltung der gesellschaftlichen Bedingungen ein, die es dem Haushalt erst ermöglichen, seine verantwortungsvolle Rolle zu spielen. Didaktische Stichworte sind die Daseins- oder Haushaltsführungskompetenzen, die durch eine umfassende haushaltsbezogene Erziehung und Bildung (auf allen Stufen des Bildungssystems) erreicht werden sollen. Die Grundlegung des Konzeptes der Daseinskompetenzen leistete der Fünfte Familienbericht der Bundesregierung 1994: Der Grundgedanke ist, dass Menschen Kompetenzen zur gesamten Lebensbewältigung brauchen, also sowohl für ihre beruflichen Aufgaben, als auch für eine sinnvolle Gestaltung des privaten Lebens. Zielrichtung und Zuschnitt

beziehen diese Daseinskompetenzen aus den komplexen und spannungsreichen Aufgaben des modernen Lebens: der Gestaltung der Partnerschaft und familialen Netzwerke, der Entscheidungen in einer Vielfalt von Optionen und Risiken und schließlich der Balance „zwischen Anpassung an die Verhältnisse und Gestaltung der Verhältnisse“ (ebd.). Eine bildungspolitische Umsetzung fordert aktuell die Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft (dgh, 2001, 2003). Ein weiteres innovatives Konzept, bereits mit dem Anwendungszusammenhang zur Armutsprävention erstellt, ist das Konzept „Neue Hauswirtschaft“ von Piorkowsky. Hierbei geht es um die „Vermittlung von Orientierungs- und Instrumentalwissen zur Lebensgestaltung in Privathaushalten“, wobei als wichtige Lernziele „vor allem die Gewinnung von Erkenntnis und Übernahme von Verantwortung“ formuliert sind (Piorkowsky 2002, S. 40 f.).

Gemeinsam ist diesen Ansätzen, dass weniger handwerkliche Fähigkeiten und Fertigkeiten der Haushaltsführung im Vordergrund stehen, als vielmehr Orientierungs- und Entscheidungsfähigkeiten in komplexen Zusammenhängen. Für die Armutsprävention ergibt sich hier der Anspruch, Lehr-/Lernarrangements mit einem konzeptionell begründeten curricularen Aufbau zu schaffen und nicht vereinzelt Teilfertigkeiten unverbunden, additiv nebeneinander zu stellen.

„Haushaltsführung in subjektiver Sinnggebung“

Das Subjektorientierte Leitbild knüpft auf der gesellschaftlichen Ebene an der Individualisierung und Pluralisierung unserer Lebensstile an. Hieraus leitet sich eine für die einzelnen Menschen unterschiedliche Bedeutung von Haushaltssituationen und -zielen ab. Handlungsoptionen und -interessen ergeben sich aus der persönlichen Lebens- und Sinngeschichte und den komplexen Bedingungen des individuellen Alltags.

In didaktischer Perspektive ist das Ziel die Befähigung der Menschen zu einer selbst bestimmten, reflektierten und eigenverantwortlichen Lebensgestaltung und Haushaltsführung (Methfessel 2003; Heindl 2003). Stärker als bei den anderen Positionen kommen hierbei die „eigene Rationalität“, der „Eigen-Sinn“ von Handlungsmustern zum Tragen. Alternativen und Kriterien zu ihrer Bewertung („bessere“ Lösungen) sollen aus dem aktiven Umgang mit Situationen selbst entwickelt werden. Der Subjektorientierte Ansatz kann Armutsprävention durch haushaltsbezogene Bildungsprozesse wesentlich bereichern, sind doch mit ihm die vorfindlichen Deutungsmuster und Handlungspräferenzen der Menschen in den Mittelpunkt gerückt, können für einen reflexiven Prozess erschlossen und kommuniziert werden. Alternative Strategien werden (idealerweise) dann von den Betroffenen selbst entworfen und verfügbares Fachwissen unter eigenen Fragestellungen erschlossen. Die Nachhaltigkeit so entworfener Veränderungen in der Haushaltsführung dürfte bei diesem Konzept am größten sein.

Haushaltsführung in subjektiver Sinnggebung

Wissenschaftliches Stichwort	Pädagogisches Stichwort	Verhaltensmaxime / Armutsprävention
Subjektorientierte Soziologie Milieu und Lebensstil Handlungstheorien Konstruktivismus	Biografisches Lernen „Eigene Rationalität“ Handlungs- kompetenzen	Finde deinen Weg! Haushaltsspezifische Lösungen

2. Kolloquium zur Armuts- und Reichtumsforschung
Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherheit
Rüdesheim 9.10.03

Fachhochschule
Münster University of
Applied Sciences



Zusammenfassend: Was ist eine gute Haushaltsführung?

Die skizzierten Positionen akzentuieren die genannten Dimensionen in unterschiedlicher Weise, schließen einander aber durchaus nicht aus. Für die praktische Gestaltung von Erziehungs- und Bildungsprozessen kann es im Gegenteil erforderlich und sehr sinnvoll sein, unterschiedliche fachliche Positionen zu nutzen und sie ggf. miteinander zu verknüpfen. Gemeinsam ist einer haushaltswissenschaftlichen Sichtweise, dass sie sich nicht auf die Analyse materieller Bedingungen beschränkt, wonach etwa eine gute Haushaltsführung (möglich) ist, wenn man viel hat; dass sie aber auch nicht bei den Orientierungen, Werten und Beziehungsmustern stehen bleibt (wie z. B. häufig in der Familiensoziologie zu finden – d. h. etwa, eine gute Haushaltsführung ist (möglich), wenn man sich gut versteht) und dass sie nicht allein auf Input-Output-Relationen abhebt (wie manche Ernährungs- und Gesundheitslehren – d. h. etwa, eine gute Haushaltsführung ist, wenn man den Stoffwechsel der Menschen und des Haushalts nach aktuellem wissenschaftlichen Erkenntnisstand bedient und regelt).

Vielmehr geht es einer haushaltswissenschaftlichen Sichtweise um die Bedürfnisbefriedigung und den Bedarfsdeckungsprozess insgesamt. Und hierzu gehören die Rahmenbedingungen der Haushaltsführung im engeren und weiteren Sinn ebenso wie die vielfältigen Kompetenzen der Haushaltsangehörigen und schließlich deren Aktivitäten in einem breiten Spektrum vom Haushaltsmanagement bis zur praktischen Umsetzung der verschiedenen Arbeitsschritte.

Für Aufgabenstellungen in der haushaltsbezogenen Bildung und Beratung können die unterschiedlichen Forschungsansätze in jeweils spezifischer Weise nützlich sein. So erlauben ökonomische Verfahren die Ermittlung und Darstellung des materiellen Nutzens von Erwerbsarbeits- und Hausarbeitskonstellationen im personellen Kontext des Haushalts. Verstärkt erforderlich ist in Zukunft, unterschiedliche Präferenzen der Haushaltsangehörigen einzubeziehen und somit auch sehr moderne Lebenskonzepte rechnerisch darzustellen. Die naturwissenschaftlichen (ernährungswissenschaftlichen) Forschungen liefern unverzichtbare Erkenntnisse über Wege zu einem physiologisch gesunden Leben. Dieses Wissen kann Teil von Bildungs- und Beratungskonzepten werden, die durch ihre Orientierung an den Erfahrungen und Bedürfnissen der Haushaltsangehörigen pädagogisch leistungsfähiger sind als reine Wissensvermittlungskonzepte. Die Stärke des werteorientierten Ansatzes liegt in der Betrachtung der Wechselwirkung zwischen Haushalt und Gesellschaft. Er kann Haushalten neues Selbstbewusstsein über ihre gesellschaftliche Rolle und Bedeutung geben, ihnen aber auch ihre Verantwortlichkeit für Lebensqualität und Humanität verdeutlichen.

Angesichts der realen Bedeutung der Haushaltsproduktion für die erreichte Versorgungsqualität und das tatsächliche Lebensniveau müsste eine haushaltsorientierte Dimension systematisch in der Armutforschung berücksichtigt werden. Dies betreffe sowohl die Qualität der Humanressourcen (also den haushälterischen Kompetenz- und Bildungsstand) als auch deren tatsächlichen Einsatz, also die auf Haus- und Familienarbeit verwendete Zeit.

3. Überlegungen zur empirischen Fundierung durch die Zeitbudgetstudie 2001/02

Für diese Zielsetzung bietet die Zeitbudgetforschung den geeigneten Anknüpfungspunkt.

Die Zeitbudgeterhebung des Statistischen Bundesamtes 2001/2002 (zum Erhebungskonzept vgl. Ehling; Holz; Kahle 2001) umfasst ca. 5400 Haushalte mit ca. 12 600 Haushaltsmitgliedern (Personen ab 10 Jahren). Erhebungsinstrumente waren neben den Zeittagebüchern, die von allen Haushaltspersonen ab 10 Jahren über einen Zeitraum von 3 Tagen zu führen waren, umfangreiche Haushalts- und Personenfragebögen.

Die auf Basis der Zeittagebücher erstellten Dateien geben an, zu welchen Zeitpunkten, wie häufig und jeweils wie lange welche Primär- und Sekundäraktivitäten von einer Person ausgeführt wurden. Weiter ist es auch möglich, Aktivitätenfolgen zu rekonstruieren, da im 10-Minuten-Takt für jede Person nachvollzogen werden kann, welche Aktivität in welchem Zeitintervall ausgeführt wurde.

Zeitbudgetstudie 2001/02 des Statistischen Bundesamtes

- Ca. 12 600 Haushaltsmitglieder (ab 10 J.) in ca. 5 400 Haushalten
- Zeittagebücher, 3 Tage (24 Stunden), 10-Minuten-Takt, insgesamt rund 37 700 Tagebuchtage
- Soziodemographische und sozioökonomische Daten
 - Einkommen, Beruf, Bildungsabschlüsse, derzeitige Bildungsaktivitäten, Wohnung, Infrastruktur u.a. m.
- Soziale Integration und Austausch in Netzwerken
- Subjektive Zufriedenheit und Bewertung der Lebenslage (Gesundheit, Zeitverwendung)

2. Kolloquium zur Armuts- und Reichumsforschung
Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherheit
Rudeshelm 5.10.03

Fachhochschule
Münster University of
Applied Sciences



Erfasst wurden hierbei ca. 270 Kategorien von Aktivitäten. Die Aktivitäten sind in 3-stelliger Dezimalgliederung in sachlicher Hierarchie gegliedert. So gehört beispielsweise die Aktivität 313 „Geschirreinigung“ zum Aktivitätsbereich 31 „Zubereitung von Mahlzeiten“ und diese wiederum zum Aktivitätenfeld 3 „Haushaltsführung und Betreuung der Familie“.

Zeitbudgetstudie 2001/02 des Statistischen Bundesamtes

**Aktivitätenklassifikation (insges. ca. 270 Aktivitäten)
3-stellige Dezimalgliederung in sachlicher Hierarchie**

Beispiel:

Aktivität 313 „Geschirreinigung, Tisch decken“

Aktivitätsbereich 31 „Zubereitung von Mahlzeiten“

**Aktivitätenfeld 3 „Haushaltsführung und Betreuung der
Familie“**

2. Kolloquium zur Armuts- und Reichumsforschung
Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherheit
Rudeshelm 5.10.03

Fachhochschule
Münster University of
Applied Sciences



Neben den Aktivitätsdaten enthält die Zeitbudgetstudie 2001/02 aufgrund der Haushalts- und Personenbögen Aussagen zu

- a) Einkommen (Personen, Haushalte, Einkommensquellen)
- b) vielfältigen Dimensionen der Lebenslage:
 - Wohnen: Größe, Ausstattung, Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen;
 - Bildungsabschlüsse und Beruf; derzeitige Bildungsaktivitäten
 - Gesundheit: subjektive Einschätzung
 - Soziale Integration und Netzwerke: Empfangene und gegebene Hilfeleistungen; bürgerschaftliches Engagement sowie
- c) einer Erfassung der subjektiven Bewertung und Zufriedenheit (mit) der Zeitverwendung.

Für eine Auswertung unter Fragestellungen der Armutsforschung ließen sich als Risikogruppen von Armut unterscheiden:

- Kinderreiche Familien (mit drei und mehr Kindern)
- Einelternfamilien
- allein lebende Personen; sowohl Frauen als Männer

Die Daten der Zeitbudgetstudie 2001/02 erlauben keine retrospektiven Betrachtungen; jedoch sollte es möglich sein, die genannten Hauptrisikogruppen (Haushaltstypen) hinsichtlich bestehender Restriktionen wichtiger Lebenslagedimensionen zu unterscheiden und auf der so gewonnenen Folie die Aktivitätsmuster zu untersuchen.

So werden Erkenntnisse über Rahmenbedingungen und Gestaltung der Alltags- und Lebenssituationen möglich. In der Verknüpfung dieser beiden Dimensionen (Bedingungen und Verhalten) liegt das wesentliche innovative Element. Haushaltserfolge können mit den Kategorien „Zufriedenheit mit der Zeitgestaltung“, „Einschätzung des Gesundheitszustandes“, „Geleistete Hilfe für andere Haushalte“ und dem erreichten Bildungsstand operationalisiert werden. Auf der Grundlage der Auswertungen der Zeitbudgetstudie 2001/02 werden differenzierte Überlegungen zu Typologien von Bewältigungsstrategien und zu erforderlichen Hilfen zur Armutsprävention und Armutsbekämpfung auf Haushaltsebene möglich sein.

Ertrag der Zeitbudgetforschung für den Haushaltsproduktionsansatz

- Aktivitätenprofile nach Lebenssituationen erlauben Rückschlüsse auf die Alltagsgestaltung
- Haushaltserfolge (Zufriedenheit, Gesundheit, erreichter Bildungsstand) in Abhängigkeit von Aktivitätenprofilen
- Typenbildung (Kumulation von belastenden Lebenslagefaktoren und ihre Auswirkungen auf die Aktivitätenprofile)

2. Kolloquium zur Armuts- und Reichumsforschung
Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherheit
Rüschheim 5.10.03

Fachhochschule
Münster University of
Applied Sciences



Literatur

- Andreß, H.-J. (1999). Leben in Armut. Analyse der Verhaltensweisen armer Haushalte mit Umfragedaten. Opladen; Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Ax, Ch. (1983). Auskommen mit dem Einkommen. Gute Tips für schlechte Zeiten. Reinbek: rowohlt
- Bödeker, S. (1992). Haushaltsführung in einem sozialen Brennpunkt. Eine qualitative Analyse. Frankfurt/M.: Campus
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (1994). Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens. Fünfter Familienbericht. Bonn
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2002). Berufliche Qualifizierung Jugendlicher mit besonderem Förderbedarf – Benachteiligtenförderung. Berlin
- Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft (2001). Kompetent im Alltag! Memorandum für eine haushaltsbezogene Bildung. Bonn
- Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft (2003). Armutsprävention – Aufgabe und Ergebnis aktivierender Gesellschaftspolitik. Konzepte und Modelle zur Armutsprävention, Bd. 4. Bonn
- Ehling, M.; Holz, E.; Kahle, I. (2001): Erhebungsdesign der Zeitbudgetstudie 2001/2002. Wirtschaft und Statistik 6/2001, S. 427-436

- Heindl, I. (2003). Themenfeld Ernährung – zur Bedeutung der Biographiearbeit (nicht nur) in der Lehrerbildung. *Haushalt & Bildung*, 80 (1), S. 3-13
- Kettschau, I.; Methfessel, B. (1997). Werte – Normen – Ziele. Ein neuer Blick auf qualitative Standards für die Haushaltsführung. In Meier, U. (Hrsg.), *Vom Oikos zum Dienstleistungshaushalt. Der Strukturwandel privater Haushaltsführung*. Frankfurt/M.: Campus. S. 184-204
- Kettschau, I. (2001). Armut in Familien. Haushaltswirtschaftliche und haushaltswissenschaftliche Aspekte. In *Lebenslagen von Familien und Kindern, Materialien zur Familienpolitik Nr. 11 des BMFSFJ*, Berlin
- Lehmkühler, S.; Leonhäuser, U. (1998). Untersuchung des Ernährungsverhaltens von ausgewählten Familien mit vermindertem Einkommen in der Stadt Giessen. Institut für Ernährungswissenschaft der Justus-Liebig-Universität Giessen
- Methfessel, B. (2003). „Biographie und Lernen“ – Allgemeine Überlegungen zu Möglichkeiten und Grenzen in einem lebensweltbezogenen Fach. *Haushalt & Bildung*, 80 (1), S. 13-24
- Piorkowsky, M.-B. (2001). Verarmungsgründe und Ansätze der Armutsprävention bei Privathaushalten. In *Lebenslagen von Familien und Kindern, Materialien zur Familienpolitik Nr. 11 des BMFSFJ*, Berlin
- Piorkowsky, M.-B. (2002). Neue Hauswirtschaft. Ein Ansatz zur Neuorientierung der familien- und haushaltsbezogenen Bildung am Anfang des 21. Jahrhunderts. Konzeption für einen bundesweiten Zertifikatskurs für die berufliche Weiterbildung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Im Auftrag des Bundesverbands der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände – Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. (www.neuehauswirtschaft.de)
- Seel, B. (1997). Individuum oder Haushalt? Wandel der Referenzsysteme wohlfahrtsökonomischer Erwägungen. In Meier, U. (Hrsg.), *Vom Oikos zum Dienstleistungshaushalt. Der Strukturwandel privater Haushaltsführung*. Frankfurt/M.: Campus. S. 66-84
- Thiele-Wittig, M. (1996). Neue Hausarbeit im Kontext der Bildung für Haushalts- und Lebensführung. In U. Oltersdorf; T. Preuss (Hrsg.), *Haushalte an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend*. Frankfurt/M.: Campus. S. 342-362
- Thiele-Wittig, M. (2003). Kompetent im Alltag: Bildung für Haushalt und Familie. Aus *Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 9/2003, S. 3-6
- von Schweitzer, R. (1995). Daseins- und Fachkompetenzen für alle – eine familienbezogene Herausforderung der Ziele und Inhalte von Bildung. In *HIS Hochschulinformationssystem (Hrsg.), Familienorientierung des Bildungssystems*. HIS Kurzinformationen A6/95, S. 14-19

Prof. Dr. Joachim Merz

Vielen Dank, Frau Ketttschau.

Diskussion der Impulsreferate

Prof. Dr. Joachim Merz

Wir haben vom breiten Ansatz, vom Anliegen der Haushaltsproduktion, über weitreichende Projekte, über die Oecotrophologie bis zur neuen Zeitbudgetstudie hin ein breites Spektrum angesprochen, und damit kann die Diskussion beginnen.

Prof. Dr. Johannes Schwarze, Staatsinstitut für Familienforschung

Ich kenne mich in dieser Materie nicht so detailliert aus, und ich kenne weder die Zeitbudgetstudie genauer noch, was dort empirisch gemacht wird. Aber ich hätte zunächst ein paar allgemeine Fragen an Frau Ketttschau. Sie haben vier Ansätze vorgestellt, mit denen man an das Thema Haushaltsproduktion herangehen kann. Sehen Sie diese als alternative Ansätze oder sind das nicht mehr oder weniger Ergänzungen? Als Ökonom würde ich sagen, dass der Ansatz der Nutzenmaximierung – Haushaltsproduktion von Becker und deren Erweiterungen, die Sie hier erwähnt haben – im Prinzip die anderen drei Ansätze mit einschließt. Nutzenmaximierung ist nichts anderes als subjektive Sinngebung. Das ist das Ziel, seine subjektiv empfundene Wohlfahrt zu maximieren, nichts anderes ist Nutzenmaximierung.

Eine Anmerkung zu den naturwissenschaftlichen Erkenntnissen: Wenn ich effizient produzieren will, also eine Produktionskonsumfunktion vor Augen habe, dann brauche ich als Input-Faktor auch Humankapital. Humankapital wäre in dem Fall das Wissen um z. B. naturwissenschaftliche Erkenntnisse: Wie kann ich, gegeben meine Ressourcen, die ich habe, wirklich effizient auf dieser Kurve produzieren? Wenn man das jetzt nicht nur um Konsum im Haushalt ergänzen würde, denn im Haushalt wird auch Gesundheit produziert, dann brauche ich dieses ernährungswissenschaftliche Wissen, um dort effizient zu produzieren. Auch der gesellschaftliche Bezug kommt dazu. Es wird den Ökonomen immer untergeschoben, dass sie mit ihren Modellen den gesellschaftlichen Bezug gar nicht internalisiert haben. Wenn ich jetzt aber dieses Modell nur um Informationsmängel erweitere, um asymmetrische Informationen bei der Haushaltsproduktion, dann kann ich auch staatliche Eingriffe im Bereich der Haushaltsproduktion ableiten und damit auch gesellschaftliche Verbindungen. Ich würde diese Ansätze doch lieber mehr in ihrer Gesamtheit diskutieren.

Eine zweite Bemerkung betrifft eher Ihren Vortrag, Herr Piorkowsky, aber auch Ihren, Frau Ketttschau, nämlich die empirische Umsetzung Ihrer Ansätze. Wenn wir davon ausgehen, dass Armut nicht nur durch mangelnde Ressourcen erzeugt wird, sondern auch sehen, was mit den Ressourcen im Haushaltsbereich gemacht wird, ist das ein

ganz interessanter Ansatz. Aber wie kann ich das empirisch operationalisieren? Wenn ich an die Produktionsfunktion von Konsum oder auch Gesundheit im Haushalt denke, dann käme ja Armut dadurch zustande, dass ich nicht effizient produziere, also mich unterhalb der Kurve befinde. Könnte man sich vorstellen, das empirisch – z. B. mit den Daten der Zeitbudgetstudie – zu analysieren?

Prof. Dr. Irmhild Kettschau, Fachhochschule Münster

Wir befinden uns mitten in der diesbezüglichen Diskussion auch innerhalb unseres Faches. Die hier vorgestellten Ansätze werden nach Schulen getrennt vertreten, die auch ihren jeweiligen Ansatz als mehr oder weniger inkompatibel mit dem jeweils anderen verstehen. Das mündet – das war auch mein Interesse, dies zu verdeutlichen – vor allem auch in unterschiedliche Bildungskonzepte und Curricula. Ich habe als Conclusio einen ähnlichen Ausblick zu geben versucht wie Sie es andeuten. Ich stimme Ihnen zu, es ist nicht effektiv, diese Trennung weiter zu verfolgen, sondern wir sollten versuchen, das alles auf das Thema erfolgreiche Haushaltsproduktion zu beziehen. Aber Sie sehen uns hier noch mitten im Prozess.

Prof. Dr. Michael-Burkhard Piorkowsky, Universität Bonn

Beckers Konzept ist in der Tat geeignet, dies alles, was Sie angesprochen haben, Herr Schwarze, zu erfassen. Die Modellierung ist natürlich kompliziert, aber es ist klar, dass wir es in den betroffenen Haushalten – abstrakt gesprochen – mit sub-optimalen Einsätzen der Ressourcen zu tun haben. Becker selbst hat in seinem Buch „Human Capital“ einen Hinweis gegeben, dass nicht nur erwerbsqualifizierendes Wissen Humankapital darstellt, sondern auch in der Haushaltsproduktion durch Bildung mehr erreicht werden kann.

An Sen und seine „Capabilities“ möchte ich gerne noch einmal anknüpfen, die vorhanden sein oder nachgerüstet werden müssen: Die Projekte, die wir begleitet haben, sind eine Art empirischer Test. Es gibt eine Reihe von Untersuchungen, die zeigen, dass die finanzwirtschaftliche Allgemeinbildung gering ist, dass hauswirtschaftliche Kenntnisse fehlen – viele Menschen können nicht Vollkornbrot von anderem Brot unterscheiden oder wissen nicht, was „Fett i.Tr.“ bedeutet, und wenn sie dieses Wissen nicht kaufen bzw. bezahlen können, dann macht es Sinn, es selber zu besitzen.

Wir haben mit den Kursen oft Personen angesprochen, von denen klar war, dass sie solche Kompetenzen nicht in ausreichendem Maße besitzen. Im Nachhinein hat sich gezeigt, dass hier Lerneffekte erzielt worden sind, so dass der empirische Test erfolgreich durchgeführt werden konnte. Die Quantifizierung – wie groß war das Wissen vorher, wie groß ist es hinterher – ist ein messtheoretisches Problem, das sich im Prinzip durch Befragungen lösen lässt. Wir haben allerdings von Anfang an gesagt, wir brauchen eigentlich weniger den Beweis, dass es hilft, als eine einigermaßen deutliche

Abgrenzung der Zielgruppe, die erreicht und gefördert werden soll. Wir haben die Teilnehmenden vorher gesehen, und wir haben sie hinterher gesehen.

Ich habe gelegentlich darüber berichtet und Beispiele genannt, wo Frauen sich z. B. aus komplizierten Beziehungen gelöst haben, wo Kinder, die im Heim untergebracht waren, zurück in die Familie geholt werden konnten – dadurch werden gesellschaftliche Kosten reduziert –, dass Frauen und auch Männer wieder in Erwerbstätigkeit gekommen sind. Es reicht aber nicht aus, einen Erwerbsarbeitsplatz zu finden, er muss auch behalten werden, und mit dem Geld, das verdient wird, muss einigermaßen vernünftig umgegangen werden. Es gab Gespräche mit Sozialamtsleitern, denen die Frage gestellt worden ist, ob das Problem ihrer Hilfeempfänger gelöst sei, wenn diese 500 DM mehr im Monat erhalten würden. Und die Antwort war häufig, dass dies in vielen Fällen nicht reichen würde. Es geht vielfach nicht nur um mehr Geld, sondern um mehr Kompetenzen im Umgang mit Geld und anderen Ressourcen, um die alltagsökonomischen Anforderungen zu bewältigen. Wie gesagt, der Praxistest ist eindeutig. Die Personen, die diese Kurse nicht abgebrochen haben – das hat es natürlich auch aus verschiedenen Gründen gegeben –, haben diese erfolgreich abgeschlossen. Und es ist eine ausgesprochen preisgünstige Variante, um Menschen fit fürs Leben zu machen.

Prof. Dr. Jürgen Volkert, Hochschule Pforzheim

Ich habe versucht, die beiden Referate auf die Fragen der Armut zu beziehen, die wir heute auch ansprechen wollen. Sie, Herr Piorkowsky, haben ja schon einen Zusammenhang genannt – Ressourcen führen über die Haushaltsproduktion zur Lebenslage. Ihre These, so wie ich sie verstanden habe, war also, dass die Qualität der Haushaltsproduktion darüber entscheidet, welche Lebenslage ich mit meinen Ressourcen erreiche. Für bestimmte Zielgruppen kann ich das nachvollziehen – ich denke beispielsweise an überschuldete Haushalte, soweit die Überschuldung Ergebnis einer schlechten Haushaltsfinanzierungsplanung ist. Eine weitere These, die sich hinter Ihrem Argument verbirgt, lautet daher: Armut entsteht (auch) durch eine qualitativ unzureichende Haushaltsproduktion und fehlende Kenntnisse hinsichtlich einer effizienten Haushaltsplanung. Für die genannten Zielgruppen würde ich auch dieser These zustimmen. Allerdings sollten Sie dabei andere Armutsursachen neben der unzureichenden Qualität der Haushaltsproduktion nicht vernachlässigen.

Um es einmal ganz plakativ zu formulieren: Ich denke, viele allein Erziehende brauchen nicht in erster Linie Kurse zur Verbesserung ihrer Haushaltsproduktion. Schließlich hat Frau Ketschau auf ein ganz anderes, meist wohl gravierenderes Problem hingewiesen, nämlich die Belastung, die Zeitknappheit für Marktprozesse. Sie, Frau Ketschau, haben das als Kumulation von belastenden Lebenslagefaktoren beschrieben. Diese beiden Ursachenbündel, qualitative Defizite der Haushalts-

produktion, d. h. ineffiziente Zeitverwendung einerseits und quantitative Zeitknappheit für Marktprozesse andererseits, d. h. Armut aufgrund unzureichender (eventuell durchaus effizient genutzter) Zeitbudgets sollte man in diesem Zusammenhang strikt trennen. Damit kommen wir zu einer weiteren Überlegung, die die Analyse von Ihnen, Herr Piorkowsky betrifft: Letztlich bestimmt nicht nur die Haushaltsproduktionsqualität die Lebenslage, sondern all das, was Sie als Umfeld beschrieben haben: so dürfen insbesondere die gesellschaftlichen Bedingungen nicht vernachlässigt werden. Und damit kommen wir zu zwei verschiedenen Problemgruppen, die völlig verschiedene Maßnahmen erfordern. So wäre es zynisch, allein Erziehenden vorwiegend Kurse zur Optimierung der Haushaltsproduktion angedeihen zu lassen, soweit deren Armutsursache weitgehend gesellschaftlich bedingt ist, etwa durch mangelnde ökonomische Chancen, mangelnden Zugang zum Arbeitsmarkt als Folge von Zeitknappheit für Marktprozesse.

Eine zweite, zunächst vielleicht ketzerische Bemerkung, Frau Ketschau, Sie haben gesagt, die Qualität der Haushaltsproduktion sollte man nicht nur messen, sondern das Ziel verfolgen, diese zu optimieren. Ich sage ganz offen: Die Qualität meiner Haushaltsproduktion ist erheblich verbesserungsfähig, ohne dass dies für mich ein Problem darstellt! Mikroökonomisch ist die Qualität der Haushaltsproduktion nur eine Variable in einem Gesamtkalkül, das zum Haushaltsoptimum führt. Die Frage lautet dann: warum müssen die Leute ausgerechnet die Qualität der Haushaltsproduktion isoliert maximieren? Wenn sie lieber ein gutes Buch lesen statt einen Kurs zur Optimierung der Haushaltsproduktion zu besuchen oder zu putzen – was ist daran falsch? Ist dies nicht zunächst ihre private Entscheidung, die auch künftig ihren Präferenzen überlassen bleiben sollte?

Ich möchte jetzt den Hintergrund der Armutsmessung und -politik dazunehmen. In den USA gibt es eine Art physische Armutsgrenze: man hat ausgerechnet, was die Leute mindestens brauchen, wenn sie sehr sparsam wirtschaften und ihre Haushaltsproduktion optimieren. Aber längst nicht alle sind dazu in der Lage. Da die Armutsgrenze nun unter der fälschlichen Annahme einer optimalen Haushaltsproduktion entwickelt wird, liegt sie in vielen Fällen zu niedrig. Natürlich könnte man argumentieren, dass man dieses Problem mit Kursen zur Haushaltsproduktion wenigstens lindern kann. Mir kommen dann aber Zweifel, ob es legitim ist, von armen Haushalten eine Optimierung der Haushaltsproduktion zu erzwingen, für die sich andere Haushalte zwar freiwillig entscheiden können, aber nicht müssen. Letztlich entstünde auf diese Weise eine weitere Stigmatisierungsgefahr.

Prof. Dr. Michael-Burkhard Piorkowsky, Universität Bonn

Sie haben völlig Recht, Herr Volkert, das ist in der Tat zu trennen. Menschen brauchen erstens Geld, um sich Marktgüter zu kaufen, zweitens brauchen sie Zeit, die sie dafür,

davor und danach einsetzen müssen – es gibt ein Mindestmaß an Zeit, das notwendig ist (Vickery hat, wenn diese Mindestzeit nicht vorhanden ist, von „time-poor“ gesprochen⁷⁶) –, sie brauchen drittens Infrastruktur, und sie brauchen viertens Wissen, um all dies miteinander zu verknüpfen. Wo keine Infrastruktur ist, kann diese auch durch Wissen nicht herbeigeschafft werden. Es gibt auch Unterversorgung im Bereich der öffentlichen Güter. Aber das Wissen ist notwendig, um Infrastrukturangebote richtig nutzen zu können.

Ich habe vorhin in meinem Beitrag nur kurz auf einen wichtigen Punkt hingewiesen: Haushaltsproduktion und Erwerbsarbeit sind teilweise komplementär, teilweise substituierbar. Zunächst ist durch Haushaltsproduktion eine Grundversorgung zu organisieren, die Erwerbstätigkeit und weitergehende Haushaltsproduktion ermöglicht. Dann öffnet sich mit zunehmenden Geldeinkommen ein Substitutionskorridor, der es ermöglicht, Eigenarbeit durch Marktangebote zu substituieren. Auch dafür sind Kompetenzen hilfreich, um hier richtig entscheiden zu können. Ich habe es kurz anklingen lassen: Wir müssen auch an die breiteren Bevölkerungsschichten denken: nicht nur an die Menschen in bitterer Armut oder Armutsnähe, sondern auch an die, denen sich aktuell neue Herausforderungen in der Ökonomie des Alltags stellen, etwa die Fragen, wie sichere ich meine Altersvorsorge, wie versorge ich mich mit einem Anschlussjob, mache ich mich selbstständig, und wie kann das gelingen? Das betrifft breite Mittelschichten, und auch hier ist nachgewiesen worden, dass die Kompetenzen in der breiteren Bevölkerung dafür nicht ausreichen. Im Grunde genommen haben die allermeisten von uns durchaus Bedarf in diesem Bereich und könnten ihre Produktionsleistung im Haushaltskontext effizienter organisieren, wenn sie besser Bescheid wüssten.

Prof. Dr. Irmhild Kettschau, Fachhochschule Münster

Niemand von uns käme auf den Gedanken, Rationalisierungs- oder Gestaltungsvorschläge für den Erwerbsarbeitsplatz zurückzuweisen, mit dem Argument, dadurch entsteht ein Zwang zur Effektivität usw. Sondern da würden wir auch sagen: Natürlich wollen wir gute Arbeitsbedingungen haben, gesellschaftliche, wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die verträglich sind, aber wir wollen doch auch den einzelnen Arbeitsplatz und uns selber so ausrüsten, dass wir unsere Aufgabe optimal bewältigen können. Wir können ja einmal gemeinsam fragen, warum der Gedanke so tabubrechend ist, wenn man ihn auf das Privatleben anwendet.

⁷⁶ Vickery, C.: The time-poor. A new look at poverty. In: The Journal of Human Resources, Vol. 12, 1977, pp. 27-48

Ich würde Ihnen widersprechen, Herr Volkert, gerade die allein Erziehende braucht den Kurs! Gerade sie braucht ihn, weil sie ja, wenn sie berufstätig ist, unter dem Aspekt der enormen Zeitverknappung sehen muss, dass sie mit ihren zeitlichen und finanziellen Ressourcen in ihrem Haushalt klarkommt, und es stellen sich ihr ja genau dieselben Fragen – Kindererziehung, Förderungsfragen der Kinder, Mobilitätsfragen –, die sonst ein Paar löst oder die vielleicht in einem Haushalt mit nicht erwerbstätiger Mutter die Mutter in aller Ruhe löst. Je schwieriger die Bedingungen sind, desto besser müssen die Qualifikationen sein, die ich habe, um die Aufgabe trotzdem zu bewältigen.

Unser fachlicher Ansatz wäre ganz falsch verstanden, dass wir jetzt die Menschen alle gut mit Haushaltsführungskompetenzen ausrüsten und dann kann man ruhig die Sozialhilfe noch ein bisschen runterfahren, weil ja die Haushalte nunmehr in der Lage sind, noch besser mit wenig Geld auszukommen. Das ist nicht meine Botschaft. Aber ich glaube schon, dass man in diesem schlichten Zusammenhang von Verhalten und Verhältnissen, also von verhaltenspräventiven und verhältnispräventiven Maßnahmen, nicht den Haushalt als Blackbox betrachten kann und sagen kann, was darin passiert, das ist Privatleben, das unterliegt der Autonomie, der persönlichen Lebensgestaltung, und darum kümmern wir uns nicht, weil das eine Bevormundung der Menschen wäre.

Erlend Holz, Statistisches Bundesamt

Gerade in dem Zusammenhang ist es wichtig auf die grundsätzliche Bedeutung von unserer Zeitbudgeterhebung hinzuweisen. Wir haben mit der Erhebung die Möglichkeit, wirklich konkret zu untersuchen, was Armut im Alltag bedeutet, auf jeden Fall jenseits der monetären Größen. Diese dienen zur Bestimmung von Armut, aber wie drückt sich Armut konkret im Alltag aus?

Eine gute Möglichkeit wäre z. B. die Untersuchung der Ungleichheit von Männern und Frauen. Es ist denkbar, dass die in armen Familien durchaus ausgeprägter ist als in einer Durchschnittsfamilie. Man könnte natürlich anhand von Aktivitäten untersuchen, wo sich das besonders widerspiegelt. Es ist denkbar, dass die zeitlichen Verpflichtungen in armen Familien ganz anders gelagert sind als üblich – möglicherweise bis hin zu den Kindern, die in armen Familien leben. Es kann sein, dass Kinder unter Umständen viel mehr Zeit in Nebenjobs investieren müssen, und die Zeit fehlt dann, wenn es um Bildungsaktivitäten, konkret um Hausaufgaben, geht. Vom Prinzip her können wir das mit einer Zeitbudgeterhebung untersuchen.

Letztendlich lassen sich die Auswirkungen auf das Bildungsverhalten vom Haushalt, Stichwort „Lebenslanges Lernen“, untersuchen. Wenn es z. B. um die Zeit zur Kinderbetreuung grundsätzlich geht, kann man es von zwei Richtungen aus betrachten, zum einen: ist die Zeit verfügbar, zum andern: muss die Zeit verfügbar sein, da Kinderbetreuungseinrichtungen wie Kindergärten zu teuer sind? Das kann heißen, dass die Mütter – und das kommt bei allein Erziehenden besonders zum Tragen – viel mehr Zeit

zur Kinderbetreuung aufwenden müssen, weil ihnen der Kindergarten wegen finanzieller Probleme verschlossen ist. Die Zeit fehlt für die Mütter, was letztendlich Auswirkungen auf die Kinder hat, denn eine Art Vorbildung im Kindergarten zu bekommen, ist ihnen natürlich auch genommen.

Ein breites Spektrum ist ehrenamtliches Engagement. Dies reicht vom sozialen über den politischen und letztendlich auch gesellschaftlichen Bereich bis hin zum Freizeitbereich. Wir können mit der Erhebung die Einbindung in Netzwerke untersuchen, wie der Haushalt Hilfen von anderen Haushalten empfängt, welche Hilfen er gibt – das geht auch in die Richtung, ob bezahlte Arbeit eher von unbezahlter Arbeit abgelöst wird –, wir können das Mobilitäts-/Verkehrsverhalten von armen Haushalten im Vergleich zum Durchschnittshaushalt untersuchen, also letztendlich auch die Erreichbarkeit von bestimmten Infrastruktureinrichtungen. Das fängt an bei der ärztlichen Betreuung, das geht weiter bis zu so normalen Dingen wie Einkaufsmöglichkeiten bis hin auch zum Park zur Erholung.

Wir können das ganze Spektrum von sozialen Kontakten und soziales Leben innerhalb und auch außerhalb von Haushalten untersuchen in armen Haushalten, letztendlich die Zeit für ausgewählte Freizeitaktivitäten – das müssen nicht immer die Massenmedien sein, sondern konkret: welche Sportarten werden betrieben, wie steht es um kulturelle Aktivitäten, wie werden neue Informationstechnologien genutzt? Das ist jetzt gerade in der neuen Erhebung sehr detailliert erfasst. Wir können sagen, wie der Computer genutzt wird, ob Internet genutzt wird, und vom Prinzip her, das ist jetzt meine wissenschaftliche These, ob es nicht doch Formen von doppelter Armut gibt, dass letztendlich eine Einkommens-, aber auch eine Zeitarmut besteht.

Prof. Dr. Joachim Merz

Die Information, was man mit dieser Zeitbudgetstudie untersuchen kann, ist sehr wichtig.

Dr. Banu Citlak, Universität Bochum

Ich habe einige Fragen zu der methodischen Durchführung. Umfasst die Befragung alle Haushaltsmitglieder und werden diese dann über den selben Tag befragt? Wie wird das soziale Netzwerk erhoben? Erhält man auch Angaben über die Nähe oder die Distanz der Personen im sozialen Netzwerk zu dem Befragten? Wird zwischen Verwandten und „nicht verwandten Anderen“ unterschieden?

Erlend Holz, Statistisches Bundesamt

Es haben alle Haushaltsmitglieder ab 10 Jahren ein Tagebuch geführt. Das ging über drei Tage, verteilt über die Woche – zwei Tage unter der Woche, ein Tag am Wochen-

ende. Sie sollten auch an den gleichen Tagen Tagebuch führen. Es ist klar, dass das nicht immer so passiert ist, aber es war an und für sich die Regel. Was wir natürlich auch haben: Wir haben die Struktur im Haushalt selbst, wir haben die Haushaltsmitglieder, auch die Kinder vor allem unter 10 Jahren. Das Novum bei dieser Erhebung ist eine Haushaltsmatrix, mit der wir die ganzen Beziehungen der Haushaltsmitglieder und Familienmitglieder untereinander abbilden können, unabhängig vom üblichen Konzept, dass nur die Beziehung zur Bezugsperson aufgezeigt wird, sondern es geht da wirklich sozusagen querbeet.

Zu der Netzwerkhilfe: Wir haben 14 verschiedene Hilfearten abgefragt. Das geht von der Kinderbetreuung über Gartenarbeit, Putzen, Aufräumen, Einkaufen, Besorgungen machen, Nachbarschaftshilfe, Versicherungs-, Ämter- und Behördenangelegenheiten, Alten- und Krankenpflege, Reparaturen und Wartung, Zubereitung von Mahlzeiten bis zur finanzielle Hilfe – sowohl in der Form, was die Haushaltsmitglieder persönlich leisten als auch, was der Haushalt empfängt. Das kann man natürlich auch noch weiter fassen, weil aus den Tagebüchern auch eine „Mit-wem?“-Kategorie vorhanden ist. Da lässt sich auch einiges ablesen und untersuchen, wie der Haushalt letztendlich sozial eingebunden ist.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Andreß, Universität zu Köln

Über die Bedeutung dieses Themas reden wir schon eine ganze Weile, und ich glaube, es ist jetzt auch bei allen angekommen, dass es bedeutsam ist. Deswegen muss man sich doch jetzt langsam den möglicherweise neuen Erkenntnissen und den praktischen Folgerungen daraus zuwenden. In dem Zusammenhang habe ich einige Fragen an die Referenten. Ich habe Sie so verstanden, dass Sie zum Teil Grundlagenforschung vorgeschlagen haben, zum Teil aber auch darüber berichtet haben, was es an praktischen Aktivitäten insbesondere im Bildungsbereich gibt. Darauf beziehen sich auch meine Fragen.

Zum einen konnte ich mir, und jetzt bin ich bei der Grundlagenforschung, nicht so ganz vorstellen, wie man – wenn das Ihre Frage ist – mit Hilfe der Zeitbudgetuntersuchung untersuchen kann, welche Personen und Haushalte effizient und welche eher ineffizient produzieren. Man kann sicherlich solche beschreibenden Analysen durchführen, wie sie Herr Holz vorgeschlagen hat, aber um die effizienten von den nicht effizienten trennen zu können, müsste man doch irgendwelche Kriterien anlegen. Vielleicht können Sie mir dazu noch eine Anregung geben, wie das funktionieren könnte. Es ist ja, wie Sie sagen, ein wichtiges Thema, und daraus könnten sich auch beispielsweise interessante Diplomarbeiten ergeben. Wenn Sie eine Anregung haben, wie das funktionieren könnte, würde ich sie gerne aufgreifen.

Nun zum Praktischen: Sehr sympathisch fand ich, Frau Ketschau, wie Sie mit dem Vergleich mit den üblichen Ausbildungsprogrammen für so genannte benachteiligte

Jugendliche argumentiert haben. Ich bin da sehr auf Ihrer Seite. Ich habe über lange Jahre mit einem der Hauptinitiatoren dieser Programme sehr eng zusammengearbeitet, aber relativ schnell haben wir diesen Kollegen belächelt, nach dem Motto: „Der macht heute wieder etwas für die benachteiligten Jugendlichen...“ Selbst dieses Programm, von dem Sie zu Recht gesagt haben, es sei in der Öffentlichkeit gut angenommen worden, ist ein Programm gewesen, das doch auch mit gewissen Stigmatisierungen sowohl derjenigen, die das betrieben haben, als auch derjenigen, für die es dann gemacht war, verbunden war. Das sind die benachteiligten Jugendlichen und die Wissenschaftler, die eben etwas für die „Benachteiligten“ machen. Ich glaube, wenn Sie jetzt versuchen, so etwas Ähnliches für die Haushalte zu entwickeln, die noch bessere Haushaltsproduktion machen könnten als sie es im Moment tun – ich versuche, es positiv zu formulieren –, dann haben diese sicherlich mit massiven Stigmatisierungen zu rechnen. Ich kann mir so ein Programm, offen gestanden, gar nicht vorstellen. Selbst als Angebot kommunaler Sozialämter, nach dem Motto: „Familie x, Sie haben ganz offensichtlich Schwierigkeiten, Ihre Sozialhilfe effizient einzusetzen, wir haben da noch ein Kursangebot für Sie“, kann ich mir das kaum vorstellen. Wie Sie mit diesem Stigmatisierungsproblem umgehen wollen, würde mich sehr interessieren.

Man könnte ja auf die Idee kommen, man löst es dadurch, dass man dieses Thema in die normalen Bildungsinstitutionen hineinbringt, und zwar unter einem anderen Label, das gar keine Hinweise darauf gibt, dass eine Armutsguppe der Hauptadressat ist oder dass das Thema „Effizientes Wirtschaften im Haushalt“ lautet. Ich bin leider nicht mehr so informiert darüber, was in Schulen passiert, aber ich kann mich an meine eigene Schulausbildung noch gut erinnern. Da gab es dieses Fach Hausarbeit, das haben dann im Wesentlichen die Mädchen gemacht, während die Jungen den Werkunterricht aufgesucht haben. Mein Eindruck ist, dass dieses Fach Hausarbeit oder Hauswirtschaft weitgehend abgeschafft ist bzw. so ein Fach geworden ist ähnlich wie Sport, das häufig ausfällt, weil es keinen Lehrer gibt oder weil sich niemand so richtig dafür interessiert. Was kann man also tun, um dieses Fach zu „reanimieren“? Sie wissen ja selber, dass die Bundesregierung mit der Inthronisierung einer grünen Ministerin eine große Initiative gestartet hat: Man hat das Verbraucherministerium geschaffen, und man hat den Verbraucherschutz auf der Agenda nach oben geschoben. Leider hat sich das bei den konkreten Finanzausweisungen nicht ganz so ausgewirkt, wie es sich manche gewünscht haben. Da gibt es also etwas, woran man anknüpfen kann. Wie könnte man diesen Impetus benutzen, um das, was Sie vorhaben, in den normalen Ausbildungscurricula wiederzubeleben?

Prof. Dr. Irmhild Kettschau, Fachhochschule Münster

In der Tat fordern wir, dass haushaltsbezogene Bildung ein verpflichtender, quantitativ spürbarer und qualitativ exzellent ausgestalteter Teil der Allgemeinbildung in unserem

Schulsystem wird. Dann haben wir auch keine Stigmatisierung. Wenn Englisch etwas Tolles ist und jeder Englisch lernt, ist es nicht blamabel, Englisch zu lernen. Durch haushaltsbezogene Bildung werden Kinder ja nicht negativ beeinflusst, sondern positiv. Jeden Tag hören wir: Die wirksamste Krebsvorsorge ist eine gesunde Ernährung, Bewegung, nicht rauchen und keinen Alkohol trinken. Woher wissen die Menschen, was eine gesunde Ernährung ist? Dieses Wissen ist ja leider nicht angeboren, sondern als Kulturwesen müssen wir das erlernen, genau wie wirtschaftliche Fragen und viele andere Fragen, Umweltfragen usw., die mit der Haushaltsführung zusammenhängen. Wir plädieren dafür, diese Inhalte in den Pflichtkanon der Schulen aufzunehmen. Wir sind dabei auf einem gar nicht so ganz schlechten Weg. Das Verbraucherministerium hat das Programm REVIS aufgelegt – Revision der Ernährungs- und Verbraucherbildung in Schulen –, mit genau diesem Ziel, also moderne zeitgemäße Bildungsinhalte für einen haushalts- und alltagsbezogenen Unterricht zu produzieren und sie in die schulische Bildung zu implementieren. Auch in dem weiteren Rahmen der Diskussion über Bildungsstandards und Kerncurricula für das allgemeinbildende Schulwesen hoffen wir, dass Ansätze einer modernen, zeitgemäßen haushaltsbezogenen Bildung dort Platz finden. Das muss nicht immer unter der Überschrift „Haushalt“ stehen, das kann auch unter Begriffen wie Wirtschaftliche Bildung, Ernährungsbildung, Gesundheitsbildung laufen. Zusammengefasst: es sollte zukünftig in unserem Bildungssystem deutlich mehr Raum für diese Fragen geben.

Wenn Familien in Probleme kommen, wird sich hierum die Sozialarbeit kümmern. Wenn eine Familie z. B. akute Probleme hat, dann geht die Familienhelferin in die Familie hinein, und wenn sie ihre Arbeit vernünftig macht, dann wird sie nicht nur eine Krisenintervention durchführen, sondern sie wird einen angepassten Bildungsprozess initiieren, damit diese Familie sich künftig selbst wieder besser aufstellen kann. Die Stigmatisierung einer solchen Familie geschieht nicht durch die sozialpädagogische Hilfe, sondern die Stigmatisierung ist längst vorher passiert. Eine nachhaltige Intervention in solchen Familien ist eben nicht nur eine Krisenintervention, sondern ist auch eine langfristige Rehabilitationsintervention.

Wie kann man präventiv wirkende haushaltsbezogene Bildungsinhalte im Erwachsenenbildungssystem unterbringen? Nicht als Themen, die sich auf Defizite und Probleme in der Haushaltsführung beziehen. Sondern mit attraktiven Inhalten, die Spaß machen, die positiv ausgestaltet sind und die sich an unterschiedliche Zielgruppen wenden.

Zur Frage, wie man die Effizienz der Haushaltsproduktion mit Hilfe der Zeitbudgetdaten untersuchen kann: Eine Möglichkeit besteht darin, die Zufriedenheit mit der Zeitverwendung, die Zufriedenheit mit der Gesundheit, die sozialen Austauschprozesse und die erreichten Bildungsniveaus der Kinder als Teile des Haushaltserfolgs zu sehen und diese in Beziehung zu setzen mit Aktivitätenprofilen.

Prof. Dr. Michael-Burkhard Piorkowsky, Universität Bonn

Zum Stichwort Stigmatisierung möchte ich kurz ergänzen: Natürlich ist es so, dass wenn Sie einen Kurs mit dem Titel ankündigen „Hier können Arme lernen, ihren Haushalt richtig zu führen“, niemand kommt. Wir haben die Verbände eingebunden und gesagt, überlegt euch doch einmal aufgrund eurer Erfahrungen vor Ort, wie ihr das am besten machen könnt. Und da sind Kursthemen oder Kursprogramme formuliert worden wie „Fit fürs Leben“ oder „Den Haushalt optimal führen mit weniger Geld“. Auch da sind die Adressaten nicht massenweise hingernnt, und zwar schon deshalb nicht, weil auch die Grundsensibilisierung fehlt. Aber es sind letztendlich die Personen erreicht worden, die wir im Blick hatten; und die, die da waren, waren damit auch sehr zufrieden.

Ich habe z. B. in diesem Zusammenhang noch ein anderes Konzept entwickelt, und dafür war ja auch dieser Teil des Armutspräventionsprogramms als eine Initialzündung gedacht. Dieses Konzept nenne ich „Elternschule“. Wir beginnen mit einem Kursprogramm, wie ich es im Vortrag skizziert habe, in einer Frauenklinik. Dort erreichen wir junge Eltern, junge werdende Mütter, die Väter gelegentlich auch; sie alle wissen oder ahnen, dass es nach der Geburt eines (weiteren) Kindes enger wird mit dem Zeit- und dem Geldbudget, die Sensibilität ist relativ groß. Der Klinikdirektor war auch hoch sensibilisiert und sofort bereit, in Ergänzung zur Schwangerschaftsgymnastik und Kursen über gesunde Ernährung für Mutter und Kind, ein haushaltswirtschaftliches Kursprogramm in seiner Klinik anzubieten. Dafür konnten Institutionen vor Ort gewonnen werden, wie die Familienbildungsstätte, die Schuldnerberatung, das Sozialamt und die Verbraucherzentrale, die diese Aufgabe im Rahmen ihrer jeweiligen Zielgruppenarbeit kostenneutral übernehmen. Wir starten Anfang 2004, und ich habe die große Hoffnung, dass sich das Konzept auf andere Kliniken übertragen lässt. Aber auch andere Anlaufstellen für Familien kommen für ein solches Konzept in Betracht, wie Kindergarten, Schule und ähnliche Institutionen. Wenn ein Programm interessant ausgestaltet wird und nicht bei den Defiziten der Zielpersonen ansetzt, sondern bei den möglichen Hilfestellungen, findet es sicherlich Anklang.

Insgesamt fehlt in der Gesellschaft die Sensibilisierung für Fragen der Haushalts- und Familienführung. Die Schuldnerberatungsstellen und die Verbraucherzentralen weisen immer wieder darauf hin, dass die Personen, die es am nötigsten haben, nicht zu ihnen kommen. Deshalb ist eine auf Haushalt und Familie bezogene Allgemeinbildung von der ersten bis zur letzten Klasse für Jungen und Mädchen notwendig. Dabei kann es nicht um traditionellen hauswirtschaftlichen Unterricht gehen, jedenfalls nicht in erster Linie um Kochen, Backen und Putzen, sondern um die grundlegenden Kompetenzen, die hier bereits mehrfach angesprochen worden sind. Wenn wir das erreicht haben, sind wir einen großen Schritt voran gekommen. Wir sind noch am Anfang des Weges.

Prof. Dr. Wolfgang Glatzer, Universität Frankfurt

Ich habe eine Frage zur Zeitbudgeterhebung: Wenn ich alle zehn Minuten eine Notiz in ein Formular machen muss und mich dabei auch noch informieren muss, dann verbrauche ich am Tag ein bis zwei Stunden nur für diese Tätigkeit. Also habe ich einen anderen Tagesablauf, als wenn diese Erhebung nicht stattfinden würde.

(*Zwischenruf Prof. Dr. Irmhild Kettschau*: „Das ist aber spitzfindig!“)

Das ist vergleichbar mit der Heisenbergschen Unschärferelation! Ich verändere meinen Gegenstand, indem ich ihn beobachte. Das ist keine Bagatelle. Wie ist man mit diesem Problem umgegangen? Wie hat man das gelöst? Kam das überhaupt zum Ausdruck?

Das andere Argument betrifft die Diskussion von eben: Ich finde, die wird immer noch zu eng geführt. Es gibt doch vier große Instanzen der Wohlfahrtsproduktion: den Markt, den Wohlfahrtsstaat, Verbände, insbesondere die Wohlfahrtsverbände, und die privaten Haushalte. Von einer dieser vier Institutionen müssen die Güter und Dienste, die wir in der Gesellschaft brauchen, erzeugt werden. Nur wenn man die vier Institutionen im Zusammenhang betrachtet, kann man die Bedeutung des Einzelnen erkennen, auch des Haushalts. Wenn man sich nur auf die Marktproduktion oder nur auf die Haushaltsproduktion konzentriert, dann fehlen wesentliche Aspekte. Und ich glaube, für die Armutspolitik ist es sehr wichtig, den Gesamtbezug herzustellen. Implizit kam das ab und zu vor.

Dieter Schäfer, Statistisches Bundesamt

Grundsätzlich ist es natürlich ein Problem, dass die Leute an den Tagen etwas ausfüllen müssen, an denen sie über den Tagesablauf Tagebuch führen. Aber es hat lange nicht die empirische Relevanz wie von Ihnen befürchtet. Wir haben bei der Zeitanschreibung eine eigene Kategorie „Ausfüllen des Tagebuchs“ und kommen da auf einen Zeitbedarf von durchschnittlich etwa fünf Minuten am Tag. Der Grund für eine Tagebuchmethode liegt nicht darin, dass wir im Zweiminutentakt die Zeitverwendung erfassen wollen. Die Tagebuchmethode mit der Rekonstruktion des Tages durch die Befragten ist methodisch einfach verlässlicher als Interviewmethoden. Das ist in vielen Studien letztlich nachgewiesen.

Um eine Orientierung zu geben: die Aktivitätenliste mit rund 230 Aktivitäten nutzen wir zum Vercoden und zum Auswerten. Das bedeutet nicht, dass wir auf dem Level wirklich trennscharfe Zeiten Tag für Tag haben. Die Befragten tragen pro Tag durchschnittlich etwa 25 Hauptaktivitäten ein. Das ist im Tagesablauf insgesamt eine verträgliche Belastung. Es ist zudem nicht so, dass die Befragten immer nebenbei den ganzen Tag protokollieren, sondern sie machen das teilweise auch am Ende des Tages und gehen dabei den Tag noch einmal durch oder in mehreren Abschnitten über den Tag verteilt. Es wird letztlich also nicht der ganze Tagesablauf von der Erhebung

selbst dominiert. Die Methodenforschung zeigt, dass die Anschreibung selbst die Ergebnisse nicht maßgeblich beeinflusst.

Prof. Dr. Michael-Burkhard Piorkowsky, Universität Bonn

Ganz kurz zu dem anderen Punkt: Im Großen und Ganzen haben Sie sicherlich Recht, Herr Glatzer, aber die anderen Institutionen sind ja im Bewusstsein der Öffentlichkeit und der Politik. Dass der Staat, die Wohlfahrtsverbände und der Markt etwas für die Versorgung leisten, ist ganz unbestritten.

(*Zwischenruf Prof. Dr. Wolfgang Glatzer*: „Das bleibt in vielen Zusammenhängen unklar! Das können Sie nur selten lesen oder hören!“)

Ich bitte Sie, Herr Glatzer, was wird für die Sozialhilfe und für die Arbeitsmarktförderung ausgegeben? Das wird den genannten Bereichen zugeordnet, das ist doch klar! Aber die Verknüpfungsleistung, die von den Haushalten erbracht werden, um die Angebote zu nutzen, diese Leistung wird nicht entsprechend wahrgenommen und nicht gefördert. Der Markt allein macht es eben nicht, und der Staat allein auch nicht. Die Angebote müssen abgeholt werden, sie müssen auch eingefordert werden. Das ist nicht im Bewusstsein in vergleichbarer Weise eingepreist.

Prof. Dr. Wolfgang Glatzer, Universität Frankfurt

Es verwundert mich immer wieder, wie kurzfristig die Aufteilung der produktiven Instanzen in dieser Gesellschaft vorgenommen wird. Markt und Staat, wenn das beides vorkommt, ist das oft schon viel. Manchmal gibt es nur den Markt. Und es gibt nur ganz wenige Autoren, die man an einer Hand abzählen kann, die vier zentrale Instanzen unterscheiden. Wie wichtig dies ist, kann man im Bereich der Versorgung älterer Menschen sehen: Soll man das ganz dem Markt überlassen? Es gibt Angebote von intermediären Organisationen, es gibt rein staatliche Angebote, und es gibt die Vorstellung, die Versorgung der Älteren sollte soweit wie möglich den privaten Haushalten überlassen bleiben. Solche Debatten, die auch mit Armut zu tun haben, kann man nur sinnvoll führen, wenn man wirklich alle vier Instanzen sieht und nicht verkürzt nur den Markt oder den Haushalt betrachtet. Oft kommt es gerade auf das komplementäre Zusammenwirken aller vier Instanzen an.

Prof. Dr. Michael-Burkhard Piorkowsky, Universität Bonn

Ich gehöre mit zu den Autoren, die diese vier Institutionen immer wieder beschreiben und erwähnen, das ist für mich eine ganz klare Sache.

Prof. Dr. Joachim Merz

Das ist letztendlich ein Anspruch an uns alle, unsere eigenen Aktivitäten in diesen breiten Kontext einzubringen.

Ortrud Leßmann, Hamburg

Ich möchte zwei verschiedene Sachen sagen. Zum einen ist es ja so, dass ich mich auch sehr intensiv mit dem Lebenslageansatz auseinandergesetzt habe. Ich habe mich da auf die ursprünglichen Konzepte von Otto Neurath und Gerhard Weisser bezogen. Es ärgert mich immer wieder, dass das Wörtchen Lebenslage für alles und jedes verwandt wird, einfach nicht sauber verwandt wird. Herr Piorkowsky, es ist einfach nicht so, dass die Lebenslage das Ergebnis von irgendwelcher Ressourcennutzung ist. Da haben Sie einen Lebenslagebegriff, der vielleicht dem von Otto Neurath am nächsten kommt, der nämlich unter Lebenslage das, was den Nutzen bedingt, versteht. Wenn ich dann bei Frau Kettschau „Lebenslagetypus allein Erziehende“ höre, geht es offensichtlich nicht um Ressourcennutzung, ja nicht einmal um eine Gruppe in einer ähnlichen Lebenslage. Also: entweder wir haben einen Lebenslagetypus oder wir haben eine Problemgruppe, aber eine Problemgruppe ist kein Lebenslagetypus. Bei der Studie, die von Herrn Voges vom ZeS durchgeführt worden ist, hat sich sehr klar gezeigt, dass „die allein Erziehenden“ keine einheitliche Gruppe sind. Insofern kann ich auch nicht sehen, dass es ein Lebenslagetypus ist. Ich möchte einfach dafür plädieren, sorgfältiger mit dem Begriff Lebenslage umzugehen und da besser zu trennen: Lebenslage nach Gerhard Weisser ist ein Handlungsspielraum, und das ist definitiv etwas ganz anderes als das, was Otto Neurath unter Lebenslage versteht.

Das andere, was ich sagen wollte, hat im Prinzip mehr damit zu tun, dass ich auch noch einen zweiten Job habe, ich bin Hausfrau und Mutter. Dies ist in gewissem Sinn meine zweite „Profession“ und ich habe vieles dafür von meiner Mutter gelernt, die zum Glück wirklich ein Haushalts-Profi war. Das heißt nicht nur, dass sie hauptsächlich Hausfrau war, die längste Zeit ihres Lebens war das sozusagen der Beruf, den sie ausgeübt hat, sie hat es auch tatsächlich gelernt in einem Haushaltsführungsjahr. In der Betrachtung von Ihnen wird das ausgeblendet, dass letztendlich auch dies ein Privileg ist, aus einer Familie zu stammen, wo das Wissen um die Haushaltsführung weitergegeben wird. Ist es konservativ zu sagen, die Familie ist ein guter Ort dafür, solches Wissen weiterzugeben? Ich finde es etwas problematisch, den Transfer dieses Wissens komplett auf die Schulbildung auszulagern.

Zum ändern muss ich aber auch sagen, dass dieses Wissen bereits heute in der Schule vermittelt wird. Ich habe gestaunt, als mein Sohn in die Schule gekommen ist, zum einen, dass es in den Grundschulen wohl allgemein üblich ist, ein erstes gemeinsames Frühstück zu machen, und zwar, weil das eben in vielen Familien nicht mehr gemacht wird. Zum anderen habe ich gestaunt darüber, dass sie Apfelmus gekocht

haben, dass sie ganz viel Werken und Technik und Haushaltsdinge dort machen. Und weil ich eben auch einmal schwanger war, weiß ich auch, dass es enorm viele Kursangebote gibt. In Hamburg gibt es überall Elternschulen, es gibt die Evangelischen Familienbildungsstätten und solche Institutionen wie Bürgerhäuser. Diese Kurse finden also schon statt. Die Frage ist, wer nutzt sie dann eigentlich.

Noch eine kurze Anmerkung zum Schluss: Inwieweit kann ich mich als Frau überhaupt entscheiden, den Haushalt zu führen oder nicht? Ich mache die Hausarbeit ganz gerne, aber ich hätte es lieber, wenn mein Mann etwas mehr machen würde. Es liegt auch an den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, dass immer noch von Vollzeit arbeitenden Männern erwartet wird, dass sie selbstverständlich eine Familie haben und sich um diese ebenso selbstverständlich nicht kümmern müssen. Das wird einfach von den Arbeitgebern erwartet, und da habe ich als Frau eines solchen Mannes dann nur noch die Möglichkeit zu sagen, okay, ich fange es eben auf.

Dr. Peter Krause, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Ein Großteil der Diskussion ging hier um Effizienzmängel als eine der Ursachen von Armut. Greift man auf eine sehr alte Definition der Armut (nach Rowntree) zurück, so korrespondiert dieses hier im Rahmen der Haushaltsproduktion beschriebene Armutsphänomen mit dem der sekundären Armut, die auf einer unzureichenden Bewirtschaftung knapper Ressourcen beruht. Selbst wenn die Ressourcen eigentlich ausreichen würden, hat der Haushalt so ein Defizit im Bereich der Haushaltsproduktion, und es ist sehr interessant, dass dieser Aspekt der Armut hier so deutlich fokussiert wird. Meines Erachtens ist der Haushaltskontext oder die Haushaltsproduktion aber auch bei der primären Armut von Bedeutung, wenn schlichtweg im Haushalt die Voraussetzungen fehlen, um ein ausreichendes Maß an Ressourcen zu erwirtschaften. Lassen sich diese beiden Prozesse beziehungsweise Armutsarten – Armut durch Ressourcenmangel und Armut durch Defizite im wirtschaftlichen Verhalten – jeweils empirisch quantifizieren?

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster, Evang. Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe

Bin ich richtig informiert, dass mit dem Preußischen Allgemeinen Landrecht die Schulpflicht in Preußen eingeführt wurde, zumindest in dieser Zeit? Daher meine Frage an die beiden Referenten: Wieso gibt es in Deutschland Analphabetismus? Das heißt doch, wir reden hier über Präventionsprogramme gegen Analphabetismus bei Schulpflicht. Trotzdem haben wir das. Wir reden hier über Englischkurse, trotzdem haben wir Leute, die eine Sechsklassen bekommen, auch in der Schule. Anders herum gesprochen: Was soll die Schule alles machen, wenn andere Sozialisationsinstanzen ausfallen oder aber wenn wir mit prekären Lebenssituationen zu tun haben? Ich erinnere an einen der allerersten Armutsberichte Ende der 70er Jahre aus Stuttgart, wo relativ wenig Zahlen

von der Kommune gebracht wurden, ergänzt von Berichten von NGOs, die in die Betreuung von sozialen Bereichen involviert waren. Da war der Kinderschutzbund, und der brachte ein Beispiel von einer allein erziehenden Mutter mit mehreren Kindern und sagte: Schon unter normalen Verhältnissen ist eine solche Lebenssituation kaum zu händeln, geschweige denn unter den Bedingungen, die jetzt hier durch Sozialhilfebezug usw. zustande gekommen sind. Das schließt ein bisschen an das an, was Sie, Herr Volkert, gesagt haben.

Wir können natürlich durch Schule erreichen, dass die, die relativ fit sind und die auch andere Sozialisationsinstanzen haben, dann durchaus in die Lage versetzt werden, sich nachher auf dem neuen ökonomischen Markt zu bewegen. Schule soll ja auch fit machen für den Aktienumgang. Nur: das Problem ist doch nicht derjenige, der sich im schulischen Bereich bewegt. Sie sagten vorhin „Lebenslanges Lernen“: Das können Sie ja fordern, aber es gibt schlicht und einfach viele, die sind schon überfordert, eine normale Lernsituation wie Schule bis zum Hauptschulabschluss durchzustehen. Und das sind doch wieder welche, die uns nachher überproportional in Armutslebenslagen begegnen. Das relativiert ja nicht das, was Sie sagen. Nur für mich ist die Frage: Erreichen wir damit wirklich die Klientel, über die wir in einer Armutsberichterstattung reden? Dass wir über Reiche reden und dass Sie Rahmenbedingungen von §25 BSHG – unwirtschaftliches Verhalten und solche Sachen – erreichen können, das will ich gar nicht bestreiten. Als eine Zuspitzung – verstehen Sie es bitte recht, das ist keine Infragestellung der hohen Kompetenz von Ihnen, ich kann da nur herummäkeln, ich bin viel zu wenig in der aktuellen Diskussion drin: Wie wollen Sie denn einen Alkoholiker in einer Sozialhilfe-Familie durch wirtschaftliches Pädagogisieren zu einer Verhaltensänderung bewegen? Der säuft das Geld trotzdem weg! Sie haben gesagt, und das fand ich ganz gut, da kommt die Haushaltshilfe. Nur genau an der Stelle würde ich fragen: Ja ist denn eigentlich das Ziel Ihrer Pädagogik wirklich dann der Haushalt selber oder ist es nicht die Frage der Hilfesysteme? Und das heißt, wo kann man die Verbindung schließen – Sie brauchen in Münster nur in den nächsten Fachbereich gehen, Frau Kettschau, bei Ihnen in Bonn, Herr Piorkowsky, wird es schwieriger, Sie müssten nach Köln schauen, da haben Sie genug Sozialwesen – zwischen Ihrer Professionalität und der, die im Sozialwesen vorhanden ist, um dann darüber nachzudenken, wer denn eigentlich die Adressaten von entsprechenden Programmen sind.

Detlef Klebula, Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung

Unstreitig scheint mir zum ersten zu sein, dass die Zeitbudget-Erhebung eine ganz wichtige und sinnvolle Geschichte ist, lassen wir einmal methodische Fragen auf Seite. Man kann da auf Mikroebene die Verknüpfung zwischen ehrenamtlicher und bezahlter Tätigkeit und Fahrwege, Fahrtzeiten zur Arbeit und ähnliche Dinge abgreifen.

Das zweite, was ich zugegebenermaßen etwas kritischer sehe, knüpft an das an, was Herr Huster gerade gesagt hat. Ich sehe da eine unklare Grenze zwischen Theorie der Sozialarbeit einerseits und einer selbstständigen ökonomischen wissenschaftlichen Disziplin andererseits.

Ich will das mit zwei Beispielen klarmachen. Sie haben vorhin skizziert, dass es nicht nur Sozialhilfeempfänger sind, sondern dass es auch Besserverdienende gibt, die nicht in der Lage sind zu begreifen, dass ein Monat dreißig Tage hat und dass man mit dem Geld, das man hat, dreißig Tage auskommen muss. Ich denke, das ist kein Spezifikum des Sozialhilfeempfängers, es mag auch andere geben. Nur ist das dann für mich ein sozialtherapeutischer Ansatz, dem das beizubringen. Das ist für mich etwas anderes als die wissenschaftliche Disziplin der Haushaltsproduktion. Dazu würde eher ein anderes Beispiel passen. Es ist bewusst jetzt etwas flapsig formuliert: Wir haben zuhause ein knappes Zeitbudget, meine Frau geht damit sehr verschwenderisch um, weil sie mich zum Zwecke der Armutsverminderung zwingt, mich gelegentlich montags morgens um Viertel vor neun in eine Gruppe von fünfzig aufgeregten Leuten zu begeben. Und wenn dann der Discounter um neun Uhr aufmacht, muss ich zusehen, dass ich da zwei TFT-Bildschirme ergattern kann. Die Frage ist dabei: Ist das effizient, wenn das ganze Projekt eine Dreiviertelstunde dauert und wir x Euro gespart haben? Das wäre der wissenschaftliche Ansatz. Also noch einmal: Der Unterschied zwischen Theorie der Sozialarbeit auf der einen Seite und ökonomischer Disziplin auf der anderen Seite scheint mir in hier ein bisschen untergegangen zu sein.

Prof. Dr. Michael-Burkhard Piorkowsky, Universität Bonn

Frau Leßmann, Lebenslagendefinitionen finden wir bestimmt zwanzig, dreißig, vierzig Stück, da kann sich jeder und jede etwas heraussuchen. Worum es mir ging, ist beispielhaft authentisch zu belegen und lediglich klar zu machen, dass da etwas fehlt, und das könnten wir auch noch anders nennen als „Haushaltsproduktion“. Das Entscheidende sind in der Tat die Kompetenzen, die zwischen dem Zugang und der Generierung von Ressourcen einerseits und dem, was dabei herauskommt, andererseits liegen. Das ist sicherlich eine Frage, die nicht nur Ökonomen, sondern auch Sozialpädagogen, Soziologen, Psychologen bewegen sollte, aber die Ökonomie ist durchaus in der Lage, hier ein paar interessante Fragen aufzuwerfen und Antworten zu geben.

Lernen von der Mutter ist natürlich richtig, ich sage auch immer, Ökonomie fängt zuhause, im eigenen Haushalt, an. Aber zum einen veraltet das, was Sie da lernen, sehr schnell, da gibt es Entwicklungen, von denen Ihre Mutter nicht einmal geträumt hat, und zum anderen wird in vielen Haushalten nicht das Wissen weitergeben. Auch dort, wo es geschieht, veraltet das Wissen. Von daher muss zunächst im Haushalt der Anfangsimpuls gegeben werden, und das muss dann möglichst früh in der Schule

weiter geführt werden. Es gehört auch dazu, doch zu erkennen, dass Hauswirtschaft eben nicht mehr nur heißt, wie ich es vorhin gesagt habe, Kochen, Putzen, Backen, sondern Hauswirtschaft heißt unter den komplexen Anforderungen der modernen Lebenswelt die Entscheidung für die eigene Versorgung in diesem Kontext Haushalt zu treffen, und der ist heute auf eine andere Art und Weise vernetzt und verknüpft als noch vor zwanzig, dreißig Jahren, als die Arbeitsmärkte bei uns einigermaßen funktioniert haben, die sozialen Sicherungssysteme stabil waren, als Kinder noch weitgehend das gemacht haben, was ihnen die Eltern gesagt haben. Das heißt, überall werden diese Beziehungen loser und stehen mehr zur Disposition. Und wir sind ja da weiß Gott nicht mehr Herr oder Frau der Dinge, wir müssen lernen, die Anforderungen nicht erst zu erkennen, wenn es zu spät ist, sondern diese frühzeitig zu antizipieren.

Wir werden mit Bildungsmaßnahmen nie alle Bedürftigen erreichen können. So, wie ja auch jetzt mit der Sozialhilfezahlung nicht erreicht werden kann, dass Alkoholiker das Geld nicht vertrinken. Schlimm genug, es ist wünschenswert, dass auch solchen Menschen geholfen wird. Aber genauso ist es natürlich auch mit der Vermittlung von Wissen – damit müssen wir leben. Aber das Angebot muss gemacht werden. Solange diese Lücke in der Bildung und im Wissen negiert wird, nicht versucht wird, sie auszufüllen, die Gutartigen, die wir mitnehmen könnten, nicht mitgenommen werden können, ist das eine völlig unnötige Verengung von Hilfeangeboten.

Effizienzmängel, ja, sekundäre Armut: Vielen Dank, Herr Krause, für den Hinweis, das war mir nicht geläufig. Primäre Armut: Ich will noch einmal das aufgreifen, was vorhin angesprochen worden ist, nämlich „Zeitarmut“. Vickery hat darauf hingewiesen, dass es neben zu wenig Geld für die Beschaffung von Marktgütern auch zu wenig Zeit für die Beschaffung und Verwendung sowie für die Erfüllung der Grundfunktionen des Haushalts geben kann. Sie spricht in diesem Fall von doppelter Armut: Arbeitszeit- und Geldarmut. Und wenn neben Geldarmut auch Zeitarmut auftritt, müsste Vickery zufolge ein zusätzlicher Geldbetrag gegeben werden, um damit entweder Hilfe im Haushalt kaufen oder Erwerbszeit reduzieren zu können. Atkinson hat das Konzept aufgegriffen und Zeitarmut als einen möglichen Grund für die Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen herausgestellt⁷⁷.

Was soll die Schule alles machen? Wenn wir erkennen, dass neue Anforderungen an die Lebensführung gestellt werden, dann muss durchaus auch die Schule dafür sorgen, hier Angebote zu machen, wie immer das Fach heißt. Wirtschaftliche Allgemeinbildung ist etwas, das zum Teil von den Verbänden bereits seit Jahren gefordert wird und jetzt zunehmend in den Schulen auch zum Einsatz kommt. Auch das ist ein Stichwort, unter dem wir diskutieren und sagen: Ja, natürlich wollen wir

⁷⁷ Atkinson, A. B.: Poverty in Europe. Oxford, Malden, Mass., 1998, p. 101

wirtschaftliche Bildung haben, es muss nur eine richtig verstandene wirtschaftliche Bildung sein. Wir wollen nicht, dass in der allgemein bildenden Schule kleine Volks- und Betriebswirte ausgebildet werden, sondern berücksichtigt wird, dass Wirtschaft im Haushaltskontext anfängt.

Wir haben bei unseren Projekten alle großen Wohlfahrtsverbände eingebunden, darunter Caritas, Diakonie und Rotes Kreuz. Die Kooperationspartner haben uns ganz klar gezeigt, dass Sozialarbeiter bei Familienpflegeeinsätzen sehr gut in der Lage sind, die mentalen Probleme anzugehen, aber nicht mit Geldfragen umgehen können. Wir haben es geschafft, ihnen klarzumachen, dass es sich anbietet, auch solche Fragen zu stellen und mit den Menschen zu trainieren, etwa ein Haushaltsbuch zu führen. Wer das dann nicht will oder nicht macht oder nicht braucht, lässt es sein. Aber dass solche Angebote überhaupt existieren, dass auch hier die Vorbehalte abgebaut werden, etwa die Meinung, es dauere jeden Tag eine Stunde, wenn ein paar Zahlen aufzuschreiben sind, kurz: Menschen mit solchen Dingen bekannt zu machen, ist entscheidend.

Das war mein Versuch, auf die vielen Fragen in dieser Runde zu antworten.

Prof. Dr. Irmhild Kettschau, Fachhochschule Münster

Was mich interessiert, ist der Aspekt, der von mehreren Diskussionspartnern angesprochen wurde: die Rolle der Schule, Schulbildung, Rolle der Familie, Bildung, die das Kind in der Familie erfährt. Auch wir betonen, dass die Familie die primäre Sozialisation leistet und damit auch die primären Bildungsinhalte vermittelt und dass das eine große und verantwortliche Aufgabe ist. Das gilt zum Beispiel auch für den Spracherwerb wie für vielfältige andere Kompetenzen. Trotzdem würde niemand auf die Idee kommen zu sagen, die Kinder müssen jetzt in der Schule nicht Deutsch lernen, weil das ja die Muttersprache ist, die in der Familie erlernt wird. Auftrag von Schule ist es, allgemeingültige Bildungsgüter an unsere junge Generation weiterzugeben in einer Art, die letztendlich auf wissenschaftliche Bildungsinhalte und -erkenntnisse zurückgeht, während die privat vermittelten Bildungsinhalte eben auch die ganze Stärke, aber auch die Borniertheit des privaten Lebenskontexts und einer privaten Bildungsvermittlung kennzeichnet. Familie und Schule müssen sich in diesem Sinn gegenseitig ergänzen.

Gerade wenn man Familie und ihre Aufgaben ernst nimmt, muss man im nächsten Schritt sagen, wir brauchen die Unterstützung in der Form, dass Inhalte, die für eine gelingende Alltagsbewältigung erforderlich sind, im Pflichtkanon der Schulen vertreten sind. Schule ist aus meiner Sicht auch deshalb sehr wichtig, weil sie die einzige Institution ist, die unsere jungen Leute pflichtmäßig durchlaufen. Das gilt nicht einmal für den Kindergarten, das gilt nur für die allgemeinbildenden Schulen in den zehn Pflichtschuljahren. Da meine ich schon, dass es gut zu einer Armutspräventionsdiskussion passt zu sagen, wir brauchen Inhalte, die Kinder befähigen, wirtschaftlich zurecht zu kommen, ihr Leben gut zu führen, sich in den primären Belangen –

Ernährung, Wohnung, Kleidung, soziale Rechte usw. – auszukennen. Diese Bildungsinhalte brauchen wir im Pflichtkanon unserer Schulen.

Dazu gehört übrigens auch die komplexe Aufgabe, sich als Privatmensch zwischen den verschiedenen Instanzen der Wohlfahrtsproduktion hin und her zu bewegen. Das müssen Menschen selbst entscheiden und die Alltagsbewältigung gestalten zwischen Eigenleistungen des Haushalts, Leistungen des Marktes, des Staates oder von Wohlfahrtsorganisationen. Die Fähigkeit, solche komplexen Entscheidungen zu treffen, die entsprechenden Inanspruchnahmen von Leistungen und Kooperationen mit externen Dienstleistern zu gestalten, wächst uns doch nicht durch Instinkt zu. Auch hierfür sind Qualifizierungsprozesse erforderlich, die wir entweder in geplanten formalen Bildungsprozessen erfahren oder aber in Notsituationen informell nachholen müssen.

Der Gedanke einer schulischen Bildung ist auch immer der Sozialstaatsgedanke: unter dem Ziel der Chancengleichheit sollen soziale Unterschiede der Herkunftsfamilie ausgeglichen werden. Dies muss und kann sicher in Deutschland besser ausgestaltet werden, wie uns die Ergebnisse internationaler Schulleistungsstudien zeigen. Hierbei muss es klares Ziel sein, für alle Kinder ein definiertes Niveau von Bildung sicherzustellen, ein Niveau, das unseren gesellschaftlichen Belangen Rechnung trägt. Und in einen solchen Kanon gehören aus meiner Sicht auch die Belange der privaten Lebensführung mit hinein.

Prof. Dr. Joachim Merz

Ich darf vielleicht etwas anmerken zu dem Punkt Spannungsverhältnis zwischen Sozialarbeit und Ökonomie als wissenschaftlicher Disziplin. Die Theorie des Haushalts ist neben der Theorie der Unternehmungen eines der zentralen mikroökonomischen Felder. Neue Ansätze versuchen, Kooperation und Nicht-Kooperation mit spieltheoretischen Ansätzen innerhalb des Haushalts anzugehen. Reinhard Selten hat den Nobelpreis hier in Deutschland für seine spieltheoretischen Ansätze bekommen. Das ist für viele ein ausgebautes Gebiet in der Ökonomie, die sich mit der Haushalts-situation, mit der Entscheidungsfindung auseinandersetzt und mit asymmetrischer Information umgeht – nicht nur unter rationalen Gesichtspunkten. Es ist schon ein weites Feld, mit dem sich da viele befassen, wobei die Frage durchaus berechtigt ist: Was kann ich denn da wirklich für die Praxis auch verwenden oder wie tauglich ist das dafür? Aber das ist ein anderer Punkt.

Die zweite Bemerkung gilt dem politischen Aspekt: Inwieweit soll denn überhaupt der Staat oder eine Institution Sozialarbeit machen, inwieweit soll denn überhaupt Unterstützung gewährleistet werden? Die große Frage ist: Laissez-faire des Einzelnen oder Eingriff und Unterstützung des Staates? Das ist sicher noch ein ganz wichtiger Punkt, der auch schon vielfach angesprochen worden ist.

Dr. Eva Schulze, Berliner Institut für Sozialforschung (BIS)

Wir haben gestern über die Lebenschancen und wie sie sozial vererbt werden diskutiert, und ich habe über die Mechanismen berichtet, wie privilegierte Lebenslagen vererbt werden und dass gerade die soziale Herkunft großen Einfluss auf die Bildungsabschlüsse und auf die Positionierung im Beruf hat. Ich frage mich nun, ob sich die Haushaltsproduktion und die Haushaltsführung in privilegierten Lebenslagen unterscheidet von der Haushaltsführung anderer Lebenslagen und ob angedacht ist, eine Analyse der Zeitbudget-Erhebung durchzuführen, die differenziert ist nach Haushalten privilegierter Lebenslagen und Haushalten in Armut. Ich würde es sehr begrüßen, wenn man das machen würde, weil ich mir vorstelle, dass sich da sehr differenziert und sehr deutlich Unterschiede zeigen ließen, die Hinweise darauf geben, die Herr Piorkowsky und Frau Ketschau so dringend anmahnen: wie man mit Zeit umgeht oder welche Skills vermittelt werden und wie diese in den Haushalten umgesetzt werden.

Prof. Dr. Jürgen Volkert, Hochschule Pforzheim

Ich möchte auf die Antwort von Frau Ketschau eingehen. Es ging um die Frage, inwieweit eine allgemeine Qualitätssteigerung in der Haushaltsproduktion unter allen Umständen wünschenswert ist. Frau Ketschau, Sie haben als interessantes Beispiel gebracht, im betrieblichen Alltag sei es völlig normal, die Effizienz zu optimieren. Das ist natürlich richtig, nur sind wir da im Marktsystem, wo wir uns dem marktwirtschaftlichen Konkurrenzdruck unterwerfen wollen oder müssen. Eine Frage ist jetzt, ob wir den auf den Haushaltsbereich übertragen wollen. Vollständig übertragen lässt er sich ohnehin nicht, da es sich eine ganze Reihe von Haushalten leisten können, diesem Druck auszuweichen. Am Ende stellt sich dann wieder die Stigmatisierungsfrage: Zwingen wir dann nur diejenigen, die Sozialleistungen beantragen, zu solch einer isoliert optimierten Haushaltsführung? Und anschließend: Ist dies auch nur annähernd effizient? Könnte eine umfassend optimierte Zeitallokation für gering qualifizierte arbeitslose Sozialhilfeempfängerinnen und –empfänger in manchen Fällen nicht sogar verlangen, auf eine höchstmögliche Qualität der Haushaltsproduktion zu verzichten und statt dessen an einer beruflichen Qualifizierung teilzunehmen?

Ich bezweifle nicht, dass (nicht nur!) einer allein Erziehenden ein Kurs zur Verbesserung der Haushaltsproduktion nützen könnte. Dennoch halte ich dies für den falschen Ansatz, wenn er die Antwort auf die Zeitknappheit der allein Erziehenden sein soll; denn dann verweisen wir die Verantwortung zurück auf die allein Erziehenden, was an der eigentlichen Problemursache jedoch völlig vorbei geht.

Eine ganz andere Frage, die mich vor einiger Zeit beschäftigt hat: Was ist der Stand der Forschung im Bereich des Zeitreichtums von Arbeitslosen? Da haben wir, wenn wir über Armut reden, plötzlich eine ganz andere Situation. Zeitknappheit bei allein Erziehenden, aber Zeitreichtum bei Arbeitslosen, das können wir vielleicht nur schwer in ein schlüssiges Gesamtkonzept integrieren.

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Universität Frankfurt/Main

Aufgrund der Zeitarmut, die wir hier haben, beschränke ich mich auf einen Aspekt: Es ist ja so, dass ein wesentlicher Anteil der Armen in einem Haushalt lebt, in dem der Mann erwerbstätig ist und die Frau sich um den Haushalt kümmert. Wie gehen Sie jetzt mit der Gefahr um, dass gerade durch Ihre Kurse diese Art von geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, von geschlechtsspezifischem Rollenverhalten nicht noch verstärkt wird, weil durch die Haushaltsführungskurse im Wesentlichen – leider – Frauen angesprochen werden? Sie haben es vorhin erwähnt, dass ab und zu bei den Elternkursen der Mann mitgenommen wird, ich kenne das von Geburtsvorbereitungskursen, die ich selber mitgemacht habe, wo die Männer immer Anhängsel waren. Herr Andreß hat vorhin das Beispiel aus der Schule angesprochen, wo die Mädchen Hauswirtschaft gemacht haben, während die Jungen werken mussten. Wie gehen Sie mit dem Problem um, dass das möglicherweise eine wesentliche Ursache von Armut in Deutschland eher verstärkt als verhindert?

Dr. Stefan Weick, Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA)

Ich hätte gerne noch die empirische Erfassung dieser Fragen, die hier aufgeworfen worden sind, mittels der Zeitbudgetstudie, aber auch der EVS, diskutiert. Ich versuche, das Ganze etwas kürzer zu halten. Der Punkt war ja die Qualität der Humanressourcen, effizientes Wirtschaften unter der Bedingung knapper Ressourcen, und wir hatten das im Beirat der Zeitbudgetstudie auch schon diskutiert. Wie reagiert der Haushalt auf eine Situation mit niedrigem Einkommen? Wird mehr Zeit für Haushaltsproduktion aufgewendet oder handelt es sich um Personen, die ohnehin ineffizient wirtschaften, die nicht viel produzieren können, auch nicht im Haushalt? Ist das dann eine generelle Verhaltensdisposition? In ersten Analysen hat sich gezeigt, dass sich das Zeitbudget auf der Aggregatebene gar nicht so stark unterscheidet zwischen ärmeren und reicheren Haushalten. Man müsste diese Zusammenhänge wahrscheinlich sehr detailliert betrachten, um Unterschiede zu identifizieren. Das bestimmende Moment der Zeitallokation ist die Erwerbstätigkeit, d. h. die Zeiten, die dafür aufgewendet werden.

Ich möchte noch einen weiteren Punkt ergänzen, um auch den Konsumaspekt hier mit einzubeziehen, der in der Zeitbudgetstudie nicht erfasst ist: Wir haben z. B. in empirischen Analysen gefunden, dass das, was Sie das „Auskommen mit dem Einkommen“ genannt haben, gerade im unteren Einkommenssegment oft problematisch ist. Unterhalb der 50 Prozent-Grenze, also in der Einkommensarmutgruppe, wird in breitem Umfang entspart. Man gibt zum Großteil mehr aus als man über das Haushaltseinkommen einnimmt. Dies sind Ergebnisse, die wir auf Basis der EVS finden konnten. Es handelt sich insgesamt um einen Trend, der sich auch in den neuen Bundesländern gezeigt hat. 1993 war dies dort noch wenig ausgeprägt, und 1998 findet man auch in den neuen Bundesländern den Zusammenhang, dass man in

einkommensarmen Haushalten mehr konsumiert als man über das Haushaltseinkommen einnimmt – man verkauft demnach das Tafelsilber, nimmt Kredite auf usw.

Prof. Dr. Irmhild Kettschau, Fachhochschule Münster

Nach dem, was ich aufgearbeitet habe an Studien – unter anderem einige Studien aus dem Bereich der Haushaltswissenschaft über das Ernährungsverhalten in von Armut betroffenen Haushalten –, muss man zwischen den jeweiligen Situationen, in denen die Menschen sind, unterscheiden. Sind es Haushalte, die schon in zweiter oder dritter Generation in Armut sind, die in ghettoisierten Siedlungen leben, sind es welche, die gerade eben betroffen wurden, die runterfallen durch Erwerbslosigkeit, Krankheit, Scheidung usw., plötzlich eintretende Ereignisse, oder ist es eine Überbrückung? Das ist ja auch geläufig. Interessant bleibt die Frage, wie sich die Haushaltsproduktionsprozesse nach diesen Lebenssituationen unterscheiden. Zum Beispiel versuchen die Haushalte, zunächst einmal da zu sparen, wo das keiner sieht, also zum Beispiel bei der Ernährung, aber dort, wo der Konsum eine expressive Rolle spielt – Kleidung der Kinder, Teilnahme der Kinder an Schullereignissen usw. –, versuchen sie, möglichst lange das bisherige Konsumniveau aufrecht zu erhalten. Die Nike-Schuhe, die Herr Kollege Krämer in diesem Zusammenhang einmal erwähnt hat, sagen nicht unbedingt, dass es der Familie gut geht, sondern dass die Familie ein bestimmtes Bild nach außen aufrechterhalten will. Es bedarf noch verstärkter Anstrengungen, um diese verschiedenen Lebenslagen von Haushalten zu unterscheiden und deren Haushaltsproduktion empirisch zu erfassen.

Ich finde die Fragestellung nach „Zeitreichtum“ oder „Zeitarmut“ sehr interessant. Hier verspricht die Zeitbudgetstudie weiterführende Erkenntnisse. Meine Vermutung geht dahin, dass zum Beispiel multideprivierte Haushalte nicht von einem Zeitmangel gekennzeichnet sind (dass sie etwa bei den Ämtern anstehen müssen, viel Zeit verwenden, um etwas Billiges zu kaufen usw.), sondern dass diese Haushalte nicht mehr an den Sinn von eigenen Aktivitäten und Anstrengungen glauben und im Grunde eine Entleerung ihres Alltags von sinnhaften Aktivitäten erfahren. Ich bezweifle insoweit die These, dass diese Haushalte ihre Zeit nutzen, um verstärkt Haushaltsproduktion zu betreiben, etwa Lebensmittel selbst einzukochen oder so etwas. Ich glaube, das ist eine Lebenshaltung, die gehört dem vorigen Jahrhundert an und die ist heute so nicht mehr auffindbar.

Herr Volkert, ich möchte auf Ihre Frage eingehen. Also: Soll man die Sozialhilfeempfängerhaushalte zu einer rationalen Haushaltsführung „zwingen“ und alle anderen dürfen machen, was sie wollen? So habe ich Ihre Frage verstanden. Um es mit einem Beispiel zu sagen: Jemand kann besser oder schlechter Auto fahren, und niemand würde bezweifeln, dass es Sinn macht, dem schlechten Autofahrer beizubringen, besser Auto zu fahren, dass er dann länger lebt, die Gesellschaft besser mit ihm klar-

kommt usw., dass es also für den Menschen selbst und für die Umwelt sinnvoll ist. Wir müssen anerkennen, dass die Haushalts- und Familienarbeit eine komplexe Aufgabenstellung ist, für die Bildung und ggf. Unterstützung benötigt werden. Erforderlich ist eine breite Grundbildung in diesen Fragen für alle Gesellschaftsmitglieder sowie gezielte Bildungs- und Unterstützungsangebote im Bedarfsfall.

Zu den geschlechtsspezifischen Rollen: Die Antwort ist ähnlich. Konsens dürfte sein, die Verknüpfung zwischen weiblicher Geschlechtsrolle und (zwangsläufiger) Zuständigkeit für Haushalts- und Familienaufgaben in Frage zu stellen. Das Problem ist die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung als solche, nicht aber die Aussage der Haushaltswissenschaft, dass man für die Aufgaben im privaten Haushalt Unterstützung, Bildung usw. benötigt und dass die Kompetenz nicht naturwüchsig vorhanden ist, sondern gestärkt und gefördert werden muss und zwar bei beiden Geschlechtern. Ich bin davon überzeugt: Wenn man endlich aufhören würde zu sagen, das ist alles etwas Naturwüchsiges, das geschieht hinter den Türen des privaten Haushalts und wir gucken mal nicht hin – wenn man endlich verstärkt das Thema aufgreifen und öffentlich diskutieren würde, würden sich daraus Chancen auch für ein gerechteres Geschlechterverhältnis ergeben. Zum Beispiel in der Form, dass auch Männer unterstützt würden, im Betrieb zu verhandeln und zu sagen, ich kann heute um fünf keine Bereitschaft machen, ich muss nach Hause, das ist eine ernsthafte, wichtige Rolle, die ich ausüben muss und nicht irgendetwas, was ich mit mir selber ausmache und worüber ich nie und nimmer reden darf.

Prof. Dr. Michael-Burkhard Piorkowsky, Universität Bonn

Zur Frage von Herrn Strengmann: Es ist sogar umgekehrt so – ich habe das auf der Folie zum Vortrag nicht geschrieben –, dass in den meisten Kursen „Partnerschaftliche Arbeitsteilung“ ein Thema im Zusammenhang mit der häuslichen Arbeitsteilung war. Das ist sogar hochrangig thematisiert worden; und mir ist berichtet worden, dass dann Frauen auch in ihrer Familie Probleme bekamen, weil sie mit ihren Partnern darüber diskutiert haben, die da ganz anderer Meinung waren. Aber es ist ein Diskussionsprozess in Gang gesetzt worden, und es gibt sogar Beispiele für ein gutes Ende. Ein, zwei Frauen haben sich aus Gewaltbeziehungen gelöst, sie haben so viel Rückenstärkung in ihrem Kurs erfahren, dass sie sich aus den Beziehungen lösen konnten. Es hat noch einen anderen bemerkenswerten Fall gegeben: Es handelt sich um ein Paar mit Kindern, die Kinder waren alle nicht von dem Mann, mit dem die Frau zusammengelebt hat, der Mann hatte seit Jahren keine Sozialhilfe beantragt. Sie hat ihn dann so lange bearbeitet, bis er zum Sozialamt gegangen ist und Sozialhilfe beantragt hat, um das Geldeinkommen für die Familie dadurch aufzubessern. Wir können natürlich auch keine Wunder bewirken und nicht alle erreichen und nicht alle Probleme damit lösen, aber es gibt gute Beispiele, dass durch eine unterstützende Bildungs- und Beratungsmaßnahme Dinge auf einen besseren Weg gebracht werden konnten.

Prof. Dr. Joachim Merz

Ich möchte noch etwas zur Zeitbudget-Studie und ihrer Eignung für eine Armuts-/Reichtumsverteilungsforschung sagen. Gerade durch diese Zeittagebücher ist es möglich zu fragen, wer arbeitet wann, welche fragmentierten Arbeitsmuster gibt es, sind die Nicht-Privilegierten oder die Armen gezwungen, zu bestimmten Tageszeiten zu arbeiten, sind das Nachtjobs, sind das mehrere Jobs, wie sieht der Erwerbsraum aus? Das ist eben möglich mit Zeittagebüchern und weniger oder gar nicht möglich mit vielen anderen Studien oder nur auf der Ebene möglich, dass man zwischen Vollzeit und Teilzeit unterscheidet mit soundso vielen Stunden insgesamt in der Woche. Das ist also ein neuer Aspekt, der an der bezahlten Arbeit ansetzt, aber dann auch noch das andere der Haushaltsproduktion einbinden kann.

Prof. Dr. Johannes Schwarze, Staatsinstitut für Familienforschung

In Anbetracht der knappen Zeit möchte ich nur den Aspekt in den Vordergrund stellen, der mich am meisten interessiert. Sie beide haben in Ihren Vorträgen mehr oder weniger auch das Problem der Einkommens(um-)verteilung innerhalb der Haushalte angesprochen. Das spielt für die Armutsforschung und allgemein für die Forschung zur Einkommensverteilung eine ganz wichtige Rolle, weil wir bisher immer implizit die Annahme des *Equal Sharing* innerhalb der Haushalte treffen, und das führt dann dazu, dass bei uns ein Haushalt nur aus armen oder aus nicht-armen Personen besteht. Jetzt würde mich interessieren, ob Sie im Rahmen Ihrer Ansätze in der empirischen Forschung Hinweise darauf haben, wie man an dieses Problem herangehen könnte, ob man tatsächlich etwas über die Ungleichverteilung der Einkommen innerhalb der Haushalte herausfinden könnte.

Prof. Dr. Gerhard Trabert, Armut und Gesundheit in Deutschland e. V.

Ich würde gerne noch einmal auf das, was Herr Huster und Herr Volkert indirekt angesprochen haben, zu sprechen kommen. Ich habe das Gefühl, dass bei Ihnen die Angst, die auch bei mir vorhanden ist, hinter Ihrer Kritik steht, dass man das Problem wieder allzu leicht individualisiert, dass man wieder sagt, die Familie muss nur ihre Ressourcen nutzen, und dann ist das Problem gelöst. Diese Argumentation kennen wir übrigens auch aus dem Gesundheitsbereich – man muss nur aufhören Alkohol zu trinken, Zigaretten zu rauchen, sich mehr bewegen, dann ist das Gesundheitsproblem gelöst. Man vernachlässigt damit strukturelle Benachteiligungsebenen. Ich denke, beides muss geschehen. Es muss dieser gesellschaftlich strukturelle Aspekt immer wieder reflektiert werden, und es muss natürlich individuell gefördert werden in der Familie. Aber man muss beides immer wieder kritisch reflektieren. Dann kommt bei der individuellen Förderung, die Sie erwähnt haben, Herr Piorkowsky, die Frage auf: Wie macht man das, ist da ein Diskriminierungsaspekt vorhanden? Diese Kritik ist mir in einem anderen Kontext bekannt, nämlich als Arzt, der wohnungslose Menschen

medizinisch versorgt. Als wir mit unserer Arbeit vor zehn Jahren begonnen haben, hieß es: Wenn Sie niedrigschwellig für Wohnungslose jetzt auf der Straße eine medizinische Versorgung etablieren, dann ist das eine Diskriminierung dieser Menschen, denn Sie führen eine spezifische, separate Versorgung dieser Patienten ein. Ich habe damals wie heute dieser Kritik entgegnet, was hilft es dem Wohnungslosen, wenn wir dies nicht machen und er stirbt? Es geht hier einfach um Existenzsicherung. Man muss die Diskriminierung demzufolge auch relativieren.

Der Setting-Ansatz ist natürlich ein sehr wichtiger Aspekt. Wir haben jetzt nur über Schule gesprochen. Es ist natürlich elementar, unsere Bildungsangebote zu reflektieren. Welche Gruppe wird davon erreicht? Das ist meistens die „so genannte“ Mittelschicht. Auch in diesem Zusammenhang wieder eine Bemerkung aus dem Gesundheitssektor: Wir wissen, dass die Gesundheitsprävention meistens die Mittelschicht anspricht und weniger arme Bevölkerungsteile. Deshalb wurde ja auch u. a. der § 20 SGB V eingeführt, in dem explizit ausgedrückt wird, dass der Setting-Ansatz berücksichtigt werden muss, dass man in die sozialen Brennpunkte hineingehen muss, dass man niedrigschwellig diese Angebote etablieren muss. Das würde also auch wieder für Ihren Ansatz, Herr Piorkowsky, sprechen: Wir müssen in die Familien gehen. Und da wird wieder deutlich, dass das nur durch Kooperation mit der Sozialarbeit möglich ist. Hier muss natürlich interdisziplinär zusammengearbeitet werden. Case Management ist ein entsprechendes Schlagwort innerhalb der Sozialarbeit, solche Konzepte müssen integriert werden.

Zu dem bereits öfters genannten Beispiel der allein erziehenden Mutter: Natürlich ist es wichtig, hier Informationen zu vermitteln. Aber was hilft es der Mutter, wenn sie es dann aufgrund des Zeitbudgets einfach nicht integrieren kann zum Arzt zu gehen, weil z. B. eine Kurzzeit-Kinderbetreuungsmöglichkeit fehlt? Auch hier wieder: individuelle Förderung und strukturelle Reflexion, was an unserem Versorgungskonzept noch modifiziert werden müsste.

Prof. Dr. Michael-Burkhard Piorkowsky, Universität Bonn

Ganz kurz zur Umverteilung: Wenn wir von Umverteilung im Haushaltskontext reden, meinen wir natürlich nicht nur das Geld, sondern auch die materiellen Leistungen, die typischerweise überwiegend von Frauen erbracht werden und die eine andere Art von Umverteilung darstellen. Die Kollegin Seel in Hohenheim führt meines Wissens dazu eine Studie durch, in der diese Aspekte der monetären und nicht-monetären Umverteilungswirkungen im Haushalt untersucht werden. Das ist natürlich eine ganz wichtige Ergänzung. Solange wir nur auf das Geld schauen, greifen auch Umverteilungsfragen zu kurz. Wenn wir nur Netto-Äquivalenzeinkommen ausrechnen, dann verfestigt sich das Gefühl, Haushaltsproduktion gibt es nicht.

Zu Ihnen, Herr Trabert: Wir haben auch erlebt, dass im Rahmen solcher Kurse Netzwerke geknüpft worden sind. Gerade auch allein erziehende Frauen haben sich zusammengetan, und wenn z. B. ein Arztbesuch anstand, haben sie versucht sich gegenseitig auszu helfen. Wir haben das zwar nicht systematisch verfolgen können, wie lange solche Netzwerke halten, aber immerhin: Dass solche Kurse gegeben worden sind und sich zunächst etabliert haben, ist in dem Zusammenhang ein ganz wichtiger Punkt.

Prof. Dr. Irmhild Kettschau, Fachhochschule Münster

Zum Stichwort „individuell – strukturell“: Herr Huster hat uns bereits darauf hingewiesen, dass wir auch klassische sozialarbeiterische Ansätze berücksichtigen müssen. Von meiner Seite möchte ich nur noch ergänzen: Es gehört dazu auch, dass die Personen selbst sich zwischen diesen verschiedenen Hilfeebenen aktiv bewegen können und dazu ermutigt werden. Haushaltsbezogene Bildung bezieht sich nicht nur auf die Abläufe innerhalb der Privatwohnung, sondern soll den Haushalten auch vermitteln, wie sie sich in Systemen und Netzwerken von Hilfeangeboten bewegen können.

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster, Evang. Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe

Ich glaube, wenn Sie in Ihre Kurse Sozialarbeiter mit hineinnehmen würden, würden Sie auf Vernetzung zwischen Case Management und Pädagogik setzen. Ich glaube, es geht einfach um die Frage, dass Sie über das allgemeine schulische System diejenigen erreichen, denen Sie auch Rechnen, Schreiben und Lesen beibringen. Nur diejenigen, mit denen wir weitestgehend zu tun haben, erreichen Sie vermutlich darüber nicht, denn zum Lernen gehört auch das Verlernen oder das Nicht-Anwenden dessen, was man gelernt hat. Das ist unsere Alltagsprofession im Bereich der sozialen Arbeit. Deswegen ist das ein fruchtbarer Ansatz, Ihre Sache mit den Methoden der sozialen Arbeit zu verbinden.

Prof. Dr. Michael-Burkhard Piorkowsky, Universität Bonn

Bei den von mir erwähnten Kursen zur Haushaltsführung waren in der Tat Familienpfleger/-innen und Sozialarbeiter/-innen eingebunden. Es ist ganz klar, dass diese Professionen dazugehören. Die Ökonomie als Wissenschaft liefert die Theorie, und die soziale Arbeit liefert neben Theorie auch die praktische Durchführung.

Prof. Dr. Joachim Merz

Der Intra-Haushaltszusammenhang, darunter die Allokation, die Verteilung innerhalb eines Haushalts, ist auch ein wichtiger Punkt für Equivalence Scales; und Equivalence Scales führen schließlich zur monetären Höhe von Sozialhilfe, und sind damit für die Kommunen höchst ausgabewirksam; also kein abgehobenes Thema.

Dr. Peter Krause, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Ich weiß, wie man Einkommensarmut misst, aber wie misst man eigentlich Zeitarmut?

Erlend Holz, Statistisches Bundesamt

Eine Möglichkeit, Zeitarmut zu messen, wäre über die subjektiven Fragen bei der Zeitbudgeterhebung – einmal zur Zufriedenheit zu verschiedenen Zeitverwendungsgebieten und in welchen Zeitverwendungsgebieten man mehr Zeit haben will. Das kann man in Relation zum Tagesverlauf setzen, das hatte ich auch einmal für die alte Erhebung gemacht. Da kommen an sich ganz interessante Ergebnisse heraus. Vom Prinzip her merkt man eine Tendenz, dass gerade für bestimmte Freizeitaktivitäten, wo man meinen würde, es handele sich um Allerweltsaktivitäten, auch dementsprechend viel Zeit zur Verfügung stehen muss. Das ist eine interessante Sache, das Ganze ist dann auch recht umfangreich geworden. Das haben wir also schon gemacht, und das ist vom Prinzip her auch für die neue Erhebung wieder geplant. Das kann man dann in Verbindung bringen mit der einen offenen Frage, bei der es darum ging, wer derzeit Armut, Reichtum, Zeitverwendung untersucht, das Thema ist in unserem Auswertungsbeirat zur Zeitbudgeterhebung aufgegriffen und wird von mehreren Personen – Frau Kettschau, Herrn Weick und mir – unter unterschiedlichen Gesichtspunkten behandelt. Wir haben alle eine gewisse eigene Ausrichtung, das ist klar, und das Thema ist jetzt zumindest erst einmal im Auswertungsbeirat aufgegriffen.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Andreß, Universität zu Köln

Weil die Zeitbudgetuntersuchung so häufig erwähnt wird, noch eine kurze Frage: Wie ist denn das überhaupt mit der Repräsentation des unteren Einkommensbereichs in der Zeitbudgetstudie? Das ist ja keine einfache Erhebung. Ich könnte jetzt dieses Tagebuch herumgehen lassen, es auszufüllen ist schwierig. Die Vermutung ist doch, wenn armen Personen eher als anderen die entsprechenden Haushaltsfertigkeiten fehlen, dass sie dann auch nicht die Fertigkeiten haben, Tagebücher für das Statistische Bundesamt zu führen.

Dieter Schäfer, Statistisches Bundesamt

Wir haben für die neue Zeitbudgeterhebung noch nicht genau ausgewertet, wie viele Haushalte im unteren Einkommensbereich teilgenommen haben. Ich gehe eigentlich davon aus, dass wir bei 5400 Haushalten doch noch genügend Masse haben, um diese getrennt untersuchen zu können. Aber Ihr Argument ist natürlich nicht falsch. Wir sehen es an einem Beispiel, wo die Frage der Fertigkeit manchmal noch bedeutsamer ist: Wir haben versucht die ausländischen Haushalte einzubeziehen und haben natürlich gemerkt, dass sie deutlich unterrepräsentiert sind. Ich kann somit zum unteren Einkommensbereich noch kein genaues Bild für die neue Erhebung geben. Wir sind dabei, das noch im Rahmen der Hochrechnung genau anzuschauen.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Andreß, Universität zu Köln

Aber mit der alten Erhebung sind doch die Einkommensinformationen vorhanden. Da können Sie schon einmal die Repräsentation des unteren Einkommensbereichs abprüfen.

Dieter Schäfer, Statistisches Bundesamt

Die adäquate Repräsentation ist sicherlich dadurch beim unteren Einkommensbereich in der alten Erhebung gewährleistet, dass wir die entsprechenden Verteilungen an den Mikrozensus angepasst haben. Die entscheidende Frage dahinter ist immer: Wenn Sie differenziertere Analysen im unteren Einkommensbereich machen, wie viele Fälle stehen dann tatsächlich noch dahinter und wie weit können Sie die Analysen differenzieren.

Erlend Holz, Statistisches Bundesamt

In der alten Form haben wir das eigentlich nie ausgewertet. Konkrete Auswertungen zu Armut, Reichtum, Zeitverwendung in der alten Erhebung waren nie Gegenstand, das wurde jetzt erst mit der neuen Erhebung konkret umgesetzt.

Prof. Dr. Joachim Merz

Vielleicht kann man bei der Gelegenheit dazu aufrufen, diese Studie zu nutzen und zu untersuchen, ob es so ist oder nicht. Wir haben jetzt schon ein paar Aspekte genannt, wo Verteilungsfragen mit Zeit und Geld verknüpft werden, die Lage der Arbeitszeit usw. Das ist ein Gebiet, das auch international – und ich habe das am Anfang schon einmal angesprochen – über “time and inequality“ z. B. auf einer anderen Tagung im nächsten Jahr in Cork angesprochen wird. Das Thema ist ein junges Thema und wird erst bereichert werden durch die Arbeit, die man sich damit macht – vor allen Dingen, weil auch die Daten jetzt zur Verfügung stehen. Man kann gar nicht erwarten, dass die Ergebnisse schon da sind, weil an den Hochrechnungsfaktoren jetzt noch gearbeitet wird. Das ist noch ganz jung, und die alten Daten haben lange gebraucht, das muss man leider auch einmal sagen, um überhaupt als Mikrodaten der Wissenschaft oder den Interessierten zur Verfügung zu stehen. Es war eben nicht so, dass da zehn Jahre Zeit waren, sich damit zu befassen, leider.

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Universität Frankfurt/Main

Es kommt nicht nur auf die Freizeit an oder deren Anteil im unteren Einkommensbereich, sondern vor allen Dingen darauf, wen man erreichen will. Und ich denke, gerade im unteren Einkommensbereich gibt es eben viele, die andere Probleme im Kopf haben, die erwischt man dann nicht. Es wäre also spannend, nicht nur zu

schauen, wie hoch wird das hochgerechnet oder wie viele Fälle sind das, sondern wie sind die strukturiert. Gerade im unteren Einkommensbereich kann man sich vorstellen, dass es da große Verzerrungen gibt.

Dieter Schäfer, Statistisches Bundesamt

Wir haben zumindest gute Basisangaben, um das untersuchen zu können. Wir haben sowohl das Haushaltseinkommen als auch die persönlichen Erwerbseinkommen abgefragt. Wir haben die Einkommen in absoluter Höhe abgefragt und wir haben den Befragten auch noch die Möglichkeit gegeben, wenn sie das nicht wollten, es klassifiziert einzutragen. Damit haben wir viele Angaben in dem Bereich bekommen, so dass das Potenzial näher zu untersuchen, welche Haushalte oder welche Personen mit niedrigen Einkommen da erfasst sind, auf jeden Fall vorhanden ist.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Andreß, Universität zu Köln

Ich habe nur gefragt, weil es eine so einfach zu beantwortende Frage ist und eben diese Studie angepriesen wurde. Wenn es klassifiziert ist, muss man doch sagen können, wie viel Prozent z. B. in den untersten zwei Klassen drin sind. Und wenn die alten Daten wirklich verfügbar sind, muss man wissen, ob sie gewichtet sind oder nicht und nach welchen Kriterien sie gewichtet wurden. Im SOEP, das können wir jetzt Herrn Grabka fragen, ist beispielsweise die Tatsache einer Partnerschaftsauflösung eine der wichtigen Gewichtungsfaktoren. Auch das Einkommen, wenn ich richtig informiert bin.

Erlend Holz, Statistisches Bundesamt

Derzeit sind die Arbeiten für die neue Erhebung voll im Gang und es ist alles im Fluss. Dementsprechend haben wir noch nicht die Ergebnisse, aber die kommen dann.

Dr. Stefan Weick, Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA)

Ich habe jetzt auch nicht die genauen Zahlen im Kopf, habe aber bereits die Einkommensangaben der Zeitbudgetstudie den ALLBUS-Daten gegenübergestellt. Die Zeitbudgetstudie ist eine Quotenerhebung, von daher muss man ohnehin von Verzerrungen in der Einkommensverteilung ausgehen und auch die Hochrechnung mit einbeziehen. Ein Problembereich ist darin zu sehen, dass an den Rändern der Einkommensverteilung kategoriale Einkommensangaben überwiegen. In der Zeitbudgetstudie findet man im oberen und unteren Einkommensbereich weniger offene Angaben, als das sonst in Befragungen üblich ist. Dies erschwert z. B. die Abgrenzung von Einkommensarmut. Andererseits zeigt sich, dass weniger *Item Non-Response* bei den Einkommensangaben zu beobachten ist – wahrscheinlich durch die freiwillige Beteiligung in dieser Befragung bedingt. Dennoch weicht die Einkommensverteilung der Zeit-

budgetstudie nicht grundlegend von denjenigen anderer Befragungen ab, die ebenfalls Probleme bei der Erfassung der Einkommensränder aufweisen.

Dr. Michael Stegmann, Verband Deutscher Rentenversicherungsträger

Herr Weick, Sie sprachen ALLBUS an, ich möchte anregen, wenn die Frage dann auch brisant wird, vielleicht, was Strukturgrößen dieses Niedrigeinkommensbereichs angeht, das NIEP als Datengrundlage hinzuzuziehen, um Vergleiche anzustellen, wie sich die Struktur in diesem Niedrigeinkommenspanel und dann in dieser Zeitbudget-Studie verhält.

Prof. Dr. Irmhild Kettschau, Fachhochschule Münster

Ich möchte die letzte Diskussion noch einmal aufgreifen, die sich um die Zeitbudgetstudie drehte. Wir haben damit jetzt einen größeren Datensatz verfügbar, der es weitergehend als bisher ermöglicht, das innere Geschehen und die inneren Abläufe der Haushalte zu analysieren. Zwar werden jetzt, kaum ist die Studie fertig, auch ihre Mängel beklagt. Dennoch meine ich, die Zeitbudgetdaten bedeuten für das Verständnis der Lebensgestaltung auf Haushaltsebene einen wichtigen Schritt nach vorne.

Prof. Dr. Michael-Burkhard Piorkowsky, Universität Bonn

Ich fand die Diskussion sehr anregend. Bereits gestern habe ich vor allem gelernt, dass Quantifizierung ein ganz wichtiger Punkt ist. Zeitnot!... Ich denke schon länger darüber nach und werde weiter daran arbeiten, Zeitarbeit zu operationalisieren und notfalls auch mit drei alternativen Armutsgrenzen zu erfassen.

Prof. Dr. Joachim Merz

Damit darf ich mich bei allen für die interessante Diskussion bedanken. Ich denke, dass dieses Thema eine Bereicherung in der Sozialberichterstattung ist – nicht nur im weiteren Sinn, sondern auch spezifisch hier in der Verteilungsanalyse. Je quantitativer fundiert, desto besser. Empirisch fundierte und tragfähige Ergebnisse können und sollen dann auch in die Politik eingehen. Vielen Dank an alle Referenten und Diskutanten.

5. Abschließende Diskussion

Moderation: **Dr. Dietrich Engels**, Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG)

Dr. Dietrich Engels

Jetzt würde ich gerne überleiten in eine allgemeine Abschlussdiskussion, in der wir zu all diesen verschiedenen Aspekten je nach Bedarf noch einmal Stellung nehmen und sie aufgreifen können, wo wir aber auch noch einmal ganz gezielt den Auftraggeber dieser Veranstaltung, nämlich das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, im Hinblick auf den zweiten Armuts- und Reichtumsbericht mit einbeziehen und fragen können, welche Implikationen unsere Diskussion innerhalb des Expertenkreises für diese Armuts- und Reichtumsberichterstattung hat.

Prof. Dr. Jürgen Volkert, Hochschule Pforzheim

Ich möchte etwas Grundsätzliches zur künftigen Ausrichtung der Reichtumsberichterstattung sagen, die gestern im Zentrum stand. Die politische Diskussion hat maßgeblich zum Entstehen einer Reichtumsberichterstattung beigetragen. Wenn wir als Wissenschaftler eine solche Reichtumsberichterstattung für sinnvoll halten – ich selbst bin inzwischen dieser Meinung –, muss es für uns jetzt darum gehen, die Reichtumsberichterstattung konzeptionell schlüssig zu fundieren. Allerdings verlangt dies, dass man sich zunächst darüber verständigt, was denn die konkreten Ziele und Funktionen der Reichtumsberichterstattung sein sollen. Damit lässt sich dann auch die mit Recht formulierte Frage beantworten, warum man Reichtum messen sollte. Vor dem Hintergrund der bisherigen Zielsetzungen der Armuts- und Reichtumsberichterstattung und der daraus folgenden relevanten Reichtumsfunktionen erscheint mir Amartya Sens Konzept der Verwirklichungschancen als konzeptionelle Grundlage sowohl für die Reichtums- als auch für die Armutsberichterstattung besonders gut geeignet.

Wenn wir die höchst unterschiedlichen Ziele und Funktionen der Reichtumsberichterstattung in den Vordergrund rücken, dann führt das, wie auch bei der Armutsberichterstattung, zu einer notwendigerweise mehrdimensionalen Reichtumsanalyse. Das heißt, es kann nicht nur einen, es wird nicht *den* Reichtumsindikator geben. Das ist ein zweiter wichtiger Punkt. Es stellt sich dann die Frage, ob wir trotzdem versuchen sollten, aus verschiedenen Indikatoren einen synthetischen Index zu konstruieren, um die Berichterstattung aus Gründen der Einfachheit auf nur einen Wert fokussieren zu können. Ich halte den Versuch, einen Gesamtindex zu bilden, aus zwei Gründen für problematisch: erstens wissen wir für die Konstruktion eines solchen Indikators nicht genügend über die Beziehungen zwischen den verschiedenen relevanten Reichtumsdimensionen. Und selbst wenn es uns gelänge, diese Beziehungen herauszuarbeiten, wäre die Beschränkung auf einen Gesamtindex

zweitens nicht im Sinne der Berichterstattungsziele. Zu diesen gehört nämlich auch das Ziel, Handlungsbedarf aufzuzeigen. Werden jedoch die gesamten Informationen zu den verschiedensten Handlungsfeldern zu einem einzigen Wert aggregiert, so bleibt dieser möglicherweise konstant, auch wenn sich in verschiedenen Dimensionen gegenläufige Entwicklungen ergeben. Ein solcher Gesamtwert verdeckt also eine ganze Reihe von Informationen, die notwendig sind, um den Handlungsbedarf klären zu können. Ein Set an Indikatoren, wie wir es von der Armutsberichterstattung auf europäischer Ebene kennen, ist daher nicht als Schwäche anzusehen, sondern konzeptionell notwendig für mehrdimensionale Analysen des Handlungsbedarfs, den die Reichtumsberichterstattung aufzeigen kann.

Prof. Dr. Joachim Merz, Universität Lüneburg

Ich plädiere auch für eine Multidimensionalität aus langer Vorgeschichte und guten Gründen und möchte auf Arbeiten von Lars Osberg und Andrew Sharpe⁷⁸ verweisen. Die haben den Versuch gemacht, ein Set von sozialen Indikatoren auch zur Verteilungsanalyse in ihrem Gewichtungsschema offen zu legen, auch per Internet offen zu legen, so dass es relativ leicht ist, von außen ein Gewichtungsschema aufzulegen, um die eigenen Gewichte zu vergeben und sich dann einem einzelnen Gesamt-Indikator zu nähern. Nicht, dass ich das jetzt unbedingt gutheiße, aber dies nur als Information, dass es in dieser Mehrdimensionalität der sozialen Indikatoren und auch bei der Armutsberichterstattung einige Versuche gibt, diese dann wieder zusammenzufassen – obwohl man die Vielfalt betonen will.

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster, Evang. Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe

Die kurze Diskussion gestern zwischen uns beiden, Herr Piorkowsky, ob eine oder mehrere Grenzen, das ist mir noch einmal durch den Kopf gegangen: Ich würde das pragmatisch unter dem Gesichtspunkt angehen: Gibt es Abstufungen? Das Problem ist, dass der sehr wertbesetzte Begriff Reichtum mit einer formalen Grenze schwer vereinbar ist. Dass er multidimensional sein soll, ist klar, aber ob Sie 200 oder 250 oder 223,5 nehmen, das hat die gleiche Plausibilität. Genauso wie 50, 45 oder 90, das können Sie machen. Aber entscheidend ist, das habe ich gerade bei der Dissertation von Herrn Strengmann-Kuhn gesehen, er hatte die ganzen Berechnungen auf der 50 Prozent-Durchschnittsachse angesetzt, die hat er gelassen und hat das nicht umgesetzt auf 60 Prozent Median, und die Ergebnisse sind ja dann, weil sie stringent durchgezogen werden, sehr aussagekräftig.

⁷⁸ Osberg, Lars & Sharpe, Andrew (2002): "An Index of Economic Well-Being for Selected OECD Countries", Review of Income and Wealth, Vol. 48 (3) pp. 291-316

Von daher habe ich keine Sorge, dass wir uns nicht über bestimmte Grenzen einigen können, und der Hinweis, die 200 Prozent-Grenze deckt faktisch die oberen fünf Prozent ab, zeigt auch schon, in welche Richtung so etwas möglicherweise geht. Ob man einen Begriff wie Reichtum bei den oberen Zehntausend festmacht, da hätte ich ganz große Bauchschmerzen. Das hätten die zwar gerne, aber ich denke mir, man muss aus der gesamtgesellschaftlichen Perspektive heraus argumentieren, und für einen Sozialhilfeempfänger hat die 200 Prozent-Grenze eine andere Dimension als wenn einer 199 Prozent hat und der sagt: „Wenn ich jetzt noch eine Mark verdiene, dann bin ich plötzlich reich? Das kommt mir nicht in die Tüte“. Das sind unterschiedliche subjektive Zugänge zu der Problematik. Deswegen bleibe ich auch dabei, was diese Quantität anbelangt: mit Qualität!

Gut fand ich gestern bei Herrn Volkert die Bemerkungen zum gehobenen Konsum. Das war auch bei mir der Ansatz, aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe herauszubekommen, dass auf einmal bei dieser 200 Prozent-Grenze eine ganz andere Form von gehobenem Konsum möglich ist und dass dann innerhalb der Gruppe der Reichen noch eine Grenze kam, wo Sie sagten, da geht es gar nicht mehr um gehobenen Konsum, da geht es um eine Vermehrung von Vermögen und von Einkommen, und da hat der Konsum nicht mehr die zentrale Bedeutung zur Vermögens- oder Reichtumssteigerung. Das wäre für mich auch noch einmal eine zweite Sache, innerhalb des Reichtums so eine Grenze einzuziehen.

Ich möchte den Punkt, den ich gestern eingebracht habe, erneut aufgreifen: Wir diskutieren sehr genau über Verursachungszusammenhänge von Armut, letztendlich mit dem Ziel sie zu überwinden: Arbeitslosigkeit, Veränderung der familialen Gesellungsformen und was da alles eine Rolle spielen kann. Aber wir diskutieren nicht die Entstehungsbedingungen von Reichtum. Ich habe einmal den Satz geprägt: Reichtumsforschung dient unter anderem dem Schutz des Reichtums, indem er legal und illegal erworbenen Reichtum wertend unterscheidet. Mich interessiert, wie gesagt, relativ wenig – da stimme ich auch mit Herrn Andreß überein –, wenn einer sein Geld ordnungsgemäß versteuert hat, ob er das verfuttert oder verschenkt oder es irgendwohin legt, ich denke, das gehört in einer freien Gesellschaft zu den möglichen Wertentscheidungen. Aber ich bin der Ansicht, das ist der Punkt, der gestern eine Rolle spielte, dass Reichtum möglicherweise durchaus in die Lebensbereiche anderer eingreift, und zwar in einer nicht akzeptablen Weise. Wenn Reichtum unter anderem dadurch entsteht, dass er durch Steuerhinterziehung oder ähnliche Mechanismen zustande kommt, dann verkürzt er letztendlich die Möglichkeiten des Staates, an anderer Stelle ausgleichend zu wirken oder der Staat muss sich das Geld woanders holen oder er muss Leistungen einschränken, wie auch immer. Deswegen, meine ich, müsste dieser Aspekt der Ursache für Reichtum, um die einen aus der Legitimationsdiskussion herauszuführen, die das legal erworben, legal versteuert usw. haben, zu scheiden von den Dingen, die möglicherweise durchaus rechtswidrige oder den Rechtsstaat gefährdende Ursachen haben. Dieser Wert, das ist eine Vermutung von

mir, ist so gering nicht. Ob man das in den nächsten Bericht schon hineinbringen kann – und dass da die Politik dann aufschreit über „Neidhammeldebatten“ usw. –, ist das eine, aber das andere ist doch: Es wird nun permanent diskutiert über sozialen Missbrauch, dann möchte ich einmal wissen, ob es nicht auch einen Steuermisbrauch und ähnliche Dinge gibt.

Es geht mir darum, dies zu unterscheiden von dem Reichtum, der sich überhaupt nicht legitimieren muss – da kann man nachfragen, wie ist das mit der Sozialbindung von Eigentum usw., aber dazu hat man keine harten Kriterien. Man kann Leute ermutigen, Geld zu stiften. Wenn schon die Frage aufgekommen ist, warum Reichtumsberichterstattung, dann möchte ich etwas über die Ursachen dieses Reichtums wissen. Gegebenenfalls wäre das ein Projekt, so etwas doch einmal in einem besonderen Auftrag untersuchen zu lassen. Die Daten sind offensichtlich über das Statistische Bundesamt erreichbar. Man weiß, wie viel Einkommen nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung da ist, man kann sich ungefähr vorstellen, wie viel Steuern abzuführen sind, und man kann anhand der Steuerstatistik feststellen, wie viel angekommen ist. Das muss man etwas feiner und differenzierter machen, aber so kompliziert kann das nicht sein. Wenn man die Dunkelziffer in der Sozialhilfe ausrechnen kann, muss man die Dunkelziffer im Steuerrecht auch ausrechnen können. Das wäre meine Anregung, Reichtum durchaus auch auf seine Ursachen hin zu differenzieren und auch eine Differenzierung der Legitimität von diesen unterschiedlichen Formen von Reichtum herauszustellen.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Andreß, Universität zu Köln

Was von dieser Diskussion wirklich in den Bericht einfließen sollte, sollten wir mit der zuständigen Gruppe im Ministerium konkret und praxisbezogen erörtern. Sie, Herr Engels, haben wie immer schön Protokoll geführt, und es sind zwei Dinge benannt worden: Wir wollen einen umfassenden deskriptiven Überblick haben über die Verteilung der Einkommen, nicht nur die im unteren Einkommensbereich, und wir wollen Informationen haben über die Beteiligung an der Finanzierung unseres Gemeinwesens – wie immer man das nennen möchte, Transfer-Enquête II oder ähnlich. Das sind zwei Punkte, auf die sollten wir uns konzentrieren. Ich würde der Gruppe auch raten, sich wirklich nur auf die zwei Punkte zu konzentrieren, denn alles andere, was wir sonst noch diskutiert haben, scheint mir im Moment noch in einem Stand zu sein, dass es vielleicht Grundlagenforschung ist, vielleicht auch mit ein paar handfesten Ergebnissen, aber keinesfalls Forschung in einer Form, die man in einzelne Indikatoren gießen könnte.

Wenn man sich auf diese zwei Dinge konzentriert, dann ist die Debatte über einen, zwei, drei, fünf oder zehn Indikatoren eigentlich eine nebensächliche. Ob man da die 200 Prozent-Grenze, die oberen zehn Prozent oder irgendeine Zahl nimmt, das ist eigentlich eine Debatte, die überflüssig ist. Es gibt gute Möglichkeiten, die

Einkommensverteilung deskriptiv in einer Form darzustellen, dass sie die Öffentlichkeit verstehen kann, und man kann dabei meinetwegen auch die eine oder andere Kennziffer nennen. Aber im Prinzip ist diese Fokussierung auf Kennziffern eine, die wir uns aufdrängen lassen, weil es im unteren Einkommensbereich jetzt Usus geworden ist, das 50 Prozent-Kriterium zu verwenden, was wir eigentlich auch alle nicht gut finden. Es gibt alternative Möglichkeiten, mit diesem Problem im unteren Einkommensbereich umzugehen, genauso machen wir das im oberen Einkommensbereich. Insofern ist, glaube ich, dafür die Diskussion eigentlich abgeschlossen. Ich möchte mich, anders ausgedrückt, nicht mehr darum streiten, ob man nun 200 Prozent nimmt oder die oberen zehn Prozent.

Eine schwierige Frage ist dagegen die Beteiligung an der Finanzierung dieses Gemeinwesens – Transferanalyse oder wie immer man das nennen möchte. Ich warne davor, was Sie gesagt haben, Herr Huster. Im jetzigen Armuts- und Reichtumsbericht gibt es kein Kapitel darüber und noch nicht einmal einen Abschnitt über Missbrauch von Sozialleistungen. Wenn Sie schon das Thema Steuerhinterziehung, sozusagen Missbrauch unseres Sozialwesens, aufs Tapet bringen, dann müsste man dies umfassend tun. Dann müsste man in der Tat auch dieses Kapitel über den unteren Einkommensbereich schreiben. Und ich warne davor dies zu tun, weil unsere Daten Grundlagen dafür fürchterlich schlecht sind, es natürlich eine Masse öffentlicher Debatten darüber gibt, aber sie eben in keiner Weise fundiert sind. Da gibt es allerhand Vermutungen, und ich würde sehr stark dafür plädieren, dieses Thema, was ein wichtiges Thema ist, neutral zu behandeln. Und das ist schon schwierig genug. Also noch einmal: Den Bericht der Transfer-Enquête für die Jahre Anfang dieses Jahrtausends zu schreiben ist schwierig genug, und wenn ich das richtig sehe, gibt es dazu auch noch kein Gutachten. Es ist aber eine wichtige Frage, und sie sollte zunächst einmal möglichst wertneutral angegangen werden. Ich würde dafür plädieren, dass in diesem Bereich noch einmal investiert wird, um ein Gutachten zu machen, weil das auch von vielen hier thematisiert wurde.

Dr. Dietrich Engels

Eine unmittelbare Rückfrage: Sie haben gerade In Bezug auf die gestrige Diskussion die Finanzierung des Systems so pointiert. Ein anderer Punkt: Es war gestern betont worden, dass die Elitenforschung, wie sich Eliten rekrutieren, ein sehr wichtiger Punkt sei. Halten Sie das für weniger wichtig oder halten Sie das noch für zu unreif, um im gegenwärtigen Stadium in die Berichterstattung einbezogen zu werden?

Prof. Dr. Hans-Jürgen Andreß, Universität zu Köln

Wenn Sie mich direkt fragen, will ich gerne etwas dazu sagen. Es ist ein weites Feld, und es gibt bereits eine große Forschungsliteratur dazu. Wenn ich Sie, Frau Schulze,

richtig verstanden habe, haben Sie gestern nicht über eigene Forschungen berichtet, sondern existierende, im Wesentlichen soziologische Forschungsliteratur hier wiedergegeben. Wenn man das für einen wichtigen Punkt hält, kann das in Form einer Literaturexpertise funktionieren. Man sollte sie wenn, dann auch umfassend machen und nicht nur über Reproduktion von Eliten, sondern möglicherweise auch über Reproduktion von Personen im Armutsbereich sprechen. Auch dazu gibt es eine Menge an Forschungsliteratur.

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster, Evang. Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe

Ich stimme darin überein, dass wir die Transfers in die eine wie in die andere Richtung, empfangende wie abgehende, berücksichtigen müssen. Meines Wissens war das damals eine Bundestags-Enquête-Kommission Ende der 70er Jahre, aber egal wie, das kann von verschiedenen Seiten her kommen.

Um diese Missbrauchsdiskussion kommen wir gar nicht herum. Ich stimme mit Ihnen darin überein, man sollte nur dann etwas in den Bericht hineinschreiben, wenn man harte Fakten für das eine wie für das andere hat. Und wenn man die bis zum nächsten Jahr nicht hat, sollte es draußen bleiben. Aber ich wollte es wenigstens als Aufgabe einbringen, weil ich glaube, dass diese Missbrauchsdiskussion deswegen geführt, aber nicht durch eine wissenschaftliche Analyse fundiert wird, weil in der politischen Auseinandersetzung viel interessanter ist, wenn man nicht weiß, was eigentlich los ist. Denn wenn man ein Interesse daran hätte, dann würde man wahrscheinlich zu den gleichen Ergebnissen kommen wie in den USA, dass es sich um ca. fünf Prozent handelt.

Aber im Grunde genommen hat keiner bei uns ein Interesse an einer Versachlichung dieser Diskussion, und deswegen rege ich genau eine offizielle Analyse auch dieser Missbrauchstatbestände an, denn sonst gehen diese Einzelfälle – Sozialhilfeempfänger in Florida – durch die Bild-Zeitung. Ich gehe dieser Diskussion nicht aus dem Weg.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Andreß, Universität zu Köln

Sie sollten dann natürlich auch sagen, wie Sie die machen wollen. Es ist nicht absehbar, dass dabei ein Datenbestand herauskommt, der eben diese neutrale Bewertung ermöglicht. Und wenn das nicht gegeben ist, würde ich der Gruppe im Ministerium abraten, dies tun zu wollen.

Rainer Irlenkaeuser, Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung

Ich kann sicherlich nicht zu dem ganzen Set an Wünschen und Vorstellungen, die jetzt gerade entwickelt werden, Stellung nehmen. Da müssen wir über das eine oder andere noch intensiv nachdenken.

Ich will nur zwei Punkte aufgreifen: Transferanalyse, Transfer-Enquête-Kommission, Da kann ich nur klar sagen, das werden wir nicht hinbekommen. Denn wir könnten uns nicht nur auf den Bereich Einkommen beschränken, sondern müssten das gesamte Sozialsystem in den verschiedenen Facetten mit einbeziehen. Wenn ich mich an die Arbeiten erinnere, die in den 70er Jahren geleistet wurden, dann setzt das alleine eine entscheidend andere Manpower voraus, als wir im Augenblick zur Verfügung haben. Außerdem haben wir im Augenblick jede Menge an politischen Kommissionen, so dass die Bereitschaft der Politik deutlich abnimmt, diese Zahl noch um eine weitere Kommission zu vergrößern. Da kann ich also keine Hoffnung machen. Wir werden natürlich immer im einzelnen überlegen, was man an zusätzlichen Analysen noch machen kann.

Zweiter Punkt: Missbrauch von Sozialleistungen oder auch Steuerhinterziehung. Ich will deutlich machen: Missbrauch von Leistungen aus dem staatlichen System oder gegenüber dem staatlichen System ist ein sehr wichtiges und faszinierendes Thema, ein Thema, das auch im internationalen Bereich wachsende Bedeutung bekommt. Die Niederländer hatten vor etwa 14 Tagen eine Konferenz über grenzüberschreitenden Sozialhilfemissbrauch, wo alles von illegaler Beschäftigung bis hin zu Missbrauch von Arbeitslosengeld u. Ä. besprochen wurde. Bloß das Problem liegt genau so, wie Sie eben angesprochen haben, Herr Andreß: Einzelfälle kann man immer plakativ aufarbeiten, man kann auch gewisse Raster, wie bestimmte Gruppen vorgehen, feststellen, aber die wissenschaftliche Fundierung ist oft recht schwach. Dies fängt ja schon bei dem Begriff Schwarzarbeit an, was umfasst dies alles? Da gibt es einerseits österreichische Schätzungen, welchen Umfang dieser Bereich am Bruttosozialprodukt hat. Andererseits haben wir in Berichten des damaligen Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, die sich mit der Bekämpfung illegaler Beschäftigung und Leistungsmissbrauch bei der Bundesanstalt für Arbeit beschäftigt haben, immer festgestellt, dass zuverlässige Aussagen nicht zu machen sind; ungeachtet aller Datenabgleiche und Prüfungen vor Ort. Ich habe Zweifel, dass wir viel weiterkommen werden. Außerdem erscheint es mir fraglich, ob zusätzliche Informationen tatsächlich zur Versachlichung beitragen.

Selbst wenn wir diese Informationen hätten, bin ich ziemlich sicher, werden Fälle wie „Florida-Rolf“ oder von wem auch immer, wenn es politisch opportun ist, hochgespielt. Insofern sollte es unser Interesse sein, diesen Bereich nur dann aufzugreifen, wenn wir wirklich über vernünftige wissenschaftlich begründbare Zahlen verfügen. Das Gleiche gilt natürlich auch für den Bereich der Steuerhinterziehung. Wegen der Kritik an den Sozialleistungen würden wir auch einmal gerne klären, in welchem Umfang Steuerhinterziehung stattfindet und ob dann die Bekämpfung dieser Steuerhinterziehung wirklich so effektiv ist, wie sie behauptet oder dargestellt wird.

Wir werden auch dieses Thema noch einmal überprüfen, aber ich möchte derzeit keine großen Hoffnungen wecken.

Ortrud Leßmann, Hamburg

Ich möchte nur zwei kurze Anmerkungen machen. Das eine ist, dass hier vorhin von Indikatoren gesprochen worden ist, von einem Indikator versus mehrere Indikatoren. Ich habe den Eindruck, was Sie gemeint haben, war ein einheitliches Maß zu haben, wo man eben auch mehrere Dimensionen zu einem Maß zusammenfasst. Ich finde es wichtig, das begrifflich zu trennen, auch wenn ich mich hier darin wiederhole, immer auf die Begriffe zu schauen. Es kann auch für eine Dimension mehrere Indikatoren geben, das haben wir ja beim Reichtum gestern gesehen: Man kann sich zumindest mehrere Schwellenwerte denken und in dem Sinne auch mehrere Indikatoren für eine Dimension, nämlich die Einkommensdimension, haben.

Das andere, was mich immer ein bisschen wundert: Warum sind diese Schwellenwerte so fürchterlich wichtig? Es gibt Konzepte der stochastischen Dominanz, die genau daran ansetzen, dass man Vergleiche trifft, ohne sich auf einen Schwellenwert festzulegen. Das ist vor allem für die Einkommensverteilung gut ausgearbeitet: Man kann zwei Einkommensverteilungen vergleichen, ohne sich auf eine Armutsgrenze festlegen zu müssen. Einige empirische Arbeiten verwenden entsprechende Dominanzkonzepte. Ich selber habe noch nicht empirisch gearbeitet, deshalb mag ich naiv sein. Dennoch die Frage: Warum geht man nicht in diese Richtung? Ich finde es etwas anstrengend, wieder und wieder diese Diskussion um Grenzziehungen zu führen.

Prof. Dr. Wolfgang Glatzer, Universität Frankfurt

Ich kann daran anschließen, ich denke auch, die alten Hüte sollten zumindest nicht als Streitfälle nach draußen getragen werden. Wir wissen seit den 70er Jahren, dass unterschiedliche Armutsgrenzen definiert werden, dass sie verschiedene Wissenschaftler unterschiedlich plausibel finden und dass man sich pragmatisch für eine entscheiden muss, wenn man wissenschaftlich arbeiten will. Das ist unverändert seit langer Zeit, und warum bauschen wir das immer wieder neu zu einem großen Problem auf?

Zu dem zweiten Punkt, illegale Aktivitäten und Missbrauch von staatlichen Leistungen: Ich glaube, das kann ein Wissenschaftler an Einzelfällen nicht untersuchen. Wir haben keine polizeiliche, staatsanwaltschaftliche oder richterliche Kompetenz, um illegales Verhalten festzustellen. Und wenn wir solche Fälle aufdecken würden, dann wäre dies gerichtsrelevant. Das kann nicht Aufgabe von Wissenschaft, auch nicht Nebeneffekt sein.

Mein dritter Punkt ist, dass ich eigentlich heute Morgen eine Hauptbotschaft im Statement von Herrn Engels vermisst habe. Das war für mich, dass man durch Haushaltsproduktion die Armutsvermeidung fördern kann, dass man Armutsbekämpfung erleichtern und verbessern kann und dass das im Zusammenhang mit anderen

Einrichtungen geschehen muss – Bildungsmaßnahmen, Schuldnerberatung usw. Das ist ein plastisches Ergebnis, und das hätte ich gerne betont.

Dr. Dietrich Engels

Das war auch so gemeint, vielleicht nicht ganz so deutlich gemacht, aber danke, dass Sie es noch einmal betont haben.

Dr. Peter Krause, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Die Beschreibung des Reichtums sollte im Bericht nicht in erster Linie unter dem Aspekt der Aufdeckung des Missbrauchs erfolgen, sondern vielmehr unter dem Gesichtspunkt der Funktionalität. Das heißt nicht, dass Missbrauch nicht auch ein wichtiger Aspekt ist – Kapital-Missbrauch sollte meines Erachtens ebenso behandelt werden wie Sozialhilfemissbrauch im Bereich der defizitären Einkommenslagen. Langfristig gesehen erscheint mir indes wichtiger, Kriterien und Steuerungsmechanismen aufzubauen, die einen gezielteren Umgang und eine effizientere Behandlung auch großer Kapitalmengen erlauben, auch wenn unser theoretisches und empirisches Instrumentarium derzeit dazu noch unzureichend erscheint.

Prof. Dr. Michael-Burkhard Piorkowsky, Universität Bonn

Was gehört in einen Armuts- und Reichtumsbericht? Ich denke, es sollte nicht nur das, was wir irgendwie messbar gemacht haben, hinein; auch der erste Armuts- und Reichtumsbericht ist ja keine reine Indikatorensammlung. Es geht um soziale Ausgrenzung und deren Überwindung, auch und gerade durch Maßnahmen der Bundesregierung. Da bin ich sehr dankbar, dass mir Herr Glatzer noch einmal das Stichwort gegeben hat: Ja, in der Tat, hier gibt es einen weißen Fleck. Haushaltsproduktion als Ressource, als Transformationsprozess, der effektiv zur Lebenshaltung beiträgt – besser oder schlechter –, und die Möglichkeit, durch Förderung solcher Kompetenzen Armut zu mildern, aus Armut herauszukommen und Menschen zumindest davor zu bewahren, in tiefere Armut zu fallen. Das ist ein Maßnahmenpaket, das durch die Bundesregierung gefördert wird. Auch wenn wir keine repräsentativen Daten liefern können, macht es Sinn, dies zumindest im Rahmen von Fallstudien o. Ä. zu dokumentieren. Ich denke, die Bundesregierung kann stolz darauf sein, dass solche Maßnahmen konzipiert und umgesetzt worden sind.

Dr. Dietrich Engels

Eine gewisse Schwierigkeit haben wir natürlich, so plausibel das im Kontext der praktischen Armutsprävention ist – das ist, glaube ich, sofort evident bei Ihren Vorträgen –, aber schwierig wird es im analytischen Teil, in dem man fragt, wie sich

Effizienz von Haushaltsproduktion genau bemessen lässt und welchen Stellenwert sie in der Analyse von Armut hat.

Prof. Dr. Jürgen Volkert, Hochschule Pforzheim

Ich möchte nochmals darauf eingehen, wie breit die Armuts- und Reichtumsberichterstattung, insbesondere die Reichtumsberichterstattung, sein soll. Der Vorschlag, die Untersuchung auf monetären Reichtum und traditionelle deskriptive Einkommens- und Vermögensverteilungsdarstellungen sowie auf Umverteilungsanalysen zu beschränken, ist unter bestimmten Voraussetzungen durchaus denkbar. Allerdings muss man, wenn man einen derart engen Reichtumsbegriff wählt, eine ganze Reihe bislang wesentlicher Berichterstattungsziele aufgeben. So wären dann Ziele zu streichen, wie die Identifikation von Privilegierungen, die sich nicht allein auf Einkommens- und Vermögensunterschiede zurück führen lassen, ebenso die Forderung nach einer Stärkung der Chancengleichheit, die sich mit Umverteilung von Einkommen und Vermögen allein nicht erreichen lässt. Schließlich ließen sich auch Gender Mainstreaming-Aspekte nur noch verkürzt und unvollständig analysieren, da sich auch diese längst nicht nur auf Einkommen und Vermögen beziehen.

Um es noch einmal zu betonen: man muss sich erst einmal über die Ziele einigen, die die Berichterstattung verfolgen soll, bevor man sich für einen engen oder weiten Reichtumsansatz entscheidet. Sofern man gesellschaftliche Fragen des Reichtums (Privilegierungen, ungleiche Chancen, geschlechtstypische Abhängigkeiten etc.) für wichtig erachtet – und dies sind wesentliche Ziele der Reichtumsberichterstattung –, kommt man ohne einen weiten Reichtumsbegriff nicht aus. Ein solch weiter Ansatz – wie er sich etwa aus Sens Capability-Konzept herleiten lässt – verspricht dann aber auch aufschlussreiche Erkenntnisse zu solchen gesellschaftlichen Fragen.

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster, Evang. Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe

Die Daten vom Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre haben gezeigt, wie viel Vermögen nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vorhanden ist und was da an Steuereinkommen zu erwarten sein müsste usw.

Herr Glatzer, es geht doch nicht um individuellen Missbrauch, der gehört natürlich hier überhaupt nicht hinein. Sondern es geht natürlich darum zu sagen, wo sind hier volkswirtschaftliche Größen nicht deckungsgleich, und darum, zumindest das Problem einmal anzudeuten. Die andere Sache, dass Reichtum eher von seiner Funktionalität her betrachtet werden soll, das habe ich auch immer wieder betrieben. Aber ich habe auch gesagt, dass man es entmystifizieren muss. So zu tun, als wäre das irgendetwas, über das man nur Negatives sagt, das ist doch nie meine Sache gewesen. Ich habe nur den Punkt von Herrn Andreß aufgenommen, der gesagt hat, wo greift Reichtum in anderer Leute Entwicklung oder Perspektive oder Entfaltung ein. Und da ist diese

Verkürzung von Steuern mit dem Ziel der eigenen Vermögensmehrung solch ein Faktum. Ob und wie weit man das jetzt für den nächsten Reichtumsbericht dokumentieren kann, das ist eine zweite Sache. Aber zunächst einmal ist es ein Faktum, dass es so ist. Denn das, was der Staat hier nicht bekommt, muss er sich entweder woanders holen, oder er muss darauf verzichten, dieses Geld dann in entsprechender Art und Weise umverteilend einzusetzen. Das ist, glaube ich, ein Punkt, den man zumindest im Blick behalten sollte.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Andreß, Universität zu Köln

Ich glaube, Herr Huster meint, wenn es eine Steuerpflicht gibt, die jemand anders festgesetzt hat, nämlich der Normgeber, dann kann man überprüfen, ob diese Norm eingehalten wird oder nicht. So ähnlich machen das auch die Kriminologen.

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster, Evang. Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe

Zwar nicht jetzt im individuellen Fall, das wäre der Punkt, den ich auch nicht will, den kann ich aber als soziales Problem sehen und den kann ich auch quantifizieren.

Prof. Dr. Joachim Merz, Universität Lüneburg

Gestaltungsspielräume sind politisch gewollt.

Detlef Klebula, Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung

Ganz so, dass man überhaupt nichts herausfinden kann, Herr Glatzer, ist es nicht. Es ist z. B. bekannt, dass in den grenznahen Bereichen, dort, wo die Bargeldbestände aus dem Ausland angelandet werden, ein ganz erhebliches Aufkommen ist, das dann bei der jeweiligen grenznahen Außenstelle der Zentralbank abgeliefert wird. Das heißt, einfach gesagt, derjenige, der mit einem Koffer voller Geldscheine nach Luxemburg fährt, diese dort bei der Bank abliefert und einzahlt, dessen Geldbetrag wird dann anschließend von dieser Bank im grenznahen Bereich in Deutschland abgeliefert und umgetauscht. Darüber gibt es Erhebungsstatistiken der Deutschen Bundesbank, und da werden Sie schon ganz interessante Phänomene feststellen. Ich bin da kein Experte, aber ganz so, dass man da überhaupt nichts weiß, ist es sicherlich nicht.

Prof. Dr. Wolfgang Glatzer, Universität Frankfurt

Ich meinte doch nur, dass wir als Wissenschaftler nicht Straftatbestände im Einzelfall in unserer wissenschaftlichen Arbeit aufdecken können! Es ging bisher um Mikrodaten. Das ist etwas anderes, wenn Sie jetzt an globale volkswirtschaftliche Größen denken. Wenn das so ist, ist das okay, und natürlich kann man Straftaten an der Grenze

zählen, die Grenzbeamte aufgedeckt haben, all das ist möglich. Aber dass wir im Rahmen von Mikrodatensätzen Untersuchungen machen können, wobei wir Straftatbestände aufdecken, das halte ich für ausgeschlossen.

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Universität Frankfurt/Main

Mir würde es schon reichen, wenn wir die legale Situation einfach beschreiben. Gestern gab es schon eine kleine Diskussion darüber, ob die Reichen, wie auch immer man das misst, relativ gesehen mehr Steuern zahlen oder weniger oder genauso viel. Sprich: Wie ist es mit der Progression im Steuerrecht, gibt es eine Progression oder gibt es gerade für die Reichen dann vielleicht sogar eine Degression, was die Steuern angeht? Das ist eine offene empirische Frage, die man beantworten kann. Da waren wir uns auch relativ einig, dass das eine wichtige Fragestellung ist, zu wissen, wie stark sich die Reichen an dem Gemeinwesen beteiligen. Das ist eine empirische Frage, die kann man einfach feststellen, und das sollte in solch einen Bericht als wesentlicher Punkt mit hinein. Da kriegen wir dann vielleicht einen Konsens hin zwischen den beiden Gruppen, die jetzt hier stark diskutieren.

Prof. Dr. Irmhild Kettschau, Fachhochschule Münster

Ich weiß nicht, wieweit beabsichtigt ist, wieder zu einer Zusammenarbeit mit anderen Häusern zu kommen. Beim ersten Armuts- und Reichtumsbericht hatte man nicht nur das Familienministerium, sondern auch das Bildungsministerium einbezogen. Zwischen diesem Datum und dem heutigen Datum liegt alles, was sich unter der Überschrift „Pisa-Studie“ zusammenfassen lässt – Bildungsbewertungen, Rankings usw. Eines der Ergebnisse ist für uns von unmittelbarer Bedeutung, nämlich, dass das bundesdeutsche Bildungssystem im europäischen Vergleich mit am schärfsten soziale Ungleichheiten weitertransportiert oder, anders ausgedrückt, dass es beim Abmildern sozialer Ungleichheiten versagt. Das ist sicherlich ein Ergebnis, das für die weitere Armuts- und Reichtumsberichterstattung von Interesse sein müsste, und es passt auch zu dem hier diskutierten Thema, stärker auf Bewältigungsformen zu achten, auf Tradierung von Reichtum, von Armut durch persönliches Verhalten.

Peter Semrau, Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung

Frau Kettschau hat eben die inhaltliche Planung für den nächsten Armuts- und Reichtumsbericht angesprochen. Wir sind jetzt in der Anfangsphase, wir haben noch keine Abstimmung mit unserer Leitung vorgenommen und auch noch nicht mit den anderen Ressorts, die genauso wie beim letzten Mal alle in die Bearbeitung mit einbezogen werden. Wir gehen davon aus, dass der nächste Bericht bis Ende 2004, Anfang 2005 fertig zu stellen ist, was der „Mitte der Legislaturperiode“, wie es im Beschluss des Deutschen Bundestags vom 19.10.2001 genannt ist, ziemlich weitgehend entspricht.

Wir werden jetzt schon, sozusagen mit dieser Veranstaltung, den Dialog der beteiligten Gremien intensivieren und hoffen dann, dass wir einen ersten auf Fachebene abgestimmten Arbeitsentwurf für den zweiten Bericht bis Herbst 2004 vorlegen können. Der soll dann wiederum mit den Verbänden und auch mit der Wissenschaft intensiv beraten werden, wie wir es auch beim ersten Mal gehandhabt haben.

Die inhaltliche Struktur des zweiten Berichts wird sich im Wesentlichen an den ersten Bericht anlehnen. Wir streben allerdings eine Straffung des Berichts an – ob sie jetzt nun deutlich ausfallen wird oder nicht, muss man sehen. Aber wir meinen, dass eine Straffung – vielleicht auf 250 Seiten – auch der Lesbarkeit des Berichts zugute kommen kann. Die beim ersten Armuts- und Reichtumsbericht vorgenommene Trennung zwischen Bestandsaufnahme und Analyse auf der einen Seite und Maßnahmen auf der anderen Seite werden wir so beibehalten. Der Deutsche Bundestag hat gefordert, dass wir eine Evaluation vornehmen, die wollen wir in den Maßnahmen-Teil B integrieren, soweit es Evaluationen gibt. Wir haben von unserer Seite in dieser Richtung Forschungsprojekte, z. B. zur Grundsicherung, laufen, von den Kollegen aus dem Verkehrs- und Bauministerium weiß ich, dass dort die Wohngeldreform evaluiert wird.

Der Berichtszeitraum des zweiten Armuts- und Reichtumsberichts soll sich eigentlich analog zur Wahlperiode ausrichten, also 1999 bis 2002. Problematisch ist hier aber, dass die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wegen ihres fünfjährigen Erhebungszyklus nur für das Jahr 2003 vorliegt. Damit müssen wir uns abfinden. Die Ergebnisse des Grundinterviews zum Vermögen werden noch bis Ende des Jahres vorliegen, die Ergebnisse aus der laufenden Anschreibung im Einkommensteil erst nächstes Jahr im August – und zwar nur für das erste Halbjahr – vorliegen. Im Teil B werden wir die Darstellung der Strategien und politischen Maßnahmen wie beim letzten Bericht auch, soweit es uns möglich sein wird, bis zum aktuellen Rand vorziehen.

Was wir bis jetzt in die Wege geleitet haben: Wir haben fünf Projekte zum Bereich Einkommen und Vermögen ausgeschrieben, nämlich Verteilung der Einkommen von 1998 bis 2003, Lebensstandarddefizite bei Erwerbstätigenhaushalten, Struktur und Verteilung hoher Einkommen, Entwicklung der Vermögensverteilung 1998 bis 2003 und Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Erbschaften und Vermögen. Diese fünf Projekte sollen die Basis bilden für das Kapitel Einkommen, Vermögen, Überschuldung, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat uns unterrichtet, dass beabsichtigt ist, eine Fortschreibung des Gutachtens von Herrn Korczak vorzunehmen, der beim letzten Armuts- und Reichtumsbericht die Basisdaten zur Überschuldung lieferte.

Jetzt zu den hier geäußerten Anmerkungen, die sich unmittelbar auf dieses Kapitel beziehen, nämlich die oberen Grenzen – 200 Prozent, fünf Prozent obere

Einkommensgruppen: hier kann ich nur die Auftragnehmer bitten zu versuchen, in ihren Gutachten soweit wie möglich darauf einzugehen. Das betrifft insbesondere Sie, Herr Merz, und Herrn Westerheide. Es besteht insbesondere auch der Wunsch, soweit es eben möglich ist, Ursachen und Zusammenhänge bei der Entstehung von Reichtum aufzunehmen.

Ein anderer Punkt ist die Frage des gehobenen Konsums. Hier bin ich mir nicht darüber im Klaren, ob das überhaupt möglich ist, gehobenen Konsum zu ermitteln. Ich weiß nicht, ob etwa die EVS unterscheidet, ob jemand einen PKW im Sinne von „Volkswagen“ kauft oder ob er einen Mercedes kauft. Ich weiß nicht, wie da die Differenzierung innerhalb der Güterklassen gemacht wird. Insofern habe ich meine Zweifel, ob dies über die Qualität des Konsums über die EVS zu ermitteln ist.

Dr. Peter Westerheide, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)

Meines Wissens auch nicht. Der Besitz von Gütern ist nachgewiesen, sie sind aber nicht bewertet.

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster, Evang. Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe

Für welche Bereiche der Lebensführung wird das gebraucht? Das verändert sich: Kommunikation, Freizeit usw.

Anette Stuckemeier, Statistisches Bundesamt

Wir erheben natürlich nicht, ob jemand einen Mercedes kauft oder einen VW Polo, sondern wir können unterscheiden, ob in den Haushalten fabrikneu gekaufte PKW vorhanden sind oder Gebrauchtwagen. Das sind Dimensionen, die wir unterscheiden können. Aber wir fragen keine Produkte ab, weder bei Nahrungsmitteln noch bei PKW und sonstiger Ausstattung.

Peter Semrau, Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung

Man kann aber eben nicht unterscheiden, ob man als Fisch einen Hering oder Hummer kauft!

Anette Stuckemeier, Statistisches Bundesamt

Ja, ich habe auch genau das Beispiel vor Augen. Wer sagt mir denn jetzt, wenn ich eine Flasche Sekt kaufe, ob das Champagner brut ist oder ob das preiswerter Sekt ist, das erfassen wir nicht.

Prof. Dr. Jürgen Volkert, Hochschule Pforzheim

Ich bezweifle ohnehin, dass es methodisch schlüssig wäre, gehobenen Konsum aus EVS-Daten ableiten zu wollen; denn in dem Fall würden die, die dies versuchen, für alle festlegen müssen, was als gehobener Konsum gelten soll. Wenn das möglich wäre, müsste man umgekehrt auch allein anhand der EVS feststellen können, wer depriviert ist. Letzten Endes hängen die Attribute „gehoben“ wie auch „depriviert“ aber von subjektiven Einschätzungen ab. Insofern lässt sich gehobener Konsum weder durch eine „objektive“ Einkommensschwelle noch durch eine Betrachtung faktischer Verbrauchsstrukturen ermitteln. Statt dessen bedarf es – wie auch bei Deprivationsanalysen – subjektiver Methoden, um die zugrunde liegende Bewertung, was denn „gehoben“ oder „depriviert“ sein soll, repräsentativ zu ermitteln.

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Universität Frankfurt/Main

Ich habe noch eine grundsätzliche Nachfrage zur Konzeption des Armuts- und Reichtumsberichts: Beim ersten Kolloquium haben wir als Schwerpunkt Evaluation und Mikrosimulation gehabt. Sie haben eben erwähnt, dass das auch Teil des zweiten Berichts sein soll. Ich fände das durchaus wichtig, und wir waren uns beim letzten Mal einig, dass das eigentlich ein größerer Schwerpunkt beim nächsten Armuts- und Reichtumsbericht werden sollte – Evaluation von stattgefundenen Maßnahmen, aber auch Simulation von vielleicht geplanten Maßnahmen oder von Maßnahmen, bei denen man empirisch jetzt noch nicht so viel sagen kann – z. B. ALG II. Wir waren uns einig, dass so etwas in den nächsten Armuts- und Reichtumsbericht hineinkommen müsse. Auf der anderen Seite kann man sicherlich bei den deskriptiven Teilen an manchen Stellen kürzen – ich denke, wir brauchen nicht wieder zwanzig verschiedene Armutsgrenzen und Armutquoten, sondern man kann sich da auf zwei bis drei konzentrieren und in dem deskriptiven Teil eher die Punkte zufügen, die wir diesmal besprochen haben. Aber ich finde es wichtig, dass so etwas wie Mikrosimulation und Evaluation mit berücksichtigt werden sollte. Ich weiß nicht, ob dafür Gutachten geplant sind.

Peter Semrau, Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung

Zu den Armutquoten, die Sie angesprochen haben, Herr Strengmann: Wir hatten beim letzten Mal die sehr weitreichende Differenzierung im Bericht. Wir beabsichtigen im nächsten Bericht, die Laeken-Indikatoren heranzuziehen, die natürlich auch solch eine Differenzierung vorsehen. Aber es gibt dabei, und darauf hat Herr Hauser in mehreren Vorträgen und Veröffentlichungen hingewiesen, das Problem der Äquivalenzskala. Die Europäische Kommission hat vorgegeben, die neue OECD-Skala zu verwenden. Wenn man die neue oder die alte OECD-Skala alternativ verwendet, dann verschwindet bei der einen Skala das Problem der Kinderarmut, und die Maßnahmen sind auszurichten auf Altersarmut oder umgekehrt – je nachdem, welche Skala man verwendet. Das wiederum führt dazu, dass man eigentlich beide Skalen

darstellen müsste, um auf das Problem hinzuweisen, sonst könnte die Politik auch zu der Auffassung gelangen, sie muss ihre Maßnahmen nur auf die eine Seite ausrichten. Im Laeken-Konzept ist 60 Prozent des Median-Einkommens vorgesehen, auf Basis der neuen OECD-Skala, gleichzeitig natürlich auch 40 und 70 Prozent. Nichts anderes haben wir damals auch in unserem ersten Bericht getan.

Uwe Müllenmeister-Faust, Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung
Evaluation ist wichtig, sie ist Bestandteil der Beschlusslage des Bundestages und steht auch auf unserer Agenda in Sachen Armuts- und Reichtumsberichterstattung. Auf zwei Punkte möchte ich aber in diesem Zusammenhang hinweisen. Erstens: Die Evaluation oder das Monitoring politischer Maßnahmen im Zusammenhang mit Armut und Reichtum ist wie die gesamte Berichterstattung im Rahmen der Ressortzuständigkeit zu sehen. Wir sind hier zwar als federführendes Referat tätig, für die einzelnen inhaltlichen Bereiche gibt es wiederum eigene Zuständigkeiten. Das Stichwort Hartz, ALG II wurde gerade schon einmal angesprochen, gehört in den Politikbereich und Berichtsteil, der in der Federführung des Wirtschaftsministeriums steht. Das muss man sich bei dem Gesamtbericht immer vergegenwärtigen, diese Konstruktion, wie die Bundesregierung da sozusagen funktioniert.

Der zweite Punkt ist: Wir haben eine Perspektivstudie zum Thema Evaluation bzw. Wirkungskontrolle in Sachen Armuts- und Reichtumsberichterstattung vergeben. Diese Perspektivstudie werden wir demnächst veröffentlichen. Wir haben das Thema beim letzten Kolloquium behandelt, und ich bin der Meinung, dass es hier auch noch viel Grundlagenarbeit zu erledigen gibt, wie diese Evaluation unter dem Blickwinkel der Armuts- und Reichtumsberichterstattung oder -forschung zu gestalten ist. Das Gutachten verdeutlicht in meinen Augen, dass hier noch einiges an Arbeit zu tun ist, um – und jetzt komme ich wieder auf die Ressorts zurück – den entsprechenden Stellen mit auf den Weg zu geben, wie Evaluation in Hinblick auf diese spezielle Thematik, mit der sich die Berichterstattung beschäftigt, zu vollziehen ist. Möglicherweise könnte es diesbezüglich hilfreich sein, die im Gutachten u. a. vorgeschlagene weiterführende Maßnahme einer Check-Liste, eines Leitfadens, an dem sich solche Evaluationen orientieren sollten, auf den Weg zu bringen. Das Stichwort „Evaluation“ ist präsent, aber inwieweit hier zu einer konkreten Umsetzung kommt, da bin skeptisch. Das möchte ich an dieser Stelle zu bedenken geben.

Peter Semrau, Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung

Ich möchte etwas ergänzend hinzufügen. Ich hatte eben von den fünf Forschungsprojekten gesprochen. Wir hatten, um eine gewisse Abstimmung zwischen den einzelnen Auftragnehmern zu erreichen, in der vergangenen Woche ein Treffen im BMGS in Bonn, und da haben wir das Problem der Evaluation auch mit den Wissen-

schaftlern diskutiert, Herr Professor Hauser war auch dabei. Dort wurde uns ganz klar gemacht, dass es sehr schwierig ist, auch auf Basis z. B. der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe festzustellen, wie denn etwa die Kindergelderhöhung der Bundesregierung oder die Veränderungen im Steuersystem überhaupt gewirkt haben. Wie soll man das evaluieren? Die einhellige Meinung dazu war eigentlich, dass man da wenig Hoffnung sieht, dass wir den Effekt der Kindergelderhöhung oder der Wohngeldänderung o. Ä. gezielt bestimmen können, wie er sich auf die Armut auswirkt. Im Rahmen des Gutachtens von Herrn Merz sollen aber gewisse Mikrosimulationen vorgenommen werden.

Prof. Dr. Joachim Merz, Universität Lüneburg

Da wollen wir die Einkommensteuerstatistik aus 1998 – nicht nur die 95er und 92er Statistik – aufarbeiten und vor allem an den aktuellen Rand fortschreiben. Mit der Methode der Mikrosimulation und den Gesetzesänderungen, die seit 1998 mit der 2000er Steuerreform kamen soll dieses File bis 2002/2003 fortgeschrieben werden, um dann eine vorsichtige Abschätzung zu geben, wie sich die Verteilungssituation im Zeitverlauf verändert hat. Das wird eine vorsichtige Abschätzung, die auf Arbeiten basiert, die wir mit der Evaluation der jetzigen Steuerreform gemacht haben, nämlich: Wie wirkt die Reform, wie wirken die Kirchhoff-Vorschläge, wie wirken andere Vorschläge? Das kann man in den Wirkungen gut vergleichen, aber dieser Vergleich ist nicht unsere Aufgabe bei der Erstellung des Reichtumsberichts, da es ein viel zu großes Projekt wäre. Dieses Instrument der Mikrosimulation zur Evaluation alternativer Politiken wird ja bekanntlich vielfältig eingesetzt. Aber man muss sehen, was man jetzt für diesen Armuts- und Reichtumsbericht im Rahmen der Aufträge, die angedacht sind, machen kann. Da ist es bei uns so, dass wir die Mikrosimulation nur dafür nutzen, um eine Fortschreibung fortzuführen, um auch dann über einen längeren Zeitraum – es ist dann etwa eine Dekade, Anfang der 90er Jahre bis Anfang dieses Jahrhunderts – Aussagen zur Verteilungsentwicklung vornehmen zu können. Natürlich muss man das dann im nächsten Schritt auch mit den dann aktuellen Daten evaluieren. Aber es ist eben auch einmal ein Versuch, neue Impulse – hier hinsichtlich der Einkommensteuerstatistik hineinzubringen, um näher an der aktuellen Politik zu sein, selbst wenn die Daten, die wir alle haben, immer nur vier bis fünf Jahre zurückliegen.

Prof. Dr. Wolfgang Glatzer, Universität Frankfurt

Sehe ich das richtig, dass eigentlich nur die direkten Auswirkungen einer Gesetzesmaßnahme – z. B. Kindergelderhöhung – in einer Simulation überprüft werden können, nicht aber die indirekten? Wenn die Beschäftigung steigt oder fällt, hat das beispielsweise auch Wirkungen auf die Einkommensverteilung. Solche Sekundärwirkungen kriegt man nicht in das Modell hinein, wenn man es nicht sehr komplex machen will.

Prof. Dr. Joachim Merz, Universität Lüneburg

Diese indirekten Effekte – *behaviorial response* – sind schon lange ein Thema. Im Arbeitsmarktbereich – *labour supply* – gibt es viele Versuche, die Verhaltensänderung auch mit einzubeziehen. Das ist mit der Simulation im Prinzip gut möglich; auch wenn man unsicher ist, kann man einen Spielraum von Verhaltensänderungen auf der Basis von Verhaltensrelationen abschätzen. Das sind aber natürlich größere Projekte! Wir kennen das vom Sfb 3 und vom SPES-Projekt her, was allein damals für die 14 Alternativen der Rentenreform an Arbeit hineingesteckt werden musste. Und das war noch nicht einmal auf der Ebene *behaviorial response*, also der indirekten Effekte.

Dr. Peter Krause, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Mich interessiert die Verzahnung von Nationalem Aktionsplan und Armuts- und Reichtumsbericht.

Peter Semrau, Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung

Wir haben im Februar auch die Zuständigkeit für den Nationalen Aktionsplan übernommen, die hatten früher die Kollegen aus der internationalen Abteilung. Ich muss sagen, je länger wir uns mit dem Thema beschäftigen, umso mehr wird klar, dass das sehr intensiv miteinander verzahnt wird. Man sieht auch, was hier heute so an Projekten genannt worden ist. Und im Vergleich: Wir hatten in dieser Woche die so genannten "Peer Reviews" in Brüssel, wo die Nationalen Aktionspläne der anderen Länder vorgestellt werden, und da war ganz eindeutig, dass unsere Armuts- und Reichtumsberichterstattung doch eine sehr gute Basis ist, um daraus auch den empirischen Teil in gekürzter Fassung für den Nationalen Aktionsplan abzuleiten. Auch dadurch, dass wir sagen, die Laeken-Indikatoren wollen wir in unseren Armuts- und Reichtumsbericht aufnehmen. Wir haben das noch einmal geprüft, ein großer Teil der Laeken-Indikatoren ist ja schon im ersten Bericht enthalten gewesen. Es gibt ein paar ganz spezielle Indikatoren, die wir nicht drin hatten, die würden wir natürlich auch versuchen aufzunehmen. Wir haben auch mit unserem Auftragnehmer zum Einkommenskapitel besprochen, dass sie, soweit es eben die statistische Datenbasis hergibt, auch drin sein werden. Wir streben eine sehr enge Verknüpfung auch deswegen an, weil, wie Herr Irlenkaeuser schon sagte, unsere Personalkapazität sehr begrenzt ist und der nächsten Aktionsplan parallel zum Armuts- und Reichtumsbericht erstellt werden muss und wir im Moment noch gar nicht sehen, wie wir das überhaupt arbeitsmäßig bewältigen können.

Dr. Dietrich Engels

Ich habe den Eindruck, dass nun alles, was gesagt werden musste, auch gesagt worden ist. Ich möchte kurz zum Schluss noch einmal auf die Dokumentation zu

sprechen kommen, die wir auch diesmal vorhaben zu erstellen. Ich habe eingangs schon gesagt, dass wir Ihnen Ihre Beiträge zusenden werden. Da es heutzutage üblich ist, dass man einen Kontrakt schließt, schlagen wir vor, wir beeilen uns mit der Transkription dieser Beiträge und bitten Sie herzlich, diese korrigiert an uns zurückzuschicken, damit wir die Dokumentation zeitnah veröffentlichen können.

Ich danke Ihnen ganz herzlich für Ihre Beiträge, für Ihre regen Diskussionen und Ihr Interesse.

Rainer Irlenkaeuser, Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung

Ich möchte mich ganz herzlich für die sehr interessante, sehr lebhaft Diskussions der Referate und auch die Moderationen bedanken. Das hat uns in vielen Punkten weitergeholfen, natürlich auch in einer Reihe von Punkten neue Fragen aufgeworfen.

Abschließend möchte ich auch Herrn Dr. Engels und seinen Mitarbeiterinnen für die hervorragende Organisation recht herzlich danken. Ich kann mich nur seiner Bitte anschließen, dass wir möglichst bald zu den Ergebnissen kommen, um diese dann in Abstimmung mit den anderen Ressorts in der einen oder anderen Art nutzen zu können.

Nochmals ganz herzlichen Dank und gute Heimfahrt.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Dr. Dietrich Engels, Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG)

Begleitend zur Armut- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung wurde ein wissenschaftlicher Expertenkreis etabliert mit der Zielsetzung, zur Klärung der theoretischen und methodischen Grundlagen der Berichterstattung beizutragen. Das 2. Wissenschaftliche Kolloquium im Oktober 2003 befasste sich in drei Themenblöcken zum einen mit Fragen zur Anlage und Durchführung einer Reichtumsberichterstattung und zum andern mit dem Stellenwert der Haushaltsproduktion. Im Folgenden werden die Impulsreferate und die Diskussion zusammenfassend dargestellt und ausgewertet.

Nachdem in früheren Diskursen des wissenschaftlichen Expertenkreises die Thematik des „Reichtums“ hin und wieder angesprochen wurde, wird sie im Rahmen des 2. Wissenschaftlichen Kolloquiums erstmals systematisch erörtert. Die Ausgangsfragen betreffen die Konzeption (Was soll als „Reichtum“ gelten?), die Methodik (Wie kann Reichtum empirisch untersucht werden?) und den politischen Kontext der Reichtumsforschung (Welche politischen Schlussfolgerungen sind aus einer Reichtumsanalyse zu ziehen?). Weiterhin ist zu klären, welchen Sinn eine Berichterstattung über Reichtum hat.

1. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Reichtumsberichterstattung: Konzepte, Methoden und Daten

Im ersten Themenblock stellt zunächst Herr *Volkert* (Hochschule Pforzheim) im **ersten Impulsreferat** seine konzeptionellen und methodischen Überlegungen in Anknüpfung an Sens Konzept der Verwirklichungschancen vor. „Verwirklichungschancen“ versteht er als Resultat des Zusammenwirkens von individuellen Potenzialen und gesellschaftlich bedingten Chancen. „Reichtum“ bedeutet dann ein hohes Maß, „Armut“ ein geringes Maß an Verwirklichungschancen. Um individuelle Potenziale operationalisieren zu können, sind im Zusammenhang einer Reichtumsberichterstattung geeignete Indikatoren zur Erfassung von Reichtum erforderlich. Volkert kritisiert herkömmliche Indikatoren (wie die 200 %-Grenze oder die Anzahl der Millionäre) und schlägt alternativ eine Reihe von (monetären und nicht-monetären) Indikatoren vor, die er funktional begründet. Eine „private Sicherungsfunktion“ beispielsweise lässt sich mit dem Indikator beschreiben, für welchen Zeitraum das Vermögen ein fehlendes regelmäßiges Einkommen substituieren könnte. Als eine andere Funktion des Reichtums bezeichnet er einen gehobenen Konsum und die damit verbundenen Spielräume, wobei ein entsprechender Indikator allerdings auf dem Wege der Auswertung subjektiver Einschätzungen zu gewinnen sei. Neben einer funktionalen Ableitung von Reichtumsindikatoren betont er weiterhin die Notwendigkeit, die Reichtumsberichterstattung konzeptionell mit der Armutberichterstattung zu verknüpfen. In diesem Zusammenhang spricht er von einer „Symmetrie“ der Maße, z. B. von

Vermögens- und Überschuldungsindikatoren. Schließlich ergänzt Volkert die eher monetär orientierten um nicht-monetäre Indikatoren (wie z. B. Rechtsgleichheit im Gegensatz zu Privilegien) und ordnet sie in einer nach Ebenen differenzierten Matrix an, die er in Anlehnung an Atkinsons Systematik der Sozialindikatoren in Primär-, Sekundär- und Tertiärebene unterscheidet.

Im **zweiten Impulsreferat** berichtet Herr *Grabka* (DIW Berlin) von dem schwierigen Weg, mit einer Erweiterung des SOEP zu einer Datenbasis für Reichtumsanalysen zu gelangen, und stellt erste Ergebnisse der erstmals 2002 durchgeführten Erhebung bei der Hocheinkommens-Stichprobe vor. Auf Grund der mit dieser Datenquelle eröffneten Analysemöglichkeiten sind für die Reichtumsberichterstattung informative und weiterführende Beiträge zu erwarten.

Herr *Zwick* (Statistisches Bundesamt) stellt im **dritten Impulsreferat** eine Reihe weiterer Datenquellen vor, die im Rahmen der Reichtumsberichterstattung ausgewertet werden können, und berichtet über Analysemöglichkeiten, Grenzen und Verfügbarkeit dieser Daten. Am Beispiel der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1998, auf deren Grundlage derzeit das Gutachten „Struktur und Verteilung hoher Einkommen“ (in Zusammenarbeit mit Prof. Merz) erstellt wird, weist er Probleme bei der Umrechnung des steuerpflichtigen auf das ursprüngliche Einkommen sowie beim Vergleich zwischen verschiedenen Erhebungswellen auf.

In der anschließenden **Diskussion** wird zum einen der Begründungszusammenhang einer Reichtumsberichterstattung thematisiert: Während die Armutsberichterstattung durch die Funktion der Identifizierung und Bearbeitung von Problemlagen motiviert ist, lässt sich für die Reichtumsberichterstattung noch keine gleichermaßen klare Funktion benennen. Allerdings werden einige Elemente einer politischen *Funktionsbestimmung* genannt:

- Gesellschaftliche Desintegration verhindern;
- Exklusion verhindern und Gerechtigkeit im Zugang zu Gütern und Leistungen sichern (Beispiele: Verfügbarkeit von Wohn- und Lebensräumen, Nutzung von Gesundheitsdienstleistungen);
- solidarische Trägerschaft der Sicherungssysteme gewährleisten und eine angemessene Beteiligung auch wohlhabender Schichten an deren Finanzierung sichern.

Im Sinne einer „Wohlstandsberichterstattung“, die nicht nur die Extreme Armut und Reichtum, sondern die gesamte Gesellschaft im Blick hat, wird ergänzt:

- die Entwicklung des Wohlfahrtsniveaus unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und der Wirkung von Transfers im Zeitverlauf analysieren, um die Realisierung von „Verteilungsgerechtigkeit“ zu überprüfen;

- unter dieser Perspektive auch Umverteilungspotenziale identifizieren.

In der Verhältnisbestimmung zur Armutsberichterstattung wird differenziert zwischen einem Reichtum, der unabhängig von Armut entstanden ist, und einem Reichtum, der auf Kosten von Armut besteht. Während die erste Form lediglich ein höheres Maß an Verwirklichungschancen bezeichnet, Gemeinwohl- und Motivationsfunktionen erfüllen kann (*positive Reichtumsfunktion*) und insofern erstrebenswert ist, wird durch die zweite Form eine Erweiterung von Verwirklichungschancen für bestimmte gesellschaftliche Gruppen beschrieben, die mit einer Einschränkung der Chancen bzw. der Deprivation anderer Gruppen verknüpft ist (*negative Reichtumsfunktion*). Weiterhin wird differenziert zwischen Erwerb und Verwendung des Reichtums, die jeweils positiv oder negativ sein können, also: positiver Erwerb auf legitime Weise (z. B. durch eigene Leistung), negativer Erwerb zu Lasten Anderer (z. B. durch Umgehung der Steuerpflicht); und positive Verwendung des Reichtums für das Gemeinwohl (z. B. durch Stiftungen), negative Reichtumsverwendung zu Lasten der Gesellschaft (z. B. durch verschwenderischen Verbrauch von knappen Ressourcen). Eine Funktion der Reichtumsberichterstattung besteht darin, zwischen diesen Formen des Reichtums zu unterscheiden, deren Entwicklung im Zeitverlauf zu beobachten und mögliche Wechselwirkungen zwischen Reichtum und Armut zu analysieren.

In *methodologischer* Perspektive wird darauf hingewiesen,

- dass keine symmetrische Übertragung der Methoden der Armutsforschung auf die Reichtumsforschung möglich sei – für Standards der Minimalversorgung und daraus abgeleitete Äquivalenzskalen könne es keine Entsprechung im oberen Einkommensbereich geben;
- dass aber dennoch eine integrierte Analyse beider Bereiche anzustreben sei, die auch Wechselwirkungen zwischen beiden Bereichen abbildet;
- dass es derzeit eine Überforderung darstelle, einen singulären Reichtumsindikator zu benennen, zunächst sollten mehrere Indikatoren verwendet und deren Implikation transparent gemacht werden, um dann anhand dieser Indikatoren eine Veränderung im Zeitablauf beobachten zu können;
- dass die gesamte Einkommensverteilung zu analysieren sei, also auch der mittlere Bereich der Einkommensverteilung, um die Wohlstandsentwicklung nicht nur hinsichtlich kleiner Extremgruppen, sondern auch hinsichtlich des überwiegenden Teils der Bevölkerung untersuchen zu können. (In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die Laeken-Indikatoren zwar schwerpunktmäßig den unteren Bereich fokussieren, aber mit der Relation der Einkommensanteile der Quintile und dem Gini-Koeffizienten auch Indikatoren umfassen, die die gesamte Einkommensverteilung abbilden.)

Nach wie vor werden Schwierigkeiten der Operationalisierung im oberen Bereich der Einkommensverteilung gesehen. Pragmatisch wird vorgeschlagen, anhand eines Sets vorläufiger Indikatoren Veränderungsprozesse zu beobachten, insbesondere die Veränderung der Anteile von Hocheinkommensbezieher*innen sowie Auf- und Abstiegsprozesse. Dagegen wird eingewandt, dass Veränderungen nur schwer interpretierbar seien, wenn nicht eindeutig geklärt ist, was genau gemessen wird.

Sofern man dem Vorschlag der Verwendung vorläufiger Indikatoren folgt, wird empfohlen,

- zunächst mit monetären Indikatoren zu beginnen, da die Datengrundlagen für diese bei aller Problematik immer noch besser seien als die für nicht-monetäre Einflussfaktoren;
- Datenreihen über einen längeren Zeitraum hin zu untersuchen;
- bei jedem verwendeten Maß auch dessen Implikationen und Grenzen offen zu legen.

Schließlich wird noch darauf hingewiesen, dass die Mitwirkungsbereitschaft bei Befragungen im Rahmen der Reichtumsforschung geringer ist, da hier nicht, wie bei der Armutsforschung, ein praktisches Interesse an politischen Veränderungen vorauszusetzen ist.

2. Nicht-monetäre Dimensionen und intergenerationale Prozesse

Im *ersten Impulsreferat* des zweiten Themenblocks stellt Frau *Schulze* (BIS Berlin) die Ergebnisse des Forschungsprojekts „Privilegierte Lebenslagen als Grundlage sozialer Hierarchie“ vor, indem sie in einem ersten Teil über die schichtenspezifische Rekrutierung von Wirtschaftseliten und in einem zweiten Teil über eine Analyse von Stiftungen im Hinblick auf das Gemeinwohlangagement von Wohlhabenden berichtet.

Zur *Rekrutierung von Eliten* präsentiert Frau *Schulze* zunächst allgemeine Ergebnisse zum schichtspezifischen Zugang zu höherer Bildung, um dann speziell für die Wirtschaftselite nachzuweisen, dass diese sich schwerpunktmäßig aus der „obersten Dienstklasse bzw. dem gehobenen Bürgertum“ rekrutiere. Als Ursache wird die Vererbung von Vermögen sowie kulturellem (z. B. Bildung, Habitus) und sozialem Kapital (z. B. Beziehungen) benannt.

Die *Motivstrukturen des Stiftertums* wurden unter der Fragestellung untersucht, ob und in welcher Form Personen aus privilegierten Lebenslagen einen Teil ihres privaten Vermögens für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung stellen, und aus welchen Motiven heraus sie dies tun. Neben der Analyse der Daten von Stiftungsorganisationen wurden dazu 15 Interviews durchgeführt. Als Ergebnis zeigt sich, dass das gesamte Stiftungs-

vermögen in Deutschland vergleichsweise niedriger ist als etwa in den USA. Die Motive der Stifter werden durch Reziprozität charakterisiert: „Die Stifter wollen der Gemeinschaft etwas wiedergeben und damit einer sozialen Verantwortung gerecht werden.“

Herr *Künemund* (FU Berlin) präsentiert im **zweiten Impulsreferat** dieses Themenblocks ein Untersuchungsprogramm zu den „Zusammenhängen und Wechselwirkungen von Erbschaften und Vermögensverteilung“. Das gerade erst begonnene Projekt basiert unter anderem auf Daten des SOEP, der EVS, des Alters-Surveys und der Erbschaftssteuerstatistik, deren Analysemöglichkeiten und Grenzen erläutert werden. Ein Ergebnis seiner bisherigen Untersuchungen ist, dass bei kleineren Transfers kein Zusammenhang mit dem Einkommensstatus zu beobachten ist (hier kann es sich auch um familiäre Unterstützung in sozialen Notlagen handeln), während bei größeren Vermögenstransfers die Wahrscheinlichkeit, dass die Empfänger höhere Einkommen beziehen, deutlich größer ist – „soziale Ungleichheiten“ werden dadurch „verschärft“.

In der **Diskussion** wird zunächst die Funktion der *Elitenuntersuchung* innerhalb der Reichtumsberichterstattung diskutiert. Es wird betont,

- dass die Entstehung und Reproduktion von Eliten und damit die exklusive Weitergabe von Lebenschancen ein wichtiger Teil der Reichtumsberichterstattung sei und
- dass dabei auch Aufstiegschancen einzelner Bevölkerungsgruppen genauer zu analysieren seien, also zum einen Zugangsbarrieren für Frauen in Eliten, weiterhin für Kinder aus unteren sozialen Schichten oder für untere Bildungsschichten.

Zur *Stiftungsuntersuchung* wird auch im Hinblick auf die Funktion innerhalb der Reichtumsberichterstattung zunächst darauf hingewiesen, dass Stiftungen eine der möglichen Verwendungsformen von Reichtum sind und dass diese eine Form zu anderen Formen, wie sie Volkert anfangs dargestellt hatte (z. B. gehobener Konsum, private Alterssicherung etc.), in Relation zu setzen sind.

Im Hinblick auf die Bewertung des gesellschaftlichen Nutzens von Stiftungen wird darauf hingewiesen, dass nicht nur die positiven Effekte, sondern auch der eigene Nutzen der Stifter zu berücksichtigen sei. Die Reziprozitätserwartung des Stifters sei nicht nur uneigennützig zu interpretieren (der Gesellschaft etwas zurück geben), sondern auch in dem Sinne, dass auf Grund der Stiftung Vorteile für sich selbst, die eigene Familie oder Firma erwartet werden (Steuervergünstigungen, Sicherung des Familienvermögens, Netzwerkaufbau und andere Erträge in Form von „sozialem Kapital“).

Stattdessen müsse der Nutzen von Stiftungen mit dem Nutzen verglichen werden, der entstehen würde, wenn bei Vererbung dieser Vermögenswerte eine Erbschaftssteuer

erhoben und diese Mittel für das Gemeinwohl eingesetzt würden. In diesem Sinne wird auch der Vergleich zwischen Deutschland und den USA kommentiert, wo Stiftungen umfangreicher, Erbschaftssteuern aber niedriger sind und daher finanzielle Förderung undemokratischer, auf prominente Bereiche konzentriert erfolgt. Die Frage wird gestellt, welche dieser Varianten systematischer und effizienter das Gemeinwohl befördert.

Zur Methode wird angemerkt, die Vergleichsgrundlage dieser Stiftungsanalysen sei zu klären, und zwar

- zum einen die Relation dieser untersuchten Stichprobe zur Gesamtheit der Stifter,
- zum andern die Relation von vermögenden Stiftern zu anderen Vermögenden, die nicht stiften.
- Im Hinblick auf den Stiftungszweck sei zwischen privaten bzw. Familienstiftungen und gemeinnützigen Stiftungen zu differenzieren, da in beiden Fällen von unterschiedlichen Motiven auszugehen sei.

Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass auch andere Formen des Sponsoring einzu-beziehen seien, um nicht nur einen sehr engen Begriff von Stiftungen zu untersuchen, und dass all diese Formen im Hinblick auf ihre Ziele zu analysieren seien.

Schließlich wird angeregt auch zu ermitteln, wie hoch das Vermögen vor und nach der Stiftung war, um dann diese Vermögensangaben mit den Daten zur Vermögensverteilung aus der EVS zu vergleichen.

Zur Untersuchung des Zusammenhangs von *Erbschaften und Vermögensverteilung* wird angeregt, auch die Effekte der Erbschaftssteuer zu berücksichtigen, die bei größeren Erbschaften als „Korrekturfaktor“ der gesellschaftlichen Vermögensverteilung wirkt (und die potenziellen Effekte einer veränderten Besteuerung zu modellieren). Darüber hinaus sei eine Analyse von Interesse, ob und ggf. wie vererbtes Vermögen strukturell verändert wird (z. B. veränderte Anlageform, Liquidation des Vermögens durch Konsum etc.).

3. Private Haushaltsproduktion, Haushaltsführungskompetenzen und Armutsprävention

Im dritten Block wechselt die Thematik von der Reichtumsberichterstattung zu einem bisher nur am Rande behandelten Aspekt der Armutsberichterstattung, wie private Haushalte ihre verfügbaren Ressourcen zu Lebensqualität verarbeiten. Einleitend unterstreicht Herr *Merz* die Bedeutung dieser Thematik in ökonomischer (als eigenständiger Wirtschaftsbereich) und in soziologischer Perspektive (als entscheidende Phase, in der materielle Güter zur Umsetzung von Lebenskonzepten genutzt werden).

Im **ersten Impulsreferat** des dritten Themenblocks stellt Herr *Piorkowsky* zunächst theoretische Grundlagen der Haushaltsproduktion dar. Während die ressourcenorientierte Armutsforschung lediglich den Input in die Haushalte erfasse, untersuche die Haushaltsökonomie auch die (mehr oder weniger gelungenen) Prozesse deren Verarbeitung und könne so Erkenntnisse über die Qualität des realisierten Lebensstandards bzw. über Verarmungsprozesse gewinnen. Gerade im Bereich niedriger Einkommen könnten die Kompetenzen der Ressourcenverarbeitung entscheidend dafür sein, ob ein akzeptabler Lebensstandard erreicht werde oder nicht. Aus dieser theoretischen Einsicht drängt sich die praktische Implikation auf, Armutsprävention durch eine Schulung dieser Kompetenzen zu leisten (was im zweiten Teil des Vortrags erläutert wird).

Im **zweiten Impulsreferat** zu diesem Thema weist Frau *Kettschau* in einer Mikroperspektive die Entstehung von Lebensqualität in der Interaktion der Haushaltsmitglieder auf. Dabei wird zwischen den Funktionen der naturwissenschaftlichen Fundierung der Lebensführung, der ökonomischen Nutzen-Maximierung, der Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung (z. B. durch Öffnung eines Schutzraums zur Persönlichkeitsentfaltung) und der subjektiven Sinngebung unterschieden. Die Erfüllung dieser Funktionen innerhalb des Haushaltskontextes könne nicht mehr als naturwüchsig unterstellt, sondern müsse systematisch vermittelt werden. Im Rahmen der Armutsforschung müsse die Qualität der für diese Funktionserfüllung jeweils verfügbaren Humanressourcen sowie deren tatsächlicher Einsatz untersucht werden, um Erkenntnisse über das faktisch erreichte Lebensniveau zu gewinnen. Zur Bearbeitung des letztgenannten Aspekts biete die Zeitbudgetstudie einige geeignete empirische Grundlage.

In der anschließenden **Diskussion** wird die Ableitung „pädagogischer“ Konsequenzen problematisiert. Es wird hinterfragt, ob der Staat überhaupt in den Bereich der Privatsphäre privater Haushalte intervenieren solle, welchem Ziel diese Intervention dienen solle (spezifische Kompetenzanforderungen an „arme“ Haushalte?), und ob dafür konzipierte Schulungsmaßnahmen nicht stigmatisierend wirken könnten (mit entsprechenden Problemen der Akzeptanz und Mitwirkungsbereitschaft). Dem wird entgegnet, dass der Interventionsbedarf gerade dort am höchsten sei, wo geringe Ressourcen mit deren suboptimaler Ausnutzung kombiniert sind („sekundäre Armut“ nach Rowntree). Um dabei Stigmatisierungen zu verhindern, werden Normalisierung (durch Integration dieser Bildungsinhalte in schulische Bildungsprozesse, z. B. im Programm „REVIS“) und Attraktivierung (durch ansprechende Themenwahl und Gestaltung) angeregt. Der weitere Einwand, dass durch die Zielgruppe der „Hausfrauen“ geschlechtsspezifische Rollenmuster verfestigt würden, wird mit dem Hinweis beantwortet, dass auch die Hinterfragung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung im Haushalt Bestandteil dieses Bildungsprogramms sei.

Zum *theoretischen* Stellenwert der Haushaltsanalyse auf Grundlage der Zeitbudgetstudie (deren Auswertungsmöglichkeiten im Diskussionsverlauf detaillierter aufgezeigt werden) wird auf die Erkenntnismöglichkeiten der ansonsten als „black box“ unerforscht bleibenden Innenverhältnisse der Haushalte hingewiesen: Strukturen der Arbeitsteilung und darin erkennbare Macht- und Verteilungsstrukturen innerhalb der Haushalte werden auf diesem Wege erkennbar, und die Form, in der sich Armut im Alltag zeigt, wird plastisch. Darüber hinaus werden unter dem Stichwort „Ökonomie des Alltags“ in grundlegender Weise Rationalisierungspotenziale der Privatsphäre angesprochen (was über eine enge Verknüpfung mit der Armutsthematik hinaus führt).

Zur *Methode* wird gefragt, anhand welcher Kriterien sich die Effizienz der Haushaltsproduktion analysieren lasse. Dazu werden zwar subjektive (Zufriedenheit mit der Gesundheit, der Zeitverwendung etc.) und objektive Indikatoren (z. B. der von den Kindern erreichte Schulabschluss) genannt, aber die Operationalisierung von sekundärer Armut (Defizite im wirtschaftlichen Verhalten) hat das Niveau der Operationalisierung primärer Armut (der verfügbaren Ressourcen) offensichtlich noch nicht erreicht.

In diesem Zusammenhang wird angeregt, innerhalb der Zeitbudgetstudie einen Vergleich von armen Haushalten mit nicht-armen Haushalten und mit spezifisch privilegierten Haushalten vorzunehmen. Weitere Fragen zur Zeitbudgetstudie richten sich auf die Repräsentanz von armen Haushalten und von Ausländerhaushalten, auf möglicherweise verfälschende Dokumentationsmethoden (Zeitaufwand der Tagebucheintragungen) und schließlich auf die Interpretation der Begriffe „Zeitarmut“ im Unterschied zu „Zeitüberfluss“ als nicht sinnvoll ausgefüllter Zeit. Da sich die Zeitbudgetstudie noch in Bearbeitung befindet, können in der Diskussion nicht alle Aspekte ausreichend beantwortet werden.

4. Abschlussdiskussion

Die Abschlussdiskussion umfasst weitere Kommentierungen der Themen „Reichtum“ und „Haushaltsproduktion“ ebenso wie Anregungen für den 2. Armuts- und Reichtumsbericht.

Weitere Anmerkungen zur Reichtumsberichterstattung

Über die grundsätzliche Anregung, die Reichtumsberichterstattung konzeptionell schlüssig zu fundieren und zur Armutsberichterstattung in Beziehung zu setzen, herrscht weitgehend Konsens, wobei Sens Konzept der „Verwirklichungschancen“ geeignet erscheint. Strittig ist dagegen, inwieweit auch nicht-monetäre Reichtumsaspekte „reif“ sind, bereits im 2. Armuts- und Reichtumsberichterstattung behandelt zu werden. Befürworter eines „engen“ Reichtumsansatzes der Berichterstattung argumentieren mit der Datenlage, die gesicherte Aussagen allenfalls hinsichtlich der monetären Einkommensverteilung und eventuell noch hinsichtlich der Transfers erlauben. Ein

„weiter“ Reichtumsansatz wird dagegen mit dem Argument befürwortet, dass die Ziele der Armuts- und Reichtumsberichterstattung umfassender formuliert sind und dass bereits der 1. Armuts- und Reichtumsbericht auch solche Themen angesprochen habe, die noch nicht umfassend erforscht sind.

Unstrittig ist, dass die Einkommensverteilung im Zeitverlauf analysiert werden soll, zwar mit besonderer Fokussierung von oberem und unterem Rand, grundsätzlich aber umfassend. Soweit möglich, sollen dabei unterschiedliche Funktionen des Reichtums aufgezeigt werden. Bei den verwendeten Indikatoren wird Multidimensionalität gegenüber einem einheitlichen Maß befürwortet, zum einen, weil ein solches noch nicht verlässlich entwickelt sei und zum andern, weil ein Set einzelner Indikatoren auch transparenter und im Hinblick auf Handlungskonsequenzen aussagekräftiger sei. Dagegen wird kritisch eingewandt, dass die über den Einkommensreichtum hinausgehenden Indikatoren noch nicht hinreichend fundiert seien.

Die Reichtumsberichterstattung soll sich, auch der Anschaulichkeit wegen, an bestimmten Reichtumsgrenzen orientieren, die – darüber besteht Einigkeit – nicht wissenschaftlich ableitbar, sondern pragmatisch festzulegen sind (z. B. 200 Prozent des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens als arbeitshypothetischen Indikator für gehobenen Konsum, evtl. zusätzlich eine höhere Grenze für extrem hohen Reichtum, der durch Konsum nicht mehr aufzehrbar ist; kritisch wird eingewandt, „gehobener Konsum“ sei nicht über ein objektives Maß, sondern nur über subjektive Einschätzung definiert).

Als weiterer Bereich wird eine Analyse von Transfers/Umverteilungen angeregt, zumindest um eine angemessene Beteiligung reicher Schichten am gesellschaftlichen Finanzbedarf überprüfen zu können. Dagegen richten sich Bedenken, diese Thematik sei zu umfangreich, da nicht nur Einkommen, sondern das gesamte Sozialsystem in eine solche Betrachtung einzubeziehen sei.

Noch kontroverser wird der weiter gehende Vorschlag diskutiert, auch die Entstehung von Reichtum (legal oder illegal), seine Wirkungen (für ärmere Schichten unschädlich oder schädlich und einschränkend) und insbesondere die Frage des (Steuer-) Missbrauchs zu thematisieren. Dagegen wird eingewandt, dass die für eine solche Analyse erforderliche Datengrundlage unzureichend sei, so dass dadurch nur weitere Spekulationen bzw. eine polemische Diskussion gefördert würden; dafür wird argumentiert, dass diese Thematik ohnehin in der Diskussion sei und dass eine auch nur graduelle Versachlichung hilfreich wäre; zudem habe sich die Armuts- und Reichtumsberichterstattung von Beginn an nicht nur auf „Messbares“ beschränkt.

Ähnlich kontrovers wird eine Analyse der Reproduktion von Eliten und der Identifikation von Privilegien gesehen: Grundsätzlich zwar befürwortet, wird aber eine Bearbeitung dieser Aspekte im 2. Armuts- und Reichtumsbericht als noch verfrüht gesehen, da der

Forschungsstand noch wenig entwickelt sei. Befürworter eines „weiten“ Reichtumsansatzes sehen in diesen Analysen dagegen einen unverzichtbaren Bestandteil der Armuts- und Reichtumsberichterstattung, zu der auch eine Stärkung der Chancengleichheit gehöre.

Weitere Anmerkungen zur Haushaltsproduktion

Bezüglich der Diskussion des Themas Haushaltsproduktion wird die Handlungsrelevanz hervorgehoben: Diese Analyse sei insbesondere im Hinblick auf Prävention und Intervention wichtig. Als schwierig erweist sich dagegen noch deren theoretische Einordnung in die Armutsanalyse; auch methodische Fragen wie die der Messbarkeit der Effizienz der Haushaltsproduktion scheinen noch nicht abschließend geklärt.

Für den 2. Armuts- und Reichtumsbericht wird angeregt, an dieser Stelle eine Verknüpfung mit dem Thema Bildung vorzunehmen und die Bildung und selektive Weitergabe von Kompetenzen als ein Element der Reproduktion von Reichtum und Armut zu sehen.

Weitere Anregungen zum Themenspektrum des 2. Armuts- und Reichtumsberichtes

Weitere Themen und Aspekte, die nach Meinung einzelner Teilnehmer/innen aufgenommen werden sollten, sind:

- Evaluation bisheriger Maßnahmen und gesetzlicher Veränderungen (im Rahmen der Ressortzuständigkeit)
- Mikrosimulation (z. B. der Auswirkung der Steuerreform auf Grundlage der Einkommensteuerstatistik; Verweis auf die ausführlichere Diskussion im Rahmen des 1. Wissenschaftlichen Kolloquiums)
- Verzahnung der Armuts- und Reichtumsberichterstattung mit dem Nationalen Aktionsplan (dies soll durch Orientierung der Berichterstattung unter anderem auch an den Laeken-Indikatoren erfolgen)
- Kürzung der im ersten Armuts- und Reichtumsbericht sehr umfangreichen Deskription der Einkommensverteilung.

5. Schlussfolgerungen

Versucht man, zentrale Punkte der Diskussion während des 2. Wissenschaftlichen Kolloquiums zu einem Fazit zu komprimieren, so sind zum Themenkomplex **Reichtum** (mindestens) folgende Aspekte hervorzuheben:

1. Die Frage nach dem Stellenwert einer Berichterstattung über Reichtum kann zu der **normativen Unterscheidung** zwischen *positiven* Funktionen (z. B. Vorsorge,

Leistungsanreiz, Ressourcen für Wohltätigkeit) und *negativen* Funktionen des Reichtums führen (z. B. extreme Polarisierung, materieller Überfluss, ungerechtfertigte Privilegien und Ausgrenzung von knappen Ressourcen).

2. Diese Differenzierung betrifft sowohl den **Erwerb** (legitim, z. B. durch eigene Leistung, vs. zu Lasten Anderer, z. B. durch Umgehung der Steuerpflicht) als auch die **Verwendung** von Reichtum (positiv für das Gemeinwohl, z. B. durch Stiftungen, negativ zu Lasten der Gesellschaft, z. B. durch verschwenderischen Verbrauch von knappen Ressourcen).
3. Eine politische **Funktion** der Reichtums*berichterstattung* besteht darin, zwischen diesen Formen des Reichtums zu unterscheiden, deren Entwicklung im Zeitverlauf zu beobachten und mögliche Wechselwirkungen zwischen Reichtum und Armut zu analysieren. Dies kann dazu beitragen, gesellschaftliche Desintegration bzw. Exklusion zu verhindern, Gerechtigkeit im Zugang zu Gütern und Leistungen zu sichern, die solidarische Trägerschaft der Sicherungssysteme zu gewährleisten und eine angemessene Beteiligung auch wohlhabender Schichten an deren Finanzierung zu sichern.
4. Zur **konzeptionellen Fundierung** der Reichtumsberichterstattung scheint *Sens* Konzept der *Verwirklichungschancen* geeignet zu sein, da es die Perspektive über eine monetäre Engführung hinaus auf Handlungsspielräume hin erweitert: Wenn „Verwirklichungschancen“ als Resultat des Zusammenwirkens von individuellen Potenzialen und gesellschaftlich bedingten Chancen interpretiert werden, lässt sich „Reichtum“ als ein hohes Maß und „Armut“ als ein geringes Maß an Verwirklichungschancen erläutern.
5. Unstrittig ist, dass die **Einkommensverteilung** im Zeitverlauf analysiert werden soll: zwar mit besonderer Fokussierung auf den oberen und unteren Rand der Verteilung, grundsätzlich aber umfassend.
6. Dabei soll sich die Reichtumsberichterstattung, auch der Anschaulichkeit wegen, an bestimmten **Reichtumsgrenzen** orientieren, die – weil nicht wissenschaftlich ableitbar – pragmatisch festzulegen sind. In diesem Zusammenhang ist zwar das Kriterium „Vielfaches des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens“ (z. B. 200 Prozent oder 300 Prozent) umstritten, kann aber arbeitshypothetisch als Indikator für gehobenen Konsum angenommen werden (auch wenn die genaue Bedeutung von „gehobenem Konsum“ noch nicht, wie Volkert fordert, über die Auswertung subjektiver Einschätzungen definiert worden ist).
7. Zur **Operationalisierung** wird vorgeschlagen, nicht einen einheitlichen, komplexen Indikator zu wählen, sondern mehrere Indikatoren zu verwenden und deren Implikation transparent zu machen, um dann anhand dieser Indikatoren eine

Veränderung im Zeitablauf beobachten zu können. Ein solches Set von (monetären und nicht-monetären) Indikatoren müsste funktional begründet werden und könnte – parallel zur Armutsberichterstattung – in Primär-, Sekundär- und Tertiärindikatoren differenziert werden.

8. Allerdings ist **keine symmetrische Übertragung** der Methoden der Armutsforschung auf die Reichtumsforschung möglich. So kann es etwa für Standards der Minimalversorgung und daraus abgeleitete Äquivalenzskalen keine Entsprechung im oberen Einkommensbereich geben.
9. Als weiterer Bereich der Reichtumsberichterstattung wird eine Analyse von **Transfers/Umverteilungen** angeregt, auch mit dem Ziel, eine angemessene Beteiligung reicher Schichten am gesellschaftlichen Ressourcenbedarf überprüfen zu können.
10. Als **Datengrundlage** erscheinen die Hocheinkommens-Stichprobe des SOEP, die Einkommensteuerstatistik 1998 und die EVS 2003 (soweit schon verfügbar) empfehlenswert.

In mehreren Beiträgen wird angeregt, dass sich die Reichtumsberichterstattung nicht auf die monetäre Dimension (insbesondere des Einkommens) beschränken, sondern auch eine **nicht-monetäre Dimension** (z. B. Privilegien und Ausgrenzung) umfassen sollte (hierüber besteht allerdings kein Konsens).

1. Befürworter eines „**engen**“ **Reichtumsansatzes** der Berichterstattung argumentieren mit der Datenlage, die gesicherte Aussagen allenfalls hinsichtlich der monetären Einkommensverteilung und eventuell noch hinsichtlich der Transfers erlaube.
2. Ein „**weiter**“ **Reichtumsansatz** wird dagegen mit dem Argument befürwortet, dass die Ziele der Armuts- und Reichtumsberichterstattung umfassender formuliert seien und dass bereits der 1. Armuts- und Reichtumsbericht auch solche Themen angesprochen habe, die noch nicht umfassend erforscht sind. Faktisch hat sich die Bundesregierung durch die Vergabe von Expertisen auch zu nicht-monetären Aspekten einem weiten Verständnis angenähert, auch wenn damit zu rechnen sein wird, dass Methoden und Ergebnisse in diesen Dimensionen unterschiedlich weit entwickelt sind.
3. Für eine Erweiterung um nicht-monetäre Aspekte der Reichtumsberichterstattung wird argumentiert, dass die **Entstehung und Reproduktion von Eliten** und damit die exklusive Weitergabe von Lebenschancen ein wichtiger Teil der Reichtumsberichterstattung sei. Dabei seien auch Aufstiegschancen einzelner Bevölkerungsgruppen genauer zu analysieren (z. B. Zugangsbarrieren für Frauen in Eliten, für Kinder aus unteren sozialen Schichten oder für untere Bildungsschichten).

4. Sofern auch die Untersuchungen zum **Stiftungswesen** in die Berichterstattung einbezogen werden, sollte unter Anderem der Nutzen von Stiftungen mit dem Nutzen verglichen werden, der entstehen würde, wenn bei Vererbung dieser Vermögenswerte eine Erbschaftssteuer erhoben und diese Mittel für das Gemeinwohl eingesetzt würden. In Bezug auf die vorgestellte Untersuchung wird von den Experten eine methodische Fundierung empfohlen (Abgleich der untersuchten Stichprobe mit der Gesamtheit der Reichen bzw. der Stifter, Relation des Stiftungsvermögens zu anderen Vermögensbeständen etc.).

Bezüglich der Diskussion des Themas **Haushaltsproduktion** erscheint der theoretische Stellenwert noch unklar, dagegen wird die Handlungsrelevanz entsprechender Untersuchungen hervorgehoben:

1. Als schwierig erweist sich noch die **theoretische** Einordnung der Haushaltsproduktion in die Armutsanalyse. Im Bereich niedriger Einkommen könnten die Kompetenzen der Ressourcenverarbeitung entscheidend dafür sein, ob ein akzeptabler Lebensstandard erreicht wird oder nicht. Dies zu untersuchen, ist aber schwierig, so lange methodische Fragen wie die der Messbarkeit der Effizienz der Haushaltsproduktion noch nicht hinreichend geklärt sind.
2. Sehr plausibel erscheint dagegen ihre **praktische** Funktion im Hinblick auf Prävention und Intervention: Armutsprävention kann wirksam durch eine Schulung dieser Kompetenzen geleistet werden; ein entsprechender Interventionsbedarf ist insbesondere dort gegeben, wo geringe Ressourcen mit deren suboptimaler Ausnutzung kombiniert sind.
3. Es wird darauf hingewiesen, dass die **Zeitbudgetstudie** Erkenntnismöglichkeiten der ansonsten als „black box“ unerforscht bleibenden Innenverhältnisse der Haushalte liefern könne, der Strukturen der Arbeitsteilung und der darin erkennbaren Macht- und Verteilungsstrukturen innerhalb der Haushalte; zugleich wird eingeräumt, dass sich entsprechende Untersuchungen noch im Anfangsstadium befinden, so dass dieser Hinweis zunächst eher perspektivisch zu verstehen ist.
4. Die Diskussion zu dieser Thematik erweist sich insofern als begrenzt, als zum **Stellenwert** der Haushaltsproduktion und der dafür verwendeten Zeitvolumina überwiegend Beispiele der Produktion materieller Güter erörtert werden, die zwar im Hinblick auf ungesicherte Versorgungslagen auch wichtig erscheinen, aber dem Einwand ausgesetzt sind, zumindest teilweise durch technische bzw. industrielle Verfahren substituierbar zu sein. Plausibler lässt sich deren Stellenwert mit Bezugnahme auf immaterielle Leistungen in Familie und Haushalt wie Erziehungs- und Pflegeleistungen darlegen, die im Rahmen des Kolloquiums aber nur am Rande diskutiert wurden.

Anhang

A3

A.1

Programm des Kolloquiums

Aspekte der Armuts- und Reichtumsberichterstattung: Reichtum und Eliten – Haushaltsproduktion und Armutsprävention

2. Wissenschaftliches Kolloquium

8. bis 9. Oktober 2003, Rüdesheim

Programm

Am 25. April 2001 hat die Bundesregierung den ersten Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt. Der Bericht und die zeitgleiche Vorlage des „Nationalen Aktionsplanes zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ markieren den Beginn einer kontinuierlichen Berichterstattung über Fragen des sozialen Ausschlusses und der Wohlstandsverteilung in Deutschland.

Am 19. Oktober 2001 hat der Deutsche Bundestag die Verstetigung der Armuts- und Reichtumsberichterstattung beschlossen und die Bundesregierung beauftragt, jeweils zur Mitte einer Wahlperiode einen entsprechenden Bericht vorzulegen.

In der Koalitionsvereinbarung vom Oktober 2002 hat die Bundesregierung nochmals den Stellenwert der Armuts- und Reichtumsberichterstattung als Grundlage einer Politik zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ausdrücklich festgeschrieben.

Die zukünftige Berichterstattung setzt weitere inhaltliche und methodische Diskussionen voraus. An die Fragestellungen des 1. Wissenschaftlichen Kolloquiums im Herbst vergangenen Jahres anknüpfend soll der Diskurs mit einer vertieften Diskussion ausgewählter Aspekte der Armuts- und Reichtumsberichterstattung fortgeführt werden. Im Fokus dieses Kolloquiums stehen einerseits konzeptionelle und empirische Gesichtspunkte der Reichtumsberichterstattung sowie andererseits die Kompetenzen privater Haushaltsführung als operatives Element zwischen Ressourcen und Lebensstandard sowie den damit verbundenen Chancen der Armutsprävention.

Reichtum

Mittwoch, 8. Oktober 2003

- 12:00 Uhr Imbiss
 13:00 Uhr Begrüßung und Einführung
Dr. Dietrich Engels, ISG Köln
MinDirig Rainer Irlenkaeuser, Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung
 13:30 Uhr Bestandsaufnahme und Perspektiven der Reichtumsberichterstattung: Konzepte, Methoden und Daten

Unter methodischen Gesichtspunkten sind die Kriterien zu diskutieren, was als „Reichtum“ gelten soll. Ist unter „Reichtum“ eher der gesamtgesellschaftliche Wohlstand oder der Wohlstand der einkommens- und vermögensreichen Bevölkerungsschichten zu verstehen? Welche Kriterien sind zur Definition von Reichtum geeignet, und mit welchen Methoden kann er gemessen werden? Auch Wege und Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der Datenlage sollen erörtert werden.

Impulsreferate:

Prof. Dr. Jürgen Volkert, FH Pforzheim
Markus Grabka, DIW Berlin
ORR Markus Zwick, Statistisches Bundesamt

Moderation:

Dr. Irene Becker

Eliten

- 15:30 Uhr Kaffeepause
 16:00 Uhr Nicht-monetäre Dimensionen und intergenerationale Prozesse

„Reichtum“ umfasst ebenso wie Armut – in Analogie zur Mehrdimensionalität des Lebenslagenkonzeptes – auch nicht-monetäre Dimensionen, beispielsweise im Rahmen des „Humankapitalansatzes“. Diese Aspekte wie auch die Frage der Vererbung sozialer Chancen und Privilegien sowie deren strukturelle Verfestigung in Form von „Eliten“ sollen im Hinblick auf ihre gesellschaftlichen Auswirkungen diskutiert werden.

Impulsreferate:

Dr. Eva Schulze, BIS Berlin
Dr. Harald Künemund, FU Berlin

Moderation:

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster, Ev. Fachhochschule Westfalen-Lippe

- 18:30 Uhr Abendessen

Haushaltsproduktion

Donnerstag, 9. Oktober 2003

9:00 Uhr Private Haushaltsproduktion, Haushaltsführungskompetenzen und
Armutsprävention

Der Umgang privater Haushalte mit Ressourcen wird unter verschiedenen Blickwinkeln thematisiert: Einerseits betrifft dies die interne Organisation von bezahlter und unbezahlter Arbeit und die dabei wirksamen geschlechtsspezifischen Rollenmuster. Andererseits soll erörtert werden, inwieweit eine Stärkung der Kompetenzen, die zur effektiven Nutzung verfügbarer Ressourcen erforderlich sind, das wirtschaftliche Verhalten fördern, den Lebensstandard verbessern und somit Ansatzpunkte für die Armutsprävention sein können. In diesem Zusammenhang sollen auch Möglichkeiten, Grenzen und Entwicklungsbedarf verfügbarer Datenquellen diskutiert werden.

Impulsreferate:

Prof. Dr. Michael-Burkhard Piorkowsky, Universität Bonn

Prof. Dr. Irmhild Kettschau, Fachhochschule Münster

Moderation:

Prof. Dr. Joachim Merz, Universität Lüneburg

11:30 Uhr Kaffeepause
11:45 Uhr Zusammenfassung der Ergebnisse
Dr. Dietrich Engels, ISG Köln
12:00 Uhr Abschließende Diskussion
13:30 Uhr Imbiss
14:30 Uhr Schluss der Veranstaltung

A.2

**Veröffentlichungen des Bundesministeriums
für Gesundheit und Soziale Sicherung
in der Reihe „Lebenslagen in Deutschland“**

Veröffentlichungen in der Reihe „Lebenslagen in Deutschland“

Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

- Bericht und Materialband

Forschungsprojekte

- Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 – 1998, Richard Hauser und Irene Becker (193 S.)
- Einkommensverteilung und Einkommensmobilität, Gert G. Wagner und Peter Krause (195 S.)
- Einkommenslage bei Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit, Walter Hanesch (154 S.)
- Reichtumsgrenzen für empirische Analysen der Vermögensverteilung, Instrumente für den staatlichen Umgang mit großen Vermögen, ökonomische, soziologische und ethische Beurteilung großer Vermögen, Ernst-Ulrich Huster und Dieter Eißel (108 S.)
- Verteilung des Produktivvermögens auf private Haushalte und Personen, Stefan Bach und Bernd Bartholmai (193 S.)
- Die Verteilung des Humankapitals, Rainer Schüssler (51 S.)
- Die Bevölkerung im unteren Einkommensbereich. Demographische Strukturen, Einstiegsgründe und Ausstiegsdynamik, Klaus Kortmann und Peter Sopp (136 S.)
- Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung, Joachim Merz (128 S.)
- Armut und Lebensstandard, Hans-Jürgen Andreß und Gero Lipsmeier (103 S.)
- Umfang, Strukturen und Gründe von Sozialhilfebedürftigkeit, Hermann Seewald (115 S.)
- Zur materiellen Ausstattung der Haushalte von Niedrigeinkommensbeziehern, Margot Münnich und Monika Illgen (129 S.)
- Vorstudie zur Nichtinanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen, Dietrich Engels und Christine Sellin (66 S.)
- Repräsentative Analyse der Lebenslagen einkommensstarker Haushalte, Jürgen Schupp und Gert G. Wagner (162 S.)

Dokumentationen

- „Perspektiven der Armuts- und Reichtumsberichterstattung in Deutschland“ – Symposium am 13.12.2001 in Berlin
- „Lebenslagen, Indikatoren, Evaluation – Weiterentwicklung der Armuts- und Reichtumsberichterstattung“ – 1. Wissenschaftliches Kolloquium am 30./31.10.2002 in Bonn

Veröffentlichungen als Forschungsberichte des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

- Konzept- und Umsetzungsstudie zur Vorbereitung des Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung (Nr. F 278), Dietrich Engels und Christine Sellin (146 S.)
- Tagungsdokumentation „Armut und Reichtum in Deutschland“ – Forum zur Berichterstattung der Bundesregierung am 7.10.1999 in Berlin (Nr. F 279, 123 S.)

A.3

Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kolloquiums

**Aspekte der Armuts- und Reichtumsberichterstattung:
Reichtum und Eliten – Haushaltsproduktion und Armutsprävention**

2. Wissenschaftliches Kolloquium am 8. und 9. Oktober 2003 in Rüdesheim

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Andreß, Prof. Dr. Hans-Jürgen	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät Lehrstuhl für empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung Universität zu Köln Herbert-Lewin-Straße 2 50931 Köln
Becker, Dr. Irene	Universität Frankfurt Senckenberganlage 31 60325 Frankfurt
Citlak, Dr. Banu	Ruhr-Universität Bochum Sozialwissenschaftliche Fakultät Universitätsstraße 150 Gebäude GC 44801 Bochum
Dathe, Dr. Dietmar	INIFES Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie gGmbH Haldenweg 23 86391 Stadtbergen
Engels, Dr. Dietrich	ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e. V. Barbarossaplatz 2 50674 Köln
Fuchs, Tatjana	INIFES Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie gGmbH Haldenweg 23 86391 Stadtbergen

Glatzer, Prof. Dr. Wolfgang	Johann Wolfgang Goethe-Universität FB Gesellschaftswissenschaften Robert-Mayer-Straße 5 60054 Frankfurt
Grabka, Markus M.	DIW Berlin Abteilung Längsschnittstudie Sozioökonomisches Panel (SOEP) Königin-Luise-Straße 5 14195 Berlin
Hauser, Prof. Dr. Richard	Hardtbergweg 13 61462 Königstein
Holz, Erlend	Statistisches Bundesamt Zweigstelle Bonn Graurheindorfer Straße 198 53117 Bonn
Huster, Prof. Dr. Ernst-Ulrich	Evang. Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe FB Sozialarbeit Immanuel-Kant-Straße 18 – 20 44803 Bochum
Irlenkaeuser, MinDirig Rainer	Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung Leiter der Unterabteilung 52 Postfach 14 02 80 53107 Bonn
Kettschau, Prof. Dr. Irmhild	Fachhochschule Münster Fachbereich Oecotrophologie Corrensstraße 25 48149 Münster
Klebula, MinR Detlef	Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung Referat P 26 Postfach 14 02 80 53107 Bonn
Krause, Dr. Peter	DIW Berlin Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Abteilung „Sozio-ökonomisches Panel“ Königin-Luise-Straße 5 14195 Berlin

Krug, Prof. Dr. Walter	Universität Trier FB IV – Methodenlehre Universitätsring 15 54286 Trier
Krupp, Prof. Dr. Hans-Jürgen	Kinzigweg 5 64297 Darmstadt
Kuck-Schneemelcher, Daniela	Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung Referat 524 Postfach 14 02 80 53107 Bonn
Künemund, Dr. Harald	Freie Universität Berlin Institut für Soziologie Forschungsgruppe Altern und Lebenslauf (FALL) Garystraße 55 14195 Berlin
Leßmann, Ortrud	Hofstückenstieg 4 22145 Hamburg
Martin, Miriam	ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e. V. Barbarossaplatz 2 50674 Köln
Merz, Prof. Dr. Joachim	Universität Lüneburg FB Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Campus 4.23a Scharnhorststraße 1 21332 Lüneburg
Motel-Klingebiel, Dr. Andreas	Deutsches Zentrum für Altersfragen Manfred-von-Richthofen-Straße 2 12101 Berlin
Müllenmeister-Faust, Uwe	Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung Referat 524 Postfach 14 02 80 53107 Bonn
Piorkowsky, Prof. Dr. Michael-Burkhard	Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn Haushalts- und Konsumökonomik Meckenheimer Allee 174 53115 Bonn

Puhlmann, Andreas	Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. Am Stockborn 5 – 7 60439 Frankfurt am Main
Ridder, Katrin	ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e. V. Barbarossaplatz 2 50674 Köln
Schäfer, Dieter	Statistisches Bundesamt Referatsleiter I B Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik Gustav-Stresemann-Ring 11 65189 Wiesbaden
Schäfer, Reinhold	Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen Fürstenwall 25 40219 Düsseldorf
Schulze, Dr. Eva	BIS Berliner Institut für Sozialforschung Ansbacherstraße 5 10787 Berlin
Schwarze, Prof. Dr. Johannes	Otto-Friedrich-Universität Bamberg Feldkirchenstraße 21 96045 Bamberg
Seewald, Hermann	Statistisches Bundesamt Zweigstelle Bonn Graurheindorfer Straße 198 53117 Bonn
Semrau, MinR Peter	Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung Referat 524 Postfach 14 02 80 53107 Bonn
Stegmann, Dr. Michael	VDR Verband Deutscher Rentenversicherungsträger Eysseneckstraße 25 60322 Frankfurt/Main

Strengmann-Kuhn, Dr. Wolfgang	Institut für Volkswirtschaftslehre Universität Frankfurt am Main Postfach 11 19 32 60054 Frankfurt/Main
Stuckemeier, RDn Anette	Statistisches Bundesamt Graurheindorfer Straße 198 53117 Bonn
Trabert, Prof. Dr. Gerhard	Armut und Gesundheit in Deutschland e. V. Karolingerstraße 7 55130 Mainz
Volkert, Prof. Dr. Jürgen	Hochschule Pforzheim Tiefenbronner Straße 65 75175 Pforzheim
Weick, Dr. Stefan	ZUMA Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen Postfach 12 21 55 68072 Mannheim
Westerheide, Dr. Peter	ZEW Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Forschungsbereich Internationale Finanzmärkte, Finanzmanagement und Makroökonomie Postfach 10 34 43 68034 Mannheim
Wilkens, Dr. Ingrid	IAB Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit Regensburger Straße 104 90478 Nürnberg
Zwick, ORR Markus	Statistisches Bundesamt Forschungsdatenzentrum Gustav-Stresemann-Ring 11 65180 Wiesbaden

A.4

Handouts der Referentinnen und Referenten

Bestandsaufnahme und Perspektiven der Reichtumsberichterstattung: Konzepte, Methoden und Daten

Impulsreferat 1:

**Prof. Dr. Jürgen Volkert,
Hochschule Pforzheim / IAW Tübingen**

Reichtumsberichterstattung: Konzeptionelle und methodische Überlegungen aus der Perspektive der Verwirklichungschancen („Capabilities“)

Einkommens- und Vermögensreichtum

Bei den gängigen monetären Reichtumsindikatoren (200 Prozent eines mittleren Einkommens, Vermögens- und Einkommensmillionäre etc.) handelt es sich um konzeptionell, methodisch und teilweise auch empirisch fragwürdige Maße. Inhaltlich aussagefähigere Indikatoren des Einkommens- und Vermögensreichtums sollten sich an den jeweils interessierenden Reichtumsfunktionen ausrichten: so z. B. des Reichtums als:

- Garant privater Sicherungsfunktionen
- Möglichkeit zur Einkommensreproduktion
- Grundlage für Vermögensübertragungen durch Erbschaften und Schenkungen
- Verfügbarkeit von „gehobenem Konsum“.

Die Gewährleistung privater Sicherungsfunktionen ist angesichts des Reformbedarfs in der sozialen Sicherung von besonderer Bedeutung. Indikatoren zur „zeitlichen Reichweite privater Vorsorge“ (wie lange kann das individuelle bzw. ein mittleres Einkommen aus eigenem Nettovermögen finanziert werden?) stellen daher sozialpolitisch höchst bedeutsame Reichtumsindikatoren dar. Sehr umfassende Verwirklichungschancen ergeben sich in Fällen, in denen dies zeitlich unbegrenzt möglich ist (sog. „Einkommensreproduktion“). Während die Einkommensreproduktionsschwelle einen wesentlichen Indikator nach oben bildet, sind Vermögenslosigkeit und Überschuldung in armen Haushalten Gegenstücke zu einer langen „zeitlichen Reichweite privater

Vorsorge“ in reichen Haushalten. Auf künftige Sicherungsfunktionen lässt zudem die Höhe erwarteter Erbschaften schließen.

Was in einer Gesellschaft als gehobener Konsum angesehen wird, hängt stark von subjektiven Einschätzungen ab. Will man in einem Reichtumsbericht eine Einkommensschwelle ermitteln, ab der gehobener Konsum möglich wird, so lässt sich diese daher nicht – wie bislang – „objektiv“ festsetzen, sondern muss mit subjektiven Methoden ermittelt werden. Insofern stellt „gehobener Konsum“ inhaltlich und mit Blick auf die adäquate Ermittlung ein Gegenstück zur Deprivation im Armutsbereich dar. Allerdings bleiben hier noch eine Reihe offener Fragen.

Nicht-materieller Reichtum

Offizielle Ziele der Reichtumsberichterstattung sind z. B. die „Auseinandersetzung (...) mit Privilegierungen“, eine genaue Analyse „zur Stärkung sozialer Gerechtigkeit und gleicher Chancen“, sowie die Beachtung der Gleichstellung von Frau und Mann (gender mainstreaming). Analysen zu gender mainstreaming-Anliegen sowie zur Chancengleichheit im Allgemeinen lassen sich aber nicht auf Einkommens- und Vermögensuntersuchungen verkürzen. Schließlich sind Privilegierungen und Abhängigkeiten nicht allein Ergebnis von Einkommensdifferenzen, sondern auch von unterschiedlichen gesellschaftlich bedingten Chancen. Eine zielorientierte Berichterstattung muss sich daher auf ein weites (Armut- und) Reichtumskonzept stützen, das materielle ebenso wie nicht-materielle Faktoren berücksichtigt.

Solchen Zielen und Anforderungen der Reichtums- und auch Armutsberichterstattung lässt sich mit Amartya Sens Grundgedanken der Verwirklichungschancen als konzeptioneller Grundlage Rechnung tragen. Armut ist demnach ein „Mangel an Verwirklichungschancen“. Reichtum lässt sich entsprechend als ein hohes Maß an Verwirklichungschancen interpretieren. Nicht-materielle Dimensionen des Reichtums finden Eingang in die Erfassung der „gesellschaftlich bedingten Chancen“ (A. Sen: „instrumentelle Freiheiten“). Die gesellschaftlich bedingten Chancen („instrumentellen Freiheiten“) umfassen:

- Ökonomische Chancen
- soziale Chancen (z. B. Zugang zum Bildungssystem sowie zum Gesundheitssystem)
- soziale Sicherheit (z. B. Transfersalden, Kriminalität)
- politische Chancen
- gesellschaftliche Transparenz.

Konzeptionell bedeuten nicht-materieller Reichtum (und Privilegierungen) dabei ein (sehr) hohes Maß an gesellschaftlich bedingten Chancen. Einen Gegensatz hierzu bilden nicht-materielle Armut und Ausgrenzung als Mangel an solchen gesellschaftlich bedingten Chancen.

Präsentationskonzept und Anforderungen an die Datenbasis der Reichtumsberichterstattung

Als Präsentationskonzept einer weiten Reichtumsanalyse erscheint ein Mehrebenenansatz besonders geeignet. Für die Information einer breiten Öffentlichkeit umfasst dieser Primärindikatoren sowie ergänzende Sekundärindikatoren. Besonderheiten und detaillierte Analysen sind Aufgabe von weiteren Indikatoren im ausführlichen Bericht. Der Versuch, einen „Reichtumsgesamtindex“ zu bilden, wäre dagegen methodisch äußerst problematisch und nicht zielführend.

Als Grundlage der (Armut- und) Reichtumsberichterstattung ist ein Panel mit repräsentativer Mikrodatenbasis und hohem Stichprobenumfang erforderlich, das als gemeinsame Datenbasis für Armuts- und Reichtumsanalysen dienen kann. Eine solche zentrale Datenbasis (zum Beispiel ein erweitertes SOEP) muss aber für genauere (Armut- und) Reichtumsanalysen durch weitere Datensätze (z. B. ESt-Daten für Analysen des monetären Reichtums) ergänzt werden.

Fazit

Konzeptionell und methodisch sollte sich die Reichtumsberichterstattung stärker auf ihre expliziten Ziele und auf die als relevant angesehenen Reichtumsfunktionen konzentrieren. Hierzu müssen sowohl materielle als auch nicht-materielle Reichtumsaspekte untersucht werden. Im Interesse einer insgesamt schlüssigen Armuts- und Reichtumsberichterstattung ist eine für Armuts- und Reichtumsanalysen gleichermaßen geeignete, einheitliche Grundkonzeption heranzuziehen, so z. B. Sens Ansatz der Verwirklichungschancen („Capabilities“).

Monetäre Reichtumsindikatoren sollten die interessierenden Reichtumsfunktionen stärker als bisher methodisch adäquat abbilden. Soweit möglich, sind Verbindungslinien zu Armutsaspekten aufzuzeigen. Nicht-monetäre Reichtumsindikatoren sind notwendig, um wesentlichen Zielen der Berichterstattung Rechnung zu tragen. Sie lassen sich konzeptionell als Indikatoren der gesellschaftlich bedingten Chancen (Sen: „instrumentelle Freiheiten“) einbinden.

Bestandsaufnahme und Perspektiven der Reichtumsberichterstattung: Konzepte, Methoden und Daten

Impulsreferat 2:

**Markus M. Grabka,
DIW Berlin**

Zur Lebenslage von Hocheinkommensbeziehern: Neue Analysemöglichkeiten mit den Daten des SOEP

Ein verbreitetes Problem von Bevölkerungssurveys ist die adäquate Erfassung und Berücksichtigung von interessierenden Subpopulationen. Aufgrund einer oftmals unzureichenden Zahl von Beobachtungen sind statistisch gesicherte Aussagen über die Lebenslage von Personen am Rande der Einkommensverteilung stark eingeschränkt. Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) versucht diese Lücke zu schließen. Weltweit zum ersten Mal wird die Durchführung einer Erhebung geprüft, die sich ausschließlich auf die Gruppe der Hocheinkommensbezieher bezieht. Neben der Problematik der begrifflichen Abgrenzung von „Reichtum“ und „Hoheinkommen“ werden methodische Probleme der Erfassung und Gewichtung dargelegt. Es wird die Konzeption und Durchführung dieser bisher einzigartigen Hocheinkommensstichprobe vorgestellt und erste Ergebnisse über die Lebenslage von Hocheinkommensbeziehern im Rahmen einer Feasibility-Studie dargestellt.

Bestandsaufnahme und Perspektiven der Reichtumsberichterstattung: Konzepte, Methoden und Daten

Impulsreferat 3:

**Markus Zwick,
Statistisches Bundesamt**

Schon zum ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung im Jahre 2001 konnte die amtliche Statistik an vielen Stellen Daten der Wissenschaft zur Verfügung stellen. Insbesondere im Bereich der hohen Einkommen war es mit den Daten der Einkommensteuerstatistik möglich, das Projekt von Herrn Prof. Merz „Hohe Einkommen – Ihre Struktur und Verteilung“ entscheidend zu unterstützen.

Neben den Daten des Mikrozensus und der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ist es mit den Daten der Einkommensteuerstatistik ebenfalls möglich, Einkommen im Familienzusammenhang abzubilden. Systematische Probleme der steuerlich definierten Einkommensbegriffe werden dadurch ausgeglichen, dass es mit den Einkommensteuerdaten möglich ist, auch höchste Einkommen, die deutlich oberhalb der Abschneidegrenzen von Haushaltsbefragungen liegen, zu analysieren.

Das Impulsreferat wird kurz auf das Gutachten „Hohe Einkommen – Ihre Struktur und Verteilung“ eingehen, um dann aufzuzeigen, was darüber hinausgehend an Analysen zum zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zu hohen Einkommen vorgesehen ist. Das Gutachten hierzu wurde an Prof. Merz und Herrn Zwick vergeben.

Abgerundet wird das Impulsreferat von einer kurzen Darstellung der Zugangsmöglichkeiten zu den Mikrodaten der amtlichen Statistik. Seit der Einrichtung der Forschungsdatenzentren durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder konnte der Einzeldatenzugang für die Wissenschaft nachhaltig verbessert werden. Durch die Einrichtung von Gastwissenschaftsarbetsplätzen und der Möglichkeit des kontrollierten Fernrechnens konnten, neben dem Angebot an Scientific Use Files, weitere Zugangsformen geschaffen werden.

Nicht-monetäre Dimensionen und intergenerationale Prozesse

Impulsreferat 1:

**Dr. Eva Schulze,
BIS Berlin**

Privilegierte Lebenslagen als Grundlage sozialer Hierarchie

Das Projekt „Privilegierte Lebenslagen als Grundlage sozialer Hierarchie“ bearbeitet zwei Themenkomplexe:

Erstens geht es um die Entwicklung des Begriffs „privilegierte Lebenslage“ sowie die Frage nach der intergenerationellen Vererbung von sozialen Chancen.

Zweitens wird der Zusammenhang zwischen privilegierter Lebenslage und gemeinwohlorientiertem Engagement untersucht. Im Mittelpunkt steht das Stiftungsengagement von Angehörigen der Elite.

Hinsichtlich des ersten Themenbereichs wurde die aktuelle sozialstrukturanalytische Literatur aufgearbeitet. Zu den Fragen der sozialen Vererbung wurden Gespräche mit Bildungs- und Mobilitätsforschern geführt. Hinsichtlich der Analyse des Rekrutierungsmusters speziell der Wirtschaftselite wurden neben der Sichtung diesbezüglicher Studien Interviews mit Personalberatern durchgeführt. In einem Workshop wurde das Problem der begrifflichen und methodischen Erfassung privilegierter Lebenslagen erörtert.

Wichtige Bausteine des zweiten Themenbereichs sind die Erarbeitung einer Übersicht über das Stiftungswesen sowie die Identifizierung von hemmenden und begünstigenden Faktoren stifterischen Handelns, die Durchführung von fünfzehn Fallstudien auf der Grundlage leitfadengestützter offener Interviews zu motivationalen und strukturellen Bedingungen stifterischen Handelns sowie die Erarbeitung eines Untersuchungsansatzes, der nach Zusammenhängen zwischen dem Engagement für das Gemeinwohl, Macht und der Reproduktion von Eliten fragt.

Begriff der Privilegierten Lebenslage und Reproduktion privilegierter Lagen

Gegenstand der theoretischen Analyse und der Analyse der dazu vorhandenen Forschungsliteratur war die Frage, ob und wie Lebenschancen sozial „vererbt“ werden, also Positionen im sozialstrukturellen Gefüge von einer Generation auf die nächste übertragen werden. Der Beantwortung dieser Frage kommt deshalb eine hohe Bedeutung zu, weil schichtenspezifische Mobilitätsbarrieren mit der normativen Selbstbeschreibung der Gesellschaft als „Leistungsgesellschaft“ schwer zu vereinbaren sind.

Der Erörterung dieses Themas wurde ein Grundmodell der Reproduktion sozialer Ungleichheit zugrunde gelegt. Kern dieses Modells ist der „strukturierte Möglichkeitsraum sozialen Handelns“, der durch Ressourcen und Regeln gegliedert ist. Soziale Ungleichheit wird demnach nicht primär durch äußerlichen Zwang reproduziert, sondern durch die „stumme Macht der Möglichkeiten“ (Esser 2000): Je geringer die Ressourcen, desto geringer der Handlungsspielraum für die Erreichung legitimer Ziele.

Die Ergebnisse können wie folgt skizziert werden:

- Die Wirtschaftselite rekrutiert sich wesentlich aus der „oberen Dienstklasse“ (Schnapp 1997) bzw. dem „Großbürgertum“ (Hartmann 2001). Dieses Rekrutierungsmuster ist stabil.
- Nicht nur wirkt die soziale Herkunft auf die Bildungschancen, sie hat „auch einen eigenständigen Effekt auf die Rekrutierungschancen“ (Schnapp 1997: 92).
- Im Unterschied zu anderen Ländern, in denen die Elitenrekrutierung über ein privates Elitenschul- bzw. Hochschulsystem erfolgt, wird in Deutschland die soziale Selektion der Wirtschaftselite wesentlich über den Habitus vermittelt.

Privilegierte Lebenslagen und gemeinwohlorientiertes Engagement

Der zweite Teil des Forschungsprojekts widmete sich der Analyse des deutschen Stiftungswesens. Die inhaltliche Verbindung der beiden Projektteile wird durch die Frage hergestellt, ob und wie Personen aus privilegierten Soziallagen einen Teil ihres privaten Vermögens in Form stifterischen Handelns für Zwecke des Gemeinwohls zur Verfügung stellen.

In einem ersten Schritt wurden Probleme des Stiftungsbegriffs thematisiert, die strukturelle Entwicklung des Stiftungswesens und der sozialstrukturelle Ort des Stiftungswesens in der Gesellschaft, die Zivilgesellschaft, benannt, die Struktur stifterischen Handelns als Form der Reziprozität bestimmt sowie die Aufgaben des Stiftungswesens (in der Spannung zwischen der Ergänzung oder Ersetzung staatlicher Aufgaben und der Innovationen fördernden Funktion) thematisiert. Nachdem auf den Stifter als sozialen Typus eingegangen wurde, der bürgerliches Unternehmertum, ausgeprägten

Individualismus und Sendungsbewusstsein verbindet, wurde der Gemeinwohlbezug, der für stifterisches Handeln konstitutiv ist, erörtert. Schließlich wurde die Frage diskutiert, ob und wie das Stiftungswesen soziale Ungleichheit reproduziert oder eher zum sozialen Ausgleich beiträgt.

Ausführlich wurde auf die Datenlage zum Stiftungswesen eingegangen. Auf der Grundlage einer kritischen Sichtung der Datensätze des Bundesverbands Deutscher Stiftungen und des Maecenata-Instituts wurde auf die quantitative Entwicklung des Stiftungswesens, die Stiftungsformen, die Stifter, die Stiftungszwecke und -tätigkeiten, die Organisationsstruktur, die wirtschaftlichen Verhältnisse und die regionale Verteilung des Stiftungswesens eingegangen.

Nicht-monetäre Dimensionen und intergenerationale Prozesse

Impulsreferat 2:

Dr. Harald Künemund, Freie Universität Berlin

Mit dem am 1.10.2003 beginnenden Forschungsvorhaben „Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Erbschaften und Vermögensverteilung“ sollen auf der Grundlage von Analysen des Sozio-oekonomischen Panels, des Alters-Surveys, der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sowie der Erbschafts- und Schenkungssteuerstatistik Zusammenhänge zwischen Erbschaften auf der einen Seite sowie der Einkommens- und vor allem der Vermögensverteilung auf der anderen Seite herausgearbeitet werden. Der Vortrag skizziert dieses Forschungsprogramm und stellt erste Befunde zur Diskussion.

Private Haushaltsproduktion, Haushaltsführungskompetenzen und Armutsprävention

Impulsreferat 1:

**Prof. Dr. Michael-Burkhard Piorkowsky,
Universität Bonn**

Obwohl die Tatsache der Haushaltsproduktion als „operatives Element zwischen Ressourcen und Lebensstandard“ bzw. Lebenslage evident ist, hat der Haushaltsproduktionsansatz in der Armutsforschung und Armutsprävention bisher ein Schattendasein geführt. Dass es sich bei diesem operativen Element und einer darauf Bezug nehmenden Erklärung und Intervention im Zusammenhang mit Armut nicht um eine Trivialität handelt, kann mit dem Hinweis auf Arbeiten der beiden Ökonomie-Nobelpreisträger Becker und Sen klargelegt werden. Tatsächlich kann der Haushaltsproduktionsansatz zum einen als theoretisches Bindeglied zwischen dem Ressourcenansatz einerseits und dem Lebenslagen- bzw. Lebensstandardansatz andererseits zur Aufhellung von Verarmungsprozessen sowie Armutsverläufen und deren Überwindung herangezogen werden, zum anderen bietet er ein praktikables Konzept der sozioökonomischen Prävention. In dem Impulsreferat werden einige theoretische Grundlagen dargestellt und ein Überblick über Maßnahmen im Rahmen des Armutspräventionsprogramms der Bundesregierung, die als Praxistest der theoretischen Implikationen des Haushaltsproduktionsansatzes gewertet werden können, gegeben.

Private Haushaltsproduktion, Haushaltsführungskompetenzen und Armutsprävention

Impulsreferat 2:

**Prof. Dr. Irmhild Kettschau,
Fachhochschule Münster**

Im Mittelpunkt soll die Frage nach einer sinnvollen, gelingenden Haushaltsführung als wesentlicher Beitrag zur Gestaltung und Verbesserung von Lebenssituationen stehen.

Für eine bedarfsgerechte, gesundheitsförderliche *Ernährung*, so mein Ausgangsbeispiel, sind ein ausreichendes Budget und eine angemessene Küchenausstattung wichtige, aber keineswegs hinreichende Voraussetzungen. Hinzu müssen Grundlagen des Ernährungswissens kommen sowie küchentechnische Fähigkeiten und Fertigkeiten, und es müssen die erforderlichen Arbeitsvorgänge geplant und ausgeführt werden. Bereits an diesem Beispiel wird deutlich, dass eine isolierte Betrachtungsweise einzelner Aspekte, etwa des Ernährungswissens, der verfügbaren Finanzmittel, der küchentechnischen Ausstattung, nicht wirklich geeignet ist, um die erreichte Versorgungsqualität zu erklären. Notwendig ist vielmehr der Blick auf den komplexen Haushaltszusammenhang mit Ausstattungs-, Wissens- und Verhaltenskomponenten. Hieran müssen sich auch Bildungs- und Beratungsansätze orientieren. Auch sie dürfen nicht bei reiner Wissensvermittlung stehen bleiben. Gesucht sind Konzepte, die an dem alltäglichen Lebenszusammenhang anknüpfen und die die Vermittlung neuen Wissens in den Kontext von Wertorientierungen (Übernahme von Verantwortung für sich und andere) und Handlungen (Bewältigung alltäglicher Situationen in ihrer Komplexität) einbetten.

Hiervon ausgehend wird es darum gehen, einige Leitideen der Haushaltswissenschaft darauf hin zu befragen, welche fachlichen Vorstellungen sie über den Erfolg der Haushaltsproduktion beinhalten und wie demgemäß ein Set an Haushaltsführungskompetenzen auszusehen hätte, mit dem eine qualitätvolle, erfolgreiche Haushaltsproduktion realisiert werden kann.

